

GESCHÄFTSBERICHT

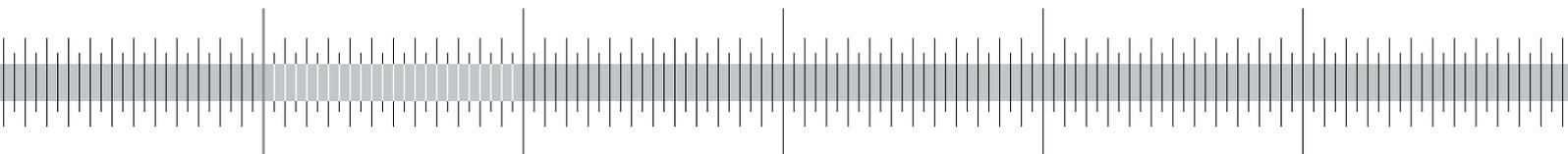
2005

2006

2007

2008

2009



Wir beklagen den Verlust

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Uwe Sennheim	19. Januar 2005
Berthold Becker	21. Januar 2005
Klaus-Peter Fechner	21. Januar 2005
Detlef Krawinkel	9. März 2005
Norbert Ulmeyer	4. April 2005
Hans Harmuth	15. April 2005
Ludwig Rubenbauer	11. Mai 2005
Helmut Andrae	13. Mai 2005
Herbert Hauling	25. Mai 2005
Heiner Schmidt	27. Mai 2005
Wolfgang Rieger	4. Juni 2005
Wolfgang Kanserske	15. Juni 2005
Jürgen Melzer	6. Juli 2005
Christof Kloft	7. Juli 2005
Andre Gerlach	10. Juli 2005
Andrea Farfar	26. August 2005
Thomas Lange	4. September 2005
Eckhard Ruthsatz	14. September 2005
Petra Villmow	26. Oktober 2005
Josef Mies	21. Dezember 2005

Wir gedenken auch der im Jahr 2005 verstorbenen ehemaligen
Angehörigen der Bank.

Ihnen allen ist ein ehrendes Andenken gewiss.

DEUTSCHE BUNDESBANK

Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bundesbank

Prof. Dr. Axel A. Weber
Präsident der Deutschen Bundesbank

Prof. Dr. Jürgen Stark
Vizepräsident der Deutschen Bundesbank

Dr. Hans Georg Fabritius

Prof. Hans-Helmut Kotz

Dr. h. c. Edgar Meister

Dr. Hans Reckers

Prof. Dr. Hermann Rempesberger

Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahl-Nummer 069 9566-...
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen

ISSN 0070-394X (Druckversion)
ISSN 1861-5686 (Internetversion)

Telex Inland 4 1 227
Telex Ausland 4 14 431

Telefax 069 5601071

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangaben gestattet.

Der Geschäftsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird auf Grund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Vorwort
des Präsidenten
der Deutschen Bundesbank

8

Währung
und Wirtschaft

I. Internationales und europäisches Umfeld	12
1. Weltwirtschaft weiter im Aufschwung	12
2. Zunehmende Wachstumsdynamik im Euro-Raum	16
II. Geldpolitik und monetäre Entwicklung in der EWU	20
1. Geldpolitik bei wachsenden Risiken für die Preisstabilität	20
2. Starkes Geldmengenwachstum bei akzelerierender Kreditvergabe	26
III. Finanzsystem	30
1. Kursgewinne des US-Dollar bei zunehmenden globalen Ungleichgewichten	30
2. Wertpapiermärkte im Zeichen steigender Aktienkurse	33
3. Weitere Stabilisierung der Ertragsperspektiven deutscher Banken	38
4. Stabilität des deutschen Finanzsystems	44
IV. Wirtschaftsentwicklung in Deutschland	46
1. Fortgesetzte Konjunkturerholung unter schwierigen Bedingungen	46
2. Lage der öffentlichen Finanzen nach wie vor sehr problematisch	59
V. Europäische und internationale Zusammenarbeit	72
1. Fortschreitende monetäre Integration in Europa bei verschlechterten Rahmenbedingungen	72
2. Fragen des internationalen Währungs- und Finanzsystems	77

Operationelle Aufgaben und andere Tätigkeitsfelder der Deutschen Bundesbank	I. Strukturreform	88
	II. Aufgaben im Zahlungs- und Wertpapierverkehr	89
	1. Barer Zahlungsverkehr	89
	2. Unbarer Zahlungsverkehr	92
	3. Wertpapierverrechnung und -abwicklung	98
	III. Geldmarktgeschäfte und Verwaltung der Währungsreserven	99
	IV. Mitwirkung der Bundesbank bei der Begebung von Bundeswertpapieren; Vermögensverwaltung und Zentralbankdienstleistungen	102
	V. Mitwirkung der Bundesbank bei der Bankenaufsicht und Änderung des Bankenaufsichtsrechts	104
	1. Internationale Harmonisierung der Bankenaufsicht	104
	2. Fortentwicklung der nationalen Aufsichtsstandards	107
	3. Laufende Bankenaufsicht	108
VI. UN-/EU-Finanzsanktionen: neue Entwicklungen	112	
VII. Mitwirkung der Bundesbank in der Initiative Finanzstandort Deutschland	114	
VIII. Forschungszentrum	115	
IX. Technische Zentralbank-Kooperation	116	
X. Organisation und Personal	118	
XI. Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Bundesbank	120	

Der Jahresabschluss der Deutschen Bundesbank für das Jahr 2005	I. Bilanz der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2005	124
	II. Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Bundesbank für das Jahr 2005	126
	III. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	127
	IV. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss	130
	V. Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen	132
	1. Aktiva	132
2. Passiva	138	
	VI. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	144

Übersichten und Erläuterungen	Währung und Wirtschaft	
	1. Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf	24
	2. Chronik der Wirtschafts- und Währungspolitik	66
	Der Jahresabschluss der Deutschen Bundesbank	
	3. Übersicht über die Grundsätze zur Rechnungs- legung der Deutschen Bundesbank	128
	Filialen und Betriebsstellen der Deutschen Bundesbank	153

Tabellen	Währung und Wirtschaft	
	1. Gesamtwirtschaftliche Eckdaten ausgewählter Industrieländer	15
	2. Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum	17
	3. Monetäre Entwicklung in der EWU	29
	4. Absatz und Erwerb von Wertpapieren	35
	5. Grunddaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland	47
	6. Preisentwicklung auf verschiedenen Wirtschaftsstufen	58

noch: Tabellen

7. Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	61
8. Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	63
9. Entwicklung der Devisenreserven ausgewählter Länder und Ländergruppen	78
10. IWF-Kredite: Ziehungen, Tilgungen und ausstehende Beträge	81

Operationelle Aufgaben und andere Tätigkeitsfelder der Deutschen Bundesbank

11. Unbarer Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank	93
12. Emission von Bundeswertpapieren im Jahr 2005	103
13. Laufende Überwachung der Institute	109
14. Evidenzzentrale für Millionenkredite	109
15. Personal der Deutschen Bundesbank am 31. Dezember 2005	119

Der Jahresabschluss der Deutschen Bundesbank

16. Forderungen an den IWF	133
17. Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	134
18. Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	138
19. Rückstellungen	142
20. Ausgleichsposten aus Neubewertung	143
21. Zinsertrag	145
22. Zinsaufwand	146
23. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, Abschreibungen und Rückstellungen für allgemeine Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken	147
24. Nettoertrag aus Entgelten und Provisionen	148

Schaubilder

Währung und Wirtschaft

1. Weltmarktpreise für Rohöl und Industrierohstoffe	13
2. Verbraucherpreise in der EWU	19
3. Notenbankzinsen und Tagesgeldsatz	21
4. Liquiditätssteuerung im Eurosystem	23
5. Wachstum der Geldmenge M3 in der EWU	27
6. Leistungsbilanzpositionen ausgewählter Länder und Regionen	31
7. Wechselkurs des Euro	32

noch: Schaubilder	8. Zinsniveau und Erwartungen über Inflation und Wachstum	34	
	9. Unternehmensbewertungen und Konjunkturindikatoren in der EWU	37	
	10. Volatilität an Renten- und Aktienmärkten	38	
	11. Buchkredite an Unternehmen und Privatpersonen im Inland	39	
	12. Bank Lending Survey – Umfrage zum Kreditgeschäft in Deutschland	41	
	13. Bankzinsen in Deutschland	42	
	14. Bruttoinlandsprodukt und ausgewählte Verwendungskomponenten	50	
	15. Arbeitsmarkt	54	
	16. Kennziffern der öffentlichen Haushalte	60	
	Operationelle Aufgaben und andere Tätigkeitsfelder der Deutschen Bundesbank		
	17. Quote des haftenden Eigenkapitals und der haftenden Eigenmittel der zum Grundsatz I meldenden Einzelinstitute	110	
	18. Liquiditätskennzahl der zum Grundsatz II meldenden Einzelinstitute	111	

**Abkürzungen
und Zeichen**

p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl
s	geschätzte Zahl
ts	teilweise geschätzte Zahl
...	Angabe fällt später an
.	Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.



Vorwort
des Präsidenten
der Deutschen Bundesbank

Vorwort

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr konjunkturell ein Stück vorangekommen. Dabei hat sie den deutlichen Anstieg der Rohölpreise recht gut verkraftet. Ihr kam zugute, dass die zusätzlichen Ausgaben für Energieträger zumindest teilweise durch eine erhöhte Importnachfrage der Erdöl exportierenden Länder kompensiert wurden. Die schon in den Vorjahren zu beobachtende Dynamik der deutschen Ausfuhren hat inzwischen auch die Ausrüstungsinvestitionen erreicht. Der Aufschwung gewinnt damit an Breite und Stabilität. Der private Verbrauch blieb allerdings noch verhalten, so dass sich im Jahresdurchschnitt abermals das Bild einer gespaltenen Konjunktur ergab.

Die schwache Konsumnachfrage dürfte wesentlich auf die nach wie vor angespannte Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen sein. Der Anstieg der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosigkeit überzeichnet allerdings die tatsächliche Entwicklung, da zu Jahresbeginn 2005 die Arbeitsmarktreform Hartz IV in Kraft trat und durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ehemalige Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik einbezogen wurden. Die tatsächliche Arbeitsmarktlage war im vergangenen Jahr noch von der vorausgegangenen konjunkturellen Schwäche geprägt, doch mehren sich inzwischen die Anzeichen einer zyklischen Erholung. So ist die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Jahresverlauf leicht gesunken. Auch die rückläufige Kurzarbeit und die zunehmende Zahl offener Stellen deuten auf eine gewisse Entspannung am Arbeitsmarkt hin. Ohne weitere Reformen werden sich die beschäftigungspolitischen Fortschritte aber in recht engen Grenzen halten. Mit einer konjunkturellen Belebung allein lassen sich die strukturellen Verwerfungen am deutschen Arbeitsmarkt nicht überwinden.

Mit den verbesserten Aussichten auf einen sich allmählich kräftigenden Erholungsprozess in Deutschland und im gesamten Euro-Gebiet haben sich allerdings auch die längerfristigen Preisrisiken für den gemeinsamen Währungsraum vergrößert. Der anhaltende Anstieg der Ölpreise ist ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang, und die geplante kräftige Anhebung der Mehrwertsteuer in Deutschland stellt eine weitere Belastung für die Preisentwicklung dar. Nicht zuletzt aber auch von der monetären Seite sind die Inflationsrisiken merklich gewachsen. Außerordentlich niedrige Zinsen treiben die private Kreditnachfrage

und das dynamische Wachstum der Geldbestände im Euro-Gebiet. Der EZB-Rat hat deshalb die Leitzinsen des Eurosystems in zwei Schritten um einen halben Prozentpunkt nach oben angepasst. Der Aufschwung in Deutschland wird dadurch nicht beeinträchtigt. Die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen in Deutschland sind weiterhin günstig, und die Liquiditätslage im gesamten Währungsgebiet steht einer stärkeren Belegung der wirtschaftlichen Aktivität nicht entgegen.

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Aufhellung hat sich die Ertragsentwicklung deutscher Kreditinstitute im vergangenen Jahr weiter verbessert. Vor allem der spürbare Rückgang des Wertberichtigungsbedarfs hat die Stabilität des deutschen Finanzsystems gefestigt. Risiken gehen allerdings von dem hohen Ölpreis und den finanziellen Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft aus, die zu einer Verschlechterung des internationalen Umfelds führen könnten.

Die Lage der deutschen Staatsfinanzen ist weiterhin sehr angespannt. Das Defizit hat die im EG-Vertrag vorgegebene Obergrenze von 3 % des Bruttoinlandsprodukts 2005 erneut überschritten. Immerhin hat es sich gegenüber dem Vorjahr aber verringert und war mit 3,3 % des Bruttoinlandsprodukts niedriger als erwartet. Die Schuldenquote erhöhte sich allerdings auf 67,7 % und entfernte sich damit weiter von dem Referenzwert von 60 %.

Die Bundesregierung plant im laufenden Jahr keine weitere Rückführung des Defizits. Im kommenden Jahr soll dann insbesondere im Zusammenhang mit der angekündigten Mehrwertsteuererhöhung die Defizitquote deutlich unter die 3%-Grenze gesenkt werden. Aus heutiger Sicht erscheint freilich bereits dieses Jahr ein Einhalten des Maastricht-Kriteriums möglich, da die Defizite bei grundsätzlich sparsamem Ausgabenkurs und einem günstigen konjunkturellen Einfluss zurückgehen könnten. Insgesamt gesehen wäre eine gleichmäßigere Verteilung der notwendigen Konsolidierung vor dem Hintergrund der europäischen und nationalen Anforderungen sowie der gegenwärtig keinesfalls ungünstigen konjunkturellen Entwicklung angezeigt.

Intern hat die Bundesbank die in den Jahren 2002 und 2003 beschlossenen Strukturreformen weiter vorangebracht. So wurde die Einrichtung von Servicezentren, in denen gleichartige Aufgaben für die Gesamtbank gebündelt werden, wie geplant abgeschlossen. Die Konsolidierung des Filialnetzes auf 47 Standorte bis Ende 2007 ist mit der Schließung von fünf Filialen und drei Betriebsstellen planmäßig vorangeschritten. Zudem hat der Vorstand beschlos-

sen, dass die Arbeitsgebiete Bankenaufsicht und Bonitätsanalyse im laufenden Jahr vollständig von den Filialen auf die Hauptverwaltungen übergehen werden. Durch die Reformen ist die Bundesbank gerüstet, die ihr vom Gesetzgeber übertragenen Aufgaben sachgerecht und effizient zu erfüllen.

Die Bundesbank legt mit diesem Bericht ihren Jahresabschluss für 2005 vor, der vom Vorstand aufgestellt und von dem Wirtschaftsprüfer testiert worden ist.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich – im Namen des gesamten Vorstands – für die im Jahr 2005 geleistete Arbeit. Ich verbinde diesen Dank mit der Bitte, weiterhin aktiv an der Erfüllung der vielfältigen Aufgaben der Bundesbank mitzuwirken. Den Personalvertretern danke ich für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Frankfurt am Main, im März 2006



Prof. Dr. Axel A. Weber
Präsident der Deutschen Bundesbank

Währung und Wirtschaft

I. Internationales und europäisches Umfeld

1. Weltwirtschaft weiter im Aufschwung

*Anhaltend
kräftiges
Wachstum
der Weltwirt-
schaft...*

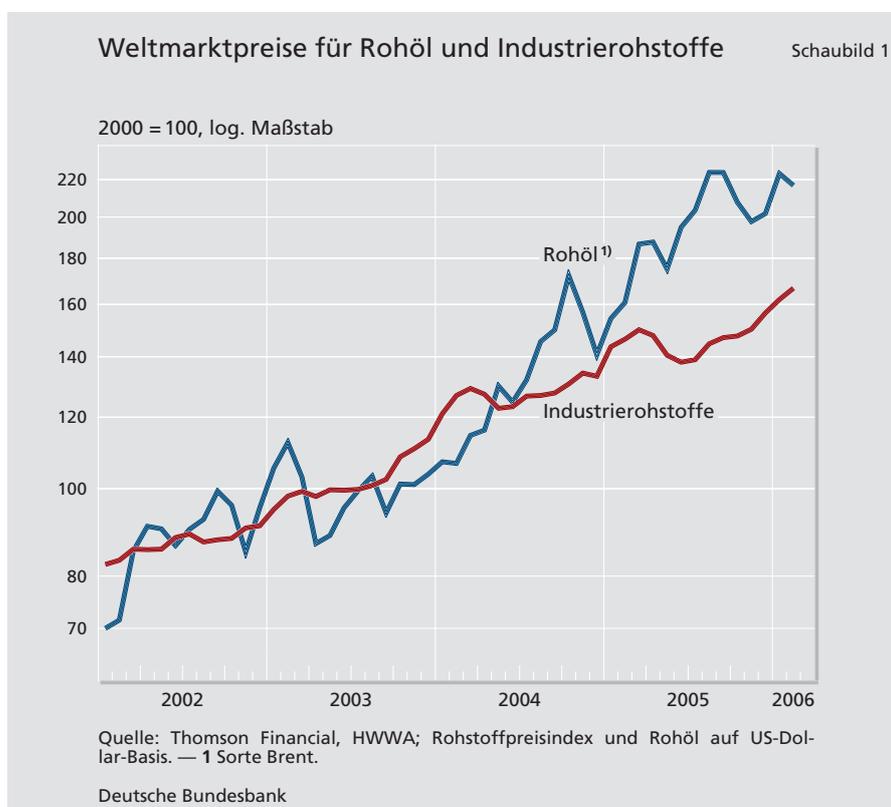
Die Weltwirtschaft ist 2005 trotz erheblicher Belastungen durch stark gestiegene Energie- und Rohstoffpreise auf Wachstumskurs geblieben. Insgesamt stieg die Produktion (nach Schätzungen des IWF) um 4 ½ % und erreichte damit fast wieder das Spitzenergebnis von 2004 (+ 5 %). Gleichzeitig wurde auch der reale Welthandel kräftig ausgeweitet, mit 7 % aber nicht mehr so rasch wie im Jahr 2004, in dem er um 10 ½ % expandiert hatte. Auf Grund der beträchtlichen Wachstumsunterschiede und der Terms-of-Trade-Verschiebungen haben sich die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte weiter verstärkt. Dem US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizit, das sich 2005 auf 6 ½ % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) belief, standen hohe Überschüsse in Japan und China sowie in den Öl exportierenden Ländern gegenüber.

*... trotz neuer
Höchststände
bei Ölpreisen
und
Notierungen
für Industrie-
rohstoffe*

Zu dieser Entwicklung haben die erneuten starken Ölpreissteigerungen beigetragen. Die Rohölnotierungen für die Sorte Brent erreichten Ende August/Anfang September nach den Meldungen über die Hurrikanschäden an der Golfküste der Vereinigten Staaten mit 67 ½ US-\$ einen neuen Höchststand. Danach hat sich der Markt bis zum Jahresende deutlich entspannt. Anfang 2006 zogen die Notierungen aber wieder spürbar an; Mitte März lagen sie bei 63 US-\$. In Euro gerechnet hat sich Brent-Öl im Jahr 2005 um 46 % verteuert. Bei den Industrierohstoffen hielt der Preisauftrieb 2005 ebenfalls an. Im Jahresdurchschnitt lagen die Notierungen in Euro um 14 ½ % über dem Stand des Vorjahres.

*Begrenzte
Bremseffekte
der Preis-
erhöhungen an
den Öl- und
Rohstoffmärkten
und...*

Die Weltwirtschaft hat die Belastungen durch die Energie- und Rohstoffverteuerung im Jahr 2005 bemerkenswert gut verkraftet. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen: Der Anstieg der Rohölpreise wurde in den letzten Jahren vor allem von der Nachfrage getrieben und vollzog sich deshalb nicht so abrupt wie in früheren Ölkrisen, die zumeist durch Angebotsverknappungen hervorgerufen worden waren. Außerdem hat sich die Ölintensität in den Industrieländern – also der Ölverbrauch je Einheit des BIP – seit Anfang der siebziger Jahre etwa halbiert. Hinzu kommt, dass sich der Rückfluss der zusätzlichen Öleinnahmen in die Verbraucherländer in den letzten Jahren erhöht hat. Dadurch sind die ölpreisbedingten Kaufkraftverluste in den Verbraucherstaaten im Hinblick auf die Gesamtnachfrage zumindest teilweise kompensiert worden. Dies lief zum einen



über eine rasche Ausweitung der Importnachfrage der Ölförderländer, wovon insbesondere die westeuropäischen Volkswirtschaften profitierten. Zum anderen scheint das Recycling der finanziellen Überschüsse der Ölförderländer über die Kapitalmärkte reibungsloser zu funktionieren als in früheren Phasen der Ölteuerung. Ein Indiz dafür sind die nach wie vor niedrigen langfristigen Zinsen an den wichtigen Kapitalmärkten. Neben der gestiegenen Leistungsfähigkeit dieser Märkte dürfte dabei eine Rolle spielen, dass jetzt die USA die mit Abstand größte Schuldnerposition einnehmen, während sich viele Schwellenländer mit geringerer Kreditwürdigkeit – anders als in den achtziger Jahren – auf der Seite der Kapitalexporthure befinden.

Die Weltwirtschaft hat sich auch deshalb als sehr widerstandsfähig erwiesen, weil die Auswirkungen auf die allgemeine Preisentwicklung vor allem im Hinblick auf indirekte und Zweitrundeneffekte moderat blieben. Hierzu hat beigetragen, dass sich die Verschiebung in den Preisrelationen infolge des hohen Globalisierungstempos auch über Preissenkungen von international gehandelten Industrieprodukten vollzog. In den Industrieländern erhöhte sich die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe von 2,0 % im Jahr 2004 auf 2,4 %. Die Kernrate (ohne Nahrungsmittel und Energie) lag mit 1,5 % deutlich darunter.

*... moderate
indirekte sowie
Zweitrundeneffekte*

Die globalen Preisrisiken nahmen jedoch mit den anhaltenden Inflationsimpulsen von den Rohstoffmärkten und den außerordentlich günstigen Finanzierungsverhältnissen im Jahresverlauf zu.

Weiterhin gute globale Wachstumsperspektiven, aber nach wie vor beträchtliche Risiken

Alles in allem ist die Weltwirtschaft gut in das Jahr 2006 gestartet. Die Aussichten für eine Fortsetzung des globalen Wachstums sind weiterhin günstig. Im Jahresdurchschnitt 2006 wird voraussichtlich zum vierten Mal in Folge ein Produktionsanstieg erzielt werden, der deutlich über dem langjährigen Mittel liegt. Der globale Aufschwung dürfte auch insofern robust bleiben, als sich die Wachstumsdivergenzen zwischen den großen Industrieländern beziehungsweise Wirtschaftsregionen USA, Japan und Euro-Raum bei etwas nachlassendem Tempo in den USA, erneut kräftiger Expansion in Japan und größerer Dynamik in der EWU voraussichtlich deutlich verringern werden. Nicht zu übersehen sind aber die Risiken, die von abrupten Anpassungen der globalen Ungleichgewichte ausgehen oder im Zusammenhang mit politischen Konflikten aus angebotsbedingten Störungen resultieren könnten.

Anhaltend kräftiges Wachstum in den USA

Die US-amerikanische Wirtschaft blieb im Jahr 2005 eines der globalen Wachstumszentren. Im Jahresdurchschnitt lag das Wachstum mit 3 ½ % zwar nicht mehr so hoch wie 2004, aber weiterhin über der Potenzialrate, die sich nach den gängigen Schätzungen zwischen 3 % und 3 ¼ % bewegt. Ohne die Beeinträchtigungen der gesamtwirtschaftlichen Produktion durch die Hurrikanschäden im Spätsommer wäre das reale BIP im Jahr 2005 sogar noch etwas kräftiger gestiegen. Die Wirtschaftsentwicklung in den USA erhielt auch im Berichtsjahr beträchtliche Impulse vom privaten Konsum, obwohl der weitere Anstieg der Energiepreise die Teuerung auf der Verbraucherstufe verstärkt hat. Mit 3,4 % fiel der gesamte Preisanstieg so hoch aus wie seit dem Boomjahr 2000 nicht mehr. Auf den erheblichen Kaufkraftentzug durch die Energieverteuerung haben die privaten Haushalte mit einem weiteren Rückgang ihrer Spartätigkeit reagiert. Hinzu kam, dass die anhaltend steigenden Immobilienpreise die Aufnahme neuer Kredite begünstigte. Die private Sparquote markierte mit –½ % im Jahresdurchschnitt einen neuen historischen Tiefstand. Spürbare Wachstumsbeiträge lieferten auch die Investitionen in Wohnbauten sowie in neue Ausrüstungen und gewerbliche Bauten.

Breit fundierter Aufschwung in Japan

In Japan hat die wirtschaftliche Aktivität nach einer Wachstumspause vom Frühjahr bis Herbst 2004 wieder kräftig expandiert, wenn auch mit einer vorübergehenden Abschwächung im dritten Quartal 2005. Im Jahresdurchschnitt ergab sich ein Zuwachs des realen BIP um 2 ¾ %, nach 2 ¼ % im Jahr davor. Gleich-

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten
ausgewählter Industrieländer

Tabelle 1

	Reales Bruttoinlandsprodukt		Verbraucherpreise 1)		Leistungsbilanzsaldo		Arbeitslosenquote 2)	
	2004	2005 ts)	2004	2005	2004	2005 ts)	2004	2005 ts)
Länder	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %				in % des BIP		in %	
OECD	3,3	2,7	2,0	2,1	- 1,2	- 1,8	6,9	6,6
darunter:								
EWU	2,1	1,3	2,1	2,2	0,6	- 0,4	8,9	8,6
Großbritannien	3,2	1,8	1,3	2,1	- 2,0	- 2,0	4,7	4,8
USA	4,2	3,5	2,7	3,4	- 5,7	- 6,4	5,5	5,1
Japan	2,3	2,7	0,0	- 0,3	3,7	3,4	4,7	4,4
Kanada	2,9	2,9	1,9	2,2	2,2	2,2	7,2	6,8

Quellen: IWF, EZB, OECD, nationale Statistiken. — 1 Preisindex für die Lebenshaltung, OECD: Deflator des privaten Verbrauchs. — 2 Standardisierte Arbeitslosenquote nach Berechnungen der OECD und von Eurostat.

Deutsche Bundesbank

zeitig hat sich die Basis für den Aufschwung in Japan 2005 insofern verbreitert, als er sowohl von der Auslandsnachfrage als auch von der Binnenkonjunktur gestützt wurde. Die Preise auf der Verbraucherstufe sind im Berichtsjahr erneut gesunken, und zwar im Durchschnitt um 0,3 %. Dies war jedoch in starkem Maße auf Verbilligungen bei Nahrungsmitteln zurückzuführen. Die amtliche Kernrate, die frische Nahrungsmittel ausschließt, aber Energie berücksichtigt, wies nur noch ein geringes Minus von 0,1% auf. Mit der sich abzeichnenden Normalisierung der Preisentwicklung stellt sich für die japanische Geldpolitik mehr und mehr die Frage, wie lange die Nullzinspolitik noch aufrechterhalten werden soll.

Die Schwellenländer in Süd- und Ostasien sind 2005 weiter zügig gewachsen, wenn auch zumeist nicht mehr ganz so kräftig wie zuvor. China konnte sein Wachstumstempo 2005 jedoch praktisch unverändert bei 10 % halten. Die insgesamt sehr robuste Dynamik in Süd- und Ostasien ist insofern bemerkenswert, als die Mehrzahl der Länder in dieser Region wegen ihrer hohen Energieintensität und ihrer starken Abhängigkeit von Energieimporten von der Erhöhung der Weltmarktpreise für Rohöl wirtschaftlich besonders stark getroffen wurde.

*Ostasiatische
Schwellenländer
trotz spürbarer
Belastungen
weiter auf
Wachstumskurs*

*Lateinamerika
und GUS von
Hausse an
Rohstoff- und
Ölmärkten
begünstigt*

Im Unterschied dazu gehören Lateinamerika und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu den Regionen, die 2005 von den hohen beziehungsweise noch weiter gestiegenen Preisen für Industrierohstoffe und Energieträger weiterhin begünstigt wurden. In den GUS-Ländern, deren Volkswirtschaften zu meist auf hohen Touren laufen, überdecken die stark gestiegenen Einnahmen aus Rohstoffexporten allerdings nach wie vor erhebliche strukturelle Schwachpunkte. Problematisch ist vor allem die hohe Konsumlastigkeit des Wachstums dieser Staaten, während die Investitionsquote in den letzten Jahren deutlich unter dem Vergleichswert der Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa lag. Dies ist auch auf die teilweise unsicheren Rahmenbedingungen für in- und ausländische Investoren zurückzuführen.

*Neue Mitglieds-
länder mit
hohem
Expansions-
tempo*

Die Volkswirtschaften der neuen EU-Mitgliedsländer blieben im Jahr 2005 auf dem im zweiten Halbjahr 2004 eingeschlagenen moderateren Wachstumskurs. Im Jahresdurchschnitt 2005 nahm das reale BIP dieser Ländergruppe um 4½ % zu, verglichen mit 5 % im Jahr zuvor. Mit der Beruhigung der vorher sehr dynamischen Binnenkonjunktur, die nicht zuletzt mit dem energiepreisbedingten Kaufkraftentzug zusammenhing, ging auch eine spürbare Abschwächung des Importwachstums einher. Da die Ausfuhrentwicklung weniger stark an Tempo verlor, haben sich die Leistungsbilanzsalden in einer Reihe von Ländern trotz der erneuten Verschlechterung der Terms of Trade verbessert. Das Preisklima in den neuen Mitgliedsländern hat sich zwar bedingt durch die Verteuerung von Rohöl und Industrierohstoffen an den Weltmärkten im Verlauf des Jahres eingetrübt. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe lag aber im Jahresdurchschnitt mit 2,6 % merklich unter der Rate von 2004 (4,2 %). Dazu hat vor allem beigetragen, dass die Preiseffekte der teilweise kräftigen Abgabenerhöhungen, die in einigen Ländern mit dem Beitritt zur EU zum 1. Mai 2004 wirksam geworden waren, aus der Berechnung der Vorjahrsrate herausgefallen sind. Zudem haben Währungsaufwertungen in verschiedenen Ländern den importierten Preisdruck gemildert.

2. Zunehmende Wachstumsdynamik im Euro-Raum

*Beschleunigung
im Jahresverlauf,
aber nur mäßige
Wachstumsrate*

Die Konjunktur im Euro-Raum ist im Verlauf des Jahres 2005 merklich kräftiger und auch stabiler geworden. So expandierte das reale BIP im zweiten Halbjahr mit einer auf das Jahr umgerechneten saison- und kalenderbereinigten Rate von 2 %, verglichen mit 1¼ % in der ersten Jahreshälfte. Wegen des geringen Schwungs, mit dem die Volkswirtschaften des Euro-Raums in das Jahr 2005

Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum

Tabelle 2

Länder	Reales Bruttoinlands- produkt		Verbraucherpreise 1)		Arbeitslosenquote 2)	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %				in %	
Euro-Raum	2,1	1,3	2,1	2,2	8,9	8,6
Deutschland	1,6	0,9	1,8	1,9	9,5	9,5
Frankreich	2,3	1,4	2,3	1,9	9,6	9,5
Italien	1,1	0,0	2,2	2,2	8,0 ³⁾	7,7
Spanien	3,1	3,4	3,1	3,4	11,0	9,2
Niederlande	1,7	0,9	1,4	1,5	4,6	4,7
Belgien	2,6 ³⁾	1,4	1,9	2,5	8,4	8,4
Österreich	2,4	1,9	2,0	2,1	4,8	5,2
Finnland	3,6	2,1	0,1	0,8	8,8	8,4
Portugal	1,1	0,3	2,5	2,1	6,7	7,6
Griechenland	4,7	3,7	3,0	3,5	10,5 ³⁾	10,4
Irland	4,9 ³⁾	4,4	2,3	2,1	4,5	4,3
Luxemburg	4,5 ³⁾	4,2	3,2	3,8	4,8	5,3

1 Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — 2 Standardisierte Arbeitslosenquote nach Berechnungen von Eurostat (ILO-Abgrenzung). — 3 Vorausschätzungen der EU-Kommission (Economic Forecasts, November 2005).

Deutsche Bundesbank

starteten, wurde im Durchschnitt des vergangenen Jahres dennoch nur ein Produktionszuwachs von 1¼ % erzielt.

Kräftige Impulse gingen erneut von der Auslandsnachfrage aus, wenngleich sie nicht mehr ganz so stark ausfielen wie im Vorjahr. Gegenüber 2004 nahmen die realen Ausfuhren, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Euro-Raums die Lieferungen in die anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion einschließen, um 3¾ % zu. Gleichzeitig sind aber die Einfuhren noch kräftiger gestiegen (4½ %), so dass die Nettoexporte das BIP-Wachstum geringfügig dämpften.

*Erneut lebhaftes
Export-
konjunktur*

Neben der lebhaften Ausfuertätigkeit wurde die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität maßgeblich von der Binnennachfrage getragen, die mit 1½ % jedoch langsamer wuchs als 2004. Ausschlaggebend dafür war zum einen, dass vom Lageraufbau praktisch keine expansiven Wirkungen mehr ausgingen. Zum anderen nahm auch die inländische Endnachfrage weniger zu als im Jahr davor, weil der private Verbrauch und die Bruttoanlageinvestitionen nur noch um 1¼ % beziehungsweise 2 % wuchsen. Dagegen hat sich der Anstieg der Konsumausgaben des Staates leicht auf 1½ % verstärkt.

*Binnen-
konjunktur
weiterhin
moderat*

*Wachstums-
unterschiede
zwischen
Mitgliedsländern*

Hinter diesem Ergebnis für den Euro-Raum insgesamt stehen allerdings erhebliche Wachstumsunterschiede innerhalb der Europäischen Währungsunion. So belief sich der Abstand zwischen dem wachstumsstärksten Land (Irland) und dem wachstumsschwächsten (Italien) auf schätzungsweise $4\frac{1}{2}$ Prozentpunkte. Im Jahr davor hatte die Spanne bei einer etwas anderen Reihenfolge der verschiedenen Länderergebnisse $3\frac{3}{4}$ Prozentpunkte betragen. Gewichtet mit den jeweiligen Anteilen am BIP des gesamten Euro-Gebiets, haben sich die Wachstumsdifferenzen innerhalb des Euro-Raums ebenfalls vergrößert. Die gewichtete Standardabweichung nahm von drei viertel Prozentpunkten im Jahr 2004 auf einen Prozentpunkt im vergangenen Jahr zu.

*Leichte
Entspannung
am Arbeitsmarkt*

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Euro-Raum hat sich 2005 etwas entspannt. So ging die standardisierte Zahl der Arbeitslosen seit dem Frühjahr stetig zurück und unterschritt mit 12,5 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt ihr Vorjahrsniveau um rund 360 000 Personen. Entsprechend reduzierte sich die standardisierte Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 8,6 %. Die Zahl der Erwerbstätigen im Euro-Raum hat nach vorläufigen Angaben um $\frac{3}{4}$ % zugenommen. Der Beschäftigungsaufbau ist vor allem durch die anhaltend moderate Entwicklung der Arbeitskosten unterstützt worden. Je geleistete Arbeitsstunde nahmen sie im Euro-Raum 2005 – ebenso wie bereits im Vorjahr – um $2\frac{1}{2}$ % zu. Dabei haben sich die Lohnzusatzkosten mit einer Steigerungsrate von 3 % erneut deutlich stärker erhöht als die Löhne und Gehälter, die um $2\frac{1}{4}$ % angehoben wurden.

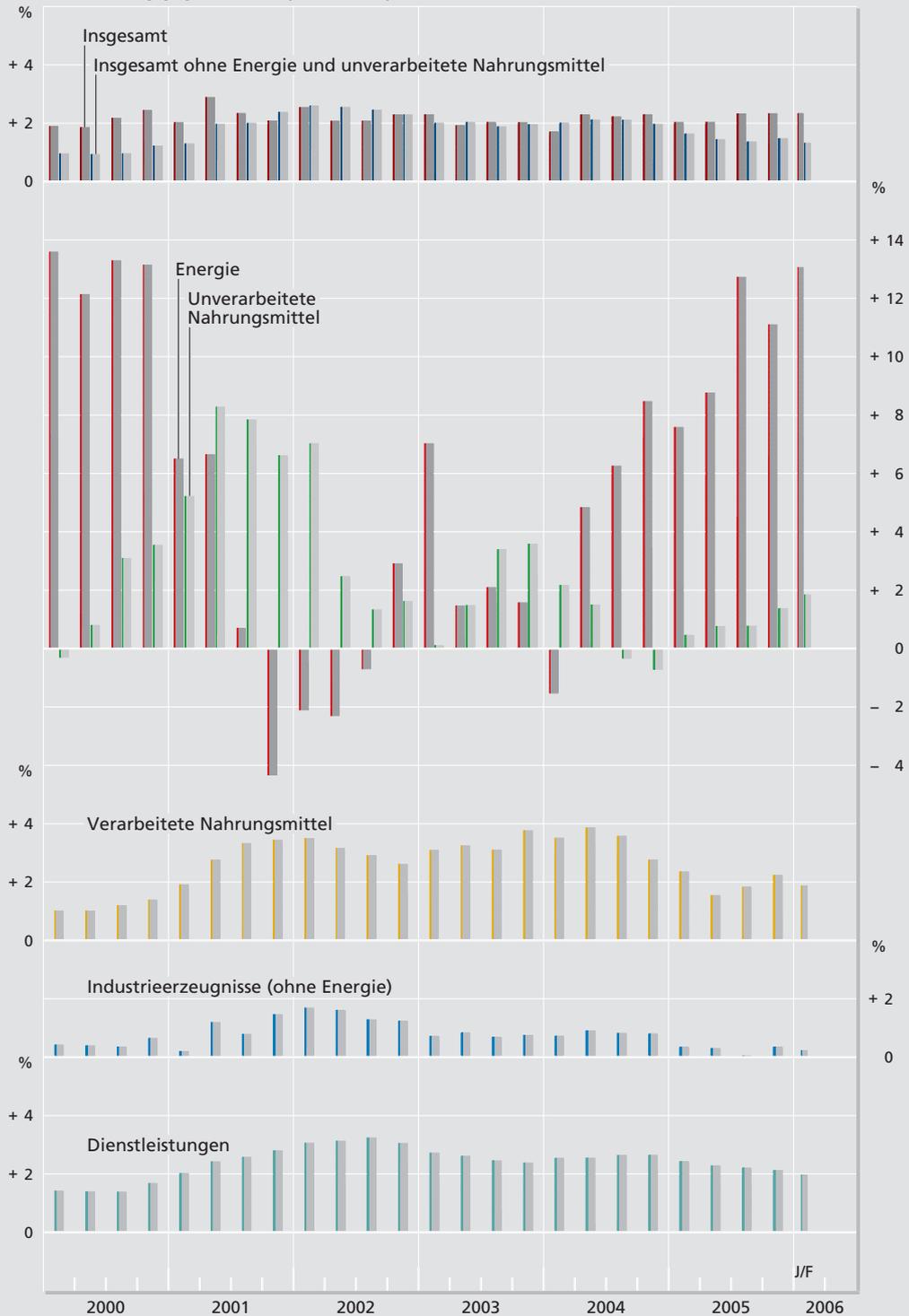
*Preissteigerungs-
rate erneut
oberhalb der
Stabilitätszone*

Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für das Euro-Gebiet belief sich im Jahr 2005 auf 2,2 % und lag damit im sechsten Jahr in Folge außerhalb der Definition der Preisstabilität des Eurosystems. Wesentlich für die vergleichsweise kräftige Zunahme der Verbraucherpreise war die außergewöhnlich starke Verteuerung von Energieträgern, die im Jahresdurchschnitt 10,1% betrug. Demgegenüber blieb der Preisauftrieb bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln mit 0,8 % verhalten. Der etwas stärkere Anstieg der Preise für verarbeitete Nahrungsmittel um 2,0 % steht im Zusammenhang mit der verschärften Besteuerung von Tabakprodukten in verschiedenen Ländern. Die Preise von Industrieerzeugnissen (ohne Energie) nahmen dagegen im Vorjahresvergleich nur um 0,3 % zu. Dazu trugen auch preiswerte Importe aus den aufstrebenden Volkswirtschaften Osteuropas und Asiens bei. Dienstleistungen verteuerten sich mit 2,3 % ähnlich stark wie im Jahr zuvor.

Verbraucherpreise in der EWU

Schaubild 2

Veränderung gegenüber Vorjahr, vierteljährlich



Deutsche Bundesbank

*Regionale Preis-
entwicklung
gleichmäßiger*

Gemessen an den gewichteten Streuungsindikatoren war die Preisentwicklung im Euro-Raum im Jahr 2005 in regionaler Hinsicht nochmals etwas gleichförmiger als im Jahr 2004, in dem die Divergenz der nationalen Preistendenzen bereits abgenommen hatte. Eine Ursache dafür war der von den internationalen Märkten ausgehende Energiepreisschock, der alle Länder des Euro-Raums in ähnlicher Weise traf. Ohne Energie war die Divergenz der Teuerungsraten jedoch weiterhin beachtlich und fiel etwas stärker aus als im Jahr zuvor.

*Erhöhte
Preisrisiken*

Im Januar/Februar 2006 ist der Druck auf die Teuerungsraten, der nach der energiepreisbedingten Spitze im Sommer zeitweise nachgelassen hatte, wieder stärker geworden. Die Vorjahrsrate des HVPI belief sich im Zweimonatsdurchschnitt auf 2,3 %. Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel gerechnet, stiegen die Preise im Januar/Februar im Durchschnitt um 1,3 %. Die derzeitige Grunddynamik des HVPI insgesamt dürfte jedoch von der Kernrate her betrachtet eher unterzeichnet sein, da sich die Energiepreise in einer Aufwärtsbewegung befinden, die nicht allein als Ausdruck einer hohen Volatilität anzusehen ist. Zudem besteht noch in verschiedenen Mitgliedsländern eine mehr oder weniger strenge Lohnindexierung, die mit der Zeit zu einer Erhöhung des hausgemachten Preisdrucks im Euro-Raum führen könnte. Die Preisrisiken, die von den Rohölmärkten ausgehen, haben sich in den letzten Monaten auch insofern verschärft, als bei global weitgehend ausgelasteten Förderkapazitäten die Gefahr angebotsbedingter Störungen erheblich gestiegen ist.

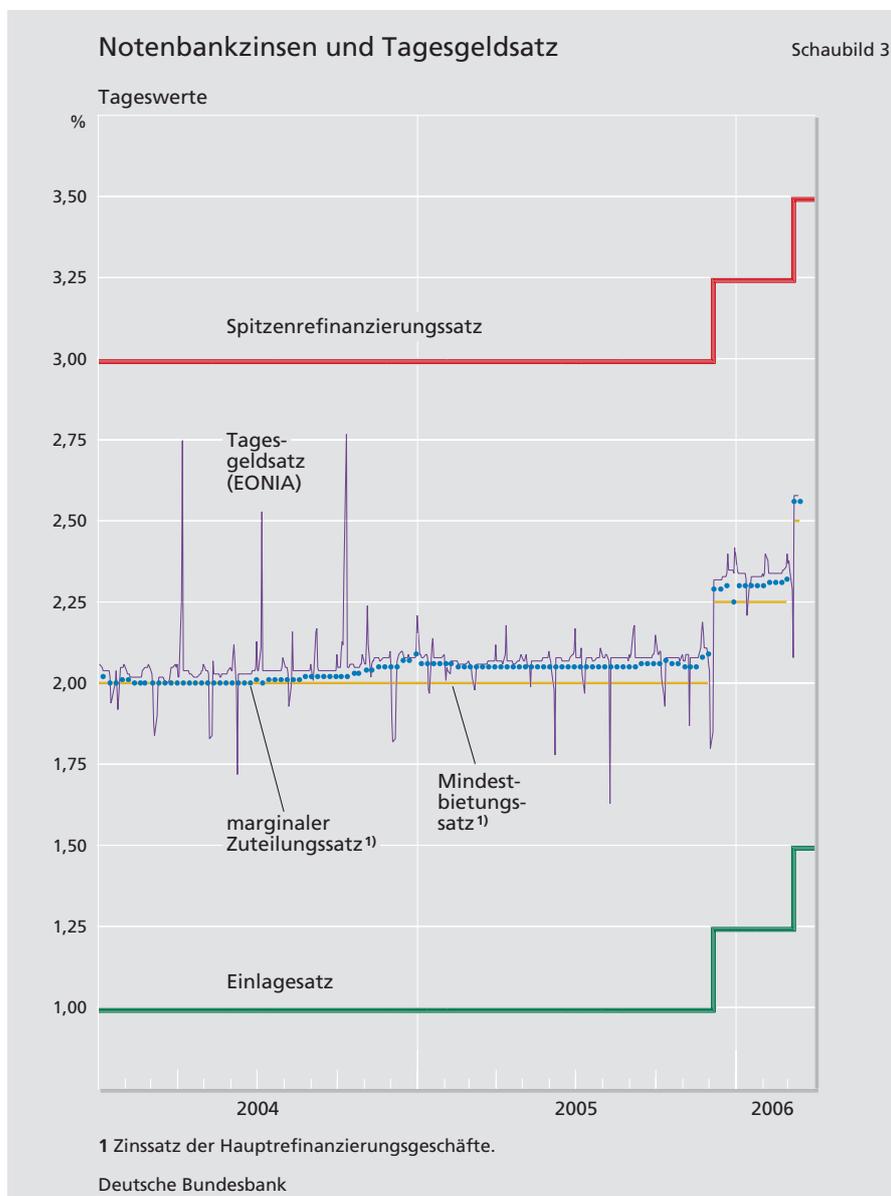
II. Geldpolitik und monetäre Entwicklung in der EWU

1. Geldpolitik bei wachsenden Risiken für die Preisstabilität

a) Zinspolitische Straffung zum Jahresende

*Zinserhöhung im
Einklang mit
wirtschaftlicher
Analyse...*

Entsprechend der geldpolitischen Zielsetzung des Eurosystems hat der EZB-Rat auch im abgelaufenen Jahr seine zinspolitischen Entscheidungen an den mittelfristigen Preisperspektiven im Euro-Raum ausgerichtet und anhand der Zwei-Säulen-Strategie beurteilt. Die Preisaussichten blieben entsprechend der wirtschaftlichen Analyse zunächst günstig, da das insgesamt moderate Wirtschaftswachstum und die maßvolle Lohnentwicklung trotz anhaltender konjunktureller Erholung jedenfalls von der binnenwirtschaftlichen Seite keine stabilitätspoliti-



schen Gefahren erkennen ließen. Der beschleunigte Energiepreisanstieg, die Erhöhungen indirekter Steuern und administrierter Preise sowie die zunehmende Gefahr von Zweitrundeneffekten bei der Lohn- und Preissetzung führten in der zweiten Jahreshälfte dann jedoch zu einer merklichen Eintrübung der Preisausichten, so dass der EZB-Rat im Dezember seine zuvor abwartende geldpolitische Haltung aufgab und die Notenbankzinsen um einen viertel Prozentpunkt anhob. Im März 2006 folgte dann ein weiterer Zinsschritt um 25 Basispunkte. Die Sätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität betragen deshalb seit dem 8. März 2006 3 ½ % beziehungsweise 1 ½ %, während die Haupt-

refinanzierungsgeschäfte als Zinstender mit einem Mindestbietungssatz von 2 ½ % ausgeschrieben werden.

*... und
monetärer
Analyse*

Eine Korrektur der außerordentlich niedrigen Notenbankzinsen war auch im Lichte der monetären Analyse angezeigt. Nach einem mäßigen Wachstum im ersten Quartal hatte das Expansionstempo der Geldmenge M3 im weiteren Jahresverlauf deutlich an Fahrt gewonnen, so dass sich bis zum Jahresende die geschätzte Überschussliquidität von rund 3 % der umlaufenden Geldbestände auf etwa 5 % annähernd verdoppelte.¹⁾ Ausschlaggebend für das insgesamt starke Geldmengenwachstum waren dabei über das ganze Jahr hinweg nicht mehr wie in früheren Jahren Portfolioumschichtungen, sondern die kräftige Kreditnachfrage des privaten Sektors. Hier wirkte sich das ausgesprochen niedrige Zinsniveau nicht nur belebend auf die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnungsbaukrediten aus, sondern zunehmend auch auf die Kreditaufnahme des Unternehmenssektors.

*Monetäre
Bedingungen
weiterhin
expansiv*

Trotz der Zinserhöhungen war der geldpolitische Kurs in den Wintermonaten expansiv ausgerichtet; die monetären Bedingungen im Euro-Gebiet ließen genügend Spielraum für ein stärkeres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben.

b) Erfolgreiche Geldmarktsteuerung bei verstärktem Einsatz von Feinsteuerooperationen

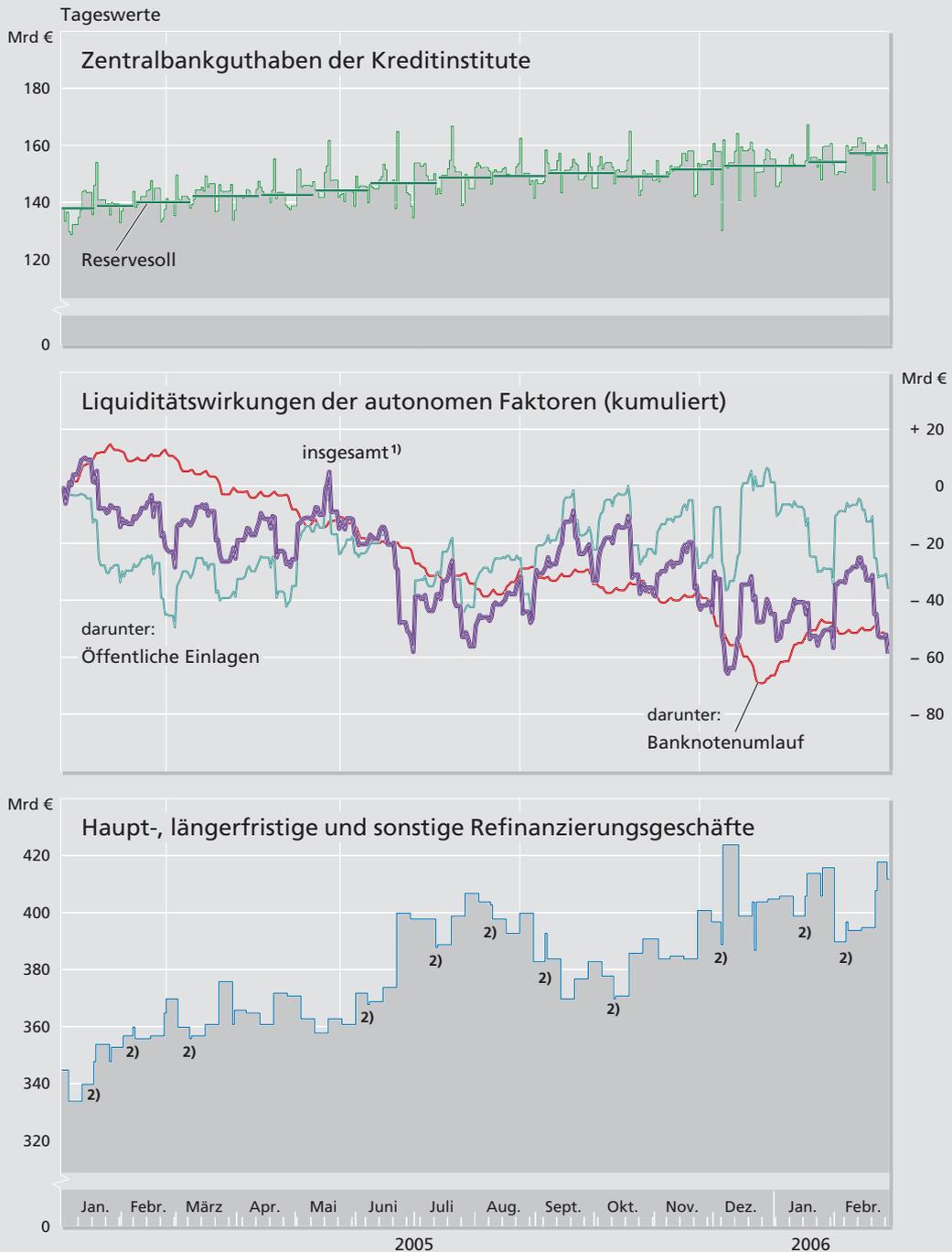
*Liquiditäts-
steuerung
auch unter
Nutzung von
Feinsteuero-
operationen*

Die Geldmarktsteuerung gestaltete sich im abgelaufenen Jahr weitgehend reibungslos, so dass der geldpolitische Kurs des EZB-Rats auch in dem bewegten Umfeld des Jahres 2005 zuverlässig umgesetzt werden konnte. Der Tagesgeldzins (EONIA) notierte in der Regel recht eng am Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Abweichungen waren allenfalls am Ende der Mindestreserveerfüllungsperioden zu verzeichnen. Dies ist nicht zuletzt auf den im März 2004 eingeführten neuen geldpolitischen Handlungsrahmen zurückzuführen. Zwar beeinflussen seitdem die Erwartungen der Marktteilnehmer hinsichtlich unmittelbar bevorstehender Zinsschritte die Bedingungen am Tagesgeldmarkt im Gegensatz zum alten Handlungsrahmen normalerweise nicht mehr. Allerdings hat sich zum Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode hin vorübergehend die Unsicherheit über die Liquiditätslage erhöht. Spürbare Abweichungen des EONIA vom Mindestbietungssatz nach dem letzten Hauptrefinanzie-

¹ Gemessen an der um Portfolioeffekte bereinigten „realen Geldlücke“.

Liquiditätssteuerung im Eurosystem

Schaubild 4



1 Banknotenumlauf, Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem, Netto-Währungsreserven des Eurosystems und sonstige Faktoren; Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben. — 2 Feinsteuerungsoperationen: Liquiditätsbereitstellende befristete Transaktion (BT) 18.1.2005: 8,0 Mrd €; BT 7.2.2005: 2,5 Mrd €; Liquiditätsabsorbierende Hereinnahme von Termineinlagen (TE) 8.3.2005: 3,5 Mrd €; TE 7.6.2005: 3,7 Mrd €; TE 12.7.2005: 9,6 Mrd €; TE 9.8.2005: 0,5 Mrd €; BT 6.9.2005: 9,5 Mrd €; TE 11.10.2005: 8,5 Mrd €; TE 5.12.2005: 7,5 Mrd €; BT 17.1.2006: 7,0 Mrd €; BT 7.2.2006: 6,5 Mrd €.

Deutsche Bundesbank



Geldmarkt- steuerung und Liquiditäts- bedarf

Die Geldmarktsteuerung des Eurosystems ermöglicht den Kreditinstituten in der EWU die reibungslose Erfüllung ihrer Mindestreservepflicht, indem sie über geeignete geldpolitische Geschäfte Zentralbankliquidität bereitstellt oder abschöpft. Ziel ist es dabei, dass sich am Interbanken-Geldmarkt ein Tagesgeldsatz gemessen am gewichteten Durchschnitt EONIA einstellt, der nahe am zentralen Leitzins des Eurosystems, dem Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG), liegt (vgl. Schaubild auf S. 21). Damit wird gewährleistet, dass sich die geldpolitische Ausrichtung des EZB-Rats am Tagesgeldmarkt unverzerrt widerspiegelt.

Entwicklung der Liquiditäts- bestimmenden Faktoren

Im abgelaufenen Jahr stand die Geldmarktsteuerung vor der Aufgabe, eine Ausweitung des Liquiditätsbedarfs der Kreditinstitute aus den autonomen Faktoren und dem Mindestreservesoll um 21 % auf 376,7 Mrd € im Jahresdurchschnitt 2005 zu kompensieren. Die autonomen Faktoren stiegen um 56,0 Mrd € (siehe Tabelle auf S. 25), was im Wesentlichen durch den um 69,1 Mrd € höheren Banknotenumlauf verursacht wurde. Ende Februar 2006 wurde ein Stand von 551,1 Mrd € erreicht. Die Wachstumsrate des Banknotenumlaufs ist 2005 mit 15 % allerdings um vier Prozentpunkte niedriger ausgefallen als im Vorjahr. Auch der Liquiditätsbedarf aus den Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem stieg um 4,8 Mrd €. Dabei schwankten die öffentlichen Einlagen 2005 in der üblichen breiten Spanne zwischen 29,1 Mrd € am 28. Dezember und 90,5 Mrd € am 30. Juni. Die Volatilität, gemessen an der Standardabweichung auf Tagesbasis, belief sich auf 12,6 Mrd € und war demnach 1,7 Mrd € größer als im Vorjahr. Bei den autonomen Faktoren insgesamt lag die Volatilität 2005 nur wenig höher bei 15,7 Mrd €, was die besondere Bedeutung der öffentlichen Einlagen für die Liquiditätsprognosen des Eurosystems verdeutlicht, auf deren Grundlage die Volumina der Offenmarktgeschäfte festgelegt werden. Der Verlauf der autonomen Faktoren wurde damit im Wesentlichen

vom Wachstumstrend beim Banknotenumlauf und von den kurzfristigen Schwankungen bei den öffentlichen Einlagen bestimmt (vgl. Schaubild auf S. 23). Die Entwicklung der restlichen autonomen Faktoren, über die 17,9 Mrd € in den Markt flossen, dämpfte per saldo den Anstieg des Liquiditätsbedarfs etwas. Dies kam hauptsächlich dadurch zustande, dass das Eurosystem seinen Bestand an in Euro denominierten Wertpapieren auf Marktpreisbasis um 15,1 Mrd € erhöhte.

Um den gestiegenen Liquiditätsbedarf zu decken, weitete das Eurosystem seine geldpolitischen Geschäfte um 65,7 Mrd € aus. 73 % der Steigerung kamen durch größere HRG zustande, 27 % durch die Aufstockung der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRG) mit dreimonatiger Laufzeit von 25,0 Mrd € auf 30,0 Mrd € in den ersten Monaten von 2005. Angesichts des auch 2006 zu erwartenden weiteren Anstiegs des Liquiditätsbedarfs und in der Absicht, den Anteil der LRG am Refinanzierungsvolumen leicht zu erhöhen, wurden die LRG, beginnend mit dem Geschäft per 26. Januar 2006, von 30,0 Mrd € auf jeweils 40,0 Mrd € aufgestockt, so dass ab dem 30. März insgesamt 120,0 Mrd € über LRG bereitgestellt werden. Im vergangenen Jahr wurde die Geldmarktsteuerung beim LRG per 22. Dezember vor eine besondere Herausforderung gestellt, als auf Grund eines fehlerhaften Gebots eines Geschäftspartners nur 12,5 Mrd € von angestrebten 30,0 Mrd € zugeteilt werden konnten. Das Eurosystem schrieb unverzüglich ein zweites LRG mit einem Tag später beginnender Laufzeit aus. Zwar fehlten so durch die versetzte Valutierung für einen Tag 17,5 Mrd € im Markt, dennoch stieg der EONIA nur mäßig und vorübergehend um sechs Basispunkte auf 2,40 % am 22. Dezember, da bei einem noch weit entfernt liegenden Ende der Reserveperiode der stabilisierende Effekt der Durchschnittserfüllung der Mindestreserve voll zum Tragen kommen konnte.

Die Zentralbankguthaben der Kreditinstitute lagen im Jahresdurchschnitt 2005 um 9,6 Mrd € über dem Vorjahrsniveau, was annähernd der Zunahme des Mindestreservesolls entspricht. Das Reservesoll beschleunigte sein Wachstum auf Grund der beachtlichen monetären Expansion in der EWU nochmals von 4 % im Vorjahr auf 7 %. In der Februar/März-Periode 2006 lag das Soll mit 157,7 Mrd € sogar um 12 % über dem der Vorjahrsperiode.

Feinststeuerungspolitik

Nach der Einführung des neuen geldpolitischen Handlungsrahmens hatte sich im Herbst 2004 die Notwendigkeit abgezeichnet, spürbaren Abweichungen des EONIA vom Mindestbietungssatz nach dem letzten HRG einer Periode im Fall von größeren Liquiditätsungleichgewichten mit einer Feinststeuerungsoperation (FSO) am letzten Tag der Periode zu begegnen. Das Eurosystem führte 2005 neun FSO durch, davon drei liquiditätsbereitstellende und sechs -abschöpfende Operationen. 2006 waren es bislang zwei zuführende und eine abschöpfende FSO. Die angestrebte Liquiditätskorrektur lag zwischen 2,5 Mrd € und 10,0 Mrd €. Dreimal (am 7. Juni, am 12. Juli und am 9. August) wurde 2005 wegen unzureichender Gebote das angestrebte Volumen bei abschöpfenden FSO, das dem tatsächlich bestehenden Liquiditätsüberschuss jeweils sehr nahe kam, nicht voll erreicht. Dies galt auch für die abschöpfende FSO am 7. März 2006. Von Marktteilnehmern wurde als Grund dafür die Unsicherheit über ihre individuelle Liquiditätslage zum Zeitpunkt der Durchführung und die angeblich unzureichende Verzinsung in Höhe des Mindestbietungssatzes genannt. In allen vier Fällen stellte sich im Nachhinein aber heraus, dass die Verzinsung, gemessen am sich nach der Operation einstellenden Marktzins, durchaus attraktiv gewesen wäre, der deutlich unter dem jeweils gültigen Mindestbietungssatz lag. Bei den abschöpfenden FSO am 8. März, 11. Oktober und 5. Dezember 2005 konnte dagegen das angestrebte Volumen voll zugeteilt werden. Wie erfolgreich die aktivere Feinststeuerungspolitik dabei war, EONIA in der Zeit zwischen der Gutschrift des letzten HRG und dem Ende der Periode zu stabilisieren, zeigt der Vergleich der Zeiträume vor und nach dem Beginn ihrer Anwendung im Herbst 2004: Betrachtet man jeweils nur die letzte Woche jeder Reserveperiode, so hat sich die durchschnittliche Abweichung des EONIA vom Mindestbietungssatz mehr als halbiert.¹⁾ Keine Feinststeuerungsoperation war am 7. Juli 2005 erforderlich, als die Terroranschläge in London zwar einige Stunden lang für erhöhte Quotierungen

1) Vergleich der Zeiträume 10. März 2004 bis 11. Oktober 2004 und 12. Oktober 2004 bis 7. März 2006 anhand der Wurzel aus der mittleren quadrierten Abweichung des EONIA vom Mindestbietungssatz, die von 24 auf 11 Basispunkte zurückerückging. In die Berechnung wurden nur die Geschäftstage vom Valutatag des jeweils letzten HRG bis zum Ende der Reserveperiode einbezogen.

Liquiditätsbestimmende Faktoren

Mrd €; Veränderungen der Jahresdurchschnittswerte zum Vorjahr

Position	2004	2005
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren		
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	- 72,6	- 69,1
2. Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	- 3,0	- 4,8
3. Netto-Währungsreserven ¹⁾	- 28,1	- 6,2
4. Sonstige Faktoren ¹⁾	+ 40,7	+ 24,1
Insgesamt	- 63,0	- 56,0
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems		
1. Offenmarktgeschäfte		
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	+ 44,1	+ 48,2
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	+ 25,2	+ 17,5
c) Sonstige Geschäfte	- 0,0	+ 0,0
2. Ständige Fazilitäten		
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	- 0,1	- 0,1
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	+ 0,1	+ 0,1
Insgesamt	+ 69,3	+ 65,6
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	+ 6,3	+ 9,6
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	- 5,6	- 9,9

¹ Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

am Euro-Geldmarkt gesorgt hatten. Nachdem in der Pressekonferenz nach der am gleichen Tag stattfindenden EZB-Ratssitzung aber bestätigt worden war, dass keine Beeinträchtigungen des Geldmarkts und der Zahlungsverkehrssysteme bestanden, beruhigte sich die Lage schnell, und der EONIA wurde schließlich nur drei Basispunkte über dem Vortagesstand bei 2,11 % festgestellt.

Entwicklung des EONIA-Spreads

Der EONIA-Spread zum Mindestbietungssatz erhöhte sich 2005 um zwei auf durchschnittlich sieben Basispunkte. Zwar ist die Umsetzung der geldpolitischen Absichten des EZB-Rats am Tagesgeldmarkt damit in keinsten Weise gefährdet. Dennoch trat das Eurosystem der schleichenden Erhöhung des EONIA-Spreads mit einer systematischen Zuteilung von bis zu 3 Mrd € über dem Benchmark-Betrag²⁾ liegenden HRG-Volumina ab Oktober 2005 entgegen, nachdem auf diese Weise schon über die Monate um den Jahreswechsel 2004/2005 hinweg der Aufwärtstrend bei EONIA eingedämmt worden war. Zumindest der traditionell hohe Spread am Jahresultimo konnte so 2005 auf lediglich 17 Basispunkte begrenzt

werden, was der niedrigste Wert seit Beginn der EWU war. Dennoch lag der EONIA-Spread im Februar 2006 weiterhin mit meist neun Basispunkten auf einem spürbar erhöhten Niveau.

Einfluss von Zinserwartungen auf die Geldmarktsteuerung

Ein entscheidender Vorteil des seit März 2004 bestehenden geldpolitischen Handlungsrahmens ist, dass Erwartungen von Marktteilnehmern hinsichtlich unmittelbar bevorstehender Zinsschritte des EZB-Rats keine Auswirkungen auf die Bedingungen am Tagesgeldmarkt der laufenden Reserveperiode haben sollten. In den beiden Wochen vor der Leitzinserhöhung am 1. Dezember 2005 traten erstmals seit März 2004 deutlich ausgeprägte kurzfristige Zinssteigerungserwartungen auf, die zu einer begrenzten Ausweitung des EONIA-Spreads um elf Basispunkte am 23. November führten. Sukzessive ging EONIA aber in den folgenden Tagen zurück und fiel einen Tag nach der EZB-Ratssitzung unter den Mindestbietungssatz. Dies wurde nicht zuletzt dadurch erreicht, dass die EZB ausnahmsweise auch im letzten HRG der Periode 1 Mrd € über Benchmark zugeteilt hatte. Die Ausweitung des

EONIA-Spreads begann bei der Zinsanhebung am 2. März 2006 erst eine Woche vorher und fiel mit maximal sechs Basispunkten am Monatsultimo 28. Februar deutlich schwächer aus. Zum Ende der Reserveperiode lag EONIA auf Grund eines Liquiditätsüberschusses wiederum unter dem alten Mindestbietungssatz. Die mit den Änderungen des geldpolitischen Handlungsrahmens beabsichtigte strikte Trennung der Bedingungen am Tagesgeldmarkt in verschiedenen Perioden gelang somit zuletzt besser.

Insgesamt hat die Geldmarktsteuerung des Eurosystems auch 2005 in einem bewegten Umfeld den geldpolitischen Kurs des EZB-Rats zuverlässig umgesetzt und für ausgeglichene Bedingungen am Euro-Geldmarkt der EWU gesorgt.

² Der Benchmark-Betrag eines HRG ist der Betrag, der sicherstellt, dass die Kreditinstitute ihre Mindestreservepflicht während der Laufzeit des HRG voraussichtlich problemlos erfüllen können. Vgl.: Europäische Zentralbank, Veröffentlichung der Benchmark-Zuteilung bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften, Monatsbericht, April 2004, S. 20 ff.

rungsgeschäft einer Mindestreserveerfüllungsperiode federt die EZB bei größeren Liquiditätsungleichgewichten deshalb seit November 2004 recht erfolgreich mit einer Feinsteuerungsoperation am letzten Tag der Erfüllungsperiode ab.

*Zinserwartungen
nach oben
gerichtet*

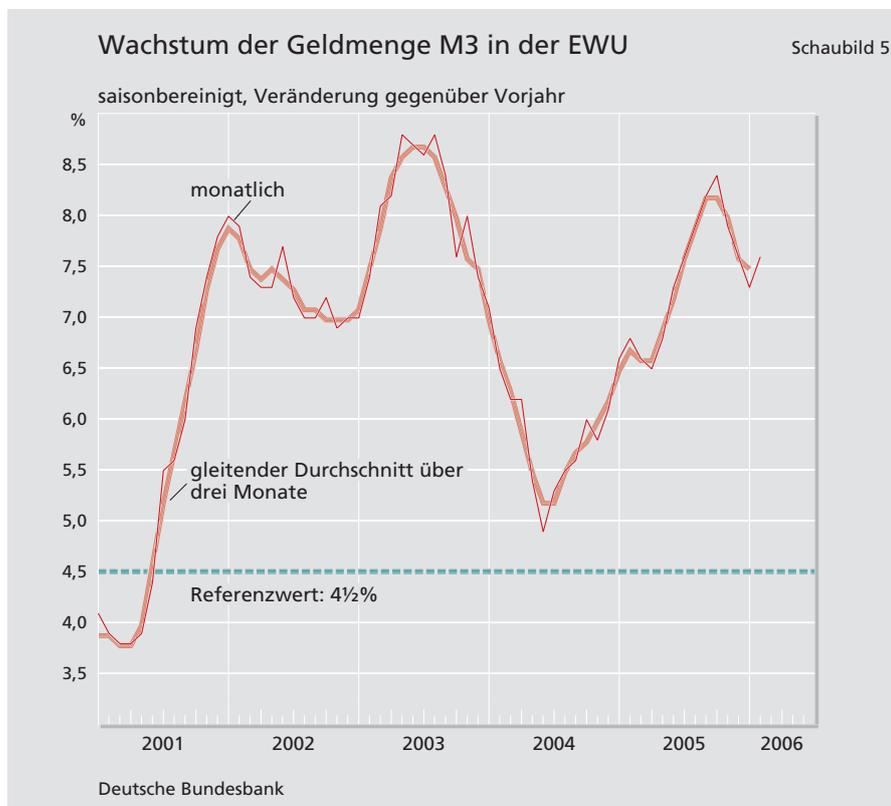
Im abgelaufenen Jahr prägten Zinserhöhungserwartungen die Lage am Geldmarkt. Lediglich im Frühsommer (Juni) kamen wohl auch im Zusammenhang mit der Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums vorübergehend Zinssenkungserwartungen auf, die jedoch nach zinspolitischer Geradeausfahrt durch den EZB-Rat Anfang Juli rasch wieder abklangen und sich mit weiter steigenden Ölpreisen zunehmend ins Gegenteil verkehrten. Bereits Anfang August war bei den längerfristigen Geldmarktzinsen wieder ein Aufschlag von einem viertel Prozentpunkt eingepreist, der sich bis Anfang Dezember im Einklang mit der zinspolitischen Kommunikationslinie des EZB-Rats weiter vergrößerte. Auch nach den Zinsanpassungen um jeweils einen viertel Prozentpunkt Anfang Dezember 2005 und Anfang März 2006 rechneten die Marktteilnehmer auf Jahressicht mit weiteren Zinsanhebungen.

2. Starkes Geldmengenwachstum bei akzelerierender Kreditvergabe

a) Deutlicher Anstieg der Geldbestände

*Nach anfänglich
moderatem
Geldmengen-
anstieg
beträchtliche
Beschleunigung*

Die Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet wuchs in den ersten Monaten des Jahres 2005 zunächst nur verhalten. Angesichts merklich rückläufiger Kapitalmarktzinsen bei nahezu unveränderten Kurzfristzinsen beschleunigte sich die Geldmengenexpansion dann aber in den Frühjahrs- und Sommermonaten deutlich. Verstärkend wirkte hier zudem die vorübergehend gestiegene Unsicherheit an den Finanzmärkten. Die saisonbereinigte Sechsmonatsrate des Aggregats M3, welche die kürzerfristige monetäre Dynamik widerspiegelt, stieg bis Ende September auf 10½ %, was den stärksten Geldmengenanstieg seit Ende der achtziger Jahre darstellte. Seitdem hat sich das Tempo der monetären Expansion zwar etwas abgeschwächt; es blieb aber so kräftig, dass die Geldbestände am Jahresende 2005 ihren Vorjahrsstand um 7,3 % überstiegen. Der gleitende Dreimonatsdurchschnitt der Vorjahrsraten für die Monate November und Dezember 2005 sowie Januar 2006 lag bei 7,5 %. Insgesamt war das Geldmengenwachstum im Berichtsjahr nicht nur höher als im Jahr 2004, sondern übertraf auch deutlich den auf längere Sicht stabilitätspolitisch vertretbaren Rahmen.



Unter den Geldmengenkomponenten nahmen im Berichtsjahr erneut vor allem die besonders liquiden M3-Bestandteile stark zu. Der Euro-Bargeldumlauf außerhalb des inländischen Bankensektors wuchs im Berichtsjahr einmal mehr am stärksten. Er übertraf Ende 2005 seinen Vorjahrsstand um 13,7 %. Die infolge der niedrigen Zinsen geringen Opportunitätskosten dürften dabei die Bargeldhaltung besonders gefördert haben. Die täglich fälligen Einlagen expandierten im zurückliegenden Jahr mit einer Rate von 10,9 % ebenfalls sehr kräftig. Vor allem Tagesgelder von Unternehmen wurden im Jahr 2005 stark ausgeweitet, was neben Umschichtungen zu Lasten kurzfristiger Termineinlagen wohl auch auf eine zyklisch bedingte Verbesserung der Gewinnsituation zurückzuführen war.

*Bargeld und
täglich fällige
Einlagen stark...*

Die übrigen kurzfristigen Bankeinlagen sind im zurückliegenden Jahr ebenfalls recht kräftig gewachsen. Die Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren stiegen um 6,6 %. Dazu hatte vor allem der starke Aufbau kurzfristiger Termingelder durch nichtmonetäre Finanzierungsinstitutionen beigetragen. Private Haushalte bevorzugten hingegen weiter Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten, wobei sich deren Expansionsrate im Jahresverlauf spürbar abschwächte und Ende 2005 nur noch bei 4,3 % lag.

*... und übrige
kurzfristige
Einlagen
merklich
gestiegen*

*Marktfähige
Komponenten
per saldo kaum
gefragt*

Anders als Bargeldumlauf und kurzfristige Bankeinlagen wurden marktfähige Finanzinstrumente im Berichtsjahr nur leicht aufgestockt (um 0,8 %). Dabei wurde der starke Anstieg kurzfristiger Bankschuldverschreibungen durch den merklichen Rückgang von Repo-Geschäften und den leichten Abbau von Geldmarktfondszertifikaten nahezu vollständig ausgeglichen. Letztere waren Anfang/Mitte 2003, als es während des Irakkriegs noch einmal zu umfangreichen Umschichtungen in sichere und liquide Anlagen bei Banken und Geldmarktfonds gekommen war, noch mit einer Vorjahrsrate von annähernd 20 % gestiegen.

b) Kreditvergabe an Privatsektor dominierender Bestimmungsfaktor
des Geldmengenwachstums

*Buchkredit-
vergabe an
privaten Sektor
weiter deutlich
beschleunigt*

Anders als etwa in den Jahren 2001 bis 2003, als der starke Geldmengenanstieg vor allem durch unsicherheitsbedingte Portfolioumschichtungen getrieben worden war, bildete im Jahr 2005 die sehr kräftige Ausweitung der Buchkredite an den Privatsektor die Hauptantriebskraft für die monetäre Expansion. So stiegen die unverbrieften Ausleihungen an Unternehmen und Privatpersonen im Euro-Raum im zurückliegenden Jahr um 9,2 %. Zur deutlichen Beschleunigung der Kreditnachfrage dürften die ausgesprochen niedrigen Finanzierungskosten beigetragen haben. Das gilt sowohl für Unternehmenskredite als auch für Kredite an private Haushalte. Mit einer Jahresrate von 11,5 % sind dabei die Wohnungsbaukredite an private Haushalte im Berichtsjahr besonders stark gestiegen, und zwar insbesondere im langfristigen Bereich. Die Konsumentenkredite nahmen mit einer Rate von 7,8 % zwar weniger stark zu, zogen im Vergleich zum Vorjahr aber ebenfalls spürbar an. Gleiches gilt für die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen, die am Jahresende 2005 8,1% über ihrem Vorjahrsstand lagen. Auch hier wuchsen die langfristigen Ausleihungen besonders kräftig, die rund die Hälfte der Buchkredite an private nichtfinanzielle Unternehmen ausmachen. Daneben sind die Ausleihungen der Banken an Versicherungsunternehmen und sonstige Finanzierungsinstitutionen im Jahr 2005 erneut stark gestiegen.

*Wertpapier-
kredite ebenfalls
deutlich
gewachsen*

Zudem stockten die Banken im Euro-Währungsgebiet ihre Bestände an Wertpapieren heimischer Emittenten deutlich auf. Sie investierten dabei besonders in Aktien von Unternehmen im Euro-Raum. Aber auch festverzinsliche Wertpapiere dieser Schuldnergruppe wurden in großem Umfang zusätzlich in die Portefeuilles aufgenommen; diese Papiere nahmen mit einer Jahresrate von 17,1% zu. Verglichen damit fiel der prozentuale Anstieg der von inländischen Banken gehaltenen Staatspapiere mit 5,9 % merklich geringer aus. Aber auch hier war

Monetäre Entwicklung in der EWU

Tabelle 3

Veränderungen im Jahresverlauf

Position	2004	2005
	in %	
I. Wachstum der Geldmengenaggregate 1)		
Geldmenge M1 2)	9,0	11,3
Geldmenge M2 3)	6,7	8,5
Geldmenge M3 4)	6,6	7,3
	Mrd €	
II. Geldmenge im Bilanzzusammenhang		
Geldmenge M3 (=1+2-3-4-5)	404,7	495,0
davon:		
Bargeld und täglich fällige Einlagen	230,2	350,2
Übrige kürzerfristige Bankeinlagen	118,8	137,2
Marktfähige Finanzinstrumente	55,7	7,6
Bilanzgegenposten		
1. Kredite an Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	626,3	923,9
davon:		
Kredite an öffentliche Haushalte	51,1	99,8
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	575,2	824,1
2. Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	160,7	- 17,3
3. Einlagen von Zentralstaaten	6,1	11,9
4. Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber anderen Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	342,2	381,9
5. Andere Gegenposten von M3 5)	34,0	17,8

1 Saisonbereinigt. — 2 Bargeldumlauf sowie die von EWU-Angehörigen bei MFIs im Euro-Währungsgebiet gehaltenen Bestände an täglich fälligen Einlagen. — 3 M1 zuzüglich der übrigen kurzfristigen Bankeinlagen von EWU-Angehörigen bei MFIs im Euro-Währungsgebiet (Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren und Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten). — 4 M2 zuzüglich der von EWU-Ansässigen gehaltenen marktfähigen Finanzinstrumente (Repogeschäfte der MFIs mit Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet, Geldmarktfondsanteile sowie Schuldverschreibungen mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu zwei Jahren der MFIs im Euro-Währungsgebiet). — 5 Als Restgröße gerechnet.

Deutsche Bundesbank

gegenüber dem Vorjahr eine Beschleunigung zu erkennen. Gleiches gilt für die Buchkredite an öffentliche Haushalte im Euro-Gebiet, die im Jahr 2004 noch leicht zurückgeführt worden waren und im Jahr 2005 immerhin um 2,0 % gestiegen sind.

Der starken Kreditnachfrage der Nichtbanken aus dem Euro-Gebiet standen im Berichtsjahr leichte Mittelabflüsse an das Ausland entgegen. In der konsolidierten Bilanz des Euro-Bankensystems hat sich dies in einem entsprechenden Rückgang der Netto-Auslandsposition des Bankensektors niedergeschlagen und damit das Geldmengenwachstum für sich betrachtet gedämpft.

Netto-Auslandsposition...

*... und Geld-
kapitalbildung
dämpften
monetäre
Expansion*

In die gleiche Richtung wirkte die verstärkte Geldkapitalbildung der Nichtbanken im Euro-Gebiet, die ihre längerfristigen Geldanlagen bei Banken, die nicht zur Geldmenge M3 rechnen, im Laufe des letzten Jahres um 8,4 % aufstockten. Insbesondere Bankschuldverschreibungen (mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als zwei Jahren) waren stark gefragt. Ihr Umlauf außerhalb des Bankensektors übertraf Ende 2005 seinen Vorjahrsstand um 10,0 %. Auch die längerfristigen Termineinlagen stiegen deutlich (um 7,8 %), während die Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten weiter abgebaut wurden (um 4,9 %).

III. Finanzsystem

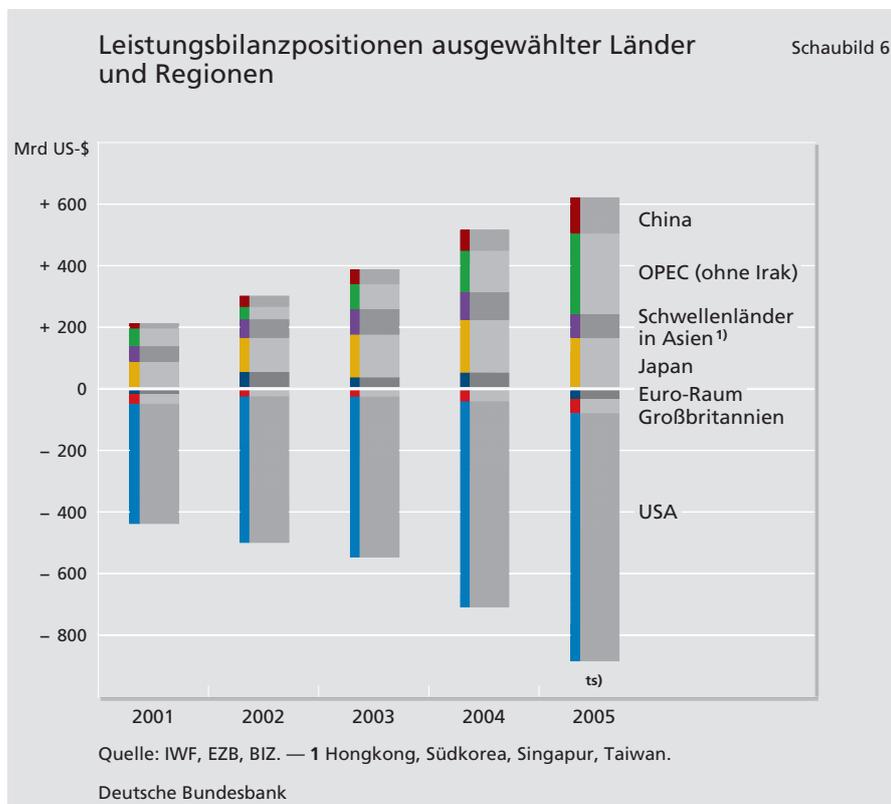
1. Kursgewinne des US-Dollar bei zunehmenden globalen Ungleichgewichten

*Kursgewinne
des US-Dollar...*

*... korrespondier-
ten 2005 mit
Kursverlusten
des Euro*

Die Entwicklungen am Devisenmarkt waren im vergangenen Jahr im Wesentlichen von dem steigenden Renditevorsprung von Dollar-Anlagen sowie den Erwartungen der Marktteilnehmer über die weitere Konjunktur- und Zinsentwicklung geprägt. Vor diesem Hintergrund wertete die amerikanische Währung – trotz einer Ausweitung des US-Leistungsbilanzdefizits – insbesondere in der ersten Jahreshälfte deutlich auf. Im gewogenen Durchschnitt summierten sich die Kursgewinne des US-Dollar im Jahresverlauf 2005 auf 10 %.¹⁾ Die Veränderungen im Wechselkursgefüge zeigten sich auch im Kursverhältnis des US-Dollar zum Euro, der vor allem in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres deutlich an Wert verlor und Anfang Juli unter die Marke von 1,20 US-\$ fiel. Neben den genannten positiven Faktoren zu Gunsten der US-Währung wurde der Euro-Dollar-Kurs in dieser Zeit durch politische Ereignisse im Euro-Währungsgebiet belastet, wie etwa die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden oder das vorläufige Scheitern der Verhandlungen über die so genannte Finanzielle Vorausschau der EU. Nach einer zwischenzeitlichen Stabilisierung geriet der Euro gegenüber dem US-Dollar in den Herbstmonaten erneut unter Abgabedruck, als die Sorgen über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Wirbelstürme in den USA nachließen und weitere Zinssteigerungen durch die Federal Reserve folgten. Insgesamt wertete sich der Euro im Jahresverlauf 2005 gegenüber dem US-Dollar um 13 ½ % ab.

¹⁾ Zu der Dollar-Stärke dürften auch steuerliche Regelungen beigetragen haben, nach denen amerikanische Unternehmen im Ausland erwirtschaftete Gewinne vorübergehend zu einem ermäßigten Steuersatz von 5¼ % statt 35 % repatriieren konnten.



Zum Jahreswechsel 2005/2006 drehte sich die Stimmung allerdings zeitweilig zu Gunsten der Gemeinschaftswährung, nachdem sich die Erwartungen an den Devisenmärkten auf ein baldiges Ende des Zinserhöhungszyklus in den Vereinigten Staaten verstärkten. Zuletzt lag der Euro bei 1,20 US-\$.

Auch gegenüber dem Pfund Sterling und dem Yen gab der Euro im Jahresverlauf 2005 nach; die Kursverluste fielen aber mit 3 % beziehungsweise ½ % gering aus. Im gewogenen Durchschnitt gegenüber 23 wichtigen Handelspartnern wertete sich der Euro um 7 % ab. Auch real gerechnet, also unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten im Euro-Raum und bei seinen Handelspartnern, hat die Gemeinschaftswährung an Wert verloren.

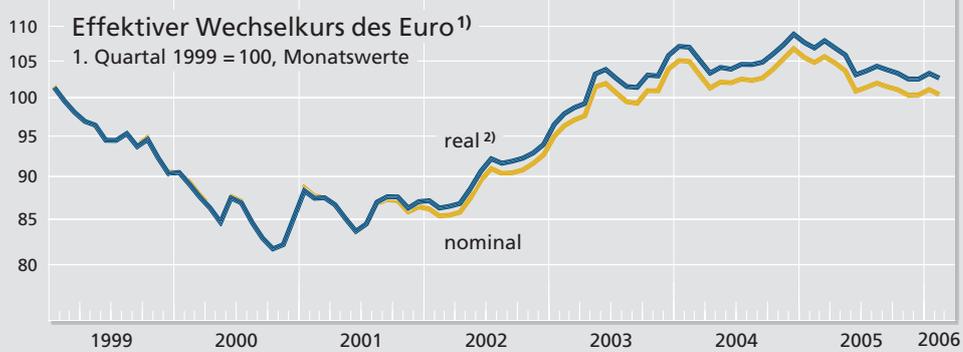
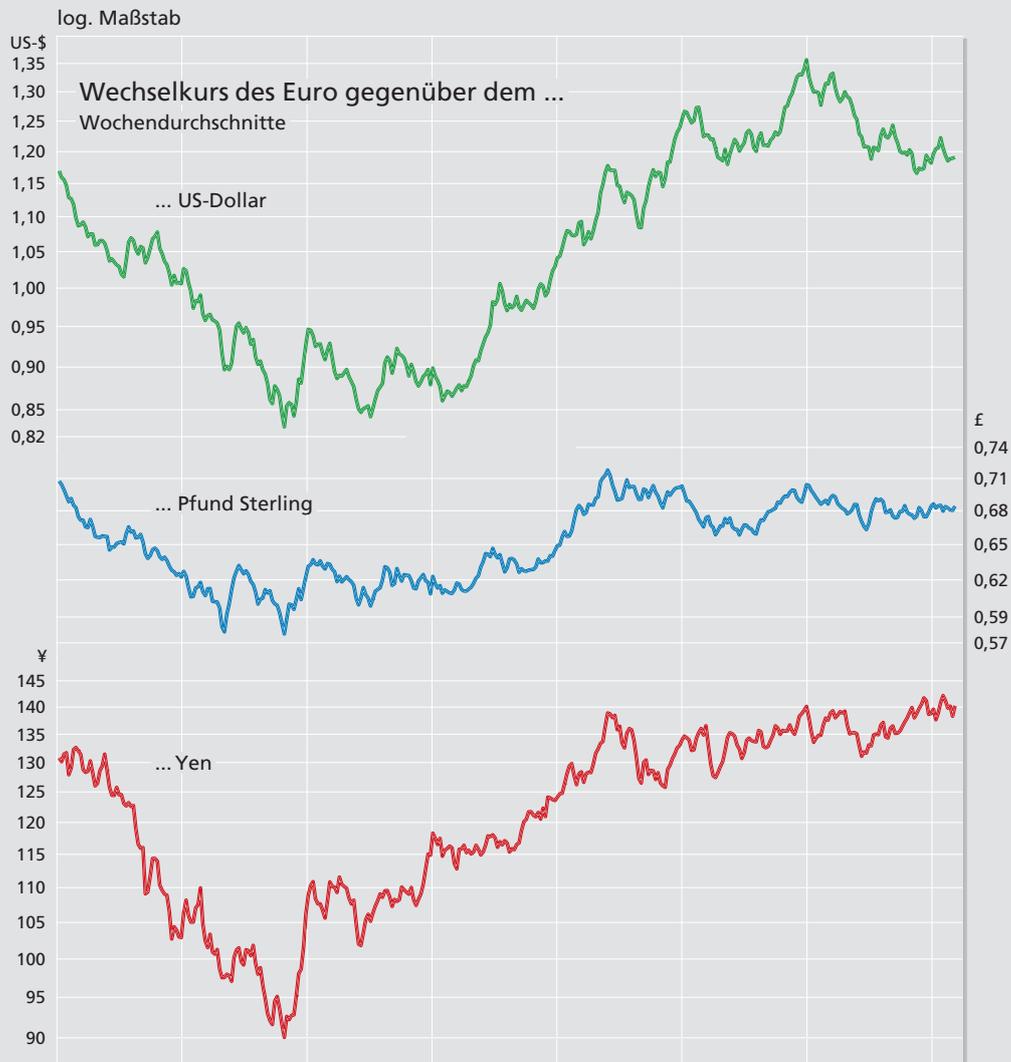
*Euro-Abwertung
auch gegenüber
anderen
Währungen*

Die beschriebenen Wechselkursverschiebungen waren einem Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte nicht förderlich. Wie schon erwähnt ist das Leistungsbilanzdefizit der USA weiter gestiegen. Parallel dazu nahmen die Überschüsse insbesondere in China und verstärkt auch in den Erdöl exportierenden Ländern weiter zu. Diese Entwicklung ging mit einem anhaltenden Aufbau von Devisenreserven einher (siehe dazu Abschnitt V, S. 72 ff.).

*Wechselkurs-
bewegungen
nicht hilfreich
für Abbau
außen-
wirtschaftlicher
Ungleich-
gewichte*

Wechselkurs des Euro

Schaubild 7



1 Nach Berechnung der EZB gegenüber den Währungen von 23 Ländern. — 2 Auf Basis der Verbraucherpreise.

Deutsche Bundesbank

2. Wertpapiermärkte im Zeichen steigender Aktienkurse

Die weltweit reichliche Liquiditätsversorgung und eine lebhafte Nachfrage nach langfristigen Schuldverschreibungen drückten die Kapitalmarktzinsen über weite Strecken des vergangenen Jahres. So erreichten die Umlaufrenditen von Staatsanleihen im Euro-Raum im Herbst 2005 vorübergehend einen historischen Tiefstand. Die durch die gestiegenen Energiepreise aufflackernden Inflations Sorgen sowie die sich verbessernden Konjunkturaussichten führten anschließend jedoch zu einem leichten Wiederanstieg. Anders verlief die Entwicklung in den USA, wo die Renditen unter Schwankungen im Jahresverlauf leicht nach oben tendierten – vermutlich auch infolge der zinspolitischen Straffung durch die amerikanische Notenbank. Gemessen an den Wachstums- und Inflationserwartungen bewegten sie sich aber nach wie vor auf relativ niedrigem Niveau. Die hohe Nachfrage ausländischer Anleger nach US-Papieren trug dazu bei.

*Kapitalmarkt-
zinsen in der
EWU gesunken*

Die Zinsaufschläge für Unternehmensanleihen der Ratingklasse BBB gegenüber EWU-Staatsanleihen haben sich im Verlauf von 2005 zwar von ihren historischen Tiefständen zu Beginn des vergangenen Jahres gelöst und liegen nun bei 125 Basispunkten. Insgesamt gesehen sind die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen am Anleihemarkt damit aber weiterhin recht günstig. Zu der Spreadausweitung beigetragen hat vermutlich ein geschärftes Risikobewusstsein der Anleger nach finanziellen Schwierigkeiten einiger US-Automobilhersteller, ohne dass Unternehmen im Euro-Raum in eine vergleichbare Lage geraten wären.

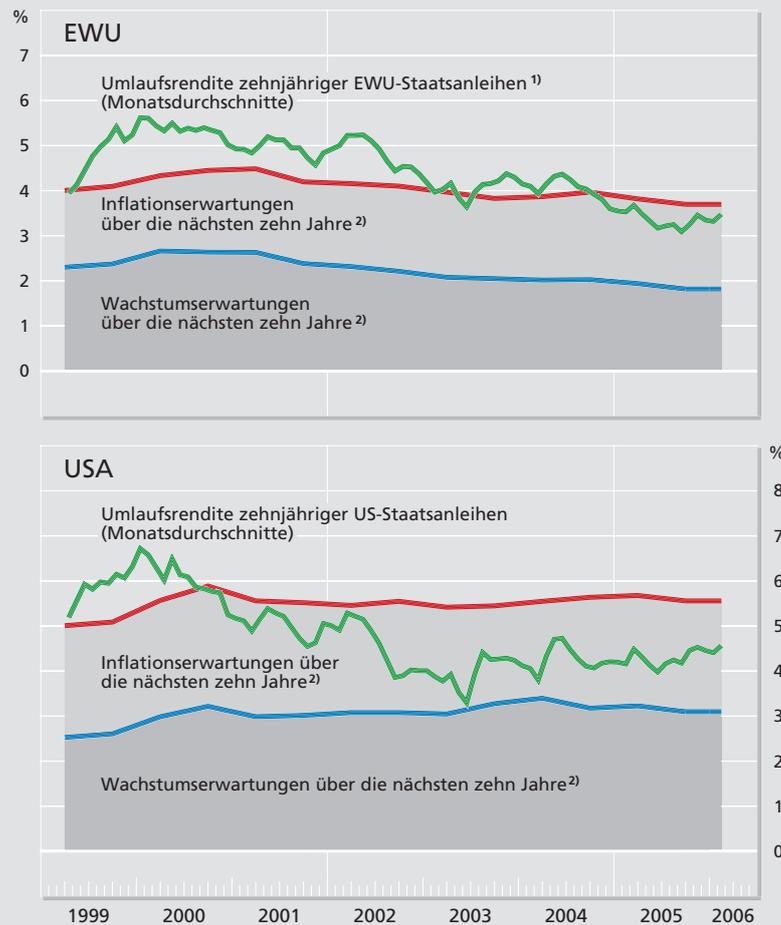
*Etwas höhere
Zinsaufschläge
für
Unternehmen*

Am deutschen Rentenmarkt, dessen Zinsentwicklung im Wesentlichen der des Euro-Raums entsprach, nutzten die Emittenten die nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen für rege Mittelaufnahmen. So blieb der Brutto-Absatz deutscher Schuldverschreibungen 2005 mit einem Kurswert von 1 205 ½ Mrd € nur knapp unterhalb des im vorangegangenen Jahr erreichten Höchststandes. Allerdings lag der Netto-Absatz, also das Mittelaufkommen aus dem Verkauf inländischer Titel nach Abzug der Tilgungen und Eigenbestandsveränderungen, mit 110 ½ Mrd € recht deutlich unter dem Vorjahrswert von 133 ½ Mrd €. Ausschlaggebend für den Rückgang waren die Dispositionen der Kreditinstitute am heimischen Kapitalmarkt. Bei ihnen kamen 2005 durch den Absatz eigener Schuldverschreibungen im Inland Mittel in Höhe von 40 Mrd € auf. Das waren knapp 24 ½ Mrd € weniger als im Jahr davor. Insbesondere bei den Pfandbriefen überwogen wie auch schon 2004 per saldo die Tilgungen, da ein bedeutender Teil der Papiere nach der Verlagerung des Firmensitzes eines großen deutschen Emissionsinstitutes nach Irland nun über ausländische Finanz-

*Geringe Mittel-
aufnahme am
deutschen
Anleihemarkt...*

Zinsniveau und Erwartungen über Inflation und Wachstum

Schaubild 8



1 BIP-gewichteter Durchschnitt. — 2 Eigene Berechnung auf der Grundlage halbjährlicher Umfragen zu kurzfristigen und langfristigen Erwartungen über die Entwicklung des Verbraucherpreisindex und des Bruttoinlandsprodukts; ab Oktober 2005 unter der Annahme unveränderter Werte. Quelle: Consensus Forecast.

Deutsche Bundesbank

plätze begeben wird. Angesichts einer insgesamt günstigen Liquiditätslage verringerten inländische nichtfinanzielle Unternehmen 2005 ebenfalls ihre Mittelaufnahme am deutschen Rentenmarkt. Sie setzten netto betrachtet für lediglich 10 Mrd € länger laufende Schuldtitel ab, während sie Kurzläufer per saldo tilgten (– 7 ½ Mrd €). Staatliche Stellen beanspruchten den Rentenmarkt im vergangenen Jahr dagegen in erheblichem Maße, und zwar mit netto 68 Mrd €, nach 58 ½ Mrd € im Jahr 2004. Besonders kräftig ist jedoch der Absatz ausländischer Anleihepapiere am deutschen Rentenmarkt gestiegen; mit netto 148 Mrd € wurde das Vorjahrsergebnis (103 Mrd €) deutlich übertroffen. Größtenteils handelte es sich dabei um auf Euro lautende Schuldverschreibungen aus Partnerlän-

Absatz und Erwerb von Wertpapieren							Tabelle 4
Mrd €							
	Absatz						
	Rentenwerte		Aktien		Investmentzertifikate		
	insgesamt	darunter: ausländische Rentenwerte	insgesamt	darunter: ausländische Aktien	insgesamt	darunter: inländische Publikums- fonds	
2001	180,2	93,6	82,7	65,1	97,1	35,5	
2002	175,4	51,4	39,3	30,1	66,6	25,9	
2003	177,8	43,4	15,5	- 1,4	46,7	20,1	
2004	236,9	103,2	3,3	- 6,8	12,4	- 4,0	
2005	258,7	148,1	31,8	18,0	81,6	6,4	
2005 1. Vj.	113,1	52,2	1,9	- 0,1	23,2	0,4	
2005 2. Vj.	104,7	48,2	1,1	- 0,2	18,1	3,2	
2005 3. Vj.	30,0	13,7	4,3	0,5	24,5	6,2	
2005 4. Vj.	10,9	34,1	24,5	17,8	15,8	- 3,4	
	Erwerb						
	Ausländer		Inländische Nichtbanken		Inländische Kreditinstitute (einschl. Bundesbank)		
	inländische Rentenwerte	inländische Aktien	Rentenwerte	Aktien	Rentenwerte	Aktien	
2001	68,9	84,9	75,4	12,5	35,8	- 14,7	
2002	114,9	20,9	46,9	41,6	13,5	- 23,2	
2003	91,3	27,3	50,8	- 18,9	35,7	7,1	
2004	128,2	- 12,1	- 13,1	10,4	121,8	5,0	
2005	156,0	58,8	40,9	- 37,2	61,7	10,2	
2005 1. Vj.	51,4	5,6	15,2	- 5,1	46,4	1,5	
2005 2. Vj.	62,5	26,4	15,3	- 20,8	26,8	- 4,5	
2005 3. Vj.	25,3	7,7	14,9	- 9,5	- 10,2	6,0	
2005 4. Vj.	16,8	19,2	- 4,6	- 1,9	- 1,3	7,2	

Deutsche Bundesbank

dern der EWU (118 Mrd €), die wegen ihrer höheren Verzinsung gegenüber Bundesanleihen regelmäßig am deutschen Markt auf lebhaftes Interesse stoßen.

Auf der Erwerberseite waren es vor allem inländische Banken, die in Auslandsanleihen investierten. Insgesamt erwarben sie für 84 Mrd € solche Titel, während sie per saldo inländische zinstragende Papiere abgaben (22 Mrd €). Die Nichtbanken nahmen für 64 Mrd € Schuldverschreibungen ausländischer Emittenten in ihre Portefeuilles auf. Inländische Rentenwerte wurden ausschließlich bei ausländischen Anlegern untergebracht, die ihre Bestände an deutschen Papieren um insgesamt 156 Mrd € aufstockten; etwa die Hälfte davon entfiel auf öffentliche Anleihen.

*Erwerb von
Schuldverschrei-
bungen*

In einem Umfeld recht geringer Unsicherheit über die weitere Kursentwicklung zeigten sich die Aktienmärkte in Deutschland und Europa im dritten Jahr im Folge sehr freundlich. Belastungsfaktoren, wie die hohen Energiepreise sowie die zeitweilig gestiegenen Inflationserwartungen, trübten allenfalls vorübergehend die gute Stimmung. So stiegen die Notierungen deutscher und europäi-

*Robuste Aktien-
märkte in der
EWU und
Deutschland*

scher Aktien im Jahr 2005, gemessen an den marktbreiten Indizes DAX und EuroStoxx, um gut 27 % beziehungsweise 23 %, während die Aktien börsennotierter US-amerikanischer Gesellschaften lediglich Kurszuwächse in Höhe von 3 % (Standard & Poor's) zu verzeichnen hatten. Insbesondere deutsche Aktiengesellschaften profitieren angesichts ihrer internationalen Ausrichtung und ihrer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit von der günstigen Weltkonjunktur. Auch bremsen die im Vergleich zu Europa anziehenden Kapitalmarktzinsen den Kursauftrieb in den USA.

*Leicht
gestiegene
Mittelaufnahme
am Aktienmarkt*

Die kräftigen Kurssteigerungen am deutschen Aktienmarkt schlugen sich vor dem Hintergrund der guten Ertragslage international operierender Unternehmen und der günstigen Fremdfinanzierungsbedingungen allerdings nur in geringem Umfang in einer vermehrten Emissionstätigkeit hiesiger Unternehmen nieder. Inländische börsennotierte Gesellschaften platzierten 2005 junge Aktien im Kurswert von 14 Mrd €. Das waren lediglich 3 ½ Mrd € mehr als im Jahr davor. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Emissionsvolumens floss dabei zwei Publikumsgesellschaften zu, die ihr Eigenkapital aufstockten, um ausländische Unternehmen zu erwerben. Daneben fanden mehrere Börsengänge statt.

*Aktienerwerb
dominiert durch
Direktinvestition*

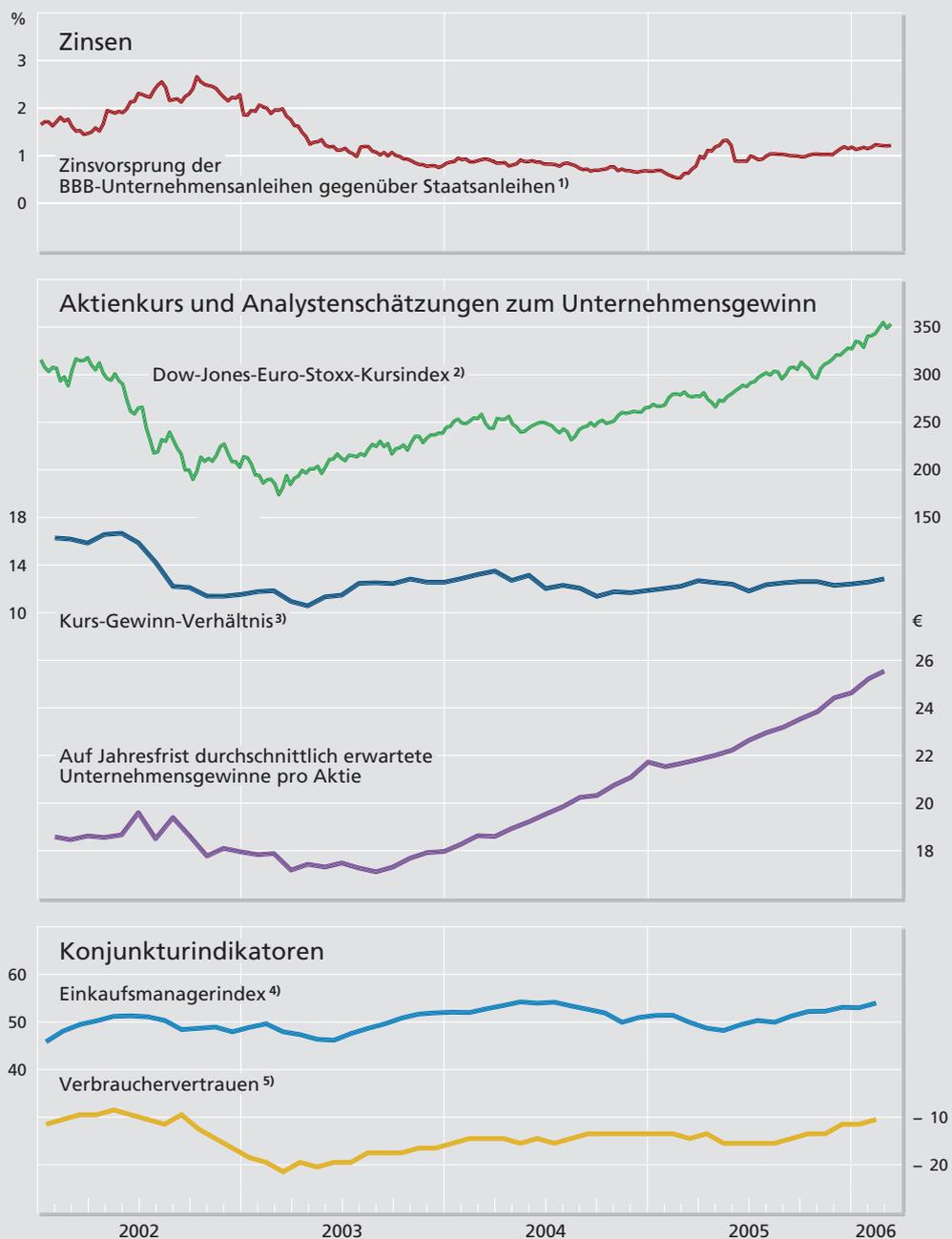
Inländische Dividendenwerte wurden im Ergebnis ausschließlich von ausländischen Investoren gekauft (59 Mrd €), während sich heimische Anleger per saldo von deutschen Aktien trennten (45 Mrd €). Wesentlich hierfür war eine grenzüberschreitende Firmenübernahme, die über einen Aktientausch finanziert wurde. Dabei bezahlte der gebietsfremde Investor die Anteilscheine heimischer Eigner mit Aktien seines im Ausland ansässigen Unternehmens. Insgesamt gesehen erwarben hiesige Investoren Anteilscheine ausländischer Kapitalgesellschaften für 18 Mrd €.

*Investment-
zertifikate*

Das Mittelaufkommen bei inländischen Investmentfonds hat 2005 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen (41 ½ Mrd €, nach 1 ½ Mrd €). Der Löwenanteil der Gelder floss dabei Spezialfonds zu, die institutionellen Anlegern vorbehalten sind. Bei den Publikumsfonds standen auf Rentenmarktanlagen ausgerichtete Fonds in der Gunst der Sparer an erster Stelle. Offene Immobilienfonds hatten hingegen – vor dem Hintergrund der vorübergehenden Schließung eines Fonds im Dezember 2005 – im Gesamtjahr Mittelabzüge von per saldo gut 3 Mrd € zu verzeichnen. Käufer der Investmentzertifikate waren wie üblich primär inländische Nichtbanken (59 ½ Mrd €), die ausländische gegenüber heimischen Fonds leicht bevorzugten. Aber auch Kreditinstitute engagierten sich mit 21 ½ Mrd € in Fondsprodukten. Ausländische Anleger hielten sich hingegen beim Erwerb hiesiger Fonds sehr zurück (1 Mrd €).

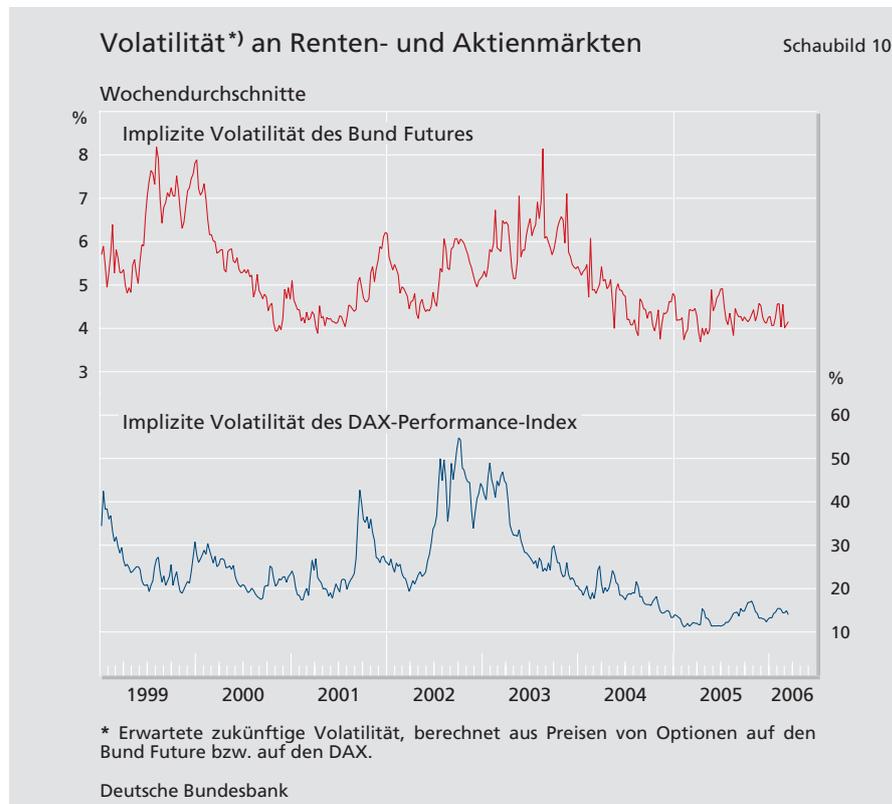
Unternehmensbewertungen und Konjunkturindikatoren in der EWU

Schaubild 9



1 EWU-Anleihen mit sieben- bis zehnjähriger Restlaufzeit; Wochenendstände. Quelle: Merrill Lynch Indizes. — 2 31.12.1991 = 100; Wochenendstände. Quelle: Thomson Financial Datastream. — 3 Jeweiliger Kurswert der Aktien im Dow-Jones-Euro-Stoxx-Kursindex zu den auf Jahresfrist durchschnittlich erwarteten Unternehmensgewinnen pro Aktie auf der Grundlage von Analystenschätzungen nach I/B/E/S. Quelle: Thomson Financial. — 4 Diffusionsindex (50% entspricht gleicher Anzahl positiver und negativer Einschätzungen der aktuellen Lage). Quelle: NTC Research, London. — 5 Gemäß EU-Konjunkturbefragung für die EWU-Länder. Saldo aus den Prozentanteilen positiver und negativer Einschätzungen.

Deutsche Bundesbank

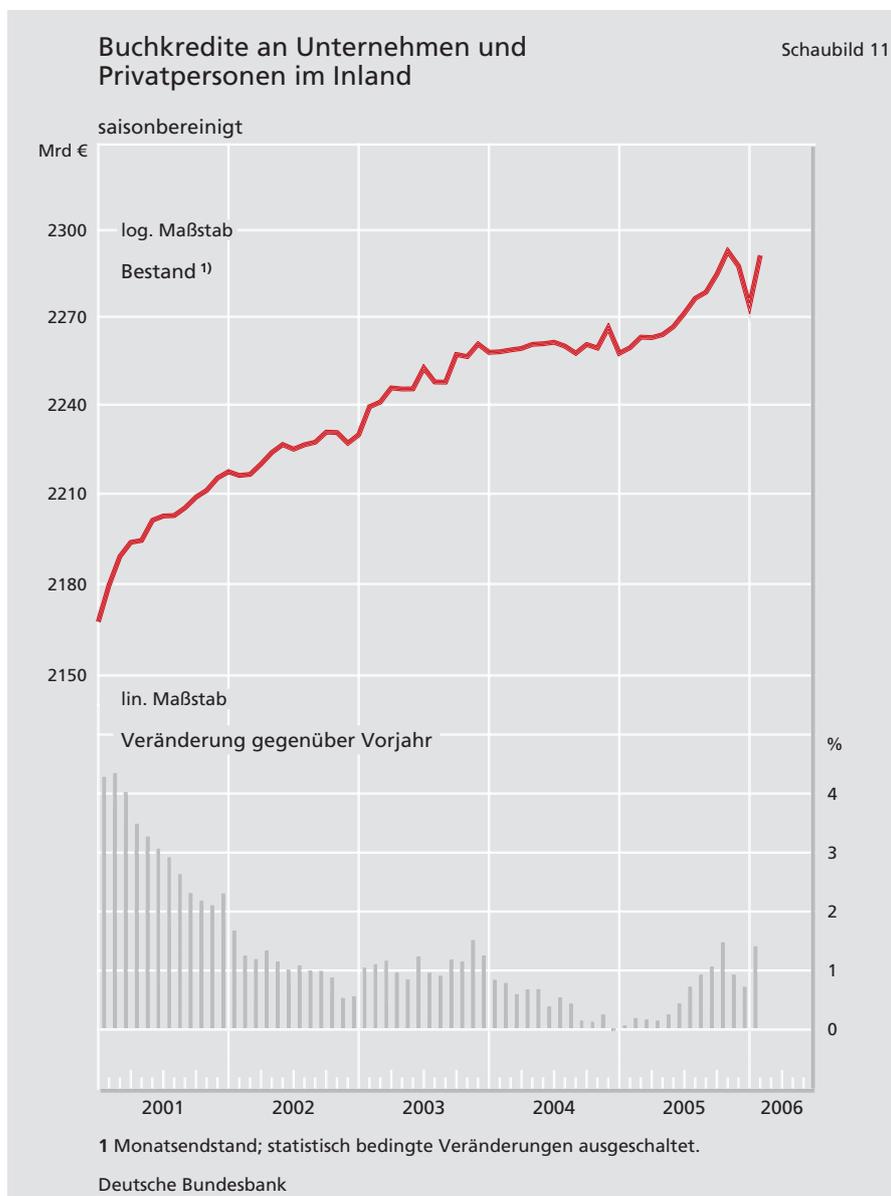


3. Weitere Stabilisierung der Ertragsperspektiven deutscher Banken

a) Kräftige Expansion der kurzfristigen Bankeinlagen und schwaches Kreditgeschäft

*Ausgeprägte
Liquiditäts-
präferenz
inländischer
Anleger*

Im Einlagengeschäft deutscher Banken ist es im vergangenen Jahr zu einem starken Anstieg der hoch liquiden täglich fälligen Einlagen deutscher Anleger gekommen. Mit 11% war die Zuwachsrate ebenso hoch wie im gesamten Euro-Währungsgebiet. Dabei weiteten nichtfinanzielle Unternehmen, aber auch Finanzinstitute außerhalb des Bankensektors und private Haushalte ihre Tagesgelder in großem Umfang aus. Das Interesse privater Haushalte an Einlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist war im Jahr 2005 dagegen gering. Selbst kurzfristige Spareinlagen mit einer Verzinsung über der Mindest-/Grundverzinsung, die in früheren Jahren immer noch rasch gewachsen waren, nahmen im Berichtsjahr lediglich um 1½% zu. Einlagen mit längeren Kündigungsfristen wurden sogar abgebaut. Insgesamt sind die Einlagen inländischer Nichtbanken bei deutschen Banken im vergangenen Jahr um 3,7% gestiegen und damit nur wenig stärker als 2004 (3,4%).



Deutlich schwächer hat sich das Kreditgeschäft mit inländischen Kunden aus dem Nichtbankensektor entwickelt. Insgesamt sind die Kredite deutscher Banken an inländische Nichtbanken im Jahr 2005 nur um 0,5 % gestiegen. Dabei nahmen die unverbrieften Ausleihungen an den inländischen Privatsektor um 0,7 % zu. Bei weiter rückläufigen Bankzinsen waren zwar insbesondere langfristige Wohnungsbaukredite gefragt. Dem stand jedoch ein Rückgang der sonstigen Kredite an private Haushalte gegenüber. Die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen gingen ebenfalls weiter zurück, wenn auch mit deutlich gedämpftem Tempo. Gleichsam als „Ersatz“ für das schwache Kreditgeschäft erwarben die Banken in großem Umfang Investmentfondsanteile (ohne Geld-

Geringes Kreditwachstum...

marktfonds) inländischer Emittenten. Ihre Bestände an Anleihen der öffentlichen Hand ließen sie aber ebenso wie die übrige Forderung an deutsche öffentliche Stellen weiter abschmelzen.

*... noch durch
Sonder-
entwicklung
leicht
überzeichnet*

Einen deutlichen Anstieg verzeichneten im Berichtsjahr jedoch Kredite an sonstige Finanzintermediäre außerhalb des Bankensektors, und zwar überwiegend im Zusammenhang mit umfangreichen Wertpapierleihgeschäften deutscher Banken, mit denen jedoch per saldo kein Mittelzufluss an private Nichtbanken verbunden war. Bereinigt man die Kreditvergabe an den heimischen privaten Sektor um solche Geschäfte, so fällt die Wachstumsrate der Buchkredite an den heimischen Privatsektor noch etwas geringer aus.

*Bank Lending
Survey –
Hinweise auf
langsame
Erholung*

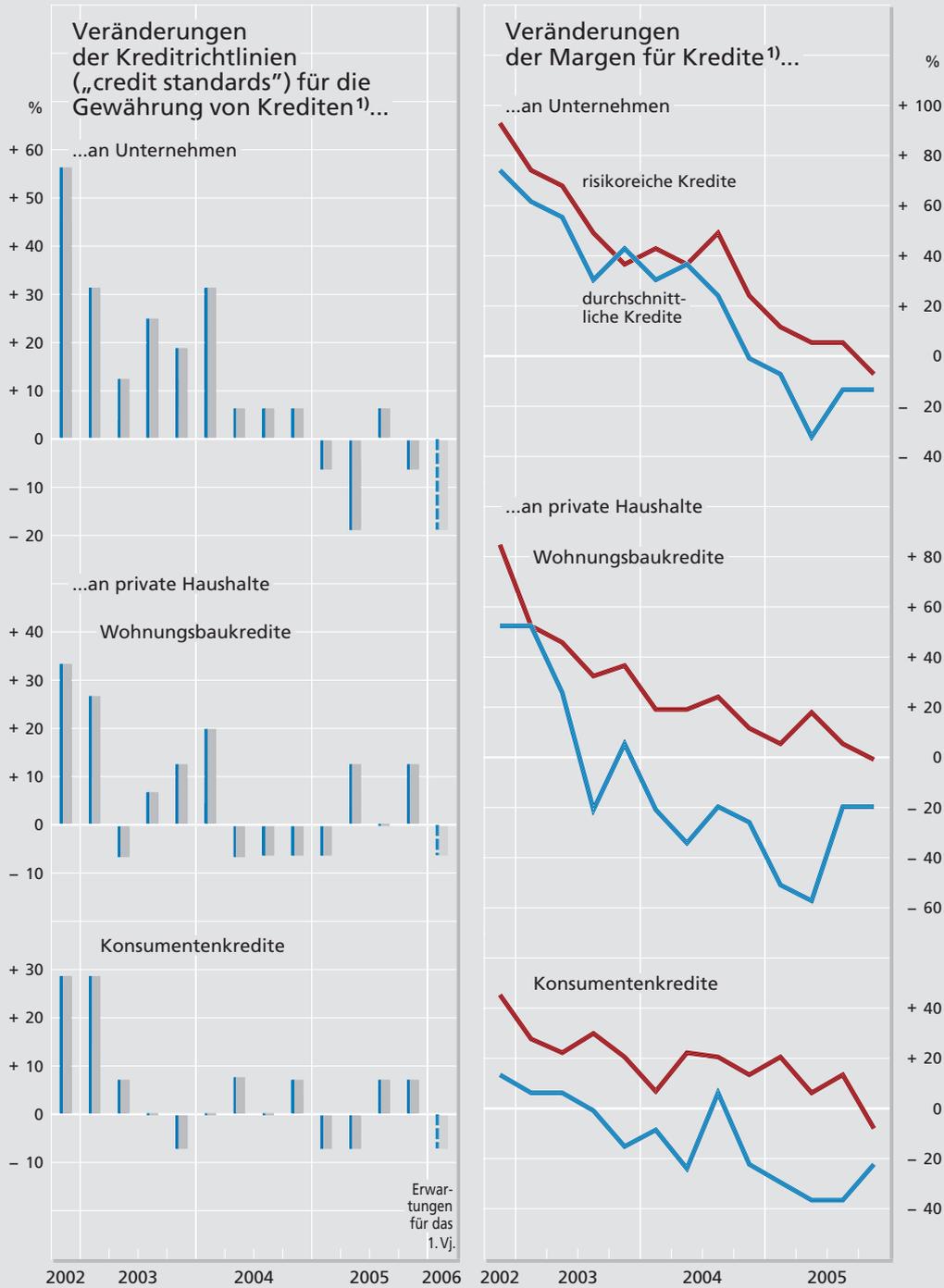
Nach den Umfrageergebnissen des Bank Lending Survey des Eurosystems scheint sich in letzter Zeit aber eine gewisse Belebung am Kreditmarkt in Deutschland abzuzeichnen. Die teilnehmenden Banken erwarten für das laufende Jahr wieder einen Anstieg der Kreditnachfrage. Für Firmenkredite dürften dabei auch weiterhin vor allem ein erhöhter Finanzierungsbedarf bei Anlageinvestitionen, Unternehmensübernahmen und -restrukturierungen sowie Umschuldungen eine entscheidende Rolle spielen. Auch von der Angebotsseite kommen eher expansivere Impulse: So beließen die befragten Banken ihre Kreditstandards für alle Kreditkategorien im letzten Jahr insgesamt weitgehend unverändert, senkten jedoch gleichzeitig ihre Margen für durchschnittlich riskante Engagements zum Teil deutlich ab. Auch die Margen für risikoreichere Kredite wurden im Gegensatz zu den Vorjahren nur noch vereinzelt ausgeweitet.

*Bankzinsen
anfangs weiter
rückläufig; am
Jahresende
steigend*

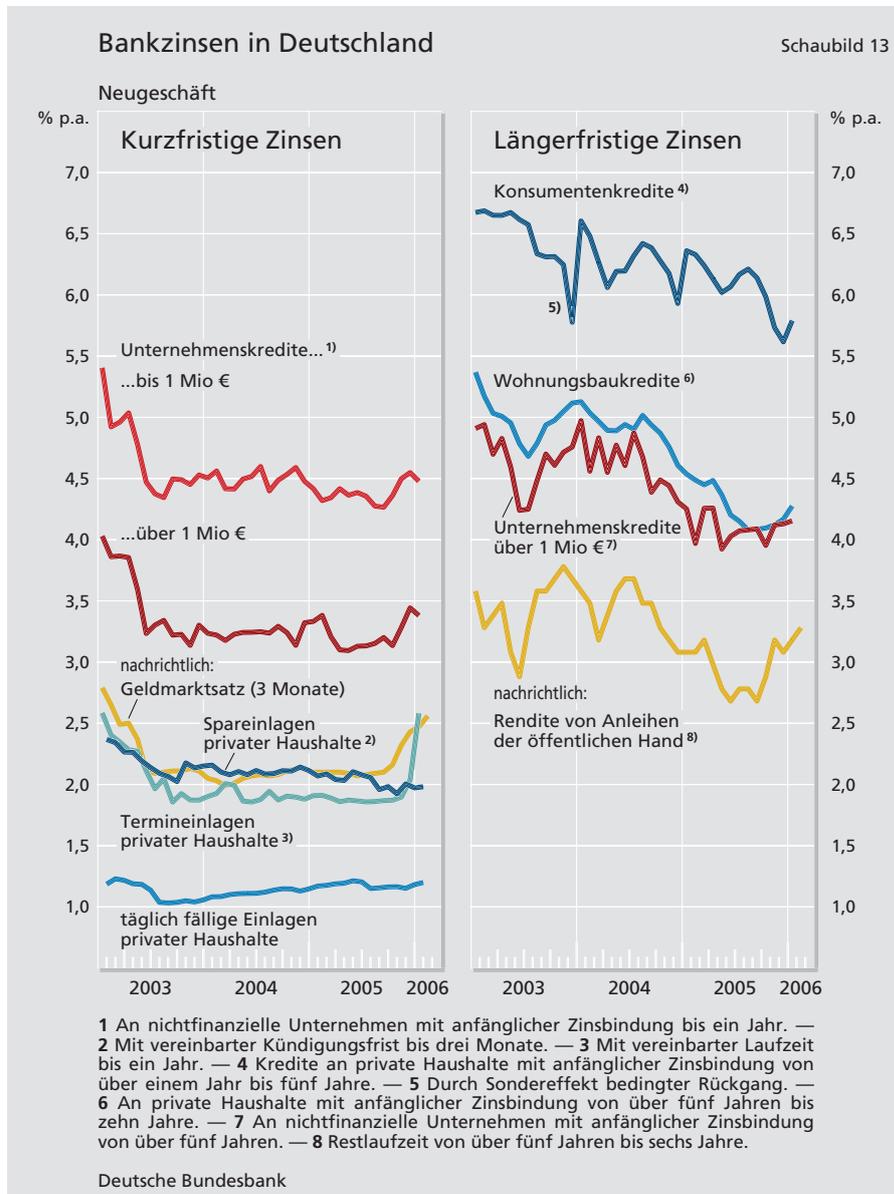
Nachdem die von deutschen Banken im Kreditneugeschäft mit inländischen privaten Haushalten sowie mit nichtfinanziellen Unternehmen verlangten Sätze über alle Zinsbindungsfristen hinweg im Jahr 2005 zunächst überwiegend weiter nachgegeben hatten, kehrte sich diese Entwicklung im Vorfeld des EZB-Zinsschritts Anfang Dezember um (vgl. Schaubild auf S. 42). Über den gesamten Berichtszeitraum betrachtet verblieb für Wohnungsbaukredite bei einer Zinsbindung von über zehn Jahren ein Rückgang von gut einem viertel Prozentpunkt auf 4,3 %. Langfristige Konsumentenkredite verbilligten sich auf 7,9 % am Jahresende. Im langfristigen Unternehmenskreditgeschäft verlangten die deutschen Banken im Dezember 2005 ebenfalls weniger als noch vor Jahresfrist; die entsprechenden Zinssätze beliefen sich bei einer Zinsbindung von über fünf Jahren je nach Kreditvolumen auf 4,1% beziehungsweise 4,5 %. Auch im langfristigen Passivgeschäft der inländischen Banken mit privaten Haushalten gaben die Zinsen über das gesamte Jahr gesehen nach. Dagegen entwickelten sich die Sätze

Bank Lending Survey
Umfrage zum Kreditgeschäft in Deutschland

Schaubild 12



Deutsche Bundesbank



im entsprechenden kurzfristigen Geschäft uneinheitlich. Ende 2005 beliefen sich die Zinsen für Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten auf 2 % und für längere Kündigungsfristen auf 2,3 %. Für Termingelder zahlten die Banken am Jahresende je nach Laufzeit zwischen 2,1 % und 2,4 %.¹⁾

1 Der für Termineinlagen mit vereinbarter Laufzeit von über einem und bis zwei Jahre für Dezember 2005 gemeldete Wert in Höhe von 2,7 % wurde auch durch Sonderaktionen und Großgeschäfte beeinflusst. Typischerweise liegen die Sätze in dieser Kategorie zwischen denjenigen für kurzfristige (zuletzt 2,1 %) und denjenigen für langfristige (zuletzt 2,4 %) Termineinlagen.

b) Entwicklungen im deutschen Bankensektor

Zu dem verhaltenen Wachstum der Kredite deutscher Banken an inländische private Kunden im Jahr 2005 trugen die einzelnen Bankengruppen in unterschiedlichem Ausmaß bei. So engagierten sich vor allem diejenigen Kreditinstitute im Neugeschäft, deren Geschäftsschwerpunkt traditionell im Massengeschäft liegt.¹⁾ Neben den Sparkassen waren es vor allem die Regional- und Sonstigen Kreditbanken, die Kreditgenossenschaften sowie die Zweigstellen ausländischer Banken, deren Neugeschäft sich im Berichtsjahr überdurchschnittlich entwickelte. Demgegenüber gingen bei den Landesbanken, den genossenschaftlichen Zentralbanken sowie den Großbanken, die sich typischerweise im Großkundengeschäft engagieren,²⁾ die Ausleihungen an private inländische Kunden zurück.

*Kredit-
neugeschäft
vor allem bei
kleineren
Banken*

Hinsichtlich der Ertragsentwicklung deutscher Kreditinstitute zeichnete sich im Jahr 2005 ein Fortgang des bereits im Vorjahr begonnenen verhaltenen Erholungsprozesses ab. Hierzu dürften erneut Entlastungen auf der Aufwandsseite einen wesentlichen Beitrag geleistet haben: Neben sinkenden Verwaltungskosten, in denen sich unter anderem vorangegangene Umstrukturierungsmaßnahmen widerspiegeln, dürfte hier nicht zuletzt auch ein angesichts sinkender Unternehmensinsolvenzen geringerer Risikovorsorgebedarf im inländischen Kreditgeschäft eine Rolle gespielt haben. Die deutschen Banken konnten aber auch ertragsseitig Verbesserungen erzielen. Zwar blieben die Verdienstmöglichkeiten im zinsabhängigen Geschäft wegen des schwachen Konjunkturverlaufs sowie der vergleichsweise flachen Zinsstrukturkurve begrenzt, doch konnten sowohl das Provisions- als auch das Handelsergebnis von der Entwicklung an den Aktienmärkten profitieren.

*Weitere
moderate
Erholung der
Ertragslage*

Der Konsolidierungsprozess in der deutschen Kreditwirtschaft, der sich im Jahr 2005 mit verminderter Geschwindigkeit fortsetzte, dürfte weniger durch die aktuelle Ertragslage als vielmehr durch ihre längerfristige Entwicklung weiter vorangeschritten sein. So sank die Zahl der Kreditgenossenschaften und der Sparkassen bis zum Jahresende 2005 um 42 beziehungsweise 14 Institute. Die höchste Zahl von Institutionsrückgängen verzeichneten damit in erster Linie Bankengruppen, deren Ertragslage zwar von den Schwankungen der letzten Jahre in einem vergleichsweise geringen Ausmaß betroffen war, die aber gleich-

*Abgeschwächtes
Konsolidierungs-
tempo*

¹ Die auf der Basis der Kreditbestände berechneten Marktanteile spiegeln diese Entwicklung nicht zwangsweise wider, da hier sowohl Umgruppierungen zwischen einzelnen Bankengruppen als auch mögliche Wertberichtigungen bestehender Kredite enthalten sind.

² Zwar wiesen die Großbanken einen Anstieg aus. Hier schlugen jedoch vor allem umfangreiche Wertpapierleihgeschäfte zu Buche (vgl. S. 40).

wohl über einen längeren Zeitraum betrachtet einen Rückgang insbesondere ihrer Überschüsse im zinsabhängigen Geschäft zu verkraften hatten. Insgesamt verringerte sich die Anzahl der in der Bankenstatistik erfassten Kreditinstitute im Berichtsjahr um 58 auf nunmehr 2089 Banken.

4. Stabilität des deutschen Finanzsystems

*Deutsches
Finanzsystem
gefestigt*

Die Stabilität des deutschen Finanzsystems hat sich im Jahr 2005 insgesamt weiter gefestigt. Vor dem Hintergrund einer robusten konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft bei moderaten Inflationsraten und vorteilhaften Finanzierungsbedingungen in einem überwiegend freundlichen Kapitalmarktumfeld gelang den deutschen Banken eine Verbesserung ihrer Ertragssituation.

*Entspannung
der Risikolage
im Bankensystem*

Die Kreditwirtschaft profitierte vor allem von einer signifikanten Verminderung des Wertberichtigungsbedarfs als Spiegelbild einer deutlichen Entspannung der Risikolage. Fortschritte bei der Bilanzanpassung in den Unternehmenssektoren wichtiger Industrieländer wirkten unterstützend; ebenso zeigte sich in den Kreditportfolios der auf den Mittelstand fokussierten Kreditinstitute eine graduelle Verbesserung. Zugleich haben aber auch die Banken selbst durch die Reduktion von Kreditrisiken wichtige Voraussetzungen für diese positive Entwicklung geschaffen.

*Risikofaktoren
aus dem
internationalen
Umfeld*

Eine Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Lage könnte auch das deutsche Finanzsystem tangieren. Der hohe Ölpreis und die Erwartung der Marktteilnehmer, dass dieser auf hohem Niveau verharren wird, stellen eine gewisse Belastung dar. Gleichzeitig dämpfen jedoch die Verbesserung der Energieeffizienz und ein schnellerer Rückfluss der wachsenden Einnahmen der Ölförderländer in Form von Exporterlösen die Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf die heimische Wirtschaft. Ein weiterer Risikofaktor sind die finanziellen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft; ihre fortwährende Ausweitung macht einen – gleichwohl möglichen – spannungsfreien Abbau in näherer Zukunft eher unwahrscheinlich.

*Rolle der internationalen
Finanzmärkte*

Die günstigen Finanzierungsbedingungen an den internationalen Finanzmärkten spiegeln sich auch in einer sehr reichlichen Liquiditätsausstattung wider. Sie trägt zu einer erhöhten Risikoneigung vieler Marktteilnehmer bei und schlägt sich so unter anderem in relativ geringen Risikoprämien und einem Anstieg gehebelter Handelspositionen nieder. Im Zuge eines etwaigen Stimmungsumschwungs an den Finanzmärkten könnten bestehende Risiken aus der zuneh-

menden Präferenz für weniger liquide Anlagen sowie aus komplexen neuen Finanzinstrumenten zusätzlich belasten. Allerdings zeigen Stresstests mit den wichtigsten Marktfaktoren deutscher Banken deren Widerstandsfähigkeit auch gegenüber nennenswerten Schocks.

Binnenwirtschaftlich sehen sich die Kreditinstitute mit zwar verbesserten, aber nach wie vor begrenzten Erlöschancen konfrontiert. Die Investitionsschwäche und die fortgesetzt gedämpfte Entwicklung an den Immobilienmärkten resultierten in einer verhaltenen Kreditnachfrage. Gleichzeitig besteht bei einigen im Immobilienkreditgeschäft besonders engagierten Banken ein anhaltend hoher Wertberichtigungsbedarf. Hinzu treten bei einigen Kreditinstituten Belastungen durch die Verbindung mit Kapitalanlagegesellschaften, die Immobilienfonds aufgelegt haben. Einzelne dieser Fonds haben die Rücknahme von Anteilen eingestellt.

*Binnenwirtschaftliche
Risikofaktoren*

Insgesamt erscheint das deutsche Bankensystem in einer ausreichend stabilen Verfassung und in der Lage, die aus einzelnen Marktsegmenten resultierenden Risiken zu tragen. Insbesondere hat sich die Eigen- und Kernkapitalausstattung als wichtige Komponente der Risikotragfähigkeit über alle Bankengruppen hinweg im abgelaufenen Jahr zufriedenstellend entwickelt.

Der Versicherungssektor konnte insgesamt seine Finanzkraft weiter stärken. Das niedrige Zinsniveau belastet allerdings weiterhin insbesondere die Lebensversicherungsunternehmen, denen es zunehmend Probleme bereitet, die – teilweise garantierte – Verzinsung der Versicherungsguthaben sicherzustellen. Bei den Rückversicherungsunternehmen war im Berichtsjahr eine Zunahme von Naturkatastrophen und technischer Katastrophen sowie der versicherten Schäden zu verzeichnen. Den hohen Schadenzahlungen der Versicherungsgesellschaften stand wegen des niedrigen Zinsniveaus nur eine leichte Verbesserung des Kapitalanlageergebnisses gegenüber.

*Lage im
Versicherungs-
sektor*

IV. Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

1. Fortgesetzte Konjunkturerholung unter schwierigen Bedingungen

*Erholungs-
prozess trotz
Hindernissen in
zweite Phase
eingetreten*

Die deutsche Wirtschaft ist in konjunktureller Hinsicht im Jahr 2005 einen wichtigen Schritt vorangekommen. Wegen des ungünstigen Einstiegs in das Jahr war das gesamtwirtschaftliche Wachstum trotz der deutlich positiven Grundtendenz im Verlauf von 2005 jedoch in arbeitstäglich bereinigter Betrachtung mit 1,1% nicht höher als im Jahr zuvor. Dabei stand das Wirtschaftsgeschehen hier zu Lande im Spannungsfeld außenwirtschaftlicher Einflüsse. Einerseits sorgte die anhaltend lebhaftere Weltkonjunktur für eine hohe Dynamik im Außenhandel; der Offenheitsgrad der deutschen Wirtschaft nahm weiterhin rasch zu. Andererseits dämpfte die deutliche Terms-of-Trade-Verschlechterung insbesondere auf Grund des kräftigen Anstiegs der Rohölpreise und des damit verbundenen Entzugs an Realeinkommen im Inland vor allem den privaten Verbrauch. Nicht zuletzt deshalb ist das Bild von der gespaltenen Konjunktur in Deutschland bei der jahresdurchschnittlichen Betrachtung noch dominant. Im Verlauf des Jahres 2005 haben sich gleichwohl Ansätze zur Verbreiterung der zyklischen Aufwärtsbewegung gezeigt. So ist der Funke von den Exporten inzwischen auf die Ausstattungsinvestitionen übergesprungen, die im letzten Jahr verstärkt ausgeweitet wurden und inzwischen das zweite Standbein der Konjunkturerholung darstellen. Zudem mehren sich die Anzeichen, dass der jahrelange Schrumpfungsprozess in der Bauwirtschaft langsam zum Ende kommt, auch wenn im Jahresdurchschnitt 2005 ein erneuter deutlicher Rückgang der Bauaktivitäten zu verzeichnen war. Der private Verbrauch blieb vor allem auf Grund der hohen Kaufkraftverluste in Folge der Energieverteuerung und der schwierigen Lage am Arbeitsmarkt schwach.

*Bedingungen für
gefestigte
Konjunktur in
2006 gegeben*

Die Voraussetzungen sind insgesamt günstig, dass sich die zyklische Aufwärtsbewegung in diesem Jahr weiter festigen wird. Der globale Konjunkturmotor wird nach den Schätzungen internationaler Organisationen auch 2006 mit hoher Drehzahl laufen, und die Auftragslage der deutschen Unternehmen ist vor allem im Auslandsgeschäft ausgesprochen günstig. Zudem hat die deutsche Wirtschaft wieder mehr Zuversicht geschöpft, und die finanziellen Rahmenbedingungen sind durchweg vorteilhaft. Das inländische Preisklima ist trotz der starken Energieverteuerung in seinem Kern nicht nachhaltig gestört. Am Arbeitsmarkt mehren sich außerdem die Anzeichen einer Stabilisierung. Von Seiten der Wirtschaftspolitik sind einige wichtige Entscheidungen für die nächsten

Grunddaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Tabelle 5

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2002	2003	2004	2005
Wachstum (real) ¹⁾				
Private Konsumausgaben	- 0,5	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0
Konsumausgaben des Staates	+ 1,4	+ 0,1	- 1,6	+ 0,1
Ausrüstungen	- 7,5	- 0,2	+ 2,6	+ 4,0
Bauten	- 5,8	- 1,6	- 2,3	- 3,4
Sonstige Anlagen	+ 1,3	+ 3,3	+ 1,8	+ 1,8
Inländische Verwendung	- 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,3
Exporte ²⁾	+ 4,2	+ 2,4	+ 9,3	+ 6,3
Importe ²⁾	- 1,4	+ 5,1	+ 7,0	+ 5,3
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,1	- 0,2	+ 1,6	+ 0,9
Beitrag zum BIP-Wachstum in Prozentpunkten				
Inländische Verwendung (ohne Vorräte)	- 1,3	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderungen	- 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3
Außenbeitrag	+ 1,9	- 0,7	+ 1,1	+ 0,6
Beschäftigung				
Erwerbstätige ³⁾	- 0,6	- 1,0	+ 0,4	- 0,2
Durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,9	- 0,4	+ 0,4	- 0,4
Arbeitsvolumen	- 1,4	- 1,4	+ 0,8	- 0,6
Arbeitslose (in Tausend) ⁴⁾	4 061	4 377	4 381	4 861
Westdeutschland	2 498	2 753	2 783	3 247
Ostdeutschland	1 563	1 624	1 599	1 614
desgl. in % der zivilen Erwerbspersonen	9,8	10,5	10,5	11,7
Westdeutschland	7,6	8,4	8,5	9,9
Ostdeutschland	17,7	18,5	18,4	18,7
Preise				
Verbraucherpreise	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,0
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	- 0,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 4,6
Baupreise	- 0,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,3
Einfuhrpreise	- 2,2	- 2,2	+ 1,0	+ 4,3
Ausfuhrpreise	- 0,2	- 0,2	+ 0,5	+ 1,3
Terms of Trade	+ 2,0	+ 2,0	- 0,6	- 2,9
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,5
Produktivität und Lohnkosten				
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde ¹⁾	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde ³⁾	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,8
Lohnkosten je reale Wertschöpfungseinheit in der Gesamtwirtschaft ⁶⁾	+ 0,6	+ 0,6	- 0,8	- 0,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — 1 Preisbereinigt und verkettet (2000=100). — 2 Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland. — 3 Inlandskonzept. — 4 Nach Definition der Bundesagentur für Arbeit. — 5 Inlandsabsatz. — 6 Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde und dem realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

Deutsche Bundesbank

Jahre bereits getroffen worden. Dabei dürfte die beabsichtigte Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 von 16 % auf 19 % zu vorgezogenen Käufen langlebiger Konsumgüter führen, die dann allerdings im Folgejahr „fehlen“ werden und damit eine entsprechende Belastung für 2007 darstellen.

*Weiterhin
kräftige Impulse
vom Export*

Die deutschen Ausfuhren von Waren und Diensten haben 2005 erneut kräftig expandiert und erwiesen sich weiterhin als wesentliche Stütze des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. In realer Rechnung stiegen sie um 6 ¼ %, blieben damit aber hinter dem außergewöhnlich hohen Zuwachs des Vorjahres von 9 ¼ % zurück. Die Nachfrage nach deutschen Produkten wurde im Jahr 2005 zum einen von dem anhaltend lebhaften Wachstum der deutschen Exportmärkte getrieben. Zum anderen trug die vergleichsweise moderate Preis- und Kostenentwicklung Deutschlands dazu bei, dass sich die Wettbewerbsposition im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt 2005 im Vergleich zu 2004 nochmals um 1 ¾ % verbesserte. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Partnerländern außerhalb des Euro-Raums nahm um ½ % zu, nachdem im Durchschnitt des Vorjahres auf Grund der Aufwertung des Euro noch eine Verschlechterung um 2 ½ % eingetreten war. Die Warenlieferungen in Drittländer wuchsen etwas dynamischer als diejenigen in die EWU-Länder. Insgesamt konnten die deutschen Exporteure ihre Stellung auf den Märkten innerhalb des Euro-Raums weiter ausbauen und außerhalb des Euro-Raums im Großen und Ganzen verteidigen.

*„Recycling“ der
Öleinnahmen*

Besondere Exporterfolge wurden in den Erdöl exportierenden Ländern realisiert. Dabei stieg die Warenausfuhr¹⁾ in die OPEC-Staaten dem Werte nach um 18 ¼ % und in die Russische Föderation um 15 % an. Aus deutscher Sicht ist somit ein beträchtlicher Rückfluss der höheren Öleinnahmen dieser Förderländer in Form von vermehrten Güterkäufen zu registrieren. Im Außenhandel mit den OPEC-Ländern ist es gelungen, den Überschuss Deutschlands mit 5 Mrd € fast auf dem Niveau des Vorjahres zu halten. Dagegen hat sich das Defizit im Warenhandel mit der Russischen Föderation um 3 Mrd € auf 3 ¼ Mrd € ausgeweitet. Die Ausfuhrumsätze mit den Schwellenländern in Süd- und Ostasien (einschl. China), die 2004 noch zweistellige Wachstumsraten aufwiesen, legten jedoch 2005 nur noch um 2 ¼ % zu. Im Hinblick auf das Gütersortiment waren auf den ausländischen Märkten besonders Investitionsgüter aus Deutschland gefragt,

¹ Die Angaben zum Warenhandel enthalten auch die Ergänzungen zum Außenhandel und sind auf fob/fob-Basis gerechnet, also ohne die Fracht- und Versicherungskosten der Einfuhr, die in den Dienstleistungen enthalten sind.

während der Absatz von Konsum- und Vorleistungsgütern weniger stark expandierte.

Die realen Importe von Waren und Diensten nahmen im Jahr 2005 im Vergleich zu 2004 ebenfalls deutlich zu, und zwar um 5 ¼ %. Ausschlaggebend dafür war der hohe und noch weiter gestiegene Anteil importierter Vorleistungen in der Produktion von Ausfuhrsgütern. Mit dem lebhaften Exportwachstum war deshalb auch ein kräftiger Anstieg der realen Einfuhr verbunden. Von der nach wie vor recht schwachen Inlandsnachfrage in Deutschland gingen dagegen in dieser Hinsicht nur geringe Impulse aus. Die Netto-Energieimporte Deutschlands waren im Jahr 2005 mengenmäßig zwar leicht rückläufig, in nominaler Rechnung nahmen sie wegen der starken Verteuerung der Energieträger aber deutlich zu (38 ¼ %). Die Erhöhung der Preise für Energieimporte hatte 2005 einen gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftentzug in Höhe von 14 ½ Mrd € zur Folge. Mit ¾ % des BIP fiel er jedoch deutlich geringer aus als Anfang der siebziger und Anfang der achtziger Jahre; damals hatte er sich auf jeweils knapp 1 ½ % des BIP belaufen. Im Ergebnis wurde 2005 im Warenhandel ein Überschuss in Höhe von 153 ¼ Mrd € erzielt, der das hohe Vorjahrsergebnis noch um ¾ Mrd € übertraf.¹⁾ Der reale Außenbeitrag wuchs deutlich kräftiger und trug rein rechnerisch rund zwei Drittel zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei.

*Hoher
Kaufkraftentzug
und steigender
Außenbeitrag*

Neben den Exporten bilden die Ausrüstungsinvestitionen inzwischen die zweite Stütze der wirtschaftlichen Erholung. Vor dem Hintergrund der weiterhin guten Exportkonjunktur wurden die Ausrüstungsinvestitionen 2005 verstärkt ausgeweitet, und zwar um 4 %, verglichen mit einem Zuwachs um 2 ½ % im Jahr zuvor. Dabei standen erneut Modernisierungsaspekte sowie Ersatzbeschaffungen für inzwischen veraltete Maschinen im Vordergrund. Erweiterungsinvestitionen waren hingegen angesichts der größer gewordenen Spielräume für die Nutzung des vorhandenen Sachkapitalbestandes, die sich auf Grund der höheren Flexibilität bezüglich des Arbeitseinsatzes und der Optimierung des internationalen Produktionsverbundes ergeben, nur selten notwendig. Allerdings stoßen inzwischen immer mehr – vor allem im Exportgeschäft stark engagierte – Unternehmen an ihre Kapazitätsgrenzen, so dass nunmehr der Erweiterungsaspekt verstärkt zum Tragen kommen dürfte. Die Voraussetzungen hierfür sind bei insgesamt verbesserter Ertragslage auch von der finanziellen Seite gegeben. So verstärkten die Unternehmen ihre Eigenkapitalbasis und verringerten ihren Zins-

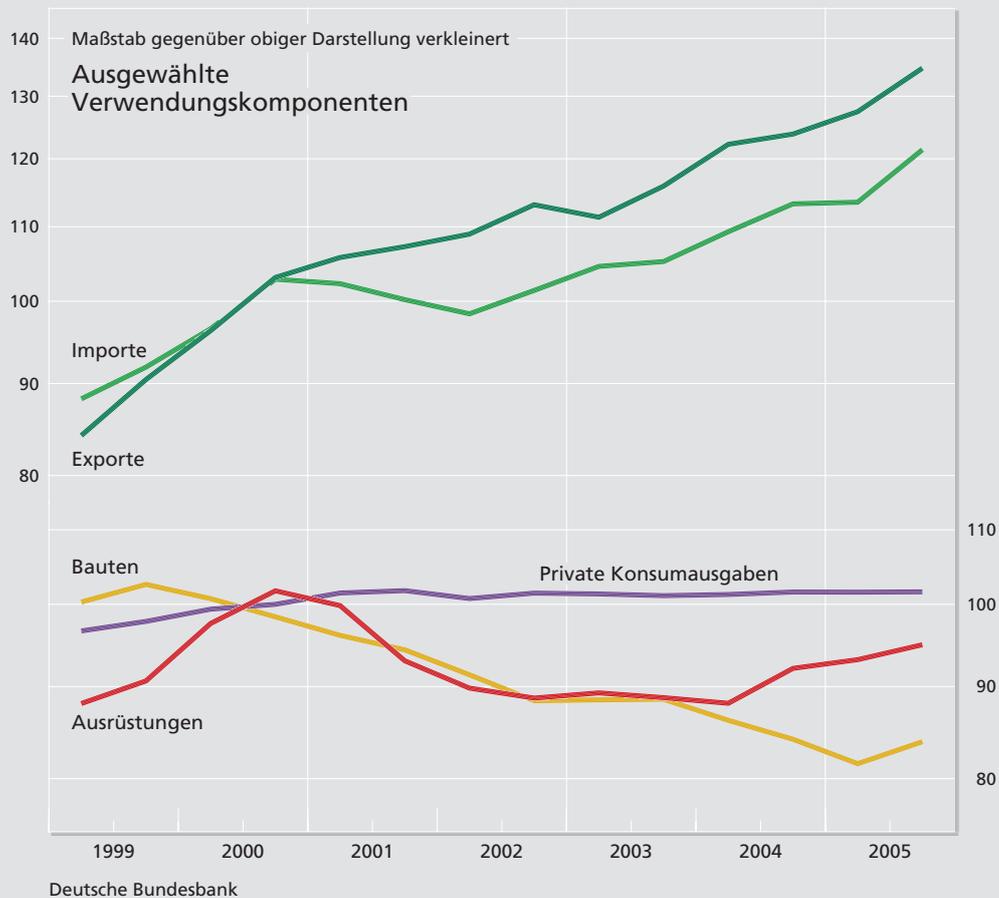
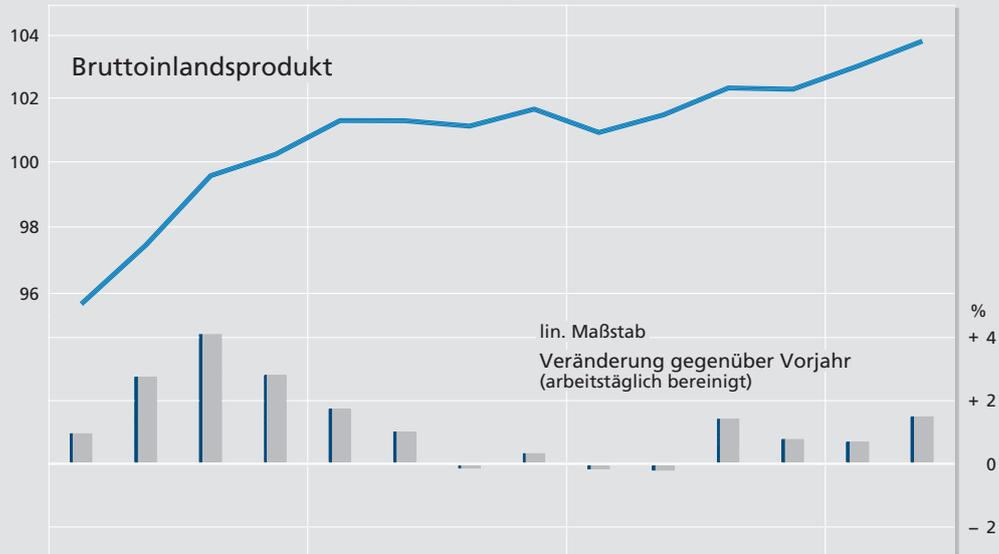
*Ausrüstungen
zweites
Standbein der
Konjunktur-
erholung*

¹⁾ Der Leistungsbilanzüberschuss stieg ebenfalls weiter auf 92 ¼ Mrd €; hierzu trug insbesondere im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen die deutliche Verbesserung des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen bei.

Bruttoinlandsprodukt und ausgewählte Verwendungskomponenten

Schaubild 14

Real, 2000 = 100, saisonbereinigt, halbjährlich, log. Maßstab



aufwand. Hierbei kam ihnen zugute, dass die Fremdfinanzierungskosten weiterhin historisch niedrig waren.

Die Bauinvestitionen hingegen wurden abermals eingeschränkt. Im Jahresdurchschnitt 2005 ergab sich ein Rückgang um 3 ½ %. Wie groß der Korrekturbedarf nach den Übersteigerungen in der Bauwirtschaft in den Jahren nach der deutschen Vereinigung gewesen ist, zeigt sich etwa daran, dass die realen Bauinvestitionen 2005 den letzten Höchststand im Jahr 1994 um mehr als ein Fünftel unterschritten. Noch deutlicher wirkte sich der jahrelange Schrumpfungsprozess in der Baubranche auf die Beschäftigung aus. Im vergangenen Jahr zählten die Betriebe des Bauhauptgewerbes nur noch gut 700 000 Beschäftigte und damit etwa halb so viele wie zehn Jahre zuvor. Wie schon in den Jahren zuvor waren auch 2005 alle großen Bausparten von der rückläufigen Tendenz betroffen. Die gewerbliche Bautätigkeit wurde – bei deutlichen Unterschieden zwischen dem Markt für Büroraum und Verkaufsflächen im Einzelhandel – weiterhin von beträchtlichen Leerständen bei Gewerbeimmobilien belastet, zumal bei den Ausrüstungen bislang nur in geringem Maße Erweiterungen vorgenommen wurden. Im Bereich der Wohnbauten wirkten sich immer noch die hohen Angebotsüberhänge vor allem in Ostdeutschland und die noch nicht gefestigten Einkommensperspektiven negativ aus; beim Staat hielt der Konsolidierungsdruck an. Das ungünstige Ergebnis für den Jahresdurchschnitt verdeckt jedoch, dass im Jahresverlauf durchaus Ansätze einer Stabilisierung erkennbar waren. Dies bestätigt die Erwartung, dass die Talsohle nunmehr erreicht ist und die Bauwirtschaft keine Belastung mehr für das gesamtwirtschaftliche Wachstum darstellen wird. Auch verschiedene Maßnahmen der Bundesregierung dürften vorübergehend stützend wirken. Zu nennen sind hier beispielsweise die Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen und die Erhöhung der Verkehrsinvestitionen des Bundes. Darüber hinaus könnten von der Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 temporäre Impulse auf die Wohnungsbauaktivitäten ausgehen, da Ende 2005 in größerer Zahl Bauanträge gestellt wurden, um noch in den Genuss der bisherigen Förderung zu kommen. Zudem könnte es wegen der beabsichtigten Anhebung der Mehrwertsteuer zu Vorzieheffekten beim Wohnungsbau kommen.

*Talsole bei
Bauinvestitionen
erreicht*

Die rückläufigen Bauinvestitionen hatten zur Folge, dass die gesamten Bruttoanlageinvestitionen trotz der Zunahme der Investitionen in Ausrüstungen und in sonstige Anlagen, zu denen vor allem gekaufte sowie selbst erstellte Software zählt, im Berichtsjahr das Vorjahrsniveau leicht unterschritten. Der Kapitalstock

*Sachkapital-
bildung auf
niedrigem
Niveau*

als wichtiger Indikator für die zukünftigen Wachstumsmöglichkeiten erhöhte sich deshalb insgesamt lediglich um 1½ %. Ohne Wohnbauten gerechnet betrug die Ausweitung des Sachkapitalbestandes zuletzt sogar nur 1 %.

*Privater
Verbrauch
erneut schwach*

Die Schwäche bei den privaten Konsumausgaben hielt auch im Berichtsjahr an. Trotz der Entlastung durch die letzte Stufe der Einkommensteuerreform zum Jahresbeginn war der Einkommensrahmen der privaten Haushalte recht eng gesteckt. Dämpfend wirkte vor allem die schwache Konstitution am Arbeitsmarkt und dabei insbesondere der deutliche Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahresdurchschnitt. In Verbindung mit der weiterhin moderaten Zunahme der Effektivverdienste hatte dies zur Folge, dass die Brutto-lohn- und -gehaltssumme das Vorjahrsniveau um ¼ % verfehlte. Da für die Arbeitnehmer außerdem die Beitragssätze zur Krankenversicherung zur Jahresmitte 2005 angehoben wurden, war das Nettoentgelt insgesamt trotz der erwähnten Entlastung bei der Lohnsteuer nicht höher als ein Jahr zuvor. Weiterhin verhalten entwickelten sich mit einem Zuwachs von ¼ % die empfangenen monetären Sozialleistungen. Zwar flossen den privaten Haushalten mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für erwerbsfähige Personen zum Arbeitslosengeld II vermehrt Mittel zu, aber die Rentenbezüge, die rund die Hälfte der empfangenen Sozialleistungen ausmachen, gingen wegen der erneuten „Nullrunde“ kaum über das Vorjahrsniveau hinaus. Unter Einschluss der übrigen Einkunftsquellen, zu denen insbesondere die Selbständigen- und Vermögenseinkommen zählen, stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um nominal 1½ %. In realer Rechnung waren die Haushaltsbudgets allerdings nur etwas höher als ein Jahr zuvor, da von der Preisseite erhebliche Belastungen insbesondere durch die starke Energievertéuerung negativ zu Buche schlugen. Bei einer erneuten leichten Zunahme der Sparquote auf nunmehr 10¾ % blieben deshalb die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte 2005 lediglich auf dem Vorjahrsniveau.

*Zunahme der
statistisch
erfassten
Arbeitslosigkeit*

Der statistische Ausweis der Arbeitslosigkeit wie auch der Erwerbstätigkeit wurde im Jahr 2005 durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geprägt. Speziell die Ablösung der beiden traditionellen Transferleistungen für Langzeitarbeitslose, die Arbeitslosenhilfe und ergänzend dazu die Sozialhilfe, durch die einheitliche Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II), hat hier eine maßgebliche Rolle gespielt. In der Folge nahm die Anzahl der arbeitslos registrierten

Personen zu Jahresbeginn 2005 sprunghaft zu.¹⁾ Dass die statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf tendenziell rückläufig war, lag zu einem Gutteil daran, dass mehr und mehr Arbeitsgelegenheiten für Bezieher von Arbeitslosengeld II, so genannte Ein-Euro-Jobs, geschaffen wurden. Personen, die auf Grund der mit der Neuregelung einhergehenden verschärften Bedürftigkeitsprüfung ihren Leistungsanspruch verloren, haben zudem häufig die Meldung beim Arbeitsamt nicht mehr erneuert. Darüber hinaus wurde die Erwerbsfähigkeit von Leistungsbeziehern genauer geprüft. Am Jahresende 2005 lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit saisonbereinigt 4,64 Millionen allerdings noch um 3,1 % höher als ein Jahr zuvor. Im Jahresdurchschnitt waren es 4,86 Millionen Personen und damit knapp 500 000 mehr als im Jahr 2004. Dies bedeutete zugleich den höchsten Stand an registrierter Arbeitslosigkeit seit der deutschen Vereinigung. Die amtliche Arbeitslosenquote belief sich auf 11,7 %, gegenüber 10,5 % im Vorjahr. Der bisherige Höchststand im Jahr 1997 wurde um 0,3 Prozentpunkte überschritten. Wie zuvor erläutert, ist dieser statistische Befund allerdings nicht mit einer entsprechenden Verschlechterung der tatsächlichen Arbeitsmarktlage gleichzusetzen. Anfang 2006 kam es zunächst zu einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit, wozu das besonders kalte Winterwetter und Vorzieheffekte wegen der Anfang Februar wirksam gewordenen Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I beigetragen haben.

Im Durchschnitt des Jahres 2005 waren nach den Rechnungen des Statistischen Bundesamtes 38,78 Millionen Personen in Deutschland erwerbstätig. Das waren 90 000 oder 0,2 % weniger als im Jahr zuvor, in dem die Erwerbstätigkeit noch zugenommen hatte. Dabei hat sich der Rückgang der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch im vergangenen Jahr zunächst fortgesetzt, ist dann allerdings zum Stillstand gekommen. Umgekehrt hat die ausschließlich geringfügige Beschäftigung nicht mehr weiter zugenommen. Im Jahresverlauf war die Zahl der Mini-Jobs sogar leicht rückläufig. Hier scheint eine gewisse Sättigung erreicht zu sein. Die Zahl der Selbständigen ist 2005 nicht mehr so deutlich gestiegen wie im Vorjahr. Dazu hat insbesondere beigetragen, dass der Schritt aus der Arbeitslosigkeit in eine Selbständigkeit durch die Arbeitsmarktpolitik nicht mehr so großzügig gefördert wird. So müssen seit Anfang 2005 für eine Förderung detaillierte Geschäftspläne vorgelegt werden, die von Sachverständi-

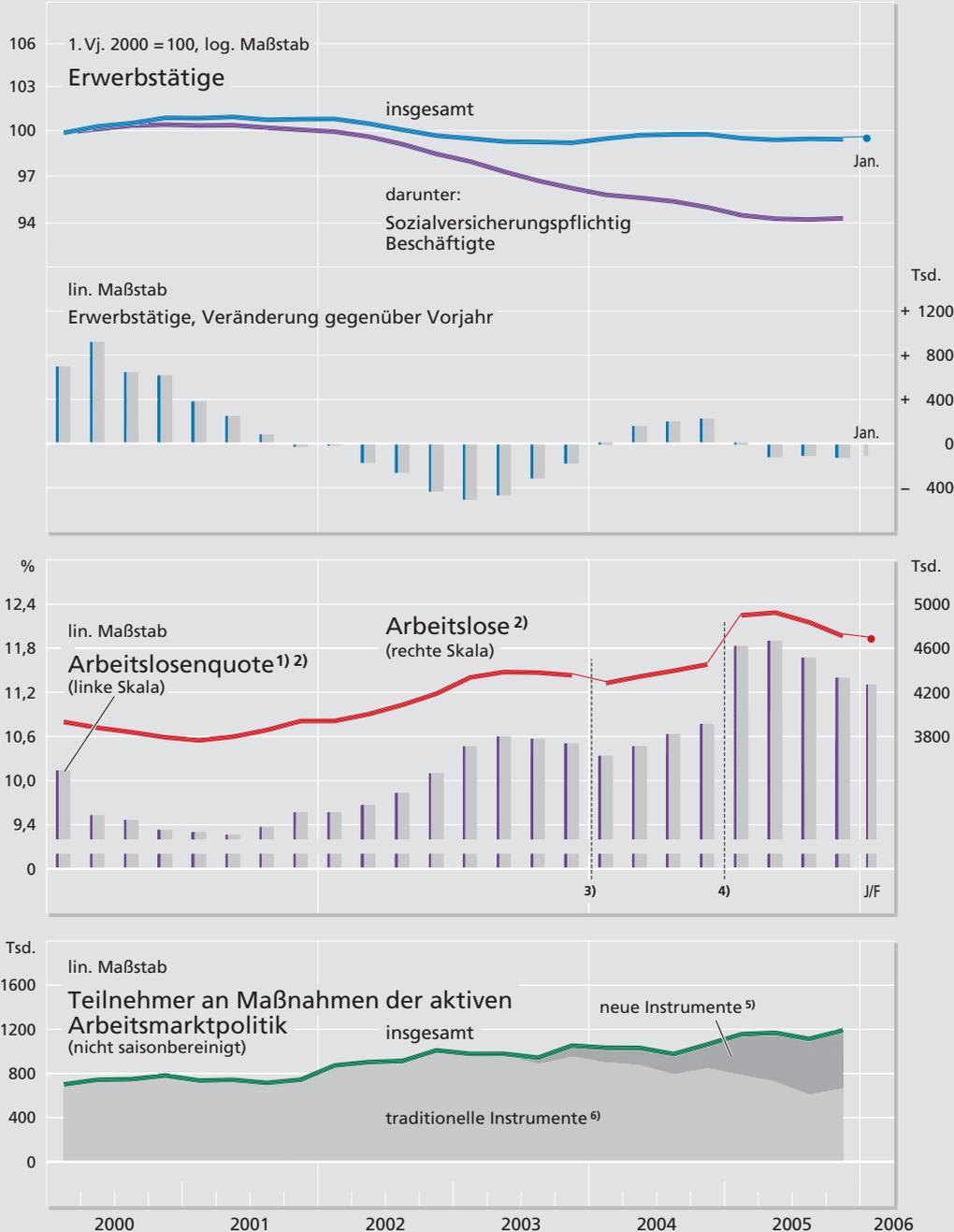
*Leicht
rückläufige
Erwerbstätigkeit*

1 Im September kam es durch die verspätete Berücksichtigung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger aus den sog. Optionskommunen zunächst zu einem weiteren Anstieg der amtlichen Arbeitslosenzahlen. Im Januar 2006 wurde dieser Buchungseffekt im Zuge einer Revision auf den Jahresanfang 2005 vorgezogen.

Arbeitsmarkt

Schaubild 15

vierteljährlich, saisonbereinigt



1 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen. — 2 Definition der Bundesagentur für Arbeit. — 3 Ab Januar 2004 Arbeitslose ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 4 Anstieg beeinflusst durch Einbeziehung erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger. — 5 Personal-Service-Agenturen (PSA), Ich-AGs, Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs). — 6 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM), Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW), Eingliederungszuschüsse (EGZ), Überbrückungsgeld, Vorruhestandsregelungen (Altersteilzeit: 4. Quartal 2005 geschätzt).

Deutsche Bundesbank

gen zu prüfen sind. Aus sektoraler Sicht war von dem Arbeitsplatzabbau besonders das Baugewerbe betroffen (– 5 %). Demgegenüber gab es im Dienstleistungsbereich einen leichten Beschäftigungszuwachs (+ ½ %). Zusammenfassend kann das vergangene Jahr als Übergangsphase gedeutet werden, in der die aktuelle Situation noch von der vorausgegangenen konjunkturellen Schwäche geprägt ist. Die rückläufige Kurzarbeit wie auch die steigende Zahl der bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Vakanzen deuten aber eine zyklische Aufhellung an.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zielt auf eine verstärkte Mitwirkungspflicht und eine größere Eigenverantwortung des Einzelnen für die Sicherung seines Lebensunterhalts durch Erwerbsarbeit. Dies wird unter anderem dadurch betont, dass die Grundsicherung nicht mehr vom früheren Erwerbseinkommen abhängig ist, sondern – von einem befristeten Zuschlag abgesehen – für alle Hilfebedürftigen gleich hoch ausfällt. Es soll erreicht werden, dass Langzeitarbeitslose rascher in neue Beschäftigungsverhältnisse kommen. Die Arbeitsverwaltungen können Bezieher von Arbeitslosengeld II auch zu Arbeitsgelegenheiten heranziehen. Diese so genannten Ein-Euro-Jobs sollen dem Erhalt der Arbeitsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen dienen, die kurzfristig keine Aussicht auf eine reguläre Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben, und zugleich deren tatsächliche Arbeitswilligkeit testen. Auf Grund der Aufwandsentschädigung in Höhe von 1 € bis 2 € pro Stunde, welche nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird, kann sich die Einkommenssituation der Teilnehmer allerdings so spürbar verbessern, dass reguläre Erwerbstätigkeit an Attraktivität verliert. Eine ähnliche Wirkung haben die im Oktober 2005 gelockerten Hinzuverdienstregelungen für Bezieher von Arbeitslosengeld II. Ein solches Kombilohn-Modell fördert wie die Ein-Euro-Jobs den Verbleib im Leistungsbezug. Traditionelle Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Förderung beruflicher Weiterbildung, die sich in der Vergangenheit als nicht sehr wirksam erwiesen haben, wurden zurückgeführt. Die Anzahl der insgesamt geförderten Personen hat sich in den letzten fünf Jahren allerdings nicht verringert.

*„Fördern und
Fordern“*

Eine erfolgreiche Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen in das Erwerbsleben gelingt umso besser, je aufnahmefähiger der Arbeitsmarkt ist. Dabei spielt neben den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch das Lohnfindungssystem und die Regulierung des Arbeitsmarktes eine wichtige Rolle. In den vergangenen Jahren ist eine Reihe von Schritten getan worden, um die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu steigern. Zu nennen sind hierbei die

*Deregulierung
und Förderung
der „Ränder“
des Arbeits-
marktes*

Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung, die Erleichterung der Befristung von Arbeitsverträgen, die Förderung der Selbständigkeit, die Ausweitung von steuerlich und sozialversicherungsrechtlich begünstigten Mini- und Midi-Jobs sowie die Lockerung des Kündigungsschutzes für neu eingestellte ältere Arbeitnehmer, die inzwischen allerdings vom Europäischen Gerichtshof als diskriminierend eingestuft wurde. Ein großer Teil der Maßnahmen zielt auf eine Deregulierung beziehungsweise Förderung der „Ränder“ des Arbeitsmarktes; die Regulierungsdichte und die Abgabenbelastung der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung änderten sich aber kaum. Diese Politik war insofern erfolgreich, als die begünstigten Erwerbstätigkeitsformen in der Tat erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Gleichzeitig ist die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abgebaut worden. Teilweise waren dabei Austauschprozesse im Spiel. Letztlich wird so der Segmentierungsgrad des Arbeitsmarktes erhöht und eine Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses bewirkt. Eine Abschottung von Teilen des Arbeitsmarktes durch sektorspezifische gesetzliche Mindestlöhne, wie sie in einzelnen Branchen über die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen schon erreicht wurde, würde solche Tendenzen verstärken und den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit zumindest verzögern.

*„Kleine“
Tarifrunde*

Im Jahr 2005 gab es nur eine „kleine“ Tarifrunde mit wenigen neuen Abschlüssen, da bereits zuvor vereinbarte Verträge mit längerer Laufzeit in einer Reihe von Wirtschaftszweigen noch Gültigkeit hatten oder Stufenvereinbarungen in Kraft traten. In den Verhandlungen stand – unter dem Druck des verschärften internationalen Wettbewerbs, der unbefriedigenden Arbeitsmarktlage und der Kürzungen der Lohnersatzleistungen – das Ziel der Beschäftigungs- und Standortsicherung im Vordergrund. Entsprechend groß war die Bereitschaft zu Zugeständnissen in Form von Nullrunden und verlängerten Arbeitszeiten. Im Ergebnis waren die Abschlüsse im Durchschnitt ähnlich hoch wie im Vorjahr. Aus dem Rahmen fiel lediglich der neue Tarifvertrag für die von der internationalen Nachfrageentwicklung besonders begünstigte Stahlindustrie. Dort stieg das Entgelt für das Jahr 2005 um 3,4 %. Dabei wurden vor allem Einmalzahlungen vereinbart, die das Tarifgefüge nicht betreffen. Über alle Branchen hinweg nahmen die Tarifverdienste im Jahr 2005 auf Monatsbasis um durchschnittlich 1,1 % zu, auf Stundenbasis waren es 0,9 %.

*Negative
Lohndrift und
sinkende Lohn-
stückkosten*

Bei insgesamt moderaten Abschlüssen setzte sich der Abbau übertariflicher Leistungen fort. Hinzu kam die intensive Nutzung tariflicher Öffnungsklauseln. Die Effektivlöhne je Beschäftigten erhöhten sich daher lediglich um ½ %. Zu der negativen Lohndrift von reichlich einem halben Prozentpunkt (auf Monatsbasis

gerechnet) trugen maßgeblich Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur bei. Die für die Unternehmen relevanten Arbeitskosten blieben wegen der seit 1. Juli 2005 geringeren Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung im Durchschnitt nahezu unverändert. In Verbindung mit der zyklisch anziehenden Arbeitsproduktivität führte dies zu einem Rückgang der Lohnstückkosten um $\frac{3}{4}$ %. Bei einer Zunahme des Deflators des BIP um $\frac{1}{2}$ % vergrößerte sich – gesamtwirtschaftlich gesehen – die Gewinnmarge. Die fortgesetzte Lohnmäßigung verbessert die Rentabilität der in Deutschland produzierenden Unternehmen und leistet so einen unerlässlichen Beitrag zur Standortsicherung.

Die auf den internationalen Märkten stark gestiegenen Energiepreise hinterließen deutliche Spuren in der deutschen Preisentwicklung. Die primär aus den Rohölnotierungen abgeleiteten Kraftstoff- und Heizölpreise stiegen auf der Verbraucherstufe im Jahresdurchschnitt 2005 um 8 % beziehungsweise 32 %. Gas, das üblicherweise durch Preisgleitklauseln an die Rohölpreise gekoppelt ist, verteuerte sich um $10\frac{1}{2}$ %. Für Strom mussten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr 4,2 % mehr bezahlen als ein Jahr zuvor; für Industriekunden verteuerte sich Elektrizität teilweise doppelt so stark.

*Zwar kräftig
steigende
Energiepreise, ...*

Von der Energiekomponente abgesehen, verlief die Preisentwicklung 2005 zu- meist in recht ruhigen Bahnen. Indirekte Effekte von dieser Seite hielten sich in engen Grenzen; Zweitrundeneffekte des bereits in den beiden Vorjahren recht kräftigen Energiepreisanstiegs blieben aus. Allerdings setzte sich der Preisauftrieb bei wichtigen industriellen Rohstoffen fort und beschleunigte sich teilweise wechselkursbedingt. Die Importpreise für Erze stiegen im Jahresdurchschnitt um 45 %. Die Verteuerung der Rohstoffe schlug sich abgeschwächt auch in anderen Importpreisen und in den Erzeugerpreisen der deutschen Industrie nieder. Höhere Stahlpreise waren auch der wichtigste Grund für den Anstieg der Baupreise um knapp 1,3 %. Ohne diese Sonderbewegungen gerechnet, gingen die Preise für die Einfuhren im Jahresdurchschnitt um knapp 1 % zurück, verglichen mit einem Anstieg von 4,3 % für die Importe insgesamt. Die Erzeugerpreise für industrielle Produkte, die zudem durch die Anhebungen der Tabaksteuer nach oben getrieben wurden, nahmen um 4,6 % zu; ohne die genannten Positionen waren es lediglich 1,0 %. Die Verbraucherpreise ohne Energie, Gesundheitspflege und Tabak stiegen um 0,8 %, einschließlich dieser Güter waren es 2,0 %. Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex zeigt für 2005 eine Teuerung von 1,9 % an. Auch auf dem Wohnungsmarkt verlief die Preisentwicklung in ruhigen Bahnen. Im Verbraucherpreisindex stiegen

*... ansonsten
aber von
Ausnahmen
abgesehen
ruhige Preis-
entwicklung*

Preisentwicklung auf verschiedenen Wirtschaftsstufen

Tabelle 6

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Position	2004	2005				2006
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jan.
Einfuhrpreise	3,0	3,5	3,3	4,8	5,5	6,8
davon:						
Energie	27,8	33,0	33,8	43,4	41,0	49,9
Erze	26,2	27,1	47,1	49,9	54,6	44,7
Metalle und Halbzeug	22,9	18,1	13,3	8,0	8,5	10,8
übrige	- 1,3	- 1,1	- 1,6	- 1,1	- 0,2	0,2
Industrielle Erzeugerpreise	3,0	4,1	4,4	4,7	5,0	5,6
davon:						
Tabakwaren	16,4	19,9	11,1	13,7	14,9	7,2
Energie	4,7	8,5	12,8	16,7	17,7	21,4
Metalle und Halbzeug	21,4	21,1	14,0	6,5	4,6	4,4
übrige	1,0	1,4	1,1	0,7	0,8	0,6
Verbraucherpreise	2,0	1,7	1,7	2,1	2,2	2,1
davon:						
Gesundheitspflege	20,3	3,9	1,7	1,0	0,9	0,7
Tabakwaren	16,2	19,4	10,7	13,0	13,4	6,0
Energie	7,1	6,8	8,4	13,1	12,9	15,5
darunter:						
Mineralölprodukte	11,2	8,3	9,4	16,6	14,3	18,3
Gas	2,2	7,3	8,4	10,8	15,2	19,0
Strom	3,9	4,1	4,3	4,3	4,2	4,2
übrige	0,4	0,7	0,8	0,7	0,8	0,6
Baupreise	1,7	2,0	1,1	0,9	1,0	.
davon:						
Wohngebäude	1,7	1,8	0,8	0,6	0,6	.
Betriebs- und Bürogebäude	2,4	3,0	1,9	1,4	1,4	.
Straßenbau	0,1	0,1	0,3	0,1	1,2	.

Deutsche Bundesbank

die Wohnungsmieten binnen Jahresfrist lediglich um 1%. Bei Neuvermietungen konnten, eigenen Berechnungen auf Basis von Angaben der BulwienGesa AG zufolge, im Durchschnitt kaum höhere Mieten erzielt werden als im Jahr zuvor. Die Preise neu erbauter Wohnimmobilien blieben trotz der etwas höheren Baupreise unverändert; gebrauchte Wohnungen verbilligten sich sogar etwas. Zum Jahreswechsel 2005/2006 wurden die Preise für leitungsgebundene Energieträger kräftig angehoben. Andererseits kam es im Winterschlussverkauf zu besonders kräftigen Preisnachlässen. Auch verbilligten sich Haftpflichtversicherungen. Die Preissteigerungsrate verharrte im Januar/Februar bei 2,1%.

2. Lage der öffentlichen Finanzen nach wie vor sehr problematisch

a) Entwicklung im Jahr 2005

Die Lage der deutschen Staatsfinanzen ist insgesamt gesehen weiterhin sehr problematisch. Das Staatsdefizit Deutschlands belief sich im Jahr 2005 auf 3,3 % des BIP.¹⁾ Es lag damit knapp einen halben Prozentpunkt unter dem Wert des Vorjahres und merklich niedriger als unter anderem von der Bundesregierung erwartet. Die im EG-Vertrag verankerte Obergrenze von 3 % für die Defizitquote wurde gleichwohl zum vierten Mal in Folge überschritten. Die Konjunktur und temporäre Effekte trugen per saldo kaum zur Veränderung des Defizits bei. Der strukturelle, also um konjunkturelle und temporäre Effekte bereinigte Finanzierungssaldo hat sich spürbar verbessert.

*3 %-Grenze
erneut verletzt*

Die öffentliche Verschuldung stieg im vergangenen Jahr gleichwohl weiter kräftig an. Das hohe Defizit und das vergleichsweise geringe gesamtwirtschaftliche Wachstum hatten zur Folge, dass sich die Schuldenquote trotz umfangreicher Finanzvermögensveräußerungen um etwa zwei Prozentpunkte auf 67,7 % erhöhte. Innerhalb der letzten vier Jahre ist sie um rund neun Prozentpunkte gestiegen. Damit verletzt Deutschland auch den zweiten fiskalischen Referenzwert des EG-Vertrages, der 60 % des BIP als Obergrenze für die Verschuldung festlegt und Ausnahmen nur vorsieht, wenn die Schuldenquote hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

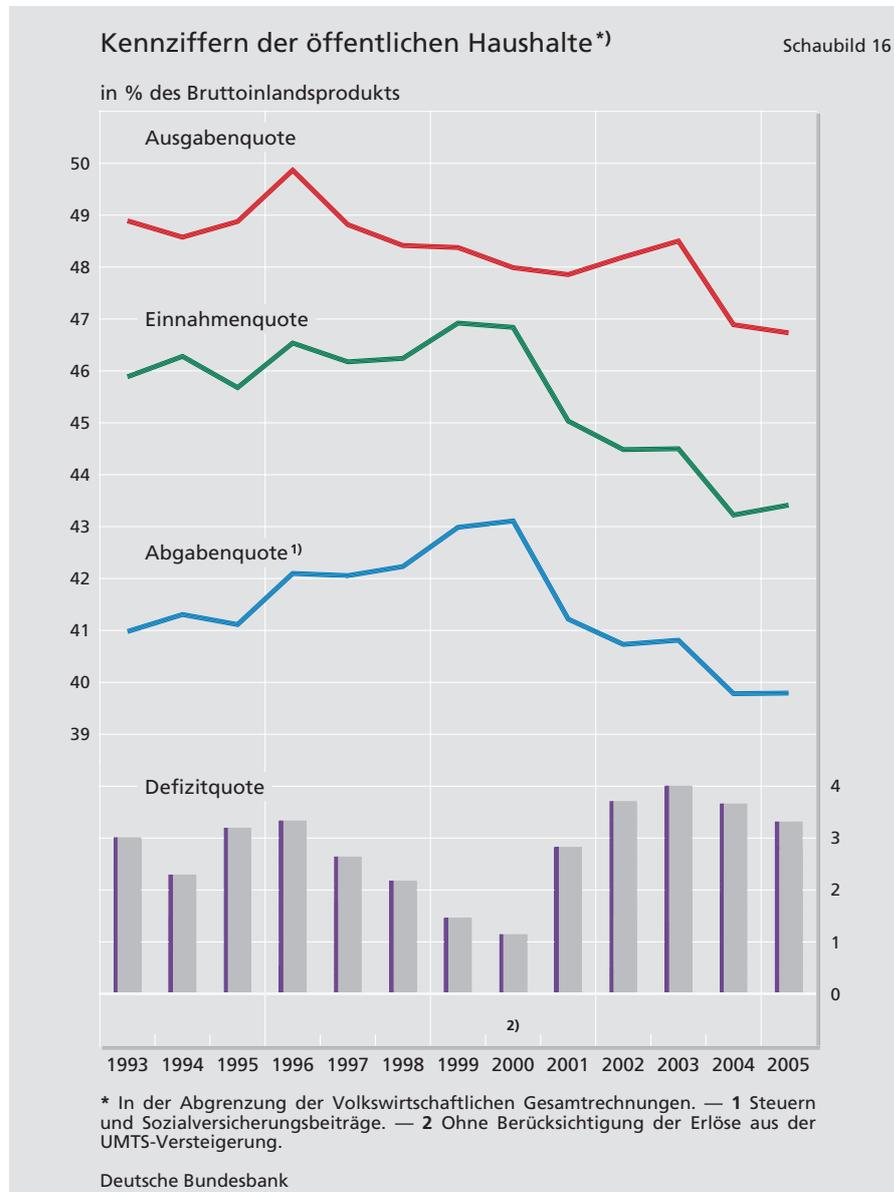
*Schuldenquote
weiter kräftig
gestiegen*

Die Einnahmenquote stieg im vergangenen Jahr leicht auf 43 ½ %.²⁾ Zwar entwickelten sich einerseits vor allem die Bruttolöhne und -gehälter als gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge wie schon in den Vorjahren schwächer als das BIP. Außerdem wogen die Mindereinnahmen durch die letzte Stufe der Einkommensteuerreform deutlich schwerer als aufkommenserhöhende Maßnahmen an anderer Stelle (gewinnabhängige Steuern, Tabaksteuer, Kfz-Steuer). Schließlich minderte die Verbrauchsreaktion auf die gestiegenen Energiepreise die Erlöse aus der als Mengensteuer ausgestalteten Mineralölsteuer. Andererseits nahmen aber die ertragsabhängigen Steuern nicht zuletzt vor dem Hintergrund der günstigen Gewinnentwicklung stark zu. Insgesamt lagen die Steuereinnahmen höher als in

*Einnahmen-
quote gering-
fügig gestiegen*

1 Die Verbriefung von Ansprüchen der Postpensionskasse gegenüber den Postnachfolgeunternehmen wurde dabei im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen defizitneutral verbucht.

2 Im Ergebnis für 2005 wurde die Postpensionskasse dem Staat zugerechnet. Daher ergibt sich ein leichter Anstieg der Einnahmen und der Ausgaben gegenüber dem (noch nicht angepassten) Vorjahr.



der offiziellen Schätzung vom November 2004 und auch in der jüngsten Schätzung im November 2005 erwartet worden war. Die Steuerquote stieg geringfügig, während die Sozialbeiträge in Relation zum BIP wiederum leicht zurückgingen. Die sonstigen Einnahmen wuchsen kräftig. Hier schlugen die Subventionsrückzahlungen der Landesbanken und insbesondere die im vergangenen Jahr erstmals erhobene LKW-Maut zu Buche.

Ausgabenquote leicht zurückgeführt

Die Ausgaben gingen im Jahr 2005 in Relation zum BIP leicht auf 46³/₄ % zurück. Wie in den Vorjahren sanken die Personalausgaben und die staatlichen Investitionen dem absoluten Betrag nach. Darüber hinaus stiegen die Ausgaben

Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *) Tabelle 7

Position	2003	2004	2005	2003	2004	2005
				Veränderung gegenüber Vorjahr		
	in Mrd €			in %		
Ausgaben	1 050,3	1 039,9	1 050,4	1,5	-1,0	1,0
darunter:						
Sozialleistungen	588,1	586,6	598,1	2,4	-0,3	2,0
Arbeitnehmerentgelte	169,0	168,7	167,3	-0,1	-0,2	-0,8
Vorleistungen	89,2	89,5	94,4	0,5	0,3	5,5
Zinsen	64,6	62,9	63,4	2,7	-2,6	0,8
Bruttoinvestitionen	32,9	30,7	29,1	-7,5	-6,5	-5,1
Nachrichtlich:						
Alterssicherung 1)	285,7	286,1	288,7	2,2	0,1	0,9
Gesundheit 2)	148,6	143,7	147,5	1,4	-3,3	2,6
Einnahmen	963,7	958,7	975,9	0,9	-0,5	1,8
darunter:						
Steuern	489,6	487,2	497,6	0,9	-0,5	2,1
Sozialabgaben	394,4	395,3	397,0	1,3	0,2	0,4
	in Mrd €			in Prozentpunkten		
Saldo	-86,6	-81,2	-74,5	-7,0	5,3	6,7
Nachrichtlich „Maastricht-Abgrenzung“:						
Schuldenstand	1 381,0	1 451,0	1 520,5	88,0	69,9	69,6
	in % des BIP 3)			in Prozentpunkten		
Schuldenstand	63,8	65,5	67,7	3,5	1,7	2,2
Defizit 4)	4,0	3,7	3,3	0,3	-0,3	-0,4

* Gemäß ESVG 1995 einschl. saldenneutraler Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am MWSt-Aufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung und Pensionen. — 2 Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung und Beihilfe. — 3 BIP einschl. unterstellter Bankdienstleistungen (FISIM). — 4 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinszahlungen aus Swapgeschäften und Forward Rate Agreements berechnet.

Deutsche Bundesbank

für Renten und Pensionen nur vergleichsweise moderat. Schließlich nahmen die Zinsausgaben trotz der schnell steigenden Staatsschulden nur wenig zu, weil das niedrige Zinsniveau weiterhin eine vorteilhafte Refinanzierung fälliger Schuldtitel ermöglichte. Dem steht entgegen, dass die Gesundheitsausgaben und die Zuführungen an den EU-Haushalt wieder merklich wuchsen. Auch nahmen die arbeitsmarktbedingten Ausgaben deutlich zu. Neben der ungünstigen Arbeitsmarktentwicklung haben auch die Arbeitsmarktreformen – entgegen den ursprünglichen Erwartungen – die staatlichen Haushalte belastet.

*Haushaltsdefizit
der Gebiets-
körperschaften
vor allem durch
Vermögens-
veräußerungen
gedämpft*

Bei den Gebietskörperschaften dürften die Haushaltsdefizite (in finanzstatistischer Abgrenzung) mit 52 ½ Mrd € um etwa 13 Mrd € niedriger ausgefallen sein als im Vorjahr. Das Defizit des Bundes ging nach dem vorläufigen Abschluss allein auf Grund eines stärkeren Einsatzes von Vermögenswerten zur laufenden Haushaltsfinanzierung um gut 8 Mrd € auf 31 ½ Mrd € zurück. Es lag damit allerdings immer noch um 9 Mrd € über dem Ansatz im Haushaltsplan, wofür insbesondere die überplanmäßigen Ausgaben für die HartzIV-Reform, aber auch die niedriger als veranschlagt ausgefallene Gewinnausschüttung der Bundesbank verantwortlich waren. Zum Schließen dieser Lücke wurde auf umfangreiche Restkreditemächtigungen zurückgegriffen. Die Haushaltsdefizite der Länder sind dagegen sowohl gegenüber den revidierten Planungen als auch gegenüber dem Vorjahr leicht auf 24 Mrd € zurückgegangen. Hierzu trugen offenbar nicht zuletzt Einsparungen bei den Personalausgaben bei. Die Defizite der Gemeinden dürften gegenüber dem vorangegangenen Jahr (4 Mrd €) gesunken sein, worin sich nicht zuletzt die günstige Entwicklung der Gewerbesteuer, aber auch ein weiterer Rückgang der Investitionen niederschlug. Stark gestiegen ist der Überschuss der Sondervermögen des Bundes (um 2 Mrd € auf 4 Mrd €). Ausschlaggebend hierfür war, dass die Darlehensrückflüsse beim ERP-Sondervermögen die Darlehensvergaben noch deutlich stärker überwogen als im Jahr davor.

*Finanzlage
der Sozial-
versicherungen
verschlechtert*

Im Gegensatz zur Entwicklung bei den Gebietskörperschaften hat sich der Finanzierungssaldo der Sozialversicherungen im abgelaufenen Jahr deutlich verschlechtert. In der gesetzlichen Rentenversicherung stieg das Defizit auf gut 4 Mrd €, was zur Folge hatte, dass die Rücklage ihren Mindestwert von 0,2 Monatsausgaben deutlich unterschritt. Auch die gesetzlichen Krankenkassen schlossen 2005 erheblich ungünstiger ab als im Jahr zuvor. Der Überschuss von 4 Mrd € im Jahr 2004 hat sich auf Grund der wieder stärker gewachsenen Ausgaben halbiert, wobei insbesondere der starke Wiederanstieg der Aufwendungen für Arzneimittel eine Rolle spielte. Die Finanzlage der sozialen Pflegeversicherung hat sich dagegen 2005 verbessert. Hier fielen die Defizite auf Grund der Entlastung durch den Sonderbeitrag von Kinderlosen sowie der Beitragsmehreinnahmen infolge der Hartz IV-Reform etwas niedriger aus. Die Bundesagentur für Arbeit erhält zum Haushaltsausgleich einen Bundeszuschuss. Dieser konnte vor allem durch geringere Ausgaben für das Arbeitslosengeld und die aktive Arbeitsmarktpolitik sowie den geringer als veranschlagt ausgefallenen Aussteuerungsbetrag auf lediglich ½ Mrd € begrenzt werden.

Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen *) Tabelle 8

Position	2003 ts)	2004 ts)	2005 ts)	2003 ts)	2004 ts)	2005 ts)
	in Mrd €			Veränderung gegenüber Vorjahr		
Gebietskörperschaften				in %		
Ausgaben	614,4	609,3	620	0,6	- 0,8	2
darunter:						
Bund	278,8	273,6	281,5	2,0	- 1,9	3
Länder	259,7	256,6	260	0,6	- 1,2	1,5
Einnahmen	547,1	543,8	567,5	- 1,4	- 0,6	4,5
darunter:						
Steuern	442,2	442,8	451	0,1	0,1	2
				in Mrd €		
Saldo	- 67,3	- 65,4	- 52,5	- 11,1	1,8	13
darunter:						
Bund	- 39,2	- 39,8	- 31,5	- 6,5	- 0,6	8,5
Länder	- 30,5	- 24,0	- 23,5	- 1,3	6,5	0,5
Sozialversicherungen				in %		
Ausgaben	474,3	468,8	471,5	1,8	- 1,2	0,5
Einnahmen	467,7	470,3	468,5	2,2	0,5	- 0,5
				in Mrd €		
Saldo	- 6,6	1,5	- 3	1,7	8,1	- 4,5
darunter:						
Rentenversicherung	- 2,4	- 1,7	- 4	2,0	0,7	- 2,5
Krankenversicherung	- 3,7	3,9	1,5	- 0,1	7,5	- 2

* Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab.

Deutsche Bundesbank

b) Weitere Aussichten

In der Koalitionsvereinbarung vom November 2005 wurden für die laufende Legislaturperiode Reformen in einigen zentralen finanzpolitischen Bereichen angekündigt. Dies gilt vor allem für die Einkommens- und Unternehmensbesteuerung sowie die Sozialversicherungen. Außerdem soll das Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktpolitik überprüft werden, auch um die Arbeitsanreize für Geringverdiener zu stärken. Bereits recht detailliert ausgearbeitet wurden Vorschläge zur Föderalismusreform, die allerdings noch um eine Umgestaltung der Finanzverfassung ergänzt werden soll. Darüber hinaus wurden eine Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen und ein mehrjähriges Wachstums- und Beschäftigungsprogramm avisiert, wobei einzelne Maßnahmen zwischenzeitlich präzisiert beziehungsweise gesetzlich verabschiedet wurden. Im laufenden Jahr dürften die neuen Maßnahmen das Defizit per saldo geringfügig erhöhen. Darin kommt die Zielsetzung der Regierung zum Ausdruck, die Konjunktur durch einen weitgehenden Verzicht auf zusätzliche Konsolidierungsschritte und das Ergreifen einzelner Maßnahmen, von denen eine besondere konjunkturstützende Wirkung erhofft wird, zu stabilisieren. Das gesamtstaatliche Defizit soll erst im kommenden Jahr deutlich gesenkt werden.

Obwohl 2006 keine zusätzliche Konsolidierung vorgesehen ist, ...

... könnte die 3%-Grenze bereits 2006 erreicht werden

Dennoch ist bei sparsamer Haushaltsführung und ohne neue Maßnahmen in diesem Jahr ein mäßiger Rückgang des Staatsdefizits zu erwarten. Das strukturelle Haushaltsdefizit könnte sich vor dem Hintergrund eines grundsätzlich sparsamen Ausgabenkurses leicht verringern. Von der Konjunktur dürfte darüber hinaus ein günstiger Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ausgehen, so dass die 3%-Grenze durchaus erreichbar ist. Im kommenden Jahr dürfte sie dann bei Umsetzung der angekündigten Maßnahmen deutlich unterschritten werden.

Defizitverfahren gegen Deutschland verschärft

Am 14. März 2006 beschloss der Ecofin-Rat auf Empfehlung der Europäischen Kommission, das Defizitverfahren gegen Deutschland zu verschärfen und Deutschland nach Artikel 104(9) des EG-Vertrages in Verzug zu setzen. Der Rat forderte Deutschland auf, die Korrektur des übermäßigen Defizits so schnell wie möglich, spätestens aber 2007, zu erreichen. Das Defizit soll strukturell, also bereinigt um konjunkturelle und temporäre Effekte, im laufenden und kommenden Jahr um zusammen genommen mindestens 1% des BIP gesenkt werden.

Konjunktur steht stärkerer Defizit-rückführung im laufenden Jahr nicht entgegen

Deutschland hat seit dem Jahr 2002 den Referenzwert für die Defizitquote überschritten, und der Abstand zur 3%-Grenze war im vergangenen Jahr nicht groß. Zudem enthält der veränderte Stabilitäts- und Wachstumspakt für Länder mit einem übermäßigen Defizit die Vorgabe einer strukturellen Konsolidierung um jährlich mindestens 0,5% des BIP. Vor diesem Hintergrund ist es bedenklich, dass in Deutschland nicht das Ziel verfolgt wird, das übermäßige Defizit in diesem Jahr zu korrigieren. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Korrekturfrist faktisch bereits einmal um ein Jahr auf 2005 verlängert worden war. Die konjunkturellen Aussichten sind gegenwärtig eher günstig und stünden einer zeitlich gleichmäßigeren Verteilung der Konsolidierungsanstrengungen nicht entgegen. Daher ist die Verschärfung des Defizitverfahrens gegen Deutschland gerechtfertigt. Auch die nach dem Entwurf des Bundeshaushalts für 2006 geplante erhebliche und gegenüber dem Abschluss für 2005 zunehmende Überschreitung der Regelgrenze für die Neuverschuldung nach Artikel 115 GG um 15 Mrd € ist angesichts der konjunkturellen Perspektiven problematisch.

Jüngste Konsolidierungsmaßnahmen basieren stark auf Erhöhung von Abgabesätzen

Die ab dem Jahr 2007 in Aussicht gestellte Konsolidierung soll vor allem in den ersten Jahren per saldo in nur geringem Umfang durch Kürzungen auf der Ausgabenseite erfolgen, die über die bereits angelegte moderate Ausgabenpolitik hinausgehen. Auf der Einnahmenseite soll zwar die steuerliche Bemessungsgrundlage durch verschiedene Maßnahmen verbreitert werden. Doch wäre hier ein umfassenderer Ansatz durchaus möglich gewesen, zumal die Wirkung da-

durch geschmälert wird, dass an anderer Stelle neue Sondertatbestände geschaffen werden. Der größte Teil der zusätzlichen Konsolidierung erfolgt über höhere Abgabesätze insbesondere bei der Umsatzsteuer, die nur teilweise durch eine Senkung des Beitragssatzes zur Bundesagentur für Arbeit kompensiert werden sollen. Insgesamt gesehen sind Abgabenerhöhungen den längerfristigen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten nicht förderlich.

Auch wenn die 3 %-Grenze eingehalten wird, darf daraus nicht geschlossen werden, dass damit die Staatsfinanzen konsolidiert wären. Um den Anstieg der Schuldenquote zu stoppen und schließlich umzukehren und um besser auf die demographisch bedingten zukünftigen Haushaltsbelastungen vorbereitet zu sein, ist es vielmehr erforderlich, die strukturellen Defizite weiter zügig zu reduzieren. Dies könnte zugleich dazu beitragen, wieder Spielraum für konjunkturbedingte Schwankungen des Finanzierungssaldos zu gewinnen. Nur so können auch die verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenzen wieder strukturell eingehalten und das im nationalen und europäischen Haushaltsrecht verankerte Ziel eines annähernden Haushaltsausgleichs erreicht werden. Vor diesem Hintergrund erscheint die im aktualisierten Stabilitätsprogramm vom Februar 2006 für die Jahre 2008 und 2009 angestrebte Rückführung der strukturellen Defizitquote um jährlich knapp einen halben Prozentpunkt wenig ehrgeizig. Das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts wird nach den Planungen auch am Ende des Programmzeitraums im Jahr 2009 noch deutlich verfehlt werden. Auch sieht die mittelfristige Finanzplanung des Bundes im gesamten Planungszeitraum nur eine leichte Unterschreitung der verfassungsmäßigen Kreditobergrenze vor. Dabei dürften zudem umfangreiche Vermögensveräußerungen eingestellt sein. Die Länder haben zum Teil ebenfalls erhebliche Schwierigkeiten, die haushaltsrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

*Mittelfristig
weitere
Einsparungen
und...*

Durch die in Aussicht gestellten weiteren Reformen können die finanzpolitischen Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Dabei kommt es darauf an, Eigenverantwortung und Wettbewerb zu stärken, die jeweiligen Anreizstrukturen zu verbessern, den demographischen Veränderungen Rechnung zu tragen und die Transparenz der Systeme zu erhöhen.

*... Umsetzung
finanzpolitischer
Reformen
erforderlich*

Chronik der Wirtschafts- und Währungs- politik

1. Januar 2005

In Deutschland treten verschiedene wirtschafts- und finanzpolitische Neuregelungen in Kraft: Mit der letzten Stufe der Steuerreform 2000 wird der Einkommensteuertarif nochmals abgesenkt (Eingangssteuersatz von 16 % auf 15 %, Spitzensteuersatz von 45 % auf 42 %). Der schrittweise Übergang zur nachgelagerten Besteuerung in der gesetzlichen Rentenversicherung und bei vergleichbaren privaten Vorsorgeprodukten beginnt. Für Erwerbsfähige werden Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengelegt. In der sozialen Pflegeversicherung wird ein Sonderbeitrag in Höhe von 0,25 % von Kinderlosen erhoben. Auf deutschen Autobahnen wird die Lkw-Maut eingeführt.

14. Januar 2005

Der EZB-Rat beschließt, den Zuteilungsbetrag für alle im Jahr 2005 durchzuführenden längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte von 25 Mrd € auf 30 Mrd € zu erhöhen. Damit wird dem steigenden Liquiditätsbedarf des europäischen Bankensystems Rechnung getragen.

26. Januar 2005

Die Bundesregierung erwartet nach dem Jahreswirtschaftsbericht 2005 eine

Fortsetzung des Mitte 2003 begonnenen Wachstumskurses. Sie geht für 2005 von einer Zunahme des realen BIP um 1,6 % aus. Maßgeblich soll eine deutliche Belebung der Binnennachfrage, insbesondere des Privaten Verbrauchs und der Ausstattungsinvestitionen, sein. Für die Außenwirtschaft wird demgegenüber eine Beruhigung angenommen. Die Zahl der Erwerbstätigen soll mit 0,8 % mehr als doppelt so stark wie im Jahr 2004 zunehmen, die Arbeitslosigkeit – gemessen an der Quote der Bundesagentur – auf 10,7 % steigen.

9. Februar 2005

Für die Arbeiter und Angestellten von Bund und Kommunen wird ein Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 35 Monaten abgeschlossen, der für Westdeutschland statt Tarifierhebungen Einmalzahlungen von 300 € pro Jahr und in den neuen Ländern bis 2007 eine stufenweise Anhebung von 92,5 % bis auf 97 % des Tarifniveaus der alten Länder vorsieht. Im Rahmen einer größeren Umstellung des Vergütungssystems werden insbesondere leistungsbezogene Zu- und Abschläge ab 2007 vereinbart. Beim Bund wird eine bundeseinheitliche Wochenarbeitszeit für Tarifbeschäftigte von 39 Stunden eingeführt.

18. Februar 2005

Der Bundestag überstimmt den Einspruch des Bundesrates gegen den Bundeshaushalt 2005. Anpassungen werden nicht mehr vorgenommen.

15. März 2005

Die Bundesbank stellt ihren Jahresabschluss 2004 vor und überweist einen Gewinn von 676 Mio € an den Bund (nach 248 Mio € im Vorjahr).

21. März 2005

Die Bundesbank kritisiert in einer Stellungnahme die geplanten Änderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts als entscheidende Schwächung. Diese Einschätzung steht in der Kontinuität ihrer Überzeugung, dass gesunde Staatsfinanzen eine wichtige Grundlage für Preisstabilität sind.

29. April 2005

Die Währungen Lettlands, Zyperns und Maltas werden in den Wechselkursmechanismus II aufgenommen. Für alle drei Währungen gilt eine Standardschwankungsbreite von $\pm 15\%$ bezogen auf ihre mit Wirkung vom 2. Mai 2005 festgelegten Leitkurse. Lettland behält jedoch weiterhin einseitig seine bisherige 1%-Bandbreite bei. Der EZB werden dadurch keine zusätzlichen Pflichten auferlegt.

12. Mai 2005

Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzungen wird erwartet, dass die Steuereinnahmen 2005 nur leicht und im weiteren Schätzzeitraum bis 2009 wieder deutlicher zunehmen. Im Vergleich zur vorangegangenen November-Schätzung ergeben sich auf Grund der nunmehr deutlich ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Annahmen Ausfälle, die für 2005 gut 5 Mrd € betragen und gegenüber der Mittelfristschätzung vom Mai 2004 auf fast 23 ½ Mrd € im Jahr 2008 zunehmen.

30. Juni 2005

Auf der 102. Sitzung des Finanzplanungsrates werden keine Beschlüsse gefasst.

1. Juli 2005

Die Krankenkassen senken den paritätisch aufgeteilten allgemeinen Beitragssatz um 0,9 Prozentpunkte. Gleichzeitig wird ein Sonderbeitrag in identischer Höhe eingeführt, der allein von den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung zu zahlen ist.

7. Juli 2005

Das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern stuft den Nachtragshaushalt für das Jahr 2003 sowie das Haushaltsrechtsgesetz 2004/05 als verfassungs-

widrig ein. Die Überschreitung der Regelgrenze für die Kreditaufnahme insbesondere im Haushaltsjahr 2003 bleibt aber letztlich folgenlos, da die Bücher für dieses Jahr bereits geschlossen sind. Lediglich eine nachträgliche Kreditermächtigung wird eingeholt.

8. Juli 2005

Mit dem Verzicht auf die Einberufung eines Vermittlungsverfahrens passiert das Gesetz zur Änderung des Vierten und Sechsten Buches Sozialgesetzbuch den Bundesrat. Danach müssen die auf am Monatsende gezahlte Löhne und Gehälter entfallenden Sozialbeiträge ab 2006 nicht mehr erst zur Mitte des Folge-monats, sondern noch im laufenden Monat abgeführt werden. Durch die einmalig anfallenden zusätzlichen Beitragseinnahmen wird das Jahresergebnis 2006 der Bundesagentur für Arbeit sowie der gesetzlichen Rentenversicherung in finanzstatistischer Abgrenzung deutlich günstiger ausfallen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Beiträge bereits periodengerecht erfasst, so dass der Verzicht auf echte Konsolidierungsmaßnahmen in dieser Abgrenzung ein beträchtliches Defizit zur Folge haben wird. In der gesetzlichen Kranken- und der sozialen Pflegeversicherung

Chronik der Wirtschafts- und Währungs- politik

(Fortsetzung)

werden die Beiträge auch in finanzstatistischer Abgrenzung schon periodengerecht verbucht. Daher ergeben sich hier keine defizitsenkenden Effekte. Außerdem verabschiedet der Bundesrat das Freibetragsneuregelungsgesetz, mit dem die Anrechnung von Erwerbseinkommen auf den Bezug von Arbeitslosengeld II gelockert wird.

13. Juli 2005

Angesichts der angestrebten Neuwahl des Bundestages im Herbst verzichtet das Bundeskabinett auf die Verabschiedung des Entwurfs zum Bundeshaushalt 2006 sowie der mittelfristigen Finanzplanung. Die vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Dokumente sehen für das Jahr 2006 eine Nettokreditaufnahme von 22 Mrd € vor. Durch außerordentlich umfangreiche Privatisierungserlöse von 23 Mrd €, Anspruchsverbriefungen der Postpensionskasse, die eine Entlastung um 5 ½ Mrd € bringen sollen, und eine Streichung der Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten für Empfänger von Arbeitslosengeld II von gut 3 Mrd € soll die Verfassungsgrenze für die Neuverschuldung nach Artikel 115 GG eingehalten werden. Für den Finanzplanungszeitraum ab 2007 wird vor allem zur Wahrung dieser Verschul-

dungsgrenze ein Handlungsbedarf von jährlich 25 Mrd € ausgewiesen.

1. September 2005

Die letzte Stufe der Tabaksteueranhebung zur Finanzierung eines Bundeszuschusses an die gesetzliche Krankenversicherung tritt in Kraft.

1. Oktober 2005

Im Rahmen der Organisationsreform entfällt die Trennung der Rentenversicherung in die der Arbeiter und die der Angestellten. Die neue Bezeichnung lautet Deutsche Rentenversicherung. Ziel der Reform sind insbesondere Effizienzsteigerungen im Verwaltungsapparat.

3. November 2005

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen korrigiert trotz etwas ungünstigerer makroökonomischer Rahmenvorgaben das Ergebnis der Mai-Schätzung für 2005 um 3 Mrd € und für 2006 um 1 Mrd € nach oben.

9. November 2005

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet in seinem Jahresgutachten 2005/06 ein Wachstum des realen BIP im Jahr 2006 von 1,0 %. Entscheidende Triebfeder ist dabei nach wie vor der

Außenhandel. Mit einer durchgreifenden Belebung der inländischen Verwendung wird dagegen nicht gerechnet. Die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt werden sich danach nur schrittweise aufhellen und die Arbeitslosenquote mit 11,6 % lediglich um 0,2 Prozentpunkte geringer sein als im Vorjahr. Hohe Energiepreise entziehen den privaten Haushalten Kaufkraft, und die Privaten Konsumausgaben gehen real um 0,2 % zurück. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird mit einer realen Zunahme um 4,3 % gerechnet, während im Baugewerbe der Anpassungsprozess noch nicht abgeschlossen ist.

12. November 2005

Fast zwei Monate nach der vorgezogenen Bundestagswahl werden die Koalitionsvereinbarungen der Unionsparteien und der SPD vorgestellt. Für 2006 wird für den Bund eine deutliche Überschreitung der Kreditobergrenze nach Artikel 115 GG angekündigt. Erst 2007 sollen diese und auch die Defizitobergrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts wieder eingehalten werden. Die beim Bund vorgesehenen Ausgabenkürzungen belasten zu einem großen Teil die Sozialversicherungen und werden dort Beitragssatzanhebungen zur Folge haben. Größeres Gewicht haben einnahmen-

erhöhende Maßnahmen, die außer einer Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen vor allem die Anhebung des Regelsatzes der Umsatzsteuer um drei Prozentpunkte ab 2007 vorsehen. Ein Teil der Mehreinnahmen soll zur Mitfinanzierung der Senkung des Beitragssatzes zur Bundesagentur für Arbeit um zwei Prozentpunkte verwendet werden. Weiterhin wird ein Programm zur Förderung des Wirtschaftswachstums vorgestellt, das Mehrausgaben für als zukunfts-trächtig eingestufte Bereiche sowie Steuervergünstigungen insbesondere zur Förderung von Investitionen und für spezielle Ausgaben privater Haushalte umfasst. In den nächsten vier Jahren sollen sich die Gesamtbelastungen für den Bundeshaushalt auf insgesamt 25 Mrd € belaufen. Einschließlich der Steuerausfälle bei Ländern und Gemeinden wird das Volumen auf 37 Mrd € beziffert. Insgesamt ergibt sich auf Grund des angekündigten Maßnahmenpakets 2006 eine leichte Belastung des Staatshaushalts, während für 2007 vor allem auf Grund der Umsatzsteuererhöhung ein deutlicher struktureller Konsolidierungsbeitrag zu erwarten ist. Außerdem wird eine Reform des Föderalismus angekündigt, deren bereits konkretisierter erster Teil sich weitgehend an

den Zwischenergebnissen der Ende 2004 gescheiterten Föderalismuskommission orientiert. Der zweite Teil mit einer Reform der Finanzbeziehungen soll im weiteren Verlauf der Legislaturperiode ausgearbeitet werden. Schließlich sollen eine Gesundheitsreform, eine Unternehmenssteuerreform sowie die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters im Laufe der neuen Legislaturperiode beschlossen und die zahlreichen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf den Prüfstand gestellt werden.

25. November 2005

Die Slowakei tritt dem Wechselkursmechanismus II bei. Für die slowakische Krone gilt eine Standardschwankungsbreite von $\pm 15\%$ bezogen auf den mit Wirkung vom 28. November 2005 festgelegten Leitkurs.

1. Dezember 2005

Der EZB-Rat erhöht den Mindestbietungssatz für die ab dem 6. Dezember 2005 abzuwickelnden Hauptrefinanzierungsgeschäfte um einen viertel Prozentpunkt auf 2,25 %. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität beziehungsweise für die Einlagefazilität wird mit Wirkung vom 6. Dezember 2005 ebenfalls um einen viertel Prozent-

Chronik der Wirtschafts- und Währungs- politik

(Fortsetzung)

punkt auf 3,25 % beziehungsweise 1,25 % angehoben.

16. Dezember 2005

Der EZB-Rat beschließt, den Zuteilungsbetrag für alle im Jahr 2006 durchzuführenden längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) von 30 Mrd € auf 40 Mrd € zu erhöhen. Damit wird dem steigenden Liquiditätsbedarf des europäischen Bankensystems Rechnung getragen und der strukturelle Anteil der LRGs am Refinanzierungsvolumen der MFIs leicht erhöht. Den Großteil der Liquidität wird das Eurosystem allerdings weiterhin über seine Hauptrefinanzierungsgeschäfte bereitstellen.

17. Dezember 2005

Der Europäische Rat verständigt sich auf die Finanzielle Vorausschau der Europäischen Union für die Jahre 2007 bis 2013. Die Ausgaben des EU-Haushalts bleiben danach im Durchschnitt knapp unter 1 % des Bruttonationaleinkommens aller EU-Mitgliedstaaten. Eine umfassende Reform der Ausgabenseite erfolgt nicht. Der ursprüngliche Vorschlag der Europäischen Kommission sah noch einen Anstieg der Quote auf 1,14 % vor.

21. Dezember 2005

Der Bundesrat stimmt der Abschaffung der Eigen-

heimzulage, dem Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen sowie dem Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm zu, mit dem insbesondere die Steuerfreiheit für Abfindungen und der Sonderausgabenabzug für private Steuerberaterkosten abgeschafft werden.

22. Dezember 2005

Die Bundesbank begrüßt in einer Pressemitteilung die Nominierung ihres Vizepräsidenten Prof. Dr. Jürgen Stark für das Direktorium der Europäischen Zentralbank durch die Bundesregierung.

1. Januar 2006

Verschiedene wirtschafts- und finanzpolitische Neuregelungen treten in Kraft: Neben einigen Bestimmungen der am 21. Dezember im Bundesrat verabschiedeten Gesetze gelten für die meisten Arbeitgeber frühere Abführungstermine für die Sozialbeiträge. Außerdem wird die Regelung, nach der Personen, die mindestens 58 Jahre alt sind, Lohnersatzleistungen beziehen können, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, nochmals bis Ende 2007 verlängert.

18. Januar 2006

Das Europäische Parlament weist den Beschluss des Rates zur Finanziellen Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 zurück. Eine Einigung wird nun bis Mai 2006 erwartet.

25. Januar 2006

Die Bundesregierung erwartet in ihrem Jahreswirtschaftsbericht für 2006 ein Wachstum des realen BIP von 1,4 % nach 0,9 % im zurückliegenden Jahr. Insbesondere die Inlandsnachfrage soll zunehmen, wobei stärkere Impulse von den Ausrüstungsinvestitionen und ein Ende der Talfahrt im Baugewerbe angenommen werden. Angesichts der günstigeren konjunkturellen Entwicklung wird mit einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation gerechnet. Der im Jahresdurchschnitt erwartete Abbau der Arbeitslosigkeit um rund 350 000 Personen ist aber etwa zur Hälfte auf die Besserung im Jahresverlauf 2005 zurückzuführen. Die Erwerbstätigkeit könnte sich im Jahresverlauf etwas beleben.

16. Februar 2006

Nach einem einvernehmlichen Beschluss des Finanzplanungsrates streben Bund, Länder und Gemeinden an, ihren Ausgabenzuwachs 2007 bis 2009 auf jahresdurch-

schnittlich 1 % zu begrenzen. Über die Notwendigkeit einer Anhebung des Umsatzsteuereinsatzes um drei Prozentpunkte ab 2007 besteht weitgehend Einigkeit.

22. Februar 2006

Das Bundeskabinett verabschiedet den Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und beschließt die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2005 bis 2009. Die Nettokreditaufnahme 2006 soll mit 38 ½ Mrd € die Summe der investiven Ausgaben um 15 Mrd € übertreffen. Zur Begründung wird auf die Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verwiesen. In den Folgejahren soll die Grenze des Artikel 115 GG wieder eingehalten werden. Neben Steuererhöhungen soll dazu offenbar auch die Verwertung von Bundesvermögen – dessen Einsatz ursprünglich im Jahr 2006 eingeplant war – in erheblichem Maße beitragen. Außerdem wird das aktualisierte Stabilitätsprogramm verabschiedet. Danach soll im laufenden Jahr die Defizitquote auf dem Vorjahrswert von 3,3 % gehalten werden. Für 2007 wird die Einhaltung des Referenzwertes von 3 % durch eine deutliche Rückführung auf 2 ½ % in Aussicht gestellt. Weitere Abnahmen um jeweils einen halben Prozentpunkt sind für die Jahre 2008

und 2009 vorgesehen. Die Schuldenquote soll 2006 weiter bis auf 69 % ansteigen und danach leicht zurückgehen.

2. März 2006

Der EZB-Rat erhöht den Mindestbietungssatz für die ab dem 8. März abzuwickelnden Hauptrefinanzierungsgeschäfte um einen viertel Prozentpunkt auf 2,50 %. Die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität werden ebenfalls mit Wirkung vom 8. März 2006 um einen viertel Prozentpunkt auf 3,50 % beziehungsweise 1,50 % angehoben.

14. März 2006

Der Ecofin-Rat beschließt das Defizitverfahren gegen Deutschland zu verschärfen und Deutschland nach Artikel 104 (9) des EG-Vertrages in Verzug zu setzen.

21. März 2006

Die Gewinnausschüttung der Bundesbank an den Bund erfolgt in Höhe von 2 860 Mio €.

V. Europäische und internationale Zusammenarbeit

1. Fortschreitende monetäre Integration in Europa bei verschlechterten Rahmenbedingungen

a) Weitere Beitritte zum Wechselkursmechanismus

*WKM II um
Lettland, Malta,
Zypern und die
Slowakei
erweitert*

Nachdem die neuen EU-Mitgliedstaaten Estland, Litauen und Slowenien sich bereits 2004 dem europäischen Wechselkursmechanismus (WKM II) angeschlossen hatten, folgten im Jahr 2005 die Beitritte Lettlands, Maltas und Zyperns im Mai sowie der Slowakei im November. Für alle seit 2004 beigetretenen Länder gilt die Standardschwankungsbreite von $\pm 15\%$, wobei einige Länder unilateral eine Politik verfolgen, den Wechselkurs ihrer Währung nur minimal oder gar nicht schwanken zu lassen. Alle vier 2005 im WKM II hinzugekommenen Länder sind bei ihrer Aufnahme – wie es schon bei den vorher beigetretenen Ländern der Fall war – wirtschaftspolitische Selbstverpflichtungen eingegangen, fortbestehende binnen- oder außenwirtschaftliche Probleme rasch zu entschärfen, um die Glaubwürdigkeit ihrer Festkurspolitik zu stärken und damit auch den Wechselkursmechanismus als Ganzem vor Erschütterungen zu bewahren.

*Baldige
Erweiterung des
Euro-Raums
nicht
ausgeschlossen*

Die neuen EU-Mitgliedstaaten sind nach dem EG-Vertrag verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald sie die vertraglichen Konvergenzkriterien erfüllen. Zu den Voraussetzungen gehört unter anderem eine mindestens zweijährige spannungsfreie Mitgliedschaft im WKM II. Insbesondere darf die eigene Währung nicht unter wesentlichen Abwertungsdruck geraten oder abgewertet worden sein. Eine baldige Erweiterung des Euro-Raums um schon 2004 dem WKM II beigetretene Länder wäre daher möglich. Die europäischen Entscheidungsgremien sollten dabei keinerlei Abstriche hinsichtlich der Erfüllung aller vertraglichen Konvergenzkriterien zulassen. Es liegt im Interesse der Mitglieder des Euro-Raums, das gemeinsame Währungsgebiet nur um solche Länder zu erweitern, bei denen mit einiger Sicherheit vermutet werden kann, dass sie eine nachhaltige Stabilitätspolitik verfolgen und den Wechselkurs ihrer Währung gegenüber dem Euro auf einem angemessenen Niveau fixiert haben. Ungewöhnlich hohe Leistungsbilanzdefizite müssen in diesem Zusammenhang – wie im Vertrag vorgesehen – kritisch betrachtet werden, da sie Anhaltspunkte für eine Überbewertung der Währung liefern könnten. Slowenien hat Anfang März 2006 die vertragliche Option genutzt, Kommission und EZB um die rasche Vorlage von Konvergenzberichten in der Erwartung zu ersuchen, der Währungsunion möglichst schnell beitreten zu

können. Die Veröffentlichung dieser Berichte wird im Mai 2006 erfolgen. Die regulären, im zweijährigen Rhythmus fälligen Konvergenzberichte, die für alle übrigen noch nicht dem Euro-Raum angehörenden EU-Länder (mit Ausnahme Dänemarks und Großbritanniens) anzufertigen sind, sollen im Herbst 2006 vorgelegt werden.

b) Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Im Lichte erheblicher Haushaltsprobleme mehrerer und nicht zuletzt der großen Mitgliedsländer hatten die Staats- und Regierungschefs der EU im März 2005 einen Bericht des Ecofin-Rats gebilligt, der weitreichende Änderungen an den bisher geltenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) vorsah. Die Ratsverordnungen mit den politisch gewünschten Lockerungen wurden vom Ecofin-Rat im Juni 2005 endgültig gebilligt und traten mit ihrer anschließenden Veröffentlichung in Kraft.¹⁾ Die erste Bewährungsprobe des Pakts führte somit zu einer Anpassung der Regeln an die hinter den Erwartungen zurückgebliebene Haushaltspolitik. Die Bundesbank hatte sich gegen diese Aufweichung der fiskalpolitischen Regeln ausgesprochen.

*Aufweichung
der fiskal-
politischen
Regeln*

Die wichtigsten Änderungen im Rahmen der laufenden Haushaltsüberwachung (präventiver Teil des SWP) betreffen das so genannte mittelfristige Haushaltsziel. Hier wurde die bisher für alle EU-Mitgliedstaaten einheitliche Verpflichtung, einen annähernd ausgeglichenen Haushalt oder Haushaltsüberschüsse anzustreben, zu Gunsten länderspezifischer Zielsetzungen aufgegeben. Ländern, die dem Euro-Raum oder WKM II angehören und ein relativ hohes Wirtschaftswachstum sowie niedrige Schuldenquoten aufweisen, ist es nunmehr gestattet, strukturelle Haushaltsdefizite von bis zu 1 % des BIP hinzunehmen.²⁾ Bei der Berechnung dieser Ziele bleiben neben den konjunkturellen Effekten auch Konsolidierungsschritte, die auf Einmalmaßnahmen beruhen, außer Betracht. Sofern Zielvorgaben verfehlt werden, sind strukturelle Korrekturen um jährlich mindestens 0,5 % des BIP vorzunehmen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf die Konsolidierung allerdings geringer ausfallen, während bei günstiger Wirtschaftsentwicklung größere Anstrengungen unternommen werden sollen. Im Falle von Strukturreformen, die mit vorübergehenden Budgetbelastungen einhergehen, aber längerfristige Entlastungen der öffentlichen Finanzen versprechen (genannt wird hier die Umstellung der Altersvorsorge auf stärker kapitalgestützte Systeme

*Präventiver Teil
durch länder-
spezifische Ziele
geschwächt*

1 Die zum SWP gehörenden Ratsverordnungen (1466/97 und 1467/97) wurden zu diesem Zweck durch zwei weitere Ratsverordnungen (1055/05 beziehungsweise 1056/05) modifiziert.

2 EU-Länder, die nicht dem Euro-Raum oder WKM II angehören, sind aus den Zielvorgaben ganz herausgefallen.

me), sind zusätzliche Abweichungen vom mittelfristigen Haushaltsziel als auch vom normalerweise vorgeschriebenen Anpassungstempo möglich.

*Größere
Nachsicht bei
Überschreitung
des Referenz-
wertes für das
Haushaltsdefizit*

Nach den früheren Bestimmungen konnte eine Überschreitung des Referenzwertes für das Haushaltsdefizit nur mit einer deutlich negativen Wirtschaftsentwicklung gerechtfertigt werden (Rückgang des jährlichen BIP um mindestens 2 %; Entscheidungsspielraum bestand ab einem Rückgang des BIP um 0,75 %). Unter dem reformierten SWP können nun bereits jede Abnahme des jährlichen BIP und bei niedrigen Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum hinweg auch die Unterauslastung des Produktionspotenzials als Ausnahmesituation geltend gemacht werden. Darüber hinaus können jetzt als sonstige Faktoren, die nach dem EG-Vertrag bei der Defizitbewertung entlastend heranzuziehen sind, unter anderem die mittelfristige Wirtschafts- und Haushaltssituation, die Höhe der staatlichen Investitionen sowie Belastungen aus Finanzbeiträgen zu Gunsten der internationalen Solidarität und des europäischen Haushalts berücksichtigt werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass das Haushaltsdefizit nahe am Referenzwert bleibt und diesen voraussichtlich nur vorübergehend überschreitet. Als Konsequenz dieser größeren Nachsicht bei der Überschreitung des Referenzwertes könnten Kommission und Rat dahin tendieren, nur noch in seltenen Fällen ein übermäßiges Defizit festzustellen und damit ein auf finanzpolitische Korrekturen ausgerichtetes Defizitverfahren in Gang zu setzen. Überdies kann der Zeitraum für geforderte Defizitkorrekturen, die bisher im Folgejahr nach Feststellung einer Regelverletzung erfolgen mussten, unter besonderen Umständen ausgedehnt werden. Nicht zuletzt wurde die maximale Frist, ehe nach Feststellung eines übermäßigen Defizites unter normalen Umständen Sanktionen verhängt werden können, von zehn auf 16 Monate verlängert. Tritt bei einem übermäßigen Defizit während des laufenden Verfahrens eine unerwartet nachteilige Wirtschaftsentwicklung ein, kann das ganze Verfahren wiederholt werden (sog. Verfahrensschleife). Dadurch können sowohl der Anpassungsprozess als auch der frühestmögliche Zeitpunkt für Sanktionen entsprechend hinausgeschoben werden.

*Mehr Selbst-
disziplin aller
Beteiligten
erforderlich*

Die Bundesbank hat das Reformpaket als eine wesentliche Schwächung des SWP und damit als eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die europäische Geldpolitik gewertet.¹⁾ Der Pakt ist ein intransparentes und kompliziertes Regelwerk geworden. Besondere Sorge bereitet außerdem, dass die

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Stabilitäts- und Wachstumspakt entscheidend geschwächt, Pressemitteilung vom 21. März 2005; Die Änderungen am Stabilitäts- und Wachstumspakt, Monatsbericht, April 2005. Der Aufsatz im Monatsbericht enthält auch eine Synopse der früheren und neuen Regelungen des SWP.

Obergrenze für die jährliche Neuverschuldung von 3 % des BIP aufgeweicht wurde. Das Grundanliegen des SWP, gesunde Staatsfinanzen zu gewährleisten, erfordert daher ein höheres Maß an Selbstdisziplin aller Beteiligten. Mitgliedstaaten, Kommission und Rat müssen mit den größeren Handlungsspielräumen äußerst verantwortungsbewusst umgehen. Verstöße gegen die geänderten Regeln könnten verbliebenes Vertrauen in den Pakt unwiederbringlich zerstören. Ein Hauptpfeiler der Währungsunion würde damit wegbrechen.

Die strikte Auslegung der neuen Regeln ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der unsoliden Lage der öffentlichen Finanzen vieler Mitgliedstaaten erforderlich. Unter den Ländern des Euro-Raums hatten Deutschland, Frankreich und Griechenland im Jahr 2005 weiterhin ein übermäßiges Defizit. Dabei wurde das Verfahren gegen Griechenland im Februar 2005 wegen Nichterfüllung empfohlener Korrekturmaßnahmen so verschärft, dass bei fortgesetzten Verstößen Sanktionen beschlossen werden müssten. Mitte März 2006 wurde auch Deutschland in diesem Sinne in Verzug gesetzt. Zudem eröffnete die Kommission im vergangenen Jahr Anpassungsverfahren wegen Verletzung des Referenzwertes gegenüber den EWU-Ländern Italien und Portugal. Von den sonstigen EU-Ländern, die keinen Sanktionsmöglichkeiten unterliegen, wiesen im Jahr 2005 Großbritannien, Malta, Polen, die Slowakei, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern ebenfalls erhebliche Haushaltsprobleme auf. Angesichts der sich in allen EU-Ländern abzeichnenden demographischen Entwicklungen, die auch zunehmende Haushaltsbelastungen mit sich bringen werden, besteht umso größerer Konsolidierungsbedarf.

*Strikte
Auslegung der
neuen Regeln
auch wegen
hohem Konsoli-
dierungsbedarf
erforderlich*

c) Neuausrichtung der Lissabon-Strategie nach enttäuschender Halbzeitbewertung

Auf seiner Frühjahrstagung vom März 2000 in Lissabon hatte der Europäische Rat (ER) für den wirtschaftlichen Fortschritt in den EU-Ländern ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Die Union sollte binnen eines Jahrzehnts zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Die Halbzeitprüfung der zu Grunde liegenden Lissabon-Agenda zeigte allerdings, dass die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der erforderlichen strukturellen Reformen nicht genügend vorangekommen sind. Der ER beschloss daher im März 2005, durch nationale Aktionspläne die Förderung von Wachstum und Beschäftigung gezielter anzugehen. Um zu unterstreichen, dass der Reformfortschritt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleibt, verzichtete der ER bei der Modifizierung der Lissabon-Strategie auf länderspezifische Empfehlungen. Die EU-Länder sind seit 2005 jedoch gehalten, jährlich im Oktober auf der Grundlage so genannter

*Nationale
Aktionspläne zur
Förderung von
Wachstum und
Beschäftigung*

„Integrierter Leitlinien“, die die bisherigen Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungspolitischen Leitlinien zusammenfassen, ihre jeweiligen Reformprogramme und die inzwischen unternommenen Schritte darzulegen. Die Kommission hat die Umsetzung der nationalen Reformvorhaben jeweils zu Beginn des Folgejahres zu bewerten. Ihre Empfehlungen werden sich in einer vom ER zu billigenden Aktualisierung der Integrierten Leitlinien niederschlagen.

*Kommission
fordert stärkere
Haushalts-
konsolidierung*

In ihrem ersten Bewertungsbericht vom Januar 2006 stellte die Kommission fest, dass die neuartigen nationalen Reformprogramme eine gute Basis für den Erfolg der modifizierten Lissabon-Strategie darstellen. Sie kritisierte allerdings, dass die meisten Länder bislang unzureichend auf die bevorstehenden budgetären Belastungen aus dem Alterungsprozess ihrer Bevölkerung reagiert hätten. Darüber hinaus solle der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch mikroökonomische Reformen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Außerdem empfiehlt die Kommission, in der Gesellschaft mehr für Verständnis zu werben, dass eine höhere Arbeitsmarktflexibilität unumgänglich ist.

d) Europäische Verfassung vorerst nicht durchsetzbar

*Ratifizierung
bislang in
14 Ländern*

Der im Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs der EU-Länder unterzeichnete Vertrag über eine Verfassung für Europa (Europäische Verfassung) muss von allen 25 Mitgliedstaaten gemäß ihrer innerstaatlichen Vorschriften ratifiziert werden, um rechtsgültig zu werden. Bisher erfolgte dies in 14 Ländern einschließlich Deutschland.¹⁾ Die Bevölkerungen in Frankreich und in den Niederlanden haben die Europäische Verfassung jedoch in Referenden abgelehnt. Die Verfassung kann damit nicht wie ursprünglich vorgesehen zum 1. November 2006 in Kraft treten.

*Sicherung der
Währungsunion
erfordert
weitere
politische Inte-
gration*

Der ER beschloss im Juni 2005, den Ratifizierungsprozess trotz der negativen Voten in Frankreich und in den Niederlanden fortzusetzen. Anschließend kündigten einige Mitgliedstaaten jedoch an, ihr Referendum beziehungsweise die parlamentarische Entscheidung zu verschieben oder den Ratifizierungsprozess sogar für unbestimmte Zeit auszusetzen. Es ist gegenwärtig nicht absehbar, ob und gegebenenfalls wann und in welcher Form das mit der Verfassung verfolgte Anliegen durchsetzbar sein könnte. Die mit dem Stillstand in der Verfassungsfrage ein-

¹ In Deutschland wurde der parlamentarische Ratifizierungsprozess durch Zustimmung des Bundestages und Bundesrates vom 12. Mai 2005 bzw. 27. Mai 2005 abgeschlossen. Der Bundespräsident hat jedoch das Zustimmungsgesetz zum Verfassungsvertrag noch nicht unterzeichnet, da eine Klage beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist.

getretenen Stockungen im politischen Integrationsprozess können wohl zu einem wesentlichen Teil auf eine ungenügende Beachtung des Bürgerwillens bei der Weiterentwicklung Europas zurückgeführt werden. Sowohl die Frage nach den Grenzen der Union als auch die nach Stoßrichtung und Tempo der weiteren wirtschaftlichen Integration erscheinen von entscheidender Bedeutung, wenn es um die dauerhafte politische Absicherung der Europäischen Währungsunion geht.

2. Fragen des internationalen Währungs- und Finanzsystems

a) Überwachung der Wechselkurspolitik verbesserungsbedürftig

Die im Jahr 2005 nochmals stark gestiegenen Energiepreise trugen zu einer weiteren Polarisierung im Leistungsbilanzgefüge der Welt bei. Das US-Defizit vergrößerte sich auf rund 800 Mrd US-\$ oder 6 ½ % des BIP. Wichtige Gegenposten waren die Leistungsbilanzüberschüsse Japans, Chinas und anderer asiatischer Länder sowie die laufenden Deviseneinnahmen der Ölexporteure. Auch eine Reihe europäischer Länder, darunter Deutschland, die Schweiz und skandinavische Volkswirtschaften, wiesen im vergangenen Jahr hohe Aktivsalden auf, doch hing dies zum Teil mit erheblichen Passivsalden anderer europäischer Staaten zusammen. So war die Leistungsbilanz des Euro-Raums praktisch im Gleichgewicht. Neben dem privaten Kapitalverkehr sorgten abermals hohe offizielle Dollar-Ankäufe für die Finanzierung des US-Defizits. Dies ist aus den verfügbaren Statistiken allerdings nicht vollständig erkennbar. Denn hinter dem in der amerikanischen Zahlungsbilanz als Zufluss privater Auslandsgelder verbuchten Kapitalimport verbergen sich häufig Forderungen offizieller Stellen, da Währungsreserven in bedeutendem Umfang an den internationalen Finanzmärkten angelegt werden und insofern auch auf Umwegen (Zwischenschaltung von Finanzinstituten) zur Finanzierung der US-Leistungsbilanzdefizite beitragen. Außerdem treten in den Überschussländern offizielle Guthaben nicht immer ausschließlich als Währungsreserven in Erscheinung. Insbesondere eine Reihe Öl exportierender Länder hält einen beträchtlichen Teil der zufließenden Deviseneinnahmen in speziellen offiziellen Fonds. Demgegenüber weist China aber tatsächlich hohe Zuwächse an Währungsreserven aus. Bei stark gestiegenen Devisenzuflüssen aus dem Leistungsverkehr und aus zusätzlichen Netto-Kapitalimporten dienten chinesische Interventionen dazu, den Wechselkurs des Renminbi zur Unterstützung des wesentlich vom Export getriebenen Wirtschaftswachstums niedrig zu halten. Die Devisenreserven Chinas befanden sich Ende 2005 mit fast 820 Mrd US-\$ auf extrem hohem Niveau. Da sie seither weiter zugenommen haben, übertreffen sie inzwischen den

*Weitere
Polarisierung
im Leistungs-
bilanzgefüge*

Entwicklung der Devisenreserven
ausgewählter Länder und Ländergruppen

Tabelle 9

Land/Ländergruppe 1)	Bestände am Jahresende 2)		Veränderung gegenüber Vorjahr 3)					
	1998	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005
	Mrd US-\$					in %		
Japan	203,2	828,8	201,3	171,5	4,5	44,6	26,3	0,6
Asiatische Entwicklungsländer 4)	575,3	1 860,1	270,9	365,7	255,4	28,0	29,5	15,9
darunter:								
China 5)	145,0	818,9	116,8	206,7	208,9	40,8	51,3	34,3
Hongkong	89,6	124,2	6,5	5,2	0,7	5,8	4,4	0,6
Indien	27,0	131,0	30,6	27,5	5,9	45,7	28,2	4,7
Indonesien	22,4	32,8	4,0	0,0	- 1,9	13,0	- 0,1	- 5,6
Malaysia	24,7	70,4	10,2	21,9	5,0	30,6	50,5	7,7
Philippinen	9,1	15,8	0,3	- 0,5	2,8	2,4	- 4,0	21,7
Singapur	74,4	115,3	13,6	16,5	3,8	16,7	17,4	3,4
Südkorea	52,0	210,0	33,7	43,7	11,8	27,9	28,3	6,0
Taiwan	90,3	253,3	45,0	35,1	11,6	27,8	17,0	4,8
Thailand	28,4	50,5	2,9	7,5	2,0	7,7	18,4	4,1
Asien insgesamt	778,5	2 688,9	472,3	537,2	260,0	33,3	28,4	10,7
Industrieländer ohne Japan	467,4	463,4	17,2	24,1	- 26,9	3,8	5,2	- 5,5
darunter:								
USA	36,0	37,8	5,9	3,0	- 4,9	17,5	7,5	- 11,4
Euro-Raum 6)	284,4	167,3	- 27,8	- 7,3	- 13,4	- 12,9	- 3,9	- 7,4
Übrige Entwicklungsländer	398,0	1 018,6	130,5	159,1	188,8	24,2	23,7	22,7
Afrika	40,7	159,4	18,7	35,8	33,1	26,1	39,5	26,2
Europa 7)	101,0	423,2	63,1	80,3	94,2	34,0	32,3	28,6
Lateinamerika und Karibik	158,4	248,1	33,2	25,1	32,0	21,1	13,2	14,8
Nahe Osten 8)	97,9	187,8	15,5	17,9	29,5	12,4	12,8	18,6
Nachrichtlich:								
Öl exportierende Länder	95,1	255,9	27,1	38,6	50,2	19,4	23,1	24,4
Alle Länder	1 643,9	4 170,9	620,0	720,3	421,8	25,7	23,8	11,3

Quelle: IWF. — 1 Abgrenzung nach Industrie- und Entwicklungsländern gemäß International Financial Statistics des IWF. — 2 Zu laufenden Wechselkursen gerechnet. — 3 Einschl. wechsellkursbedingter Veränderungen. — 4 Ohne Nahe Osten. — 5 In den Jahren 2003 und 2005 war der Devisenankauf noch höher als ausgewiesen, da Währungsreserven in Höhe von 45 Mrd US-\$ bzw. 15 Mrd US-\$ zur Rekapitalisierung von Staatsbanken verwendet wurden. — 6 Umfasst für den Bestand vor Beginn der Währungsunion (Ende 1998) die Devisenreserven aller heutigen Mitgliedstaaten. — 7 Einschl. Türkei und Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion. — 8 Ägypten, Bahrain, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Oman, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate.

Deutsche Bundesbank

japanischen Bestand, der sich Ende vergangenen Jahres auf knapp 830 Mrd US-\$ belief. Japan war bislang der bedeutendste Halter von Devisenreserven, hat aber seit März 2004 nicht mehr am Devisenmarkt interveniert.

Vereinbarte
Gegenstrategie
umfasst auch
Wechselkurs-
korrekturen

Die anhaltend hohen Leistungsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten könnten das bisherige Vertrauen in die relative Wechselkursstabilität des US-Dollar spürbar beeinträchtigen. Je schneller und stärker der US-Dollar in diesem Fall unter Abwärtsdruck geriete – möglicherweise begleitet von deutlich höheren US-Kapitalzinsen – desto mehr wäre auch die Weltwirtschaft hiervon betroffen. Um derartige Risiken eines allein von den Märkten getriebenen Anpassungsprozesses zu vermindern,

wurde im Jahr 2004 im Rahmen des IWF – angestoßen von Initiativen der Siebenergruppe – eine Strategie vereinbart, die allen Beteiligten entscheidende wirtschaftspolitische Aufgaben zuweist, um einen geordneten Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte einzuleiten und dann voranzutreiben. Hierzu gehören insbesondere die Verringerung der Haushaltsdefizite in den USA, die strukturelle Stärkung der Wachstumskräfte in Europa und Japan (was in den großen europäischen Ländern und Japan ebenfalls die dringliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erfordert) sowie die Aufwertung der Währungen solcher Schwellenländer, die den Außenwert ihrer Währung künstlich niedrig halten. Dabei richteten sich die wechselkurspolitischen Empfehlungen hauptsächlich an China. Dieses umfassende Konzept mit verteilten Verantwortlichkeiten darf jedoch nicht als ein Paket missverstanden werden, dessen Elemente sich gegenseitig bedingen. Die einzelnen Empfehlungen stehen vielmehr für sich selbst. Sie sollten jeweils so rasch wie möglich im eigenen wie auch im globalen Interesse verwirklicht werden.

Unter dem Aspekt der Effizienz des internationalen Währungs- und Finanzsystems, das dem Welthandel und dem Kapitalverkehr eine gute Grundlage geben und notwendige Anpassungsprozesse fördern soll, verdient die chinesische Wechselkurspolitik angesichts der großen internationalen Bedeutung des Landes zurecht besondere Aufmerksamkeit. So zeigen die anhaltend hohen Devisenzuflüsse Chinas erheblichen Aufwertungsbedarf des Renminbi an. Wie schon erwähnt, kann diese Konsequenz auch nicht mit Hinweisen auf eventuell unzureichende Anpassungs- oder Reformfortschritte der Partnerländer entkräftet werden. In einem funktionsgerechten Währungssystem hätten die Wechselkurse gerade auf solche Mängel zu reagieren. Die chinesischen Schritte in der Wechselkurspolitik blieben jedoch hinter den Erwartungen zurück. Die seit Juli 2005 vorgenommenen Modifizierungen des Wechselkursregimes führten bislang nur zu einer geringen gewogenen Aufwertung des Renminbi.¹⁾ Die Finanz-

*G7 fordern
wirksamere
Überwachungs-
rolle des IWF*

¹ Nachdem die chinesischen Behörden den Wechselkurs des Renminbi gegenüber dem US-Dollar seit 1995 auf unverändertem Niveau de facto fixiert hatten, werteten sie ihre Währung zunächst gegenüber dem US-Dollar mit Wirkung vom 21. Juli 2005 um 2,1% auf. Dementsprechend stieg der Renminbi auch gegenüber allen übrigen Währungen. Von diesem etwas erhöhten Kursniveau aus wurde im gleichen Zug ein neues Regime beweglicher, aber weiterhin strikt gesteuerter Kurse eingeführt. Im Rahmen des neuen Systems darf sich der Kurs des US-Dollar gegenüber dem Renminbi von einem Handelstag zum anderen – gemessen am amtlich festgestellten Eröffnungskurs – um höchstens 0,3% verändern. Für alle übrigen Währungen wurde die maximale tägliche Veränderung auf zunächst 1,5%, ab 23. September auf 3% festgelegt. Bis Februar 2006 (Monatsdurchschnitt) hatte sich der Renminbi gegenüber dem US-Dollar seit Beginn des neuen Regimes jedoch gerade einmal um 0,7% verteuert. Die Aufwertungen gegenüber Euro und Yen blieben mit 2,6% bzw. 7,7% ebenfalls relativ niedrig. Der nominale gewogene Außenwert des Renminbi stieg nach Berechnung des IWF seit Juni 2005 um 4,7%, was zum Teil auf Abwertungen verschiedener Währungen gegenüber dem US-Dollar und damit ebenso gegenüber der chinesischen Währung beruhte. Die offizielle Qualifizierung des gegenwärtigen Systems lautet: „Managed floating exchange rate regime based on market supply and demand with reference to a basket of currencies“. Wie dieses System gehandhabt wird, ist jedoch nicht transparent.

minister und Zentralbankpräsidenten der G7-Länder forderten den IWF deshalb im Dezember 2005 auf, seine zentrale Überwachungsaufgabe wirksamer wahrzunehmen, einschließlich der Überwachung der Wechselkurspolitik. Welche praktischen Schritte in dieser Hinsicht unternommen werden könnten, wird im Rahmen der anhängigen Diskussion über eine Reform der Aufgaben der Bretton-Woods-Institutionen zu prüfen sein.

b) Rückläufiges Kreditengagement des IWF könnte kritische Überprüfung seiner Finanzierungsrolle erleichtern

Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF wieder auf Niveau von Ende 1994 gesunken

Wie schon im Jahr 2004 haben die Mitgliedsländer des IWF auch 2005 ihre Verschuldung beim Fonds insgesamt gesehen kräftig zurückgeführt. Das Kreditengagement des IWF verringerte sich im vergangenen Jahr um 27,4 Mrd SZR auf nur noch 34,7 Mrd SZR (49,7 Mrd US-\$). Dazu trug wesentlich bei, dass Brasilien im Dezember 2005 seine gesamten Verbindlichkeiten von 10,8 Mrd SZR vorzeitig tilgte. Die ausstehenden Kredite des IWF waren damit fast auf den Stand von Ende 1994 (30,3 Mrd SZR) gefallen, also auf das Niveau vor Beginn einer Phase, in der es auf Grund einer Reihe von Kapitalbilanzkrisen zu hohen Netto-Ausleihungen gekommen war, die das Gesamtengagement des IWF bis 2003 auf den bisherigen Höchststand (71,9 Mrd SZR) getrieben hatten. Im Januar 2006 wurde die rückläufige Inanspruchnahme des IWF weiter akzentuiert, indem auch Argentinien seine Gesamtverschuldung gegenüber dem IWF in Höhe von 6,7 Mrd SZR tilgte – wie im Falle Brasiliens unter Rückgriff auf Währungsreserven. Die Bundesbank begrüßt die mit dieser Entwicklung verbundene Verringerung der finanziellen Risiken des IWF.

Rückläufiger Finanzierungsbedarf sollte bessere Beachtung der Zugangsregeln erleichtern

Diese neue Situation, die auch grundlegende Verbesserungen in der Wirtschaftspolitik vieler Schwellenländer widerspiegelt, sollte es erleichtern, die vereinbarten Regeln für den Zugang zu hohen IWF-Krediten künftig besser einzuhalten. Denn seit Mitte der neunziger Jahre sah sich der IWF angesichts einer Vielzahl von Verschuldungskrisen häufig genötigt, seine Regeln für die Gewährung hoher Kredite großzügig auszulegen. Demgegenüber ist zu unterstreichen, dass der IWF nur bei strikter Anwendung des bestehenden Regelwerks seine Glaubwürdigkeit, auch „nein“ sagen zu können, erhalten und damit einer übermäßigen Risikofreude der Kreditnehmer und Kreditgeber im Vertrauen darauf, dass der öffentliche Sektor im Krisenfall einspringen wird, entgegenwirken kann. Wie bei jeder Kredithilfe ist es erst recht bei der Vergabe von Großkrediten wichtig, dass die Schuldentragfähigkeit des Kreditnehmers weitestgehend gesichert erscheint. So gilt es in Zukunft auch zu verhindern, dass – wie in jüngster

IWF-Kredite: Ziehungen, Tilgungen und ausstehende Beträge Tabelle 10

Mrd SZR					
Position	2001	2002	2003	2004	2005
Ziehungen	24,6	26,6	21,1	5,0	2,7
Kredittilgungen	14,1	16,0	19,7	14,8	30,1
Netto-Ziehungen	10,6	10,6	1,4	-9,8	-27,4
Ausstehende IWF-Kredite nach Komponenten und Regionen 1)					
Art der Kredite bzw. Fazilitäten					
Kredittranchen 2)	34,8	46,5	49,6	42,6	20,1
Erweiterte Fondsfazilität	15,0	14,6	13,9	11,7	7,9
Kompensationsfinanzierung 3)	0,8	0,6	0,2	0,1	0,1
PRGF 4)	6,5	6,9	6,9	6,8	6,3
Sonstige	2,8	2,0	1,3	0,9	0,4
Regionale Aufgliederung 5)					
Afrika	6,2	6,1	5,5	5,1	4,2
Amerika	19,0	28,2	32,1	27,9	9,2
Asien	12,4	10,3	9,9	8,6	7,5
Europa	21,6	25,2	23,8	19,8	13,2
Naher Osten	0,6	0,6	0,6	0,8	0,7
Insgesamt	59,9	70,5	71,9	62,1	34,7
darunter:					
Außergewöhnlicher Zugang 6)	14,1	24,4	28,7	21,5	8,4

Quelle: IWF sowie eigene Berechnungen. — 1 Stand am Jahresende. — 2 Einschl. ausstehender Kredite in der Fazilität zur Stärkung der Währungsreserven (SRF). — 3 Früher: Fazilität zur Kompensations- und Eventualfinanzierung. — 4 Poverty Reduction and Growth Facility (Armutreduzierungs- und Wachstumsfazilität). Umfasst auch die frühere Strukturanpassungsfazilität (SAF) sowie die durch die PRGF abgelöste erweiterte Strukturanpassungsfazilität (ESAF). Die Finanzierung erfolgt aus Sondervermögen des Fonds. — 5 Abgrenzung der Regionen nach den Definitionen des IWF; zu Europa zählen demnach auch die Türkei sowie die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. — 6 Überschreitung der Zugangsgrenze von 300 % der Quote.

Deutsche Bundesbank

Zeit im Falle Uruguays und der Türkei geschehen – anstehende Rückzahlungen an den IWF aus außergewöhnlich hohen Krediten zur Ursache neuer Zahlungsbilanzprobleme werden. Reagiert der Fonds hierauf wie in den erwähnten Problemfällen mit einer Verlängerung seiner Kredithilfe, so wird die vereinbarte Bedingung, IWF-Mittel nur bei Liquiditätsengpässen, nicht aber bei Solvenzproblemen bereitzustellen, praktisch ausgehebelt.

In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, dass im Rahmen der derzeit laufenden strategischen Überprüfung der Aufgaben des IWF – bei der die Gruppe der Zwanzig (G20) eine Führungsrolle übernommen hat – kontrovers darüber diskutiert wird, ob dem Fonds die Funktion einer ohne Weiteres verfügbaren Liquiditätsquelle (internationaler Risikoversicherer) übertragen werden sollte. Befürworter schlagen verbindlich zugesicherte und von der Quote des Schuldners unabhängige Kreditlinien vor, auf die im Krisenfall automatisch gezogen werden könnte. Aus Sicht der Bundesbank stünde ein solches Versicherungsangebot im Widerspruch zum Finanzierungsmechanismus des Fonds, der auf der Einlage von Währungsreserven der Mitgliedsländer zur Vergabe dringend benötigter kurzfristiger Zahlungsbilanzkredite zu gleichen (vom Länderisiko unabhängigen) finanziellen Konditionen beruht. Ohne eine risikoadäquate

*Angestrebte
Versicherungs-
rolle nicht
überzeugend
begründbar*

Differenzierung der Kreditkonditionen ließe sich jedoch die Nachfrage nach dieser Art von Versicherungsschutz nicht kontrollieren. Zusätzlich ergäbe sich eine Verschärfung des Problems fahrlässigen Verhaltens bei Schuldern und privaten Gläubigern („moral hazard“), wenn offizielle Finanzhilfe schon vor eventuellem Eintritt von Zahlungsbilanzproblemen ausdrücklich zugesagt würde. Die bestehende Flexibilität des IWF, im Krisenfall auch außergewöhnlich hohe Finanzhilfen bereitstellen zu können, sofern die vereinbarten Kriterien erfüllt werden, sollte deshalb seiner Rolle beim Krisenmanagement vollauf genügen. Nicht zuletzt würde mit einer Versicherungsrolle des IWF das bestehende Regelwerk für die Gewährung von Großkrediten nahezu bedeutungslos. Zudem ist auf die reichliche Liquidität an den internationalen Finanzmärkten hinzuweisen, die kreditwürdige Länder auch zum Aufbau eines Sicherheitspolsters in Form privater Eventualkreditlinien nutzen können. Angesichts der rückläufigen finanziellen Inanspruchnahme des Fonds können Befürchtungen, der IWF schein an Bedeutung für seine Mitgliedsländer zu verlieren, keine Rechtfertigung sein, um dem Fonds eine mandatsfremde oder mandatsausweitende und aus ordnungspolitischen Gründen problematische Versicherungsfunktion zu übertragen. Ebenso wenig können solche Initiativen damit begründet werden, dass sich aus dem niedrigeren Kreditvolumen Einnahmeverluste des Fonds und entsprechende Kostendeckungsprobleme ergeben.

*Schuldenerlass
durch
multilaterale
Institutionen
verpflichtet zu
Wachsamkeit
bei Kredithilfen*

Auch bei seinen normalen Kredithilfen für Entwicklungsländer muss der IWF mehr Wachsamkeit zeigen, um keine Verlustrisiken einzugehen. Die im Jahr 2005 auf Initiative der G8-Länder in Gang gebrachte Entschuldung hochverschuldeter armer Länder (HIPC) gegenüber multilateralen Institutionen bestätigt dies abermals. Die an dieser Aktion beteiligten Stellen – IWF, Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) und Afrikanischer Entwicklungsfonds – haben sich verständigt, auf ihre Forderungen vollständig zu verzichten, sobald die begünstigten Länder den so genannten „Vollendungszeitpunkt“ unter der HIPC-Initiative erreichen. Diese Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) geht weiter als die 1996 von IWF und Weltbank begründete und 1999 erweiterte HIPC-Initiative, die den armen Ländern ermöglichen sollte, ihren Schuldendienst auf ein tragfähiges Niveau zu begrenzen. Ziel der MDRI ist es, den begünstigten Ländern durch Entlastungen im Staatshaushalt zu helfen, die Millennium Development Goals zu verwirklichen. Der IWF hat bereits Ende 2005 für 19 berechnigte Länder einen Schuldenerlass gebilligt, wofür rund 3,3 Mrd US-\$ aufzuwenden sind. Etwa noch einmal so viele Länder können sich in den nächsten Jahren ebenfalls für einen Schuldenerlass qualifizieren, indem sie bestimmte wirtschaftspolitische Vorgaben erreichen. Hierzu müssen sie in der makroökonomi-

schen Entwicklung, bei der Armutsbekämpfung und bei der Haushaltsführung zufriedenstellende Ergebnisse vorweisen. Die Kosten des gesamten möglichen Schuldenerlasses werden für den IWF auf insgesamt 5 Mrd US-\$ geschätzt (Gegenwartswert im Jahr 2005), wobei einige Länder, deren Einbeziehung in die MDRI ungewiss ist, noch nicht berücksichtigt sind. Die Finanzierung der dem IWF entstehenden Verluste stützt sich teilweise auf angesammelte Gewinne, die der Fonds in den Jahren 1999 und 2000 bei Goldverkäufen erzielte. Hinzu kommen bilaterale Ausgleichszahlungen seiner Mitglieder, die entweder schon geleistet wurden (Subventionskonto des PRGF-Trust) oder noch zu leisten sind. Die G8-Länder haben in diesem Zusammenhang zugesagt, dafür einzustehen, dass der Schuldenerlass die finanzielle Integrität der drei betroffenen multilateralen Institutionen nicht beeinträchtigt. Die Bundesbank unterstützt diese Initiative unter der Bedingung, dass die wirtschaftspolitischen Vorgaben strikt eingehalten werden. Wichtig ist ferner, dass die Finanzierung wie vorgesehen ausschließlich durch Sondervermögen des Fonds und bilaterale Beiträge erfolgt. Abzulehnen wären ein Rückgriff auf die Risikovorsorge des IWF oder ein weiterer Einsatz seiner Goldreserven. Die Entschuldung sollte im Übrigen eine deutliche Rückführung der konzessionären Kreditvergabe des Fonds ermöglichen. Neue konzessionäre Kredite an vollständig entschuldete Länder sollten in Zukunft nur in Ausnahmefällen erforderlich sein. Dies würde auch dazu beitragen, auf mittlere Sicht eine bessere Arbeitsteilung zwischen IWF und Weltbank bei der Entwicklungshilfe zu erreichen.

Armen Entwicklungsländern bleibt der Fonds zunächst gleichwohl auch finanziell in besonderem Maße verpflichtet. In diesem Sinne hat der IWF im Dezember 2005 nicht zuletzt auf Grund der stark gestiegenen Energiepreise eine spezielle Fazilität zur Abfederung externer Schocks geschaffen. Diese Exogenous Shocks Facility (ESF) eröffnet bestimmten armen Ländern (mit grundsätzlichem Zugang zu PRGF-Hilfen) bei vorübergehenden und schockbedingten Zahlungsbilanzproblemen die rasche Bereitstellung konzessionärer Finanzhilfen. Als Voraussetzungen müssen ein Anpassungsprogramm vereinbart und Fortschritte bei der Armutsbekämpfung nachgewiesen werden. Die Kreditkonditionen entsprechen mit einem Zins von 0,5 % und einer Rückzahlungsfrist von zehn Jahren denen der PRGF. ESF-Programme sind mit einer Dauer von ein bis zwei Jahren aber kürzer als im Falle von PRGF-Hilfen. Die jährliche Kreditgewährung soll 25 % der Quote nicht übersteigen und kumulativ auf das Doppelte beschränkt bleiben. Die Mittel können größtenteils zu Programmbeginn ausgezahlt werden, um die Schockfolgen schnell zu mildern. Finanziert wird die ESF aus freiwilligen bilateralen Beiträgen potenter Mitgliedstaaten sowie aus Sondervermögen des

*Neue Fazilität
für arme Länder
zur Abfederung
externer
Schocks*

IWF. Die Bundesbank stimmte der Errichtung der ESF in der Erwartung zu, dass in wirtschaftlichen Ausnahmesituationen früher erreichte Stabilisierungsschritte dank solcher Unterstützung besser gesichert werden können.

Auch Sonderprogramme ohne Finanzhilfe zur Vertrauensstärkung möglich

Als Reaktion auf die zunehmende Anzahl von Entwicklungsländern, die keine IWF-Kredite mehr benötigen, hat der Fonds im Oktober 2005 außerdem ein sogenanntes „Policy Support Instrument“ geschaffen, das PRGF-Ländern, die bei der Armutsbekämpfung gut vorankommen, einen Rahmen bietet, um die eigene Wirtschaftspolitik möglichst zeitnah einer ständigen öffentlichen Begutachtung durch den IWF zu unterwerfen. Ein hierfür mit dem Fonds zu vereinbarendes Programm wäre trotz fehlender Finanzhilfe mit einer genau definierten Konditionalität unterlegt und soll im Regelfall einer halbjährlichen Überprüfung unterzogen werden, die damit enghmaschiger und aktueller wäre als bei den zumeist jährlichen Artikel-IV-Konsultationen. Programmerfolge können somit öffentlich attestiert werden. Solche Gütesiegel für den wirtschaftspolitischen Kurs dürften die Vertrauensbildung bei potenziellen Kapitalgebern und Investoren fördern. Die katalytische Rolle des Fonds verschiebt sich insoweit von der finanziellen Unterstützung mehr zur Politikberatung, die sich nach Auffassung der Bundesbank als künftiges Hauptbetätigungsfeld des IWF herauskristallisieren sollte.

c) Quoten, Stimmrechte und Repräsentation im IWF ebenfalls auf dem Prüfstand

Adjustierung der Quoten und Stimmrechte gemäß wirtschaftlichem Gewicht wäre angemessen

In der anhängigen strategischen Diskussion über die Zukunft der Bretton-Woods-Institutionen spielt die Frage, ob die Quoten und Stimmrechte beim IWF angemessen verteilt sind und wie es mit der Repräsentation der Mitglieder in den Entscheidungsorganen des Fonds steht, ebenfalls eine wichtige Rolle. Unumstritten ist, dass Mitgliedsländern, die gemessen an ihrer Wirtschaftskraft eindeutig unterrepräsentiert sind, ein höheres Gewicht im Fonds gegeben werden sollte. Manche Länder streben außerdem eine quotenunabhängige Erhöhung der Stimmrechte für Entwicklungsländer an; ein anderer Vorschlag zielt auf einen verminderten Einfluss der EU-Länder. Nach Auffassung der Bundesbank sollte sich die Verteilung der Quoten und Stimmrechte weiterhin allein nach der ökonomischen Bedeutung der Mitgliedsländer in der Weltwirtschaft richten. Diejenigen Länder, die am meisten zur Finanzierung des IWF beitragen, sollten in eben diesem Verhältnis auch über die Verwendung der Mittel entscheiden können. Deutschland ist mit seiner gegenwärtigen Quote, gemessen an der wirtschaftlichen Bedeutung, unterrepräsentiert. Ebenso sind viele wirtschaftlich

stark gewachsene Länder – insbesondere in Asien, aber auch in anderen Teilen der Welt – nicht mehr angemessen vertreten. Dementsprechend haben andere IWF-Mitglieder, insbesondere Öl exportierende Länder, zum Teil erheblich überhöhte Quoten.

Wegen der schon bestehenden reichlichen Liquiditätsausstattung des Fonds wäre es nicht ratsam, eine allgemeine Quotenerhöhung vorzunehmen, um die IWF-Quoten an die veränderten weltwirtschaftlichen Gewichte der Mitglieder anpassen zu können. Hingegen unterstützt die Bundesbank eine freiwillige und konsistent ausgestaltete Quotenumverteilung bei konstanter Quotensumme. Erwogen werden könnte auch, mittels einer Ad-hoc-Quotenerhöhung allein für bestimmte unterrepräsentierte Länder eine geringe Erhöhung der Quotensumme zuzulassen. Da die Entwicklungsländer nach allen anerkannten Maßstäben im IWF bereits überrepräsentiert sind, erscheint eine generelle Erhöhung ihrer Stimmrechte aber nicht angezeigt. Ferner wäre eine Konsolidierung der Vertretung Europas im IWF verfrüht, solange dies nicht von weiteren Fortschritten bei der politischen Integration der EU-Länder getragen würde. Die derzeitige Vertretung der EU und des Euro-Raums auf internationaler Ebene entspricht dem erreichten politischen Integrationsstand und der im EG-Vertrag grundsätzlich geregelten Aufgabenteilung zwischen europäischen und nationalen Institutionen.

*Konsolidierung
der Vertretung
Europas noch
nicht zu rechtfertigen*

d) Fortschritte bei der Implementierung von Grundsätzen für die Kooperation zwischen Schuldnerländern und Privatsektor

Die Anstrengungen der international tätigen Finanzinstitute, ihrer Verbände und zahlreicher Schuldnerländer, weltweit eine Reihe freiwilliger Leitlinien für die Krisenverhütung und das Krisenmanagement zur Geltung zu bringen, haben im Jahr 2005 weiter vorangeführt. Die im Jahr 2004 mit Unterstützung der G20 erarbeiteten Grundsätze für stabilen Kapitalverkehr und faire Umschuldungen in Schwellenländern (Principles for Stable Capital Flows and Fair Debt Restructuring in Emerging Markets) wurden im November des gleichen Jahres vom Washingtoner Institute of International Finance (IIF) veröffentlicht. Außerdem folgte im März 2005 die Publikation einer mit Erläuterungen versehenen Fassung, die auf Grund der weitergegangenen Diskussion geringfügige Änderungen enthält. Die Grundsätze verfolgen das Anliegen, die Volatilität im Kapitalverkehr der Schwellenländer durch eine vertrauensschaffende Politik dieser Länder zu dämpfen und bei unvermeidbaren Umschuldungen einen echten Interessenausgleich zu gewährleisten. Nach Angaben des IIF haben sich in-

*Breite
Zustimmung bei
Schwellen-
ländern und im
Privatsektor*

zwischen mehr als 30 an den internationalen Finanzmärkten aktive Schwellenländer zu diesen Prinzipien bekannt.

*Dreigleisige
Überwachung
der Implementierung*

Um die Anwendung der Leitlinien in der Praxis zu fördern, wurde ein dreigleisiges Überwachungsverfahren in die Wege geleitet. Das IIF selbst will beobachten, ob und wie die Implementierung vorankommt. Hierbei geht es zunächst darum, was Schwellenländer konkret unternehmen, um den Dialog mit ihren privaten Kreditgebern zu fördern und Verwundbarkeiten rechtzeitig zu entdecken. Außerdem soll eine Beratergruppe, die sich aus Vertretern der Schwellenländer und des Privatsektors zusammensetzt, erforderlichenfalls länderspezifische Vorschläge unterbreiten, wie die betreffende Regierung und ihre privaten Kreditgeber den Grundsätzen am besten Rechnung tragen könnten. Überdies soll eine Treuhändergruppe aus hochrangigen Vertretern des offiziellen Sektors und der Finanzindustrie bei Bedarf allgemeine Anleitungen geben, wie die Grundsätze anzuwenden sind. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieses dreigleisige Überwachungskonzept bewährt.

*Abschließende
Umschuldung
Argentiniens
hätte Vorteile
auch aus
systemischer
Sicht*

Angesichts der von immer mehr Marktteilnehmern getragenen Grundsätze für die Krisenverhütung und das Krisenmanagement stellt das Verfahren im argentinischen Umschuldungsfall nach wie vor ein ungelöstes Problem dar. Abweichend von dem mit den Grundsätzen bekräftigten Weg fairer Verhandlungen unterbreitete Argentinien ein einseitiges Umschuldungsangebot für nicht mehr bediente Staatsanleihen, bei dessen Ablehnung zudem ein Totalverlust in Aussicht gestellt wurde. Verglichen mit anderen Umschuldungsfällen ist die Ablehnungsquote mit fast einem Viertel der Gläubiger sehr hoch. Eine uneingeschränkte Rückkehr Argentiniens an die internationalen Finanzmärkte dürfte deshalb schwierig sein, solange eine umfassende Umschuldungsregelung ausbleibt. Auch mit Blick auf die Funktionsweise des internationalen Währungs- und Finanzsystems wäre es erwünscht, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als wäre es hinnehmbar, dass im Krisenfall der Schuldner einseitig die Umschuldungsbedingungen festlegen kann. Das nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute multilaterale Währungs- und Finanzsystem beruht unter anderem auf kooperativen Ansätzen und gewissen Beschränkungen im Verhalten aller Beteiligten, um eine bestmögliche Entwicklung der Weltwirtschaft zu gewährleisten.

Operationelle Aufgaben und andere Tätigkeitsfelder der Deutschen Bundesbank

I. Strukturreform

Ziele der Strukturreform

Über die einzelnen Maßnahmen der im Jahr 2002 vom Vorstand beschlossenen umfassenden Umstrukturierung der Bundesbank zur Verbesserung der Effizienz der Aufgabenerfüllung und der Europatauglichkeit der Strukturen wurde bereits in den Geschäftsberichten der vorangegangenen Jahre umfassend berichtet.

Alle Service- zentren haben die vorgesehenen Aufgaben vollständig übernommen

Zum 1. April des Jahres 2005 haben die letzten beiden der im Rahmen der Strukturreform einzurichtenden Servicezentren die vorgesehenen Arbeiten vollständig übernommen. Alle 21 Servicezentren erbringen jeweils an einem Hauptverwaltungs-Standort gebündelt gleichartige Aufgaben für die Gesamtbank. Mit der kompletten Aufgabenübernahme wurde die Einrichtung der Servicezentren wie geplant abgeschlossen. Damit ist die im Jahr 2002 beschlossene Zielorganisation für die Zentrale und die Hauptverwaltungen in dem vom Vorstand vorgegebenen Zeitrahmen umgesetzt worden.

Fortschreitende Konsolidierung des Filialnetzes

Die im Jahr 2003 beschlossene Konsolidierung des Filialnetzes auf 47 Standorte bis Ende 2007 schreitet weiter planmäßig voran. Im Jahr 2005 wurden wie vorgesehen weitere fünf Filialen und drei Betriebsstellen geschlossen.

Zusammen- führung der Arbeitsgebiete Bankenaufsicht und Bonitäts- analyse bei den Haupt- verwaltungen beschlossen

Im Berichtsjahr hat der Vorstand seine Beschlüsse aus dem Jahr 2002 zur Strukturreform dahingehend konkretisiert, dass die Arbeitsgebiete Bankenaufsicht und Bonitätsanalyse im Jahr 2006 vollständig von den Filialen zu den Hauptverwaltungen verlagert werden. Mit dieser Zusammenführung der genannten Arbeitsgebiete bei den Hauptverwaltungen werden weitere Synergien genutzt.

Straffung der Leistungsstruktur in den Haupt- verwaltungen

Darüber hinaus hat der Vorstand im Jahr 2005 eine weitere Straffung der Leistungsstruktur in den Hauptverwaltungen beschlossen. Nach dieser neuen Aufbauorganisation, die schrittweise bis zum Jahr 2009 in allen Hauptverwaltungen umgesetzt wird, entfällt mit der Funktion „Regionalbereichsleiter Innenbetrieb“ für die Arbeitsgebiete Betriebsorganisation, Verwaltung und Personal in den Hauptverwaltungen eine Hierarchieebene. Die entsprechenden Arbeitseinheiten werden dem Präsidenten der Hauptverwaltung unmittelbar zugeordnet.

Über die mit der Strukturreform getroffenen Beschlüsse hinaus trägt die im Berichtsjahr erfolgte Zusammenfassung der Bauplanungs- und Baumanagementleistungen der Sachgebiete Bau der Hauptverwaltungen mit den entsprechenden Arbeitsbereichen der Zentrale zu einer weiteren Straffung der Aufbauorganisation der Bundesbank bei.

Weitere Straffung der Aufbauorganisation durch Neuorganisation des Aufgabengebiets Bau

Die Ist-Kosten für die betriebliche Leistungserstellung des Jahres 2005 (ohne die Kosten für den Notendruck) liegen um 256,0 Mio € und damit rund 20 % unter den entsprechenden Ist-Kosten des Jahres 2002.

Kosten-einsparung auf Grund der Strukturreform

II. Aufgaben im Zahlungs- und Wertpapierverkehr

1. Barer Zahlungsverkehr

Der Umlauf an Euro-Noten des Eurosystems stieg im Verlauf des Jahres 2005 um 12,8 % auf 565,2 Mrd €. Der Münzumlauf erhöhte sich im Jahresverlauf um 8,4 % auf 16,6 Mrd €.

Euro-Bargeldumlauf des Eurosystems

Im Geschäftsjahr 2005 hat die Bundesbank 14,8 Milliarden Stück Euro-Banknoten im Wert von 450,2 Mrd € und 12,6 Milliarden Stück Euro-Münzen im Wert von 6,4 Mrd € ausgezahlt. Im gleichen Zeitraum hat sie von ihren Kunden Einzahlungen über 14,2 Milliarden Stück Euro-Noten im Wert von 421,1 Mrd € sowie 10,8 Milliarden Stück Euro-Münzen im Wert von 6,1 Mrd € erhalten.

Der DM-Bargeldumlauf hat sich zum Jahresende 2005 auf 14,7 Mrd DM reduziert. Hiervon entfielen rund 7,5 Mrd DM auf Banknoten und rund 7,2 Mrd DM auf Münzen.

DM-Bargeldumlauf

Die Anzahl der im deutschen Zahlungsverkehr angehaltenen und von der Bundesbank registrierten falschen Euro-Banknoten und Euro-Münzen liegt 2005 mit 73 598 Stück Banknoten im Wert von 4,896 Mio € und 46 300 Stück Münzen im Wert von 90 000 € leicht unter der des Vorjahres. Mit einem Anteil von 70 % wurde die Banknote zu 50 € mit großem Abstand am häufigsten gefälscht, gefolgt von der Note zu 100 € mit einem Anteil von 11 %. Der starke Rückgang der 100 €-Fälschungen, die im Vorjahr noch einen Anteil von 35 % aufwiesen, hat zu einer Verringerung des durch Falschgeld verursachten Schadens um

Fälschungen Euro

20 % auf nunmehr 4,9 Mio € geführt. Die Münzfälschungen betrafen in erster Linie die Münze zu 2 €; auf sie entfallen 94 %.

*Falschgeld-
prävention*

Kostenlose Schulungen der Bundesbank im Rahmen der Falschgeldprävention wurden auch im Jahr 2005 seitens Kreditwirtschaft, Einzelhandel und anderen Interessierten rege genutzt. Insgesamt wurden bundesweit circa 1 000 Schulungen mit rund 20 000 Teilnehmern durchgeführt.

*Mitwirkung
bei der
Entwicklung der
zweiten Euro-
Banknotenserie*

Neben der Intensivierung der Mitarbeit in verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsprojekten mit dem Ziel, längerfristig ein ESZB-eigenes Portfolio an Sicherheitsmerkmalen für Banknoten aufzubauen, engagiert sich die Bundesbank im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zur zweiten Euro-Serie insbesondere für die Entwicklung von solchen Sicherheitsmerkmalen, die für die breite Öffentlichkeit ohne Hinzunahme von Hilfsmitteln in einfacher – möglichst selbsterklärender – Weise erkennbar sind.

*Künftige
Banknoten-
beschaffung des
Eurosystems*

Spätestens ab dem Jahr 2012 soll der Banknotenbedarf des Eurosystems grundsätzlich über ein gemeinsames Ausschreibungsverfahren beschafft werden. Nationale Zentralbanken mit eigener/staatlicher Banknotendruckerei haben die Möglichkeit, sich nicht an diesem Verfahren zu beteiligen (sog. „opting out“). Während einer Übergangszeit kann ein Nebeneinander von einheitlichem Tenderverfahren und direkter Auftragsvergabe durch nationale Zentralbanken an die eigene/staatliche Druckerei stattfinden. Diese Übergangsphase kann bei Erreichen einer kritischen Masse hinsichtlich Teilnehmerzahl und Ausschreibungsvolumen frühestens ab dem 1. Januar 2008 beginnen. Damit soll gewährleistet werden, dass sich Notenbanken und Druckereien auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellen können. Der EZB-Rat hat im September 2004 die Regeln für den gemeinsamen europäischen Tender in einer entsprechenden Richtlinie festgelegt (Richtlinie EZB/2004/18). Ausgehend von diesem Beschluss waren im vergangenen Jahr etliche Detailfragen bezüglich des Zuteilungsverfahrens zu klären. Die Vorbereitungsarbeiten dauern auch im Jahr 2006 an.

*Beschädigtes
Bargeld*

Im Geschäftsjahr 2005 gingen im Nationalen Analysezentrum für beschädigtes Bargeld 21 470 Anträge (Vorjahr: 18 983) ein. Mit diesen Anträgen wurden 366 859 Noten im Wert von 13,7 Mio € und 263 921 Münzen im Wert von 64 000 € zur Erstattung eingereicht.

Gemäß einer Empfehlung der Europäischen Kommission sind pro Jahr mindestens 10 % des jeweiligen nationalen Münzumschlages in den Stückelungen zu

50 Cent, 1 € und 2 € durch öffentliche Stellen, Kreditinstitute oder andere Bargeldakteure auf Echtheit zu prüfen. In diesem Zusammenhang sollen auch die bei diesen Stellen eingesetzten Münzsortier- und Bearbeitungssysteme in angemessenem Umfang geprüft werden. Bezüglich der Behandlung von nicht mehr umlauffähigen Münzen soll die Annahmepflicht der Mitgliedstaaten harmonisiert werden. Die Umsetzung dieser Empfehlung erfolgt voraussichtlich im ersten Halbjahr 2006.

Empfehlung der Europäischen Kommission zur Echtheitsprüfung von Euro-Münzen

Die Bundesbank hat 2005 begonnen, im Rahmen von Ersatzinvestitionen effizientere Maschinen für die Banknotenbearbeitung einzusetzen. Bis voraussichtlich Ende 2008 werden die Filialen sukzessive mit so genannten Multistückelungs-Banknotenbearbeitungsmaschinen ausgestattet. Diese Maschinen ermöglichen es, Banknotengebinde jeglicher Stückelungszusammensetzung und Lage, das heißt ohne vorherige Sortierung, zu bearbeiten. Die Anforderungen für Banknoteneinzahlungen bei der Bundesbank werden entsprechend vereinfacht und erstmals am 1. Februar 2006 in den zu diesem Termin auf Multistückelungsbearbeitung umgestellten Filialen Bayreuth, Flensburg, Hamburg, Leipzig und Oldenburg wirksam. Multistückelungseinzahlungen sind entgeltpflichtig. Sie werden – wie auch Standardeinzahlungen – nicht mehr päckchenweise, sondern pro Einzahlung bearbeitet. Der Einzahler hat jedoch die Möglichkeit, die Einzahlung in entgeltpflichtige Abstimmeinheiten zu unterteilen. In den umgestellten Filialen sind Safebags als eigenständiges Verpackungsmedium zugelassen. Die Einführung von elektronischer Öffnung und Barcode im baren Zahlungsverkehr der Bundesbank wird vorbereitet.

Vereinfachte Anforderungen an die Aufbereitung von Banknoteneinzahlungen

Die Bundesbank wird ab 2007 von Geschäftskunden entgeltfrei nur noch Münzcontainer mit Standardbefüllung entgegennehmen beziehungsweise an diese abgeben. Im Hinblick auf die Ergebnisse der vorangegangenen Gespräche mit den Verbänden der Bargeldakteure wird die Bundesbank ab 2007 ergänzend die Ein- und Auszahlung von Münzrollenpackungen in Stückzahlen, die nicht einem Normcontainer entsprechen, gegen ein Entgelt von 3 € pro Ein- beziehungsweise Auszahlung anbieten. Als weitere Dienstleistung im Münzgeldbereich wird ab 1. April 2006 die bereits im Jahr 2005 beschlossene „Portionierung von Münzauszahlungen“ gegen ein Entgelt von 3 € pro Portion angeboten.

Änderungen bei den Münzdienstleistungen

Zusammen mit Vertretern der professionellen Bargeldakteure arbeitet die Bundesbank seit September 2005 an der Umsetzung des Handlungsrahmens für die Falschgelderkennung und die Sortierung von Euro-Banknoten nach Umlauffähigkeit durch Kreditinstitute und andere professionelle Bargeldakteure. Er soll

Handlungsrahmen des Eurosystems für die Banknotenbearbeitung

im Euro-Raum einheitliche Regeln für die Banknotenbearbeitung schaffen, zur Gewährleistung von Qualität und Echtheit der im Umlauf befindlichen Banknoten beitragen und die professionellen Bargeldakteure im Hinblick auf ihre Pflichten aus Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1338/2001 des Rates der Europäischen Union vom 28. Juni 2001 unterstützen.

*Verfolgung von
Ordnungs-
widrigkeiten
nach dem
Münz- und
Medaillenrecht*

Die Bundesbank ist seit dem 20. September 2005 für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Münz- und Medaillenrecht zuständig. Die relevanten Vorschriften sind in der Verordnung (EG) Nr. 2182/2004 des Rates über Medaillen und Münzstücke mit ähnlichen Merkmalen wie Euro-Münzen, im Münzgesetz sowie in der Verordnung über die Herstellung und den Vertrieb von Medaillen und Münzstücken zum Schutz deutscher Euro-Gedenkmünzen enthalten.¹⁾

2. Unbarer Zahlungsverkehr

a) Zahlungsverkehrsabwicklung

*Leicht
rückläufige
Stückzahlen*

Im Berichtsjahr wurden insgesamt rund 2,2 Milliarden Überweisungen und Einzugsaufträge im Gegenwert von etwas mehr als 140 Billionen € über die Bank abgewickelt. Dabei konnte das Wachstum im Überweisungsverkehr den Rückgang im Scheck- und Lastschrifteinzug nicht ganz ausgleichen.

*Positive
Entwicklung
in RTGS^{plus}*

Besonders erfreulich war die geschäftliche Entwicklung im deutschen Individualzahlungssystem RTGS^{plus}. Die Zahl der direkten Teilnehmer konnte im Jahresvergleich um 44 Banken auf 170 Banken Ende 2005 gesteigert werden. Seit Juli 2005 nehmen im Wege des Fernzugangs auch 17 slowenische Kreditinstitute an RTGS^{plus} teil und können damit von deutschen Kreditinstituten unmittelbar beziehungsweise von europäischen Banken über TARGET (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer) direkt erreicht werden.

Weitere Rationalisierung im EMZ

Im Rahmen einer weiteren Konsolidierung des Leistungsangebots im Elektronischen Massenzahlungsverkehr (EMZ) wurde beschlossen, die Datenträgerbearbeitung ab 2007 im Servicezentrum ZVP/EMZ-Betrieb am Standort Düsseldorf zu zentralisieren. Die Schließung der bisherigen regionalen EMZ-Außenstellen ist für das erste Quartal 2007 vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird ab

¹ Hinweise der Bundesbank zu diesen Vorschriften sind den Mitteilungen der Deutschen Bundesbank Nr. 3007/2005 (veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 183 vom 27. September 2005) und Nr. 3009/2005 (veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 230 vom 6. Dezember 2005) zu entnehmen.

Unbarer Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank

Tabelle 11

Position	2004		2005			
	Mio Stück	Mrd €	Mio Stück	Veränderung in %	Mrd €	Veränderung in %
Zahlungen im Inland	2 259,7	93 487	2 203,8	- 2,5	101 179	8,2
Massenzahlungsverkehr	2 228,7	2 122	2 172,2	- 2,5	2 099	- 1,1
EMZ						
Lastschriften, Schecks	1 244,5	1 054	1 179,6	- 5,2	971	- 7,9
darunter: Umwandlungen	22,1	544	13,6	- 38,5	451	- 17,0
Prior3-Zahlungen	984,2	1 067	992,5	0,8	1 129	5,7
darunter: Umwandlungen	1,5	9	1,4	- 7,9	9	- 2,2
Großzahlungsverkehr	31,0	91 365	31,6	1,9	99 080	8,4
RTGS ^{plus} 1)	29,1	89 282	30,8	5,8	97 203	8,9
Sonstige 2)	2,0	2 084	0,9	- 55,1	1 877	- 9,9
Zahlungen in das Ausland	10,6	37 133	11,3	7,0	41 367	11,4
Massenzahlungsverkehr	5,4	3	6,1	13,2	4	38,3
MASSE 3)	3,8	2	3,6	- 4,4	2	- 1,9
STEP2 über EMZ 4)	1,6	1	2,5	53,9	2	107,5
Großzahlungsverkehr	5,2	37 130	5,2	0,6	41 363	11,4
TARGET 5)						
über RTGS ^{plus}	5,0	37 084	5,0	0,8	41 295	11,4
AZV 6)	0,2	47	0,2	- 6,2	68	46,3
Unbarer Zahlungsverkehr	2 270,3	130 620	2 215,1	- 2,4	142 546	9,1

1 Echtzeit-Bruttoverfahren der Bank. — 2 Z. B. Sonderverfahren für öffentliche Kassen, Zahlungen innerhalb des Hausbankverfahrens (HBV). — 3 Verfahren für grenzüberschreitende Massenzahlungen öffentlicher Kassen. — 4 Verfahren für grenzüberschreitende Massenzahlungen (Anschluss an das STEP2-Verfahren der EBA, Paris). — 5 Verfahren (der EU-Zentralbanken) für grenzüberschreitende Individual-/Großzahlungen in EU-Staaten. — 6 Verfahren für grenzüberschreitende Individual-/Großzahlungen in EU-/EWR- und Drittstaaten.

Deutsche Bundesbank

Januar 2007 für Banken eine DFÜ (Datenfernübertragungs)-Pflicht eingeführt. Seit Januar 2006 kann SWIFTNet FileAct als weiteres Kommunikations- beziehungsweise Einreichungsverfahren genutzt werden.

Im vierten Quartal 2005 wurde zur Rationalisierung der internen Abwicklung das Hausbankverfahren (HBV) eingeführt, das die Funktionalitäten der beiden „Altverfahren“ Elektronischer Schalter (ELS) und Auslandszahlungsverkehr (AZV) in einem einheitlichen System zusammenführt. Es dient in erster Linie als Standardzugangsverfahren für Nichtbanken zu den Zahlungsverkehrssystemen RTGS^{plus} und TARGET. Auch Kreditinstitute können übergangsweise – bis maximal vier

*Modernisierung
der internen
Abwicklung
durch
Einführung
des Hausbank-
verfahrens*

Jahre nach dem Start von TARGET2 – über das HBV an TARGET2 teilnehmen. Das HBV wird ferner für die Abwicklung von Euro- und Fremdwährungszahlungen im Rahmen des Korrespondenzbankgeschäfts der Bundesbank genutzt.

b) Entwicklungen im europäischen Umfeld

*Stand des
TARGET2-
Projekts*

Im abgelaufenen Jahr wurden die Aktivitäten zum Aufbau der neuen TARGET2-Gemeinschaftsplattform planmäßig fortgeführt. Die Bundesbank hat daran ein besonders großes Interesse. Zum einen bilden die heutigen RTGS^{plus}-Teilnehmer mit rund 47,5 % – gemessen am Mengenaufkommen – einen wesentlichen Pfeiler von TARGET. Zum anderen ist die Bundesbank gemeinsam mit der Banque de France und der Banca d'Italia Teil eines Kompetenzzentrums, das die künftige TARGET2-Gemeinschaftsplattform für das Eurosystem konzeptionell vorbereitet, entwickelt und betreibt.

*Start von
TARGET2
im November
2007...*

Nach Abschluss einer umfangreichen Konsultation der Nutzer zur funktionalen Ausgestaltung konnte im Juni 2005 mit der eigentlichen Projektarbeit begonnen werden. Erst dann war eine abschließende Abschätzung des erforderlichen Realisierungsaufwands möglich und konnte ein genauer Zeitplan für Entwicklung und Inbetriebnahme des TARGET2-Systems festgelegt werden. Unter Berücksichtigung eines ausreichend bemessenen Zeitraums für die Testaktivitäten der Banken wurde als Starttermin von TARGET2 der 19. November 2007 bestimmt. Ende November 2005 konnte den Marktteilnehmern die finale TARGET-Nutzerfeinspezifikation zur Verfügung gestellt werden, die eine stabile Basis für die TARGET2-Migrationsprojekte der Banken darstellt.

*... mit
gestaffeltem
Migrations-
ansatz*

Aus Risikogründen hat sich das Eurosystem für eine gestaffelte Migration mit drei so genannten Länderfenstern entschieden. Jedes Länderfenster umfasst mehrere Zentralbanken einschließlich ihrer nationalen Bankengemeinschaften. Der Migrationsprozess soll voraussichtlich Mitte Mai 2008 abgeschlossen sein. Die Bundesbank wird mit der deutschen Bankengemeinschaft im ersten Länderfenster starten. Die Migration nach TARGET2 betrifft alle RTGS^{plus}-Teilnehmer, da RTGS^{plus} mit Betriebsaufnahme der Gemeinschaftsplattform eingestellt wird.

*Vorstellung
eines TARGET2-
Preismodells*

Im Oktober 2005 wurde den TARGET-Teilnehmern ein duales Preismodell vorgestellt. Demnach würden kleinere Banken künftig ein geringes Fixentgelt und eine Transaktionsgebühr von 0,80 € zahlen; mittlere und große Banken hätten ein Fixentgelt von 1 250 € monatlich und ein degressives Transaktionsentgelt von 0,60 € bis 0,20 € zu tragen. Die endgültige Entscheidung wird der EZB-Rat

erst nach Diskussion mit den nationalen Bankengemeinschaften treffen. Aus Sicht der Bundesbank sollte das Preismodell – wie heute RTGS^{plus} – auch für die Abwicklung kommerzieller Zahlungen attraktiv sein. Diese sind für TARGET2 notwendig, da nur so Skaleneffekte erzielt werden können, die zu günstigen Durchschnittskosten und attraktiven Preisen für alle Teilnehmer führen. Auch kleinere Banken profitieren davon. Im Übrigen dürfte das Preismodell gerade für diese Zielgruppe kein unzumutbares Hindernis für eine direkte TARGET-Teilnahme darstellen.

Im Berichtsjahr war die Bundesbank intensiv an den Arbeiten für den Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) beteiligt. Dabei hat sie sich nachhaltig in den politischen Meinungsbildungsprozess auf Eurosystem-Ebene eingebracht. Auf nationaler Ebene hat sie in den Spiegelarbeitsgruppen des European Payments Council (EPC) mitgearbeitet und so die langjährige Kooperation mit dem deutschen Kreditgewerbe im Zentralen Kreditausschuss (ZKA) fortgesetzt. Außerdem hat sie einen politischen Dialog mit SEPA-Endnutzern auf Verbandsebene geführt, der zu einer besseren Transparenz über die laufenden Aktivitäten und zu einer stärkeren Sensibilisierung einer breiteren Öffentlichkeit beitragen soll.¹⁾

Mitwirkung an den Arbeiten für den Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)

Seit November 2003 hat die Bundesbank ihr bis dato nationales EMZ-Clearingverfahren auch für grenzüberschreitende Zahlungen geöffnet und es zu diesem Zweck an das STEP2-Verfahren der Euro Banking Association (EBA) angebunden. Dieses Segment konnte mengenmäßig in 2005 stark zulegen, wenn es auch im Vergleich mit dem Inlandszahlungsverkehr immer noch wenig ins Gewicht fällt. Dennoch ist diese Anbindung im sich entwickelnden Euro-Zahlungsverkehrsraum von großer strategischer Bedeutung. Aus heutiger Sicht erscheint eine Aufrechterhaltung des Bundesbank-Leistungsangebots, das heißt, den EMZ an die sich aus neuen SEPA-Zahlungsinstrumenten und technischen Standards ergebenden Anforderungen anzupassen, notwendig. Damit würde sie ihre bewährte, auf Komplementarität ausgerichtete Rolle im Massenzahlungsverkehr fortsetzen. Insbesondere Institute, die keinem Gironetz angeschlossen sind und für die sich wegen ihrer Größe ein bilateraler Austausch mit anderen Banken nicht lohnt, könnten weiterhin von einem wettbewerbsneutralen Zugang zum Interbankenclearing über die Bundesbank profitieren. Außerdem würde so auch für SEPA-konforme Zahlungen aus Europa die Erreichbarkeit aller Kreditinstitute in der Fläche sichergestellt.

STEP2-Anbindung der Bundesbank

¹ Diesem Zweck diene auch der ausführliche Aufsatz in: Deutsche Bundesbank, Der Weg zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum, Monatsbericht, Dezember 2005, S. 29 ff.

c) Zahlungsverkehrsüberwachung

Überwachung von Systemen

Neben der Überwachung von deutschen Zahlungssystemen war die Bundesbank auch 2005 an der kooperativen Überwachung von grenzüberschreitenden Systemen durch mehrere Zentralbanken gemeinsam beteiligt und wirkte an der Überwachung weiterer für das Finanzsystem bedeutsamer Infrastrukturen (z. B. des Kommunikationsdienstleisters SWIFT) mit.¹⁾

Korrespondenz- bankumfrage

Die Zahlungsverkehrsüberwachung umfasst auch die Beobachtung und Analyse bedeutsamer Aktivitäten in der Zahlungsverkehrslandschaft. Die Zentralbanken des Eurosystems und weitere EU-Zentralbanken führten im Jahr 2005 wieder eine Umfrage zum Korrespondenzbankgeschäft durch. Die Bundesbank hat die in diesem Geschäftsfeld wichtigsten deutschen Institute einbezogen und Daten erhoben, die letztlich Aufschluss darüber geben sollen, ob Risiken für das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs in Euro bestehen.

Innovative elektronische Zahlungs- verfahren

Daneben beobachtet die Bundesbank im Rahmen ihrer Aufgabe zur Überwachung des Zahlungsverkehrs auch den Markt für innovative elektronische Zahlungsverfahren. Sie unterstützt Aktivitäten des Eurosystems im Rahmen des „electronic Payments Systems Observatory“ (ePSO), der frei zugänglichen Online-Plattform zur Beobachtung von Entwicklungen im elektronischen Zahlungsverkehr.²⁾ Der Schwerpunkt liegt auf elektronischen Zahlungen im Rahmen des elektronischen Geschäftsverkehrs mit Kunden sowie zwischen Einzelpersonen.

Nutzung von E-Geld wächst nur langsam

Trotz neuer Aktivitäten im Bereich vorausbezahlter Karten nimmt die Verwendung von E-Geld in Deutschland nach wie vor nur sehr schleppend zu. Allerdings ist beispielsweise bei Zigarettenautomaten eine steigende Zahl von Akzeptanzstellen für E-Geld zu beobachten. Darüber hinaus könnten sich positive Anreize im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs ergeben, wenn die Potenziale kartenbasierten E-Geldes und elektronischer Fahrscheine im Zusammenspiel mit kontaktlosen, technischen Übertragungsprotokollen stärker genutzt werden.

Elektronischer Zugang zu Zahlungs- verfahren

Im Jahr 2005 nahmen Angriffe über das Internet auf die Sicherheit elektronischer Identitätsmerkmale weltweit und auch in Deutschland erheblich zu. Mit betrügerischen und gefälschten Mails sowie mit speziellen Angriffsprogrammen

¹ Eine ausführlichere Beschreibung dieser Überwachungsaktivitäten ist im Finanzstabilitätsbericht der Bundesbank zu finden, der im November 2005 veröffentlicht wurde.

² Siehe dazu: <http://www.e-pso.info>.

(sog. Viren bzw. trojanische Pferde) sollen Informationen (PIN, Passwort, TAN usw.) erlangt werden, die bei elektronischen Verfahren die Identität des Anwenders gewährleisten sollen. Ziel dieser Angriffe sind nicht nur Bankdienstleistungen, sondern zum Beispiel auch Internetauktionshäuser. Das Potenzial geht damit zwar deutlich über den reinen Zahlungsverkehr hinaus, jedoch stehen über das Internet angebotene Bankdienstleistungen im Mittelpunkt. Da solche Angriffe das Vertrauen der Nutzer in die Sicherheit eines zunehmend bedeutsameren Zugangskanals zum Zahlungsverkehr gefährden, beobachtet die Bundesbank die Entwicklung aufmerksam und ist an Diskussionen zu dieser Problematik auf nationaler, europäischer und G10-Ebene beteiligt. Diesen Angriffen wirkungsvoll zu begegnen, stellt eine nicht unerhebliche Herausforderung dar. Über umfangreiche und zeitnahe Aufklärungskampagnen für Anwender hinaus sind durch die Anbieter technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen laufend zu überprüfen und frühzeitig der aktuellen Risikolage anzupassen.

d) Aktivitäten auf G10-Ebene

Im Berichtsjahr arbeitete die Bundesbank intensiv im Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems: CPSS) der G10-Zentralbanken bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel mit, insbesondere auch bei der Erarbeitung von im Jahr 2005 beziehungsweise im Januar 2006 veröffentlichten Berichten zu verschiedenen Themen.¹⁾

*Mitarbeit im
G10-Ausschuss
für Zahlungs-
verkehrs- und
Abrechnungssy-
steme*

So befasste sich eine vergleichende Studie mit der „Überwachung von Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungssystemen durch die Zentralbanken“. Die darin enthaltenen Grundsätze und Empfehlungen sollen den Zentralbanken als Richtschnur für ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet dienen. Weiterhin wurde der Bericht „Neuere Entwicklungen im Bereich des Individualzahlungsverkehrs“ veröffentlicht, der unter anderem aufzeigt, dass der Saldenausgleich im Interbankenzahlungsverkehr in den letzten Jahren deutlich beschleunigt wurde und mit geringerem Liquiditätseinsatz, zumeist Zentralbankgeld, erreicht werden kann. Rat und Unterstützung für die Planung und Umsetzung von (Reform-)Projekten im Zahlungsverkehr bietet der Bericht „Allgemeine Leitlinien für die Entwicklung des Zahlungsverkehrs“.

*Veröffentlichung
verschiedener
Berichte zu
ausgewählten
Fragen des
Zahlungsver-
kehrs*

¹ Siehe dazu auch S. 98, Kapitel 3, Wertpapierverrechnung und -abwicklung.

*Arbeitsgruppe
„Allgemeine
Prinzipien für
internationale
Geldtransfer-
systeme“*

Im Jahr 2005 wurde vom CPSS und der Weltbank eine Arbeitsgruppe neu eingerichtet, die Prinzipien für die Abwicklung von Geldtransfers von Migranten in den Industrie- und Entwicklungsländern erarbeiten soll. Damit soll der wachsenden Bedeutung dieser für die Heimatländer der Migranten volkswirtschaftlich wichtigen Zahlungsströme Rechnung getragen werden.

3. Wertpapierverrechnung und -abwicklung

*Rolle der
Bundesbank*

Die Tätigkeit der Bundesbank erstreckt sich auch auf die Überwachung von Wertpapierverrechnungs- und -abwicklungssystemen. Außerdem bietet die Bundesbank Verfahren zum Zahlungsausgleich dieser Systeme in Zentralbankgeld an. Hierdurch leistet sie einen wichtigen Beitrag für die Effizienz und Sicherheit der Wertpapierabwicklung und damit für die Finanzmarktstabilität. Darüber hinaus ist sie in nationalen, europäischen und internationalen Gremien auf dem Gebiet der Wertpapierverrechnung und -abwicklung vertreten.

*Bericht der
ESZB/CESR-
Arbeitsgruppe
über Standards
für Wertpapier-
verrechnungs-
und
-abwicklungs-
systeme*

Der EZB-Rat und der Ausschuss der Europäischen Wertpapierregulierungsbehörden (Committee of European Securities Regulators: CESR) verabschiedeten im November 2004 den von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erstellten Entwurf über Standards für Wertpapierverrechnungs- und -abwicklungssysteme. Dieser Berichtsentwurf enthält 19 Standards, die die Sicherheit und Effizienz von Wertpapierverrechnungs- und -abwicklungssystemen erhöhen sollen. Zunächst wurde vereinbart, dass die Standards erst dann endgültig in Kraft treten, wenn eine Beurteilungsmethodik entwickelt und die Auswirkungen der Standards analysiert wurden. Im Zuge der Erarbeitung der Beurteilungsmethodik sollten darüber hinaus verschiedene in der Einleitung des Berichts aufgeführte Fragestellungen, die die Arbeitsgruppe nicht abschließend klären konnte, in enger Kooperation mit Marktteilnehmern untersucht werden. Derzeit ruhen die Arbeiten an den Standards, und es werden keine weiteren Marktkonsultationen durchgeführt, da innerhalb der jeweiligen Gremien zu einzelnen Punkten, insbesondere zu den Anforderungen an das mit der Abwicklung verbundene Kreditgeschäft der Banken und Zentralverwahrer mit Banklizenz, keine Einigung erzielt werden konnte. Die Bundesbank setzt sich weiterhin für eine Orientierung der Anforderungen an der europäischen Umsetzung von Basel II ein und legt großen Wert auf ein ausgewogenes Verhältnis von Kosten und Nutzen etwaiger zusätzlicher regulatorischer Maßnahmen. Ein Abweichen von den Baseler Regeln und ein damit verbundener europäischer Alleingang bei der Regulierung der Kreditgewährung im Rahmen von Clearing und Settlement mittels ESZB/

CESR-Standards könnte zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten europäischer Banken führen.

Die G10-Notenbankgouverneure verabschiedeten im Januar 2006 einen Bericht des CPSS, der sich mit der Sorge des amerikanischen Payments Risk Committee befasst, dass eine weltweite Verknappung an refinanzierungsfähigen Wertpapieren drohe. Die Arbeit des CPSS bestätigte diese Sorge nicht. Die Konsultationen mit international tätigen Geschäftsbanken ließen zwar einen Bedarf an zusätzlichen Refinanzierungsmöglichkeiten im Falle akuter Liquiditätskrisen erkennen, es gab jedoch keine Anzeichen einer generellen Knappheit an Sicherheiten. Aus diesem Grund sprach das CPSS auch nur die Empfehlung aus, dass künftig die jeweiligen Zentralbanken eigenständig darüber bestimmen sollen, ob und inwieweit sie zusätzliche Sicherheiten, insbesondere auf Fremdwährung lautende Schuldverschreibungen anderer G10-Staaten, für die Refinanzierung zulassen.

Bewertung der Verfahren für die grenzüberschreitende Stellung von Sicherheiten zur Refinanzierung

III. Geldmarktgeschäfte und Verwaltung der Währungsreserven

Am 14. November wurde in Deutschland das neue Bietungssystem OMTOS (OpenMarket Tender Operations System) eingeführt. Mit OMTOS wurde das bisherige auf E-Mail-Kommunikation beruhende Automatische Bietungssystem (ABS) abgelöst und der Bietungsprozess auf ein webbasiertes Verfahren umgestellt. Im Zuge der OMTOS-Einführung ist die durchschnittliche Anzahl der deutschen Teilnehmer an den beiden regelmäßigen Refinanzierungsgeschäften gestiegen.

OMTOS-Einführung

Wie in den Vorjahren wurde der größte Teil des Refinanzierungsbedarfs – 77 % beziehungsweise 290 Mrd € im Jahresdurchschnitt – über die wöchentlich angebotenen Hauptrefinanzierungsgeschäfte gedeckt, die als amerikanische Zinstender mit Mindestbietungssatz durchgeführt wurden. Der deutsche Anteil an diesen Geschäften belief sich auf durchschnittlich 50 % oder 145 Mrd €. Über 13¹⁾ Basistender, bei denen das Eurosystem als Zinsnehmer auftrat, wurden dem Geldmarkt 23 % (im Jahresdurchschnitt 88 Mrd €) des Refinanzierungsbedarfs

Haupt- und längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

1 Auf Grund eines Bietungsfehlers bei dem Basistender im Dezember 2005 konnten anstelle der vorgesehenen 30 Mrd € nur 12,5 Mrd € Liquidität bereitgestellt werden. Das Eurosystem gab die fehlenden 17,5 Mrd € am darauf folgenden Tag in einem zweiten Basistender in den Markt.

bereitgestellt. Der deutsche Anteil an diesen Geschäften belief sich mit durchschnittlich 53 Mrd € auf 60 %.

*Feinsteuero-
operationen*

Zum Ausgleich von Liquiditätsungleichgewichten am Ende von Mindestreserve-Erfüllungsperioden wurden im Jahr 2005 neun Feinsteuerooperationen im Schnellender-Verfahren durchgeführt.

*Ständige
Fazilitäten*

Auf die ständigen Fazilitäten wurde im kalendertäglichen Durchschnitt des vergangenen Jahres auf Grund der aktiveren Feinsteueringpolitik seltener zurückgegriffen als in den Vorjahren. Im gesamten Eurosystem halbierte sich die Inanspruchnahme der Spitzenrefinanzierungsfazilität gegenüber den Vorjahren auf 0,1 Mrd €, drei Viertel davon entfielen auf die Geschäftspartner der Bundesbank. Die Inanspruchnahme der Einlagefazilität hat im vergangenen Jahr ebenfalls abgenommen; sie betrug im gesamten Eurosystem nunmehr ebenfalls 0,1 Mrd €, gegenüber 0,2 Mrd € in den Vorjahren. Der Anteil der Geschäftspartner der Bundesbank machte hier nur etwa die Hälfte aus.

*Kreis der
refinanzierungs-
fähigen
Sicherheiten*

Der Kreis der Sicherheiten, die die Bundesbank für die geldpolitischen Operationen des Eurosystems akzeptiert, ergibt sich bis zur abschließenden Einführung der einheitlichen Sicherheitenliste im Januar 2007 aus den so genannten Kategorie-1- und Kategorie-2-Sicherheiten. Der Umlauf der markt- und refinanzierungsfähigen Sicherheiten betrug Ende Dezember 2005 knapp 8 500 Mrd €. Hiervon entfielen gut 30 % auf in Deutschland notierte beziehungsweise verwahrte Sicherheiten.

*Besicherung von
Refinanzierungs-
geschäften*

Die Geschäftspartner hatten in ihren Pfandpools bei der Bundesbank Ende 2005 zur Besicherung von Refinanzierungsgeschäften (und Innertageskrediten im Rahmen der Abwicklung des Zahlungsverkehrs) notenbankfähige Sicherheiten im Wert von 498 Mrd € hinterlegt. Darunter befanden sich Sicherheiten in Höhe von 253 Mrd €, die in einem anderen Mitgliedsland verwahrt und grenzüberschreitend für die Refinanzierung bei der Bundesbank bereitgestellt wurden. Bei knapp 30 % der an die Bundesbank verpfändeten Sicherheiten handelte es sich um gedeckte Bankschuldverschreibungen (Pfandbriefe). Ein gutes Fünftel entfiel auf Staatsanleihen, knapp zwei Fünftel auf ungedeckte Bankschuldverschreibungen. Gut ein Zehntel machten insgesamt die sonstigen marktfähigen Sicherheiten sowie die Wirtschaftskredite (rd. 4 400 Wechsel und gut 3 400 Kreditforderungen mit zusammen 3,7 Mrd €) aus.

Am 30. Mai 2005 wurde mit dem ersten Schritt hin zu einem einheitlichen Sicherheitenrahmen der Kreis der marktfähigen Sicherheiten erweitert. Auf Euro lautende Schuldtitel von Emittenten mit Sitz in einem nicht zum Europäischen Wirtschaftsraum gehörenden G10-Staat wurden neu in den Kreis der Kategorie-1-Sicherheiten aufgenommen. Außerdem wurden nichtgeregelte Märkte im Sinne der Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie für Kategorie 1 zugelassen. Des Weiteren entfiel für ungedeckte Bankschuldverschreibungen das Erfordernis, ein Emissionsrating aufzuweisen. Das nun ausreichende Rating des Emittenten bewirkte, dass zahlreiche Bankschuldverschreibungen erstmals die Notenbankfähigkeit erlangen konnten.

*Einheitlicher
Sicherheiten-
rahmen:
Erweiterung des
Kreises der
Wertpapiere...*

Nach der grundsätzlichen Entscheidung im Jahr 2004, in einem zweiten Schritt Kreditforderungen in die einheitliche Liste aufzunehmen, wurden weitere Einzelheiten festgelegt und veröffentlicht. Die Einbeziehung der Kreditforderungen erfolgt ab Januar 2007 mit einer fünfjährigen Übergangsregelung. Ab 2012 werden im Euro-Raum alle Regelungen für die Nutzung von Kreditforderungen einheitlich sein und ein Mindestbetrag von 500 000 € zur Anwendung kommen (die Bundesbank behält den gegenwärtigen Mindestbetrag von 10 000 € in der Übergangsphase bis auf Weiteres bei). Zusätzlich wurde beschlossen, dass der Wechsel Ende 2006 die Notenbankfähigkeit verliert.

*... und
Entscheidung
zur Einführung
von Kredit-
forderungen*

Den Rahmen für die Verwaltung der Währungsreserven bilden Musterportfolios (Benchmarks) für den jeweiligen Währungsbereich, die das langfristig angestrebte Risikoniveau widerspiegeln und als Vergleichsmaßstab für das Anlagemanagement dienen. Dieses kann bei seinen Anlageentscheidungen in einer gewissen Bandbreite von der Benchmark abweichen, um durch Durations- und Zinskurvenpositionen sowie die Auswahl der Instrumente ein möglichst günstiges Ergebnis zu erzielen. Während die Benchmark für die bundesbankeigenen Reserven jährlich vom Vorstand vorgegeben wird, erfolgt die Steuerung des von der Bundesbank betreuten Teils der EZB-Reserven über vom EZB-Rat und vom EZB-Direktorium festgelegte zweistufige Benchmarks.

*Positionierung
der Währungs-
portfolios*

IV. Mitwirkung der Bundesbank bei der Begebung von Bundeswertpapieren; Vermögensverwaltung und Zentralbankdienstleistungen

Begebung von Bundeswertpapieren

Die Bundesbank übt als „Hausbank“ des Bundes im Zusammenhang mit der Begebung von Bundeswertpapieren und deren Abwicklung verschiedene Funktionen aus. So führt die Bundesbank im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH und für Rechnung des Bundes insbesondere die Auktionen von Bundeswertpapieren durch und betreibt die Marktpflege an den deutschen Präsenzbörsen. Einmalemissionen des Bundes werden im Auktionsverfahren über die „Bietergruppe Bundesemissionen“ begeben. Im April 2005 kam dabei erstmals das von der Bundesbank neu entwickelte elektronische „Bund Bietungs-System“ (BBS) zum Einsatz, welches das zuvor genutzte Automatische Bietungssystem (ABS) ersetzt. Im Jahr 2005 belief sich das Zuteilungsvolumen der durchgeführten 34 Auktionen auf 184,9 Mrd € (2004: 187,5 Mrd € in ebenfalls 34 Auktionen). Die Bundesbank war im Berichtsjahr weiterhin in den Verkauf der als Daueremission begebenen Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze des Bundes über Kreditinstitute eingeschaltet.

Marktpflege

Wie in den Vorjahren führte die Bundesbank für Rechnung des Bundes die Marktpflege für die an den deutschen Wertpapierbörsen in den Amtlichen Markt eingeführten Bundeswertpapiere durch.

Fremdmandats-Portfolio der BaFin hinzugekommen

Im Januar 2005 wurde mit der Verwaltung der Sonderrücklage Pensionsrückstellungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) begonnen. Ähnlich dem bereits bestehenden Portfolio der Stiftung „Geld und Währung“ ist auch das neue Portfolio nach einem passiven Ansatz in Renten- und Aktienwerten investiert. Darüber hinaus werden Portfolios zu den Versorgungsrücklagen des Bundes und des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger verwaltet. In der Rolle des Fiskalagenten wurde zudem bei der Anlage von Stiftungsvermögen beraten.

Zentralbankdienstleistungen

Die Dienstleistungen der Bundesbank für ausländische Zentralbanken, Währungsbehörden und internationale Organisationen im Bereich des Reservemanagements wurden im Jahr 2005 erstmals nach den im Eurosystem harmonisierten Bedingungen erbracht. Das Angebot umfasst die limitierte Verzinsung von Übernachtanlagen, die Weiterleitung von Übernacht- und Zeitgeldern in den Geld-

Emission von Bundeswertpapieren im Jahr 2005

Tabelle 12

Wertpapier	Auktions- datum	Emissionsbetrag in Mrd €			Konditionen	
		insgesamt	davon:		Durch- schnitt- licher Zutei- lungskurs, %	Durch- schnitts- rendite, % pro Jahr
			Auktions- verfahren	Markt- pflege		
3,75 % Bundesanleihe v. 2004 (2015) ¹⁾	5. 1.	8,0	6,6	1,4	100,67	3,67
Bubills Ausgabe Januar 2005	10. 1.	6,0	5,3	0,7	98,956	2,087
2,25 % Bundesschatzanweisungen v. 2004 (2006) ¹⁾	19. 1.	7,0	6,1	0,9	99,800	2,36
4 % Bundesanleihe v. 2005 (2037)	26. 1.	6,0	5,5	0,5	99,21	4,04
Bubills Ausgabe Februar 2005	14. 2.	6,0	5,4	0,6	98,962	2,075
3,75 % Bundesanleihe v. 2004 (2015) ¹⁾	23. 2.	7,0	5,9	1,1	100,40	3,70
Bubills Ausgabe März 2005	14. 3.	6,0	5,7	0,3	98,963	2,073
2,50 % Bundesschatzanweisungen v. 2005 (2007)	16. 3.	8,0	6,9	1,1	100,067	2,47
3,25 % Bundesobligationen S. 146 v. 2005 (2010)	30. 3.	7,0	5,8	1,2	100,52	3,14
2,50 % Bundesschatzanweisungen v. 2005 (2007) ¹⁾	13. 4.	7,0	5,7	1,3	100,234	2,37
Bubills Ausgabe April 2005	18. 4.	6,0	5,1	0,9	98,97677	2,0449
Bubills Ausgabe Mai 2005	9. 5.	6,0	4,6	1,4	98,94097	2,0388
3,25 % Bundesobligationen S. 146 v. 2005 (2010) ¹⁾	11. 5.	5,0	4,4	0,6	102,32	2,74
3,25 % Bundesanleihe v. 2005 (2015)	18. 5.	8,0	6,7	1,3	99,15	3,35
Bubills Ausgabe Juni 2005	13. 6.	6,0	5,0	1,0	99,03757	1,9991
2 % Bundesschatzanweisungen v. 2005 (2007)	15. 6.	8,0	7,1	0,9	99,811	2,10
3,25 % Bundesobligationen S. 146 v. 2005 (2010) ¹⁾	22. 6.	5,0	4,0	1,0	103,44	2,48
3,25 % Bundesanleihe v. 2005 (2015) ¹⁾	29. 6.	7,0	6,2	0,8	100,52	3,19
Bubills Ausgabe Juli 2005	11. 7.	6,0	4,9	1,1	98,95197	2,0174
2 % Bundesschatzanweisungen v. 2005 (2007) ¹⁾	13. 7.	5,0	4,4	0,6	99,657	2,18
4 % Bundesanleihe v. 2005 (2037) ¹⁾	20. 7.	5,0	4,5	0,5	103,90	3,78
Bubills Ausgabe August 2005	15. 8.	6,0	4,8	1,2	98,97399	2,0505
3,25 % Bundesanleihe v. 2005 (2015) ¹⁾	17. 8.	6,0	5,3	0,7	100,08	3,24
Bubills Ausgabe September 2005	12. 9.	6,0	4,8	1,2	98,97484	2,0488
2,25 % Bundesschatzanweisungen v. 2005 (2007)	14. 9.	8,0	7,0	1,0	100,089	2,20
2,50 % Bundesobligationen S. 147 v. 2005 (2010)	21. 9.	7,0	5,9	1,1	99,67	2,57
2,25 % Bundesschatzanweisungen v. 2005 (2007) ¹⁾	12. 10.	7,0	6,2	0,8	99,630	2,44
Bubills Ausgabe Oktober 2005	17. 10.	6,0	4,8	1,2	98,97481	2,1308
2,50 % Bundesobligationen S. 147 v. 2005 (2010) ¹⁾	26. 10.	5,0	4,2	0,8	98,07	2,92
Bubills Ausgabe November 2005	14. 11.	6,0	4,9	1,1	98,82505	2,3517
3,50 % Bundesanleihe v. 2005 (2016)	23. 11.	8,0	6,5	1,5	100,12	3,48
2,50 % Bundesobligationen S. 147 v. 2005 (2010) ¹⁾	30. 11.	5,0	4,2	0,8	97,45	3,07
Bubills Ausgabe Dezember 2005	5. 12.	6,0	4,9	1,1	98,73280	2,4447
2,75 % Bundesschatzanweisungen v. 2005 (2007)	14. 12.	7,0	6,0	1,0	99,928	2,79

¹⁾ Aufstockung.

Deutsche Bundesbank

markt sowie die Durchführung von Wertpapier-, Depot- und Devisengeschäften zu harmonisierten Entgelten.

V. Mitwirkung der Bundesbank bei der Bankenaufsicht und Änderung des Bankenaufsichtsrechts

1. Internationale Harmonisierung der Bankenaufsicht

a) Tätigkeit im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht

Finalisierung und Implementierung der Rahmenvereinbarung

Die Arbeiten des Baseler Ausschusses waren im Jahr 2005 wesentlich von der Finalisierung der noch ausstehenden Teilbereiche von Basel II und der Diskussion über Implementierungsaspekte der Rahmenvereinbarung geprägt. Auf der regulatorischen Seite wurden – wie bei der Veröffentlichung der Rahmenvereinbarung im Sommer 2004 avisiert – die Arbeiten an risikosensitiveren Kapitalanforderungen für Handelsbuchpositionen und zur Anrechnung von so genannten Double-Default-Effekten vorangetrieben und abgeschlossen. Ausstehend ist noch die für Frühjahr 2006 vorgesehene Überprüfung der Kalibrierung der Risikogewichte.

Weitere Auswirkungsstudie wird durchgeführt

Zu den Auswirkungen der zukünftigen regulatorischen Eigenkapitalanforderungen sind in Deutschland im Juni 2005 die Ergebnisse der unter Beteiligung von circa 100 Kreditinstituten durchgeführten vierten „Quantitative Impact Study“ (QIS 4) veröffentlicht worden. Seit Oktober 2005 führt der Baseler Ausschuss eine weitere Studie (QIS 5) durch, an der neben den G10-Ländern zahlreiche weitere Staaten teilnehmen. Von besonderem Interesse ist dabei, wie sich die seit der QIS 4 neu hinzugekommenen Regelungen auswirken, insbesondere jene Regelungen zur Bestimmung von Abschwung-LGDs (Loss Given Defaults), zum Double-Default-Effekt bei Garantien sowie zu den Handelsbuchgeschäften auf die Mindesteigenkapitalanforderungen. Die getrennten Auswertungen für G10-Staaten, EU-Länder und die restlichen Teilnehmerländer werden von der Bundesbank koordiniert.

Forschungsbeiträge zur Umsetzung und Validierung

Zwei zentrale Fragestellungen für die Umsetzung der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung sind die Validierung der internen Ratingsysteme und die Behandlung von Konzentrationsrisiken in Kreditportfolios. Hierzu konnte die Bun-

desbank durch eigene Forschungsarbeiten wie durch die Leitung von zwei Arbeitsgruppen unter dem Dach der Research Task Force des Baseler Ausschusses wichtige Beiträge leisten, die jeweils auf große Resonanz gestoßen sind. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu Validierungsfragen wurden im Februar 2005 vom Baseler Ausschuss veröffentlicht. Die Arbeitsgruppe zu Konzentrationsrisiken veranstaltete gemeinsam mit dem Journal of Credit Risk im November 2005 einen Workshop mit internationalen Experten.

Die Bundesbank ist – wie die BaFin – Mitglied der 2002 zur Förderung der einheitlichen Umsetzung von Basel II gegründeten „Accord Implementation Group“ (AIG) des Baseler Ausschusses. Die AIG veröffentlichte im Berichtsjahr eine zur Konsultation gestellte Empfehlung zum Informationsaustausch zwischen Heimatland- und Gastlandaufsehern.¹⁾ Im Rahmen der AIG hat die Bundesbank im Berichtsjahr, gemeinsam mit der BaFin, insgesamt neun multilaterale Aufsichtskonferenzen ausgerichtet, zu denen die Gastlandaufseher der international tätigen deutschen Bankengruppen eingeladen waren, um den Grundstein für eine enge Koordination und Kooperation, unter anderem bei der grenzüberschreitenden Zulassung von Basel II-Verfahren zu legen. Die AIG befasst sich in drei Untergruppen auch mit speziellen Umsetzungsfragen. So wurden zum Beispiel Empfehlungen für die Validierung von internen Ratingsystemen für Portfolios mit geringen Ausfallraten entwickelt.²⁾

*„Accord
Implementation
Group“*

Im Bereich der Rechnungslegung veröffentlichte der Baseler Ausschuss im Juli 2005 ein Konsultationspapier zu den Anforderungen an Institute bezüglich der Anwendung der Fair-Value-Option des International Accounting Standard 39 (IAS 39). Angesichts der potenziellen Auswirkungen der Zeitwertoption auf die Buchwerte von Bilanzpositionen und das aufsichtliche Eigenkapital von Instituten erachtet der Baseler Ausschuss Vorgaben zu den dabei eingesetzten Risikomanagementsystemen für notwendig.

*Konsultation zur
Handhabung
der Fair-Value-
Option nach
IAS 39*

Nach Abschluss der Arbeiten an der Rahmenvereinbarung zur internationalen Konvergenz der Kapitalmessung sowie der Eigenkapitalanforderungen hat der Baseler Ausschuss die Überarbeitung der Baseler Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht und deren Methodologie (sog. Core Principles) vorangetrieben. Dabei soll eine Einführung von Basel II allerdings nicht als Voraussetzung

*Überarbeitung
der Baseler
Grundsätze*

1 Basel Committee on Banking Supervision, Consultative Document: Home-host information sharing for effective Basel II implementation, November 2005, (<http://www.bis.org/publ/bcbs120.pdf>).

2 AIG Validation Subgroup, Validation of low-default portfolios in the Basel II Framework, September 2005, (http://www.bis.org/publ/bcbs_n16.pdf).

für eine Einhaltung der Grundsätze festgelegt werden. Der Entwurf der überarbeiteten Grundsätze ist bereits zur Konsultation an die IAIS (International Association of Insurance Supervisors), die IOSCO (International Organisation of Securities Commissions), das CPSS und die FATF (Financial Action Task Force) versandt worden.

*Corporate
Governance*

Weiter hat der Baseler Ausschuss im Berichtsjahr die Überarbeitung seines Leitfadens zur Corporate Governance für Banken aus dem Jahr 1999 in Angriff genommen und seine Vorstellungen zur Verbesserung der Corporate Governance in Bankorganisationen im Herbst 2005 zur Konsultation gestellt. Am 13. Februar 2006 wurde die endgültige Empfehlung veröffentlicht.

b) Tätigkeit im Rahmen des Committee of European Banking Supervisors

*Erarbeitung
gemeinsamer
Richtlinien*

Im Rahmen des Committee of European Banking Supervisors (CEBS) arbeiteten Bundesbank und BaFin mit den anderen europäischen Bankenaufsichtsbehörden intensiv an der koordinierten aufsichtlichen Umsetzung von Basel II. Dabei werden gemeinsame Standards und Richtlinien erarbeitet und zur Konsultation mit den Marktteilnehmern gestellt, bevor sie von CEBS verabschiedet werden. So soll zum Beispiel die Joint Working Group on Validation den Zulassungsprozess der unter Basel II anerkenbaren bankinternen Risikomessmethoden europaweit harmonisieren. In Europa tätige Bankengruppen müssen nur noch einen Gruppenantrag bei ihrem Heimatlandaufseher stellen, der die Zusammenarbeit mit den Gastlandaufsehern und die Prüfungen der internen Modelle koordiniert. In der Common-Reporting-Arbeitsgruppe (COREP) wurden EU-weit gültige Meldetabellen für die aufsichtlichen Solvenzmeldungen entwickelt und abgestimmt. Jeder nationale Aufseher kann sich aus diesen (Rahmen-)Tabellen die von ihm für erforderlich gehaltenen Solvenzdaten melden lassen. Das von der Financial-Reporting-Arbeitsgruppe (FINREP) erarbeitete europäische Meldekonzept schreibt im Fall von Konzernbilanz- sowie Gewinn- und Verlustrechnungsdaten, die auf IAS beziehungsweise IFRS (International Financial Reporting Standards) basieren, einheitliche Meldeformate vor.

c) Kooperation im System der Europäischen Zentralbanken

*Analysen zur
Stabilität und
strukturellen
Entwicklungen*

Der Ausschuss für Bankenaufsicht (Banking Supervision Committee: BSC) hat im Berichtsjahr die Veröffentlichung von Berichten zur Stabilität sowie zu strukturellen Entwicklungen im europäischen Banken- beziehungsweise Finanzsystem fortgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten war – aufbauend auf einer

im Jahr 2003 zwischen den im BSC vertretenen Notenbanken und Aufsichtsbehörden abgeschlossenen Vereinbarung – die Mitwirkung beim Abschluss eines „Memorandum of Understanding“ zur Kooperation und zum Informationsaustausch im Krisenfall zwischen Notenbanken, Aufsichtsbehörden und Finanzministerien in der EU.

2. Fortentwicklung der nationalen Aufsichtsstandards

Wesentliche Änderungen des Kreditwesengesetzes erfolgten im vergangenen Jahr durch das neue Pfandbriefgesetz¹⁾ sowie durch das Gesetz zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters.²⁾ Der Wegfall der Gewährträgerhaftung und die Modifizierung der Anstaltslast für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute zum 18. Juli 2005 gaben Anlass für eine umfassende Neuregelung der rechtlichen Grundlagen zur Ausgabe von Pfandbriefen, da unterschiedliche Anforderungen an die Deckungsmasse nach dem Öffentlichen Pfandbriefgesetz und dem Hypothekendarlehenbankengesetz (HBG) sich als nicht mehr angemessen herausstellten. Auch erschien im Hinblick auf die Stärkung der Deckungsmasse durch die letzte HBG-Novelle vom April 2004 ein Festhalten am Spezialbankprinzip nicht länger notwendig. Das neue Pfandbriefgesetz ermöglicht nunmehr allen Kreditinstituten die Ausgabe von Pfandbriefen, sofern sie bestimmte Qualitätsanforderungen für das im Kreditwesengesetz (KWG) in den Katalog der Bankgeschäfte aufgenommene Pfandbriefgeschäft erfüllen.

Pfandbriefgesetz

Ziel des Refinanzierungsregistergesetzes ist die Verbesserung der Kreditversorgung der Unternehmen. Daher werden nun Verbriefungstransaktionen erleichtert, indem insolvenzrechtliche Hindernisse für Verbriefungen, insbesondere im Zusammenhang mit sachenrechtlichen Anforderungen an eine Übereignung, beseitigt werden.

Refinanzierungsregister

Aufbauend auf den Ergebnissen des gemeinsam von Bundesbank und BaFin geleiteten Arbeitskreises „Umsetzung Basel II“ wurden im vergangenen Jahr die Arbeiten zur rechtlichen Umsetzung von Basel II beziehungsweise der Capital Requirements Directive (CRD) zur Neufassung der Bankenrichtlinie und der Kapitaladäquanzrichtlinie aufgenommen. Die Umsetzung erfolgt in Deutschland durch eine Änderung des KWG, den Neuerlass der Großkredit- und Millionen-

Umsetzung von Basel II

1 Gesetz zur Neuordnung des Pfandbriefrechts vom 22. Mai 2005, (BGBl. I S. 1373).

2 Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters vom 22. September 2005, (BGBl. I S. 2809).

*Überführung
des Grund-
satzes II in eine
Liquiditäts-
verordnung*

kreditverordnung und den Erlass einer Solvabilitätsverordnung, die den Grundsatz I ablösen wird. Im Rahmen dieser nationalen Umsetzung wird gleichzeitig der Grundsatz II in eine Liquiditätsverordnung überführt sowie für Institutsgruppen die Möglichkeit geschaffen, bei der Beaufsichtigung auf konsolidierter Ebene HGB- beziehungsweise IAS/IFRS-Konzernabschlüsse zu nutzen.

*Mindest-
anforderung
an das Risiko-
management*

Am 20. Dezember 2005 wurden die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Sie enthalten wesentliche qualitative Elemente der zweiten Säule des Baseler Akkords und zielen auf die Qualität der internen Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse. Die bislang existierenden Mindestanforderungen (MaH, MaK und MaR) wurden in das neue Regelwerk überführt, wobei sich umfangreichere Gestaltungsspielräume für die Kreditinstitute als bisher ergeben. Zusätzlich berücksichtigen die MaRisk auch Aspekte, für die die deutsche Aufsicht bislang keine Rahmenvorgaben entwickelt hatte (z. B. Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs). Die MaRisk entstanden in einem engen Dialog mit den Instituten und deren Spitzenverbänden in dem zu Beginn des Berichtsjahres dafür eingerichteten Fachgremium.

3. Laufende Bankenaufsicht

*Weiterhin
verlangsamter
Verdichtungs-
prozess*

Die Zahl der bankenaufsichtlich erfassten inländischen Kreditinstitute betrug Ende 2005 noch 2 346 (Ende 2004: 2 400).¹⁾ Somit hat sich die Straffung des deutschen Bankennetzes mit einer Netto-Reduktion von 54 Kreditinstituten das sechste Jahr in Folge verlangsamt (2002: – 164, 2003: – 146, 2004: – 71). Von den 92 Schließungen – ganz überwiegend auf Grund von Fusionen – entfielen 47 auf Kreditgenossenschaften und 14 auf Sparkassen. Ihnen standen 38 Eröffnungen gegenüber, insbesondere in der Gruppe der Kapitalanlagegesellschaften, der Zweigniederlassungen ausländischer Banken und der Wertpapierhandelsbanken. Die Zahl der beaufsichtigten Finanzdienstleistungsinstitute verringerte sich weiter auf 800 (2002: 906, 2003: 831, 2004: 827).

*Evidenzzentrale
für Millionen-
kredite*

Die Zahl der nach § 14 KWG vierteljährlich anzuzeigenden Millionenkredite sank innerhalb eines Jahres vom 30. September 2004 bis zum 30. September 2005 geringfügig um 0,1 % auf knapp 503 300 Anzeigen. Das angezeigte Millionenkreditvolumen hat sich in diesem Zeitraum um rund 10 % von 7,1 Billionen € auf

¹ Kreditinstitute nach § 1 Abs. 1 KWG (einschl. in Liquidation bzw. Abwicklung befindlicher Institute). Aus systematischen Gründen sind hier auch alle 50 Wertpapierhandelsbanken erfasst, obwohl 40 dieser Institute ausschließlich Finanzdienstleistungen erbringen.

Laufende Überwachung der Institute

Tabelle 13

Anzahl der bearbeiteten Vorgänge

Position	2003	2004	2005
Einzelanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG	153 035	186 754	165 477
In Sammelanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG aufgeführte Kreditnehmer	1 832 038	2 126 336	2 035 187
Anzeigen nach §§ 24 und 24a KWG	44 561	47 002	34 951
Monatsausweise und weitere Angaben nach §§ 25 und 25a KWG	40 918	38 558	29 262
Meldungen zum Auslandskreditvolumen (Länderrisiko) nach § 25 Abs. 3 KWG	370	912	824
Prüfungsberichte zu Jahresabschlüssen	3 263	3 253	3 181
Depotprüfungsberichte	483	644	407
Routine-, Sonder- und Einlagensicherungsprüfungsberichte	1 755	1 678	1 695
Prüfungen nach §§ 44 und 44c KWG	79	155	164
Prüfungsberichte Sondervermögen KAGs	1 309	1 459	1 384
Rechenschaftsberichte KAGs	6 891	6 606	5 664
Meldungen zum Grundsatz I	29 923	28 907	28 452
Meldungen zum Grundsatz II	28 990	27 789	27 140
Risikosteuerungsmodelleprüfungen	9	6	4
Meldungen zur Eigenmittelempfehlung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht	76	81	73

Deutsche Bundesbank

7,8 Billionen € erhöht (Tabelle 14 zeigt die Entwicklung seit dem Jahr 1998). Zum Meldetermin 30. September 2005 haben 2 517 Institute, 1 428 Finanzunternehmen und 623 Versicherungen Millionenkreditanzeigen eingereicht.

Im Juni 2005 wurde mit dem regelmäßigen grenzüberschreitenden Austausch von Informationen über die Verschuldung von Kreditnehmern zwischen den Kreditregistern der Länder Belgien, Deutschland, Italien, Portugal und Spanien

*Internationale
Zusammen-
arbeit der
europäischen
Evidenz-
zentralen*

Evidenzzentrale für Millionenkredite

Tabelle 14

Jeweils Stand im 3. Quartal	Millionenkredit- volumen		Anzahl der angezeig- ten Millionenkredite		Anzahl der anzeigenden		
	Mrd €	Verände- rung in %	Stück	Verände- rung in %	Institute ¹⁾	Finanz- unter- nehmen	Versiche- rungen
1998	4 790	+ 16,3	464 507	+ 4,1	3 496	963	607
1999	5 662	+ 18,2	484 443	+ 4,2	3 355	900	626
2000	6 487	+ 14,6	509 567	+ 5,2	3 129	993	645
2001	7 087	+ 9,2	525 020	+ 2,9	2 946	955	644
2002	7 161	+ 1,0	526 552	+ 0,3	2 777	1 075	621
2003	6 995	- 2,3	514 433	- 2,3	2 624	1 174	633
2004	7 118	+ 1,8	503 632	- 2,3	2 547	1 271	635
2005	7 843	+ 10,1	503 290	- 0,1	2 517	1 428	623

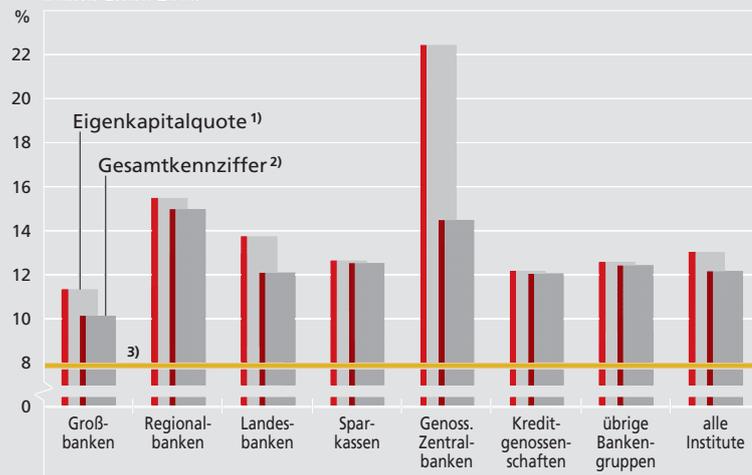
¹ Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute.

Deutsche Bundesbank

Quote des haftenden Eigenkapitals und der haftenden Eigenmittel der zum Grundsatz I meldenden Einzelinstitute *)

Schaubild 17

Stand Ende 2005



* Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute auf Einzelinstitutsbasis. —
1 Eigenkapitalquote = (Haftendes Eigenkapital / Gewichtete Risikoaktiva) * 100. —
2 Gesamtkennziffer = (Anrechenbare Eigenmittel / (Gewichtete Risikoaktiva +
Anrechnungsbeträge für Marktrisiken * 12,5)) * 100. — 3 Die Mindestquote nach
Grundsatz I beträgt für beide Kennziffern 8%.

Deutsche Bundesbank

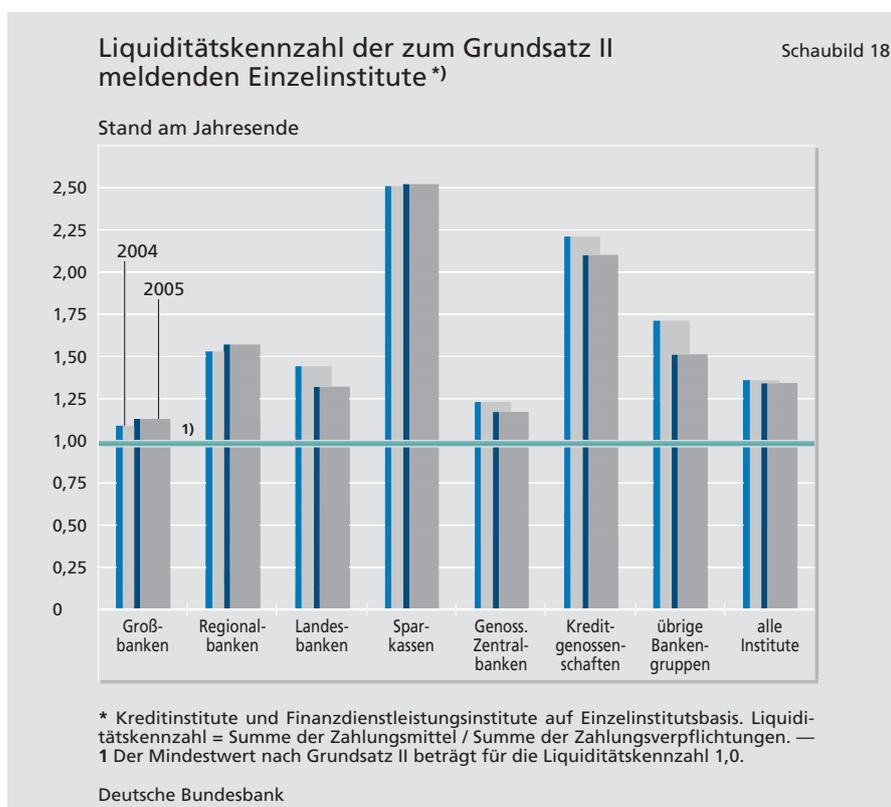
begonnen. Österreich und Frankreich haben sich in der zweiten Jahreshälfte dem Verfahren angeschlossen. Damit nehmen seit Ende des Jahres 2005 alle EU-Zentralbanken, die das im BSC abgeschlossene Memorandum of Understanding im Jahr 2003 unterzeichnet haben, an dem Informationsaustausch teil.

*Prüfung von
MaK, MaH und
bankinternen
Marktrisiko-
modellen durch
die Bundesbank*

Die Bundesbank führte im Berichtsjahr 71 MaK- und 28 MaH-Prüfungen durch, die als risikoorientierte Systemprüfungen angelegt waren. Daneben hat die Bundesbank im Jahr 2005 bei vier Instituten Nachschau- und Modellerweiterungsprüfungen bankinterner Marktrisikomodelle auf der Grundlage von § 44 KWG in Verbindung mit § 10 Abs. 1c KWG und § 32 Abs. 3 Satz 2 Grundsatz I vorgenommen. Neben dieser Prüfungstätigkeit vor Ort wurden in zahlreichen aufsichts- und prüfungsvorbereitenden Gesprächen sowohl methodische Fragestellungen als auch Implementierungsfragen mit diversen Instituten besprochen.

*Prüfung des
IRBA*

Die Bundesbank begann 2005 erstmals bei drei Instituten mit Eignungsprüfungen im Rahmen der Zulassung interner Ratingsysteme. Für das Jahr 2006 erwartet die Bundesbank Prüfungen nach dem auf internen Ratings beruhenden Ansatz (IRBA) bei mehr als 30 Instituten, die entweder von der Bundesbank oder gemeinsam von Bundesbank und BaFin durchgeführt werden. Im vergangenen



Jahr wurden zudem in zahlreichen, eine IRBA-Zulassung vorbereitenden Gesprächen mit diversen Instituten und Verbänden Implementierungsfragen und methodische sowie prüfungsvorbereitende Fragen erörtert. Für den Bereich operationelle Risiken haben BaFin und Bundesbank im vierten Quartal 2005 das Zulassungs- beziehungsweise Anzeigeverfahren für die Nutzung der fortgeschrittenen Ansätze veröffentlicht.

Die Eigenkapitalquote nach Grundsatz I gemäß § 10 KWG, welche die Relation zwischen den gewichteten Risikoaktiva und dem haftenden Eigenkapital darstellt, betrug zum Stichtag 31. Dezember 2005 auf Einzelinstitutsebene im Durchschnitt 13,0 % (Vorjahr: 13,3 %); die nach § 10a KWG zum zusammengefassten Grundsatz I meldenden Instituts- und Finanzholdinggruppen wiesen durchschnittlich eine Eigenkapitalquote von 11,8 % (2004: 12,5 %) aus. Die Gesamtkennziffer, die das Verhältnis zwischen allen unterlegungspflichtigen Risikopositionen und den anrechenbaren Eigenmitteln abbildet, betrug zum 31. Dezember 2005 auf Einzelinstitutsbasis durchschnittlich 12,2 % (2004: 12,4 %); die Instituts- und Finanzholdinggruppen erreichten im Durchschnitt eine Gesamtkennziffer von 10,8 % (2004: 11,5 %). Die gewichteten Risikoaktiva dominierten mit einem Anteil von 92,0 % die Summe aller mit Eigenmitteln zu unter-

*Grundsatz II
Eigenkapital-
quoten*

legenden Risikopositionen. Das Schaubild auf Seite 133 zeigt die durchschnittlichen Eigenkapitalquoten und Gesamtkennziffern verschiedener deutscher Bankengruppen.

*Grundsatz III/
Liquiditäts-
kennziffern*

Zum Stichtag 31. Dezember 2005 wiesen die deutschen Banken bei einem in der bankenaufsichtlichen Liquiditätsnorm Grundsatz II vorgeschriebenen Mindestwert von eins eine durchschnittliche Liquiditätskennzahl von 1,34 (2004: 1,36) aus. Das Schaubild auf Seite 111 zeigt die Liquiditätskennziffern verschiedener deutscher Bankengruppen im Durchschnitt zum 31. Dezember 2005 sowie eine Gegenüberstellung mit dem Vorjahrswert. Unterschiede in der Höhe der Liquiditätskennziffer können durch strukturelle Besonderheiten im Refinanzierungsgeschäft der einzelnen Bankengruppen bedingt sein.

VI. UN-/EU-Finanzsanktionen: neue Entwicklungen

*Zusammenarbeit
mit nationalen
Gremien bei der
Beschränkung
des Kapital-
und Zahlungs-
verkehrs*

Die Bundesbank ist im Rahmen des Außenwirtschaftsrechts zuständig bei Beschränkungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs. Solche Beschränkungen bestehen derzeit nur in Gestalt von Finanzsanktionen, die teils auf Vorgaben des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN), teils auf autonomer Entscheidung der Europäischen Union beruhen. Sie werden durch unmittelbar geltende Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt und stellen einen wichtigen Baustein im Kampf gegen die Finanzierung des internationalen Terrorismus dar. Die Bundesbank arbeitet im Rahmen ihrer Zuständigkeit eng mit den anderen zuständigen nationalen und europäischen Stellen, insbesondere dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, zusammen und beteiligt sich an dem internationalen Erfahrungsaustausch zur Umsetzung dieser Maßnahmen. Die Finanzsanktionen umfassen in der Regel das Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen bestimmter in einer Liste aufgeführter Personen, Organisationen und Einrichtungen sowie das Verbot, diesen Gelder und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

*Neue EU-Sank-
tionen gegen
die Elfenbein-
küste, ...*

Im Berichtszeitraum wurden Beschränkungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs gegen drei Länder eingeführt. Die auf Maßnahmen der VN beruhenden EG-Verordnungen¹⁾ mit Finanzsanktionen gegen die Elfenbeinküste umfassen ein

¹ EG-Verordnung Nr. 174/2005 vom 31. Januar 2005, ABl. EU Nr. L 29/5 und EG-Verordnung Nr. 560/2005 vom 12. April 2005, ABl. EU Nr. L 95/1.

Verbot der Finanzierung militärischer Aktivitäten. Daneben enthalten sie den Einfrierenstatbestand und das Verbot des Zur-Verfügung-Stellens. Allerdings enthielt die Liste der hiervon betroffenen Personen und Organisationen bis zum Ende des Berichtszeitraums noch keine Einträge.

Die ebenfalls auf Maßnahmen der VN beruhenden EG-Verordnungen¹⁾ mit Finanzsanktionen gegen die Demokratische Republik Kongo umfassen vergleichbare Beschränkungen wie die Maßnahmen gegen die Elfenbeinküste.

*... gegen die
Demokratische
Republik
Kongo...*

Die EU erließ erstmals Finanzsanktionen gegen Usbekistan.²⁾ Sie verbieten die mittelbare oder unmittelbare Bereitstellung von Finanzmitteln oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten und mit zur internen Repression verwendbaren Ausrüstungsgegenständen.

*... und gegen
Usbekistan*

Die EU-Finanzsanktionen gegen Sudan wurden in Umsetzung von VN-Finanzsanktionen um einen Einfrierenstatbestand und das Verbot des Zur-Verfügung-Stellens ergänzt.³⁾ Die Liste der hiervon betroffenen Personen und Organisationen enthält bislang noch keine Einträge.

*Sanktionen
gegen Sudan*

Bei den Finanzsanktionsrechtsakten gegen Birma/Myanmar, zur Unterstützung der Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), gegen den Irak, gegen Liberia, gegen Personen und Organisationen, die mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban in Verbindung stehen sowie gegen Simbabwe wurden jeweils die Listen der betroffenen Personen, Gruppen und Organisationen geändert. Die von der EG-Verordnung zur Bekämpfung des Terrorismus erfassten Personen und Organisationen legt der Rat durch einen gesonderten Beschluss fest. Zuletzt geschah dies am 21. Dezember 2005.

*Änderung der
Liste der
Betroffenen bei
anderen Finanz-
sanktionsrechts-
akten*

1 EG-Verordnung Nr. 889/2005 vom 13. Juni 2005, ABl. EU Nr. L 152/1 und EG-Verordnung Nr. 1183/2005 vom 18. Juli 2005, ABl. EU Nr. L 193/1. Die Liste der betroffenen Personen und Organisationen wurde durch die EG-Verordnung Nr. 1824/2005 vom 9. November 2005, ABl. EU Nr. L 294/3 hinzugefügt.

2 EG-Verordnung Nr. 1859/2005 vom 14. November 2005, ABl. EU Nr. L 299/23.

3 EG-Verordnung Nr. 1184/2005 vom 18. Juli 2005, ABl. EU Nr. L 193/9.

VII. Mitwirkung der Bundesbank in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD)

Ziele der IFD

Die IFD wurde im Mai 2003 als Zusammenschluss von Instituten aus der deutschen Kredit- und Versicherungswirtschaft, der Deutschen Börse, der Deutschen Bundesbank, des Bundesministeriums der Finanzen sowie der Spitzenverbände der deutschen Finanzwirtschaft gegründet. Sie hat zum Ziel, Wachstum, Innovationskraft und Wettbewerbsstärke des Finanzstandorts Deutschland nachhaltig zu steigern. Die IFD hat zwölf Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit der Erstellung von Maßnahmenkatalogen und Umsetzungsstrategien befassen.¹⁾

IFD-Finanzstandort-Bericht

Die Bank ist unter anderem in der so genannten Volkswirtegruppe tätig, die im Juni 2005 erstmals ihren Finanzstandort-Bericht veröffentlichte. In diesem Bericht werden von nun an jährlich Fortschritte und Verbesserungspotenzial des Finanzstandorts Deutschland analysiert.

Leitung der Arbeitsgruppe „Moderne Finanzausbildung“

Darüber hinaus leitet die Bundesbank die Arbeitsgruppe „Moderne Finanzausbildung“, in deren Mittelpunkt das Engagement der deutschen Finanzbranche für eine bessere Finanzausbildung an den allgemein bildenden Schulen und für eine Förderung der neuen Bachelor-/Master-Studiengänge an den deutschen Hochschulen steht. Im Jahr 2005 wurde ein spezielles Internetportal „Kursraum-Geld“ errichtet, das einen zentralen Zugang zu den vielfältigen Informationen und Angeboten der Finanzindustrie für Lehrer und Schüler bietet. Daneben haben sich die IFD-Mitglieder verpflichtet, Praktika für Bachelor-Studenten anzubieten und die Aufnahme von Bachelor-Studenten in ihren Häusern zu fördern. Die Bank unterstützt zusammen mit anderen IFD-Häusern den Aufbau des „House of Finance“ an der Goethe-Universität Frankfurt, einem Netzwerk, in dem vorhandene Engagements der deutschen Finanzindustrie im Bereich der finanzwissenschaftlichen Forschung und Lehre gebündelt und koordiniert werden sollen.

Mitarbeit in weiteren Arbeitsgruppen

Darüber hinaus arbeitet die Bundesbank in der Arbeitsgruppe „EU-Finanzmarktintegration“ mit, die im Juli 2005 eine Stellungnahme der IFD zum Grünbuch der Kommission zur Finanzdienstleistungspolitik (2005-2010) abgab. Ebenfalls vertreten ist die Bundesbank in den Anfang 2005 neu eingerichteten Arbeits-

¹ Zu den Mitgliedern, Zielen, Themen und Publikationen der IFD siehe: www.finanzstandortdeutschland.de. Die IFD wird geleitet von Initiatoren und sog. Sherpas aus den 17 Mitgliedshäusern (Stand: Ende 2005); die Bundesbank wird von Prof. Dr. Weber und Prof. Kotz vertreten.

gruppen „Bessere Regulierung/Bürokratieabbau“ und „Deregulierung der Fondsindustrie“.

VIII. Forschungszentrum

Die Bundesbank hat im vergangenen Jahr die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Finanzstabilität im Forschungszentrum konzentriert und die Kapazitäten entsprechend aufgestockt. Sie trägt damit dem Umstand Rechnung, dass die wissenschaftliche Grundlagenarbeit auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Im Forschungsprogramm ist der Schwerpunkt „Finanzsysteme/Finanzstabilität“ ausgebaut und ein Schwerpunkt „Risikomodellierung“ neu aufgenommen worden. Weitere Schwerpunkte der Forschung sind aktuelle Fragen zur geldpolitischen Strategie, zum monetären Transmissionsprozess, zur internationalen Integration der deutschen Wirtschaft sowie ökonometrische Modelle und Prognoseverfahren. Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr 58 Diskussionspapiere veröffentlicht, von denen 43 in der Reihe „Economic Studies“ und 15 in der Reihe „Banking and Financial Studies“ erschienen sind. Darüber hinaus haben die wissenschaftlichen Arbeiten der Mitarbeiter zu 39 Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und zu vielen Vorträgen bei wissenschaftlichen Konferenzen und ähnlichen Veranstaltungen geführt.

*Erweiterung des
Forschungs-
zentrums*

In den letzten Jahren sind Mikrodaten für die empirische wissenschaftliche Arbeit zunehmend wichtiger geworden. Im Forschungszentrum wurden dementsprechend mehrere große Mikro-Panel Datensätze aufgebaut, die im Wesentlichen Informationen zu Kreditinstituten und Unternehmen enthalten. Diese Daten stehen sowohl internen als auch externen Forschern zur Verfügung, wobei allerdings gewisse Vertraulichkeitsvorschriften eingehalten werden müssen. Daneben wird eine Echtzeitdatenbank für eine Reihe makroökonomischer Größen weiter ausgebaut. Mit Hilfe dieser Daten wurden Projekte im Bereich Bankenvettbewerb und -konzentration, zum Investitionsverhalten im In- und Ausland, zum internationalen Steuerwettbewerb und zur geldpolitischen Strategie durchgeführt. Etwa ein Drittel der im Jahr 2005 publizierten Arbeitspapiere basiert auf solchen Daten.

*Zunehmende
Bedeutung von
Mikrodaten...*

Ein zunehmend wichtiger Bereich der Forschung ist dynamischen Allgemeinen Gleichgewichtsmodellen gewidmet. Hier erfolgte eine Weiterentwicklung der

*... und
Allgemeinen
Gleichgewichts-
modellen*

bestehenden Modelle, zum Teil in enger Kooperation mit Wissenschaftlern von Universitäten. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Schätzung solcher Modelle und ihrer Anwendung auf Fragen von wirtschaftspolitischer Relevanz.

*Konferenzen
und weitere
Veranstaltungen*

Die diesjährige Frühjahrskonferenz war dem Thema „Makroökonomisches Risiko und wirtschaftspolitische Antworten“ gewidmet. Sie wurde zusammen mit der Humboldt Universität zu Berlin sowie dem Centre for Economic Policy Research durchgeführt. Unter anderem wurden dabei Arbeiten zur geldpolitischen Strategie unter Unsicherheit diskutiert. Bei der Herbstkonferenz wurden neue theoretische Forschungsergebnisse zur Modellierung des Preisverhaltens an den Finanzmärkten präsentiert. Neben diesen beiden Konferenzen fanden eine Reihe von Workshops statt. In einer Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Universität Bonn wurde die Frage diskutiert, was Zentralbanken aus der Entwicklung von Geld- und Kreditaggregaten lernen können. Ein anderer Workshop, der gemeinsam mit der Freien Universität Berlin organisiert wurde, widmete sich der EWU-Erweiterung. Des Weiteren wurden in Workshops zu Direktinvestitionen und zur Finanzstabilität Arbeiten mit Mikrodaten der Bundesbank präsentiert, und es fand eine Veranstaltung zu dynamischen Allgemeinen Gleichgewichtsmodellen statt. Schließlich organisierte das Forschungszentrum, zum Teil zusammen mit der Universität Frankfurt und der Europäischen Zentralbank, mehrere regelmäßige Seminarreihen zu volkswirtschaftlichen und bankwirtschaftlichen Themen.

*Wissenschaft-
licher Beirat*

Professor Bronwyn Hall von der Universität Berkeley wurde 2005 als neues Mitglied in den wissenschaftlichen Beirat der Bundesbank aufgenommen. Professor Martin Hellwig (Max Planck Institut für die Erforschung der Gemeinschaftsgüter) und Professor Manfred J. M. Neumann (Universität Bonn) sind zum Jahresende turnusgemäß aus dem Beirat ausgeschieden, dem sie seit seiner Gründung im Jahr 2000 angehört hatten.

IX. Technische Zentralbank-Kooperation (TZK)

*Gründung des
Zentrums für
Technische
Zentralbank-
Kooperation*

Die Bundesbank unterstützt seit vielen Jahren weltweit Notenbanken beim Auf- und Ausbau marktwirtschaftlicher Zentralbanksysteme. Um die von Beginn an stetig wachsende Nachfrage auch organisatorisch bewältigen zu können, errichtete die Bundesbank im Jahr 1991 hierfür eine eigenständige Arbeitseinheit, die

drei Jahre später in die selbständige Abteilung Technische Zentralbank-Kooperation im Zentralbereich Internationale Beziehungen umgewandelt wurde. Der über die vergangenen 15 Jahre feststellbare Wandel im Interessenspektrum der Partnernotenbanken sowie die wachsende Bedeutung von Drittmittelprojekten – unter anderem der EU-Kommission – waren Anlass für eine organisatorische Neuausrichtung der TZK. Der Vorstand der Bundesbank hat beschlossen, die für das Arbeitsgebiet zuständige Abteilung zum 1. Juli 2005 in ein Zentrum für Technische Zentralbank-Kooperation umzuwandeln. Über den bisherigen Tätigkeitsbereich hinaus wird das Zentrum auf dem Gebiet der TZK künftig verstärkt mit externen deutschen Stellen und Institutionen (Bankenverbänden, Kreditinstituten, Universitäten usw.) zusammenarbeiten und so den Partnernotenbanken einen breiteren und integrierten Beratungsrahmen anbieten.

Die TZK der Bundesbank ist wie in den Vorjahren weltweit auf großes Interesse gestoßen. Im Jahr 2005 haben rund 3 000 Bedienstete aus über 75 nationalen Zentralbanken an rund 300 Ausbildungs- und Beratungsaktivitäten im In- und Ausland teilgenommen. Bei der Umsetzung der TZK hat sich die Bundesbank wiederum ihres in der Vergangenheit bewährten Instrumentariums bedient. Zunehmende Bedeutung für die deutsche Notenbank gewann die Projektarbeit im europäischen Kontext.

Anhaltend hohe Nachfrage und zunehmende Europäisierung der TZK

Die Bundesbank beteiligt sich seit dem Jahr 2004 verstärkt an Partnerschaftsprojekten der Europäischen Union (EU-Twinning-Projekte). Diese dienen der Stärkung der Strukturen in den EU-Beitrittskandidaten beziehungsweise neuen Mitgliedstaaten der EU. Schwerpunktland war auch im Jahr 2005 die Tschechische Republik. Thematisch standen vor allem Fragen der Bankenaufsicht und der Finanzmarktstabilität im Vordergrund. Zurzeit befinden sich Projekte mit verschiedenen Zentralbanken in den Ländern Südosteuropas in der Vorbereitung.

Partnerschaftsprojekte der Europäischen Union (EU-Twinning-Projekte)

Im abgelaufenen Jahr konnte das im Jahr 2003 mit acht weiteren Notenbanken und der EZB begonnene dritte TACIS-Programm (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) für die russische Zentralbank erfolgreich abgeschlossen werden. Gegenstand war die Unterstützung der russischen Zentralbank in bankaufsichtlichen Fragen. Seit Ende 2005 beteiligt sich die Bundesbank an einem MEDA-Projekt (EuroMediterranean Partnership) für die ägyptische Zentralbank. Mit MEDA-Mitteln werden Wirtschafts- und Sozialreformen in den Partnerländern des Mittelmeerraumes gefördert. Ziel des neuen Projekts ist es, die internen Reformbestrebungen der Zentralbank von Ägypten vor allem

Gemeinsame Projekte des ESZB

im Bereich der Bankenaufsicht zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Funktionsfähigkeit des ägyptischen Finanzsystems zu leisten.

*Initiative
„Partnerschaft
mit Afrika“*

Im Jahr 2006 wird die Bundesbank dem Wunsch des Bundespräsidenten entsprechen und sich an der von ihm ins Leben gerufenen Initiative „Partnerschaft mit Afrika“ beteiligen.

X. Organisation und Personal

*Personalabbau
fortgesetzt*

Gegenüber den Vorjahren hat sich im Verlauf des Jahres 2005 der Personalabbau erwartungsgemäß verlangsamt. Das Stammpersonal hat sich weiter um 651 (oder rd. 5 %) auf 12 308 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verringert. Hierbei ist in erster Linie – wie in der Vergangenheit – der Filialbereich betroffen. Führt man Voll- und Teilzeitarbeitskräfte über ihre vertragliche Arbeitszeit statistisch zusammen, ergibt sich ein gewichtetes Stammpersonal (Vollzeitäquivalent) von rund 11 502 Arbeitskräften (Vorjahr: 12 133; Rückgang um rund 5 %). Die Teilzeitbeschäftigungsquote ist mit rund 16 % gegenüber dem Vorjahr (15 %) wiederum leicht gestiegen.

*Nutzung der
Abbau-
instrumente*

Im Berichtsjahr nutzten rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die für Tarifbeschäftigte bestehende Option eines Vorruhestands nach Vollendung des 55. Lebensjahres. Am 31. Dezember 2005 befanden sich 928 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Altersteilzeit, der weitaus überwiegende Teil davon im Blockmodell, bei dem einer Vollzeitbeschäftigungsphase mit reduzierten Bezügen eine ebenso vergütete Freistellungsphase folgt, in der keine Arbeitsleistung erbracht wird. In dieser Freistellungsphase befinden sich nunmehr 425 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

*Hohe Anforderungen an die
Mobilität der
Beschäftigten*

Im Rahmen der fortschreitenden organisatorischen Neuausrichtung der Bank werden hohe Anforderungen an die räumliche und auch fachliche Mobilität vieler Beschäftigter gestellt. Mit der Durchführung zielgerichteter Fortbildungsmaßnahmen soll die Überleitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Überhangbereichen in zukunftsträchtige Arbeitsgebiete erreicht werden. Daneben kommen die im Rahmen des personalwirtschaftlichen Begleitkonzepts zur Verfügung stehenden Instrumente zur Förderung der örtlichen Mobilität zum Einsatz. Gleichzeitig werden gezielt alle Möglichkeiten einer externen Vermitt-

Personal der Deutschen Bundesbank am 31. Dezember 2005 *) Tabelle 15

Position	Personalbestand 1)				Veränderungen gegenüber Vorjahr			
	Insgesamt	Hauptverwaltungen	Filialen	Zentrale	Insgesamt	Hauptverwaltungen	Filialen	Zentrale
Beamte	5 928	1 648	2 330	1 950	- 181	- 133	- 200	+ 152
Tarifbeschäftigte	6 846	1 690	3 197	1 959	- 459	- 165	- 394	+ 100
zusammen	12 774	3 338	5 527	3 909	- 640	- 298	- 594	+ 252
darunter: in Ausbildung	466	146	94	226	11	19	- 31	+ 23
verbleibt: Stammpersonal	12 308	3 192	5 433	3 683	- 651	- 317	- 563	+ 229
davon: unbefristete Beschäftigte	12 207	3 183	5 404	3 620	- 636	- 312	- 549	+ 225
befristete Beschäftigte	101	9	29	63	- 15	- 5	- 14	+ 4
nachrichtlich: Stammpersonal nach Zeiteinheiten (Vollzeit-Äquivalent)	11 501,5	2 973,0	5 017,3	3 511,2	- 631,4	- 320,8	- 521,8	+ 211,2
						Ende 2005	Ende 2004	
* Im Bestand nicht enthalten:								
im Fremddienst tätige Mitarbeiter/innen						126	121	
ohne Bezüge beurlaubte Mitarbeiter/innen						544	582	
in der Freistellungsphase der Altersteilzeit						425	400	
1 Darunter: Teilzeitbeschäftigte						1 953	1 948	

Deutsche Bundesbank

lung von Beschäftigten geprüft und genutzt, um solchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu helfen, für die ein Ortswechsel zum Beispiel aus familiären Gründen nicht in Betracht kommt.

Bei den Ausbildungsverhältnissen hat sich die Zahl der Beamtenanwärterinnen und -anwärter sowie der Auszubildenden im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Während des Berichtsjahres befanden sich insgesamt 466 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Laufbahnvorbereitungsdienst beziehungsweise in einem anderen Ausbildungsgang.

*Zahl der
Ausbildungs-
plätze stabil*

Während im Beamtenbereich im Hinblick auf die allgemeine Personalsituation nur sehr vorsichtig in die Laufbahnen des gehobenen und höheren Bankdienstes

*Beteiligung der
Bundesbank am
Ausbildungspakt*

eingestellt wird, bestanden bei der Bundesbank auch im Berichtsjahr weitaus mehr Ausbildungsplätze in Kammerberufen als zur Sicherung des eigenen Nachwuchses benötigt werden (284). Die Bundesbank beteiligt sich damit an dem „Ausbildungspakt“ zwischen Arbeitgebern und Bundesregierung, um ihren Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten.

*Bundesbank-
personal bei der
Europäischen
Zentralbank*

Zum Ende des Berichtsjahres waren 68 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesbank für eine Tätigkeit bei der Europäischen Zentralbank beurlaubt. Der überwiegende Teil der beurlaubten Bundesbankmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gehört der Professional- und Management-Ebene der EZB an.

XI. Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Bundesbank

Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 14. Juli 2004 in Abstimmung mit dem Beauftragten für Corporate Governance, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Baums einen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bundesbank beschlossen. Teil dieses Kodex ist unter anderem die Offenlegung der Mitgliedschaft von Vorstandsmitgliedern in Aufsichtsräten oder vergleichbaren Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen im Geschäftsbericht.

Die Vorstandsmitglieder nehmen folgende Mandate wahr:

- Prof. Dr. Weber, Präsident:
Mitglied des Verwaltungsrates der BIZ¹⁾
- Prof. Dr. Stark, Vizepräsident:
Stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der BIZ;¹⁾
Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates und des Kuratoriums des ifo Instituts München;
Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Universität Hildesheim

¹ Ex officio.

- Dr. Fabritius:
Mitglied des Verwaltungsrates des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung

- Prof. Kotz:
Mitglied des Verwaltungsrates der LIKO-Bank;¹⁾
Mitglied des Kreditausschusses der LIKO-Bank;¹⁾
Ständiger Gast beim Zentralen Kapitalmarktausschuss;
Mitglied der Börsensachverständigenkommission

- Dr. h. c. Meister:
Mitglied des Verwaltungsrates der LIKO-Bank;¹⁾
Mitglied des Verwaltungsrates der BaFin;
Mitglied der Kommission für die Aufsicht über die Abschlussprüfer in Deutschland (Abschlussprüferaufsichtskommission)

- Dr. Reckers:
Stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der LIKO-Bank;¹⁾

- Prof. Dr. Remsperger:
Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Geld und Währung

- Prof. Dr. Zeitler:
Stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der LIKO-Bank;¹⁾
Stellvertretendes Mitglied des Kreditausschusses der LIKO-Bank¹⁾

¹ Gesellschaftsvertrag.



Der Jahresabschluss
der Deutschen Bundesbank
für das Jahr 2005

I. Bilanz der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2005

Aktiva

		31.12.2004
	Mio €	Mio €
1 Gold und Goldforderungen	47 924	35 495
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
2.1 Forderungen an den IWF	4 549	(6 548)
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	<u>33 708</u>	<u>(29 292)</u>
	38 257	35 840
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	—	—
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	300	300
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet		
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	146 529	(143 005)
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	56 448	(47 318)
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	(—)
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	(—)
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	<u>949</u>	<u>(109)</u>
	203 927	190 432
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	116	3
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	—	—
8 Forderungen an den Bund	4 440	4 440
9 Forderungen innerhalb des Eurosystems		
9.1 Beteiligung an der EZB	1 183	(1 183)
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB	11 762	(11 762)
9.3 Forderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	—	(—)
9.4 Sonstige Forderungen	<u>29 834</u>	<u>(7 793)</u>
	42 779	20 737
10 Schwebende Verrechnungen	1	39
11 Sonstige Aktiva		
11.1 Scheidemünzen	555	(514)
11.2 Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	1 722	(1 837)
11.3 Finanzanlagen	2 809	(2 669)
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	—	(—)
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	775	(649)
11.6 Sonstiges	<u>314</u>	<u>(316)</u>
	<u>6 174</u>	<u>5 985</u>
	<u><u>343 919</u></u>	<u><u>293 272</u></u>

		Passiva	
		31.12.2004	
		Mio €	Mio €
1	Banknotenumlauf	153 739	136 342
2	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet		
2.1	Einlagen auf Girokonten	46 301	(41 218)
2.2	Einlagefazilität	12	(96)
2.3	Termineinlagen	—	(—)
2.4	Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	(—)
		46 314	41 314
3	Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	—	—
4	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
4.1	Einlagen von öffentlichen Haushalten	28	(36)
4.2	Sonstige Verbindlichkeiten	374	(355)
		402	392
5	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	3 438	5 903
6	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	4	4
7	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	2 834	2 021
8	Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	1 465	1 380
9	Verbindlichkeiten innerhalb des Eurosystems		
9.1	Verbindlichkeiten gegenüber der EZB aus Solawechseln	—	(—)
9.2	Verbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	75 134	(63 392)
9.3	Sonstige Verbindlichkeiten	—	(—)
		75 134	63 392
10	Schwebende Verrechnungen	6	3
11	Sonstige Passiva		
11.1	Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	—	(—)
11.2	Rechnungsabgrenzungsposten	414	(303)
11.3	Sonstiges	2 678	(2 834)
		3 092	3 137
12	Rückstellungen	5 359	5 907
13	Ausgleichsposten aus Neubewertung	44 274	27 801
14	Grundkapital und Rücklage		
14.1	Grundkapital	2 500	(2 500)
14.2	Gesetzliche Rücklage	2 500	(2 500)
		5 000	5 000
15	Jahresüberschuss	2 860	676
		<u>343 919</u>	<u>293 272</u>

II. Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Bundesbank für das Jahr 2005

		2004
	Mio €	Mio €
– Zinserträge	6 001	(4 903)
– Zinsaufwendungen	<u>– 2 168</u>	<u>(– 1 742)</u>
1 Nettozinsertrag	3 833	3 161
– Realisierte Gewinne/Verluste aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiergeschäften	335	(191)
– Abschreibungen auf Gold, Fremdwährungen und Wertpapiere	– 230	(– 2 389)
– Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken	<u>188</u>	<u>(224)</u>
2 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, Abschreibungen und Rückstellungen für allgemeine Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken	293	– 1 974
– Erträge aus Entgelten und Provisionen	50	(59)
– Aufwendungen aus Entgelten und Provisionen	<u>– 12</u>	<u>(– 11)</u>
3 Nettoertrag aus Entgelten und Provisionen	38	48
4 Erträge aus Beteiligungen	21	35
5 Nettoergebnis aus Monetären Einkünften	– 51	– 461
6 Sonstige Erträge	<u>187</u>	<u>1 314</u>
7 Nettoerträge insgesamt	4 321	2 122
8 Personalaufwand	970	935
9 Sachaufwand	223	224
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	154	178
11 Notendruck	93	53
12 Sonstige Aufwendungen	<u>21</u>	<u>56</u>
13 Jahresüberschuss	<u><u>2 860</u></u>	<u><u>676</u></u>

Frankfurt am Main, den 21. Februar 2006

DEUTSCHE BUNDESBANK
 Der Vorstand

Prof. Dr. Weber

Prof. Dr. Stark

Dr. Fabritius Prof. Kotz Dr. h. c. Meister Dr. Reckers Prof. Dr. Remsperger Prof. Dr. Zeitler

Übersicht über die Grundsätze zur Rechnungs- legung der Deutschen Bundesbank

Allgemeine Rechnungslegungs- prinzipien

Wiedergabe eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage;
Vorsichtsprinzip;
Berücksichtigung von bilanzbeeinflussenden Ereignissen, die nach dem Bilanzstichtag eintreten;
Wesentlichkeit;
Going-Concern-Prinzip;
Prinzip der Periodenabgrenzung;
Prinzip der Stetigkeit und Vergleichbarkeit.

Buchung zum Zahlungs- zeitpunkt/Erfüllungstag

Grundlage für die Erfassung von Kassageschäften in Gold, Fremdwährungen und Wertpapieren auf den Konten der Bundesbank ist der Zahlungszeitpunkt (Erfüllungstag).

Bewertungsregeln

Die Bewertung von Gold, Fremdwährungen, Wertpapieren und Finanzinstrumenten erfolgt zu den Marktmittelkursen und -preisen zum Bilanzstichtag.

Beim Gold werden Preis- und Kursbestandteile bei Neubewertung nicht gesondert behandelt. Der sich insgesamt auf Grund von Preis- und Kursänderungen ergebenden Neubewertung beim Gold liegt der Preis in Euro per Gewichtseinheit zu Grunde, der sich aus dem Euro/US-Dollar-Wechselkurs am Bilanzstichtag ergibt.

Die Neubewertung umfasst bei Fremdwährungen die gesamte Position in einer Währung (einschließlich außerbilanzieller Geschäfte).

Bei Wertpapieren umfasst die Neubewertung die gesamte Position in einer Wertpapiergattung (alle Wertpapiere mit derselben Wertpapier-Kennnummer).

Pensionsgeschäfte

Ein Pensionsgeschäft (Repo) ist als besicherte Kreditaufnahme auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen, während auf der Aktivseite der Bilanz weiterhin die Vermögensgegenstände gezeigt werden, die als Sicherheiten dienen. Ein umgekehrtes Pensionsgeschäft (Reverse Repo) ist in Höhe des Darlehensbetrages auf der Aktivseite der Bilanz als besicherter Kredit auszuweisen.

Im Falle von Leihegeschäften verbleiben die Vermögensgegenstände weiterhin in der Bilanz des Übertragenden.

Gewinnermittlung

Realisierte Gewinne und Verluste müssen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Unrealisierte Gewinne dürfen nicht erfolgswirksam vereinnahmt werden; sie sind auf einem passivisch ausgewiesenen Neubewertungskonto zu buchen. Unrealisierte Verluste müssen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden, wenn sie vorangegangene Neubewertungsgewinne, die auf dem Neubewertungskonto ausgewiesen wurden, übersteigen. In Vorjah-

ren in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste unrealisierte Verluste werden bei unrealisierten Gewinnen in den Folgejahren nicht reversiert. Unrealisierte Verluste aus einer Wertpapiergattung, einer Währung oder Gold dürfen nicht gegen unrealisierte Gewinne aus anderen Wertpapieren, anderen Währungen oder Gold verrechnet werden.

Das Disagio oder Agio beim Kauf von Wertpapieren wird als Teil des Zinsertrags behandelt und entweder nach der linearen Methode oder der internen Zinsfußmethode amortisiert. Bei Nullkuponpapieren mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr bei Erwerb ist die interne Zinsfußmethode anzuwenden.

Rechnungsabgrenzungsposten zu Fremdwährungsbeständen müssen zum Mittelkurs am Jahresende umgerechnet und mit dem gleichen Kurs reversiert werden. Nur bei Transaktionen, die zu einer Veränderung einer Währungsposition führen, können sich realisierte Währungsgewinne oder -verluste ergeben.

Bei Vermögensgegenständen, die Kurs- und/oder Preisschwankungen unterliegen, ist für die Berechnung der Anschaffungskosten die Durchschnittsmethode täglich anzuwenden. Die durchschnittlichen Anschaffungskurse beziehungsweise -preise der Vermögensgegenstände werden durch unrealisierte Verluste, die zum Jahresende in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden, vermindert.

Buchhaltungsregeln für außerbilanzielle Geschäfte

Devisentermingeschäfte, die Terminseite von Devisenswaps und andere Währungsinstrumente, bei denen ein Tausch zwischen zwei Währungen an einem zukünftigen Termin vereinbart wird, werden in die Währungsposition einbezogen.

Zinsswaps, Zinsfutures, Forward Rate Agreements und andere Zinskontrakte werden einzeln verbucht und bewertet.

Gewinne und Verluste aus außerbilanziellen Geschäften müssen analog zu entsprechenden Ergebnissen aus Geschäften, die in der Bilanz erfasst werden, behandelt werden.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen werden linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen. Dabei wird wie folgt unterschieden:

- EDV-Ausstattung und entsprechende Hardware/Software sowie Kraftfahrzeuge: vier Jahre,
- Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einbauten: zehn Jahre,
- Gebäude und aktivierter Herstellungsaufwand: 25 Jahre,
- auf Grundstücke erfolgt keine Abschreibung.

Sachanlagen, deren um die Mehrwertsteuer reduzierter Anschaffungswert unter 10 000 €

liegt, werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Rückstellungen

Für die Bilanzierung von Rückstellungen gelten weiterhin die Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Die Bildung einer Rückstellung für allgemeine Wagnisse im Inlands- und Auslandsgeschäft ist gemäß § 26 Absatz 2 BBankG auch zukünftig möglich.

Übergangsregelungen

Die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten, die in der DM-Schlussbilanz zum 31. Dezember 1998 ausgewiesen werden, sind zum 1. Januar 1999 neu zu bewerten. Unrealisierte Gewinne, die vor oder am 1. Januar 1999 entstehen, sind von den unrealisierten Gewinnen zu trennen, die nach dem 1. Januar 1999 entstehen. Die Marktkurse/-preise, die von der Bundesbank in der Euro-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1999 angewandt werden, gelten als die durchschnittlichen Anschaffungskurse/-preise zum 1. Januar 1999. Die Neubewertungsposten für unrealisierte Gewinne, die vor oder am 1. Januar 1999 angefallen sind, werden nur im Zusammenhang mit Wertminderungen und bei Abgängen nach dem 1. Januar 1999 aufgelöst.

IV. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Rechts- grundlagen

Die Rechtsgrundlagen zum Jahresabschluss und zur Gewinnverteilung sind § 26 und § 27 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank (BBankG). Nach den Bestimmungen über die Rechnungslegung in § 26 Absatz 2 Satz 2 BBankG besteht für die Bundesbank die Möglichkeit, die Rechnungslegungsgrundsätze der EZB zu übernehmen.

Grundsätze zur Rechnungs- legung der Deutschen Bundesbank

Der EZB-Rat hat gemäß Artikel 26.2 der ESZB-Satzung Grundsätze für den Jahresabschluss der EZB beschlossen. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat entschieden, diese entsprechend als „Grundsätze zur Rechnungslegung der Deutschen Bundesbank“¹⁾ zu übernehmen (Beschluss vom 3. Dezember 1998, geändert durch Beschlüsse vom 9. März 2000 und vom 28. Dezember 2000 sowie durch Beschluss des Vorstands vom 18. Dezember 2002). Eine Übersicht über die Rechnungslegungsgrundsätze ist vorstehend abgedruckt.

Erläuterungen zum Ausweis der Euro- Banknoten und der damit zusammen- hängenden Intra-Euro- system-Salden aus der Vertei- lung des Euro- Banknoten- umlaufs innerhalb des Eurosystems

Die EZB und die zwölf nationalen Zentralbanken der Euro-Länder, die zusammen das Eurosystem bilden, geben seit dem 1. Januar 2002 auf Euro lautende Banknoten aus. Für den Ausweis des Euro-Banknotenumlaufs in den Finanzausweisen der einzelnen Zentralbanken des Eurosystems ist folgendes Verteilungsverfahren beschlossen worden.²⁾ Die jeweiligen Anteile am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs für die Zentralbanken im Eurosystem werden jeden Monat am letzten Geschäftstag nach dem Schlüssel für die Verteilung der Euro-Banknoten ermittelt. Auf die EZB entfällt ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts der jeweils umlaufenden Euro-Banknoten; 92 % der Euro-Banknoten werden auf die zwölf nationalen Zentralbanken entsprechend ihren Anteilen am eingezahlten EZB-Kapital verteilt. Seit dem 1. Mai 2004 hat die Bundesbank einen Anteil am eingezahlten EZB-Kapital von 29,6 %; somit ergibt sich ein Schlüssel für die Verteilung der Euro-Banknoten von 27,2 %. Der Anteil der Bundesbank an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Euro-Banknoten wird auf der Passivseite der Bilanz unter Position 1 „Banknotenumlauf“ ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem Wert der Euro-Banknoten, der jeder Zentralbank des Eurosystems gemäß dem Schlüssel für die Verteilung der Euro-Banknoten

1 Veröffentlicht als Neufassung in den Mitteilungen der Deutschen Bundesbank Nr. 10001/2003 vom 14. Januar 2003.

2 Beschluss der Europäischen Zentralbank über die Ausgabe von Euro-Banknoten vom 6. Dezember 2001 (EZB/2001/15).

zugeteilt wird, und dem Wert der Euro-Banknoten, die diese Zentralbank tatsächlich in Umlauf gegeben hat, führt zu verzinslichen Intra-Eurosystem-Salden.¹⁾ Liegt der Wert der tatsächlich ausgegebenen Euro-Banknoten über dem Wert nach dem Verteilungsschlüssel, entsteht in Höhe der Differenz eine Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit, die in der Bilanz unter der Passivunterposition 9.2 „Verbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ ausgewiesen wird. Liegt der Wert der tatsächlich ausgegebenen Euro-Banknoten unter dem Wert nach dem Verteilungsschlüssel, wird die Differenz unter der Aktivunterposition 9.3 „Forderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ ausgewiesen. Die Verzinsung dieser Salden erfolgt zum aktuellen Satz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

Von 2002 bis 2007 werden die Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung der Euro-Banknoten im Eurosystem angepasst, um wesentliche Veränderungen der laufenden relativen Einkünfte der nationalen Zentralbanken im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren auszugleichen. Grundlage dieser Anpassung sind die Unterschiede zwischen dem Durchschnittswert der im Zeitraum von Juli 1999 bis Juni 2001 im Umlauf befindlichen Banknoten jeder nationalen Zentralbank und dem Durchschnittswert der Banknoten, die ihnen nach dem Kapitalschlüssel der EZB in diesem Zeitraum jeweils zugeteilt worden wären. Die Anpassungen werden bis Ende 2007 in jährlichen Schritten zurückgeführt. Danach werden die Einkünfte aus den Euro-Banknoten zwischen den nationalen Zentralbanken vollständig entsprechend den jeweiligen Anteilen am eingezahlten EZB-Kapital verteilt. Die sich aus der Verzinsung der Intra-Eurosystem-Salden ergebenden Zinsaufwendungen und Zinserträge werden mit der EZB verrechnet und sind in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bundesbank in der Position 1 „Nettozinsertrag“ enthalten.

Ferner werden die aus der Übertragung von 8% des Euro-Banknotenumlaufs auf die EZB stammenden Einkünfte der EZB durch vierteljährliche Vorabgewinnausschüttungen an die nationalen Zentralbanken im gleichen Geschäftsjahr verteilt, in dem sie bei der EZB anfallen. Sie werden in voller Höhe entsprechend den Anteilen der nationalen Zentralbanken des Eurosystems am eingezahlten EZB-Kapital verteilt, es sei denn, dass der Nettogewinn der EZB des betreffenden Geschäftsjahres niedriger sein sollte als die Einkünfte aus den zugewiesenen

¹ Beschluss der Europäischen Zentralbank über die Verteilung der monetären Einkünfte der nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten ab dem Geschäftsjahr 2002 vom 6. Dezember 2001 (EZB/2001/16).

Euro-Banknoten oder dass auf Grund eines Beschlusses des EZB-Rats ein Einbehalt zur Dotierung einer Wagnisrückstellung erfolgt.¹⁾ Für das Geschäftsjahr 2005 werden die Einkünfte der EZB aus den ihr zugewiesenen Banknoten in vollem Umfang benötigt, um eine Wagnisrückstellung zu dotieren. Die Vorabgewinnausschüttungen des Jahres 2005 wurden daher an die EZB zurückübertragen.

*Aufstellung
und Prüfung
des Jahres-
abschlusses*

Der Vorstand hat den Jahresabschluss der Deutschen Bundesbank für das Geschäftsjahr 2005 am 21. Februar 2006 aufgestellt. Der Jahresabschluss ist von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Firmierung bis zum 30. Juni 2005: PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft), Frankfurt am Main, geprüft worden, die der Vorstand am 18. Januar 2005 nach § 26 Absatz 3 BBankG zum Abschlussprüfer bestellt hat. Der Abschlussprüfer hat in seinem Bestätigungsvermerk vom 14. März 2006 uneingeschränkt bestätigt, dass der Jahresabschluss 2005 der Deutschen Bundesbank – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Grundsätze zur Rechnungslegung der Deutschen Bundesbank entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Der Vorstand hat nach Kenntnisnahme vom Bestätigungsvermerk die Veröffentlichung des Jahresabschlusses und die Gewinnausschüttung an den Bund für den 21. März 2006 beschlossen.

V. Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen

1. Aktiva

*Gold und Gold-
forderungen*

Die Bundesbank hält zum Jahresende 3 427 816 kg oder 110 Millionen Unzen Feingold (ozf). Die Bewertung des Goldes erfolgt zum Marktpreis (1 kg = 13 980,95 € oder 1 ozf = 434,856 €). Im Berichtsjahr hat sich der Goldbestand um 5 443 kg oder 0,2 Mio ozf verringert. Diese Abnahme beruht auf der Veräußerung von Gold zum jeweiligen Marktpreis an den Bund für die Ausprägung von Goldmünzen.

¹ Beschluss der Europäischen Zentralbank über die Verteilung der Einkünfte der Europäischen Zentralbank aus dem Euro-Banknotenumlauf an die nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten vom 17. November 2005 (EZB/2005/11).

Forderungen an den IWF Tabelle 16

Position	31.12.2005		31.12.2004		Veränderung gegenüber Vorjahr			
	Mio SZR	Mio €	Mio SZR	Mio €	Mio SZR	in %	Mio €	in %
Ziehungsrechte in der Reservetranche	2 437	2 948	4 419	5 036	- 1 983	- 44,9	- 2 088	- 41,5
Sonderziehungsrechte	1 324	1 601	1 327	1 512	- 3	- 0,2	+ 89	+ 5,9
Insgesamt	3 760	4 549	5 746	6 548	- 1 986	- 34,6	- 1 999	- 30,5

Deutsche Bundesbank

Diese Position beinhaltet die Forderungen an den Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie die Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite und sonstige Fremdwährungsforderungen an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets.

Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

In dieser Unterposition werden die von der Bundesbank finanzierten und von ihr gehaltenen Forderungen an den IWF ausgewiesen, die aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im IWF resultieren. Die Forderungen in Höhe von insgesamt 4 549 Mio € (3 760 Mio SZR) setzen sich zusammen aus den Ziehungsrechten in der Reservetranche und den Sonderziehungsrechten.

Forderungen an den IWF

Die Ziehungsrechte in der Reservetranche entsprechen den im Rahmen der deutschen Quote in Gold, Sonderziehungsrechten (SZR), Devisen und Landeswährung beim IWF tatsächlich eingezahlten Beträgen. Der Bestand an Ziehungsrechten ergibt sich als Differenz aus der unveränderten deutschen Quote von 13 008 Mio SZR (15 738 Mio €) und dem am Jahresende zur Verfügung des IWF stehenden Euro-Guthaben in Höhe von 12 790 Mio € (10 572 Mio SZR). Im Jahr 2005 hat sich per Saldo eine Abnahme des Bestandes an Ziehungsrechten um 1 983 Mio SZR (2 088 Mio €) ergeben.

Die Sonderziehungsrechte, mit denen jederzeit konvertible Währungen beschafft werden können, wurden ursprünglich in Höhe von 1 211 Mio SZR unentgeltlich zugeteilt. Hierfür ist in der Passivposition 8 ein „Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte“ eingestellt. Ende 2005 beträgt der Bestand an Sonderziehungsrechten 1 601 Mio € (1 324 Mio SZR) im Vergleich zu 1 512 Mio € (1 327 Mio SZR) zum 31. Dezember 2004.

Kredite an den IWF auf Grund besonderer Kreditvereinbarungen im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) sowie im Rahmen der Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) wurden im Jahr 2005 nicht gewährt.

**Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen,
Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva**

Tabelle 17

Position	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Guthaben auf laufenden Konten und täglich fällige Gelder	837	572	264	46,2
Forderungen aus Pensionsgeschäften (Reverse Repos, gehalten in US-Dollar)	4 105	3 613	491	13,6
Fest- und Kündigungsgelder (gehalten in US-Dollar)	4 942	5 603	- 661	- 11,8
Marktgängige Wertpapiere	23 695	19 383	4 312	22,2
darunter: gehalten in US-Dollar	23 394	19 178	4 215	22,0
Sonstiges	130	121	9	7,4
Insgesamt	33 708	29 292	4 416	15,1

Deutsche Bundesbank

Die Ziehungsrechte in der Reservetranche, die Sonderziehungsrechte und der Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte werden in der Bilanz auf der Grundlage des von der EZB für alle am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken berechneten Tageswertes zum Jahresende von 1 SZR = 1,2099 € (im Vorjahr: 1 SZR = 1,1396 €) ausgewiesen.

Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva

Die in dieser Unterposition ausgewiesenen Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite und sonstigen Fremdwährungsforderungen belaufen sich Ende 2005 auf 33 708 Mio € gegenüber 29 292 Mio € zum 31. Dezember 2004. Sie beinhalten fast ausschließlich US-Dollar-Bestände in Höhe von 39 068 Mio US-\$ (33 117 Mio €), die sich gegenüber dem Vorjahr um 32 Mio US-\$ reduziert haben. Enthalten sind ferner Bestände in Yen (81 192 Mio Yen im Gegenwert von 585 Mio €) sowie in geringem Umfang in sonstigen Währungen. Die Bestände sind zinsbringend angelegt. Unter Einbeziehung aller aktivischen und passivischen US-Dollar-Posten in der Bilanz beträgt die Nettoposition in US-Dollar zu Marktpreisen 35 753 Mio US-\$; sie reduzierte sich im abgelaufenen Jahr um 597 Mio US-\$. Die Bewertung der Fremdwährungsbestände erfolgt jeweils zum Marktkurs am Jahresende; dieser beträgt für die US-Dollar-Position 1 € = 1,1797 US-\$ (im Vorjahr: 1 € = 1,3621 US-\$).

Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

In dieser Position wird ein langfristiger zinsloser Kredit in Höhe von 300 Mio € ausgewiesen, den die Bundesbank dem IWF im Jahr 2000 im Einvernehmen mit der Bundesregierung zur Verfügung gestellt hat. Der Kredit steht in Zusammenhang mit der Finanzierung von Schuldenerleichterungen, die der IWF den hoch verschuldeten armen Entwicklungsländern gewährt (Heavily Indebted Poor Countries Initiative/HIPC-Initiative). Die Zinserträge aus der Anlage dieser Mittel

stehen einem vom IWF verwalteten Treuhandfonds zur Verfügung, aus dem die Schuldenerleichterungen des IWF finanziert werden. Der Kredit hat eine Laufzeit von zehn Jahren.

Diese Position zeigt Volumen und Struktur der Refinanzierung der Kreditinstitute durch die Bundesbank. Zum Ende des Berichtsjahres sind die Bestände der Refinanzierungsgeschäfte um 13 495 Mio € höher als zum 31. Dezember 2004.

*Forderungen
in Euro aus
geldpolitischen
Operationen an
Kreditinstitute
im Euro-
Währungsgebiet*

Der größte Anteil der geldpolitischen Operationen entfällt auf die im Rahmen der Geldmarktsteuerung eingesetzten Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Es handelt sich hierbei um regelmäßig stattfindende Transaktionen zur Bereitstellung von Liquidität in wöchentlichem Abstand und mit einer Regellaufzeit von einer Woche. Im Berichtsjahr wurden die Hauptrefinanzierungsgeschäfte als Zinstender mit einem Mindestbietungssatz abgewickelt. Am Jahresende liegen die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit 146 529 Mio € um 3 525 Mio € über ihrem Stand vom 31. Dezember 2004. Im kalendertäglichen Durchschnitt betragen die Hauptrefinanzierungsgeschäfte 144 559 Mio € (im Vorjahr: 123 929 Mio €).

Die wertmäßig kleineren längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte im monatlichen Rhythmus und mit einer Regellaufzeit von drei Monaten dienen der zusätzlichen längerfristigen Liquiditätsbereitstellung. Sie wurden im Berichtsjahr als Zinstender abgewickelt. Das Volumen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte im Betrag von 56 448 Mio € zum Jahresende 2005 liegt um 9 130 Mio € über dem Vorjahrsstand. Im kalendertäglichen Durchschnitt ergab sich für die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte ein Bestand von 53 000 Mio € (im Vorjahr: 46 870 Mio €).

Die Spitzenrefinanzierungsfazilität (Übernachtliquidität) steht zu einem vorgegebenen Zinssatz ständig zur Verfügung (ständige Fazilität). Ihre Inanspruchnahme hat sich gegenüber dem Vorjahrsende um 840 Mio € auf 949 Mio € zum 31. Dezember 2005 erhöht. Im kalendertäglichen Durchschnitt betrug sie 81 Mio € (im Vorjahr: 130 Mio €).

Diese Position in Höhe von 116 Mio € (im Vorjahr: 3 Mio €) enthält Forderungen an Kreditinstitute, die nicht im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen stehen. Sie beinhaltet fast ausschließlich bei deutschen Kreditinstituten getätigte Zeitgeldanlagen, die aus im Rahmen des Zentralbankservice entgegengenommenen Geldern resultieren (vgl. Passivposition 5 „Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets“). Daneben sind

*Sonstige
Forderungen
in Euro an
Kreditinstitute
im Euro-
Währungsgebiet*

in dieser Position Guthaben bei Geschäftsbanken in anderen Ländern des Euro-Währungsgebiets enthalten, die der Abwicklung des Zahlungsverkehrs dienen.

*Forderungen an
den Bund*

In dieser Position werden die Ausgleichsforderungen an den Bund und die unverzinsliche Schuldbuchforderung wegen Berlin ausgewiesen, die auf die Währungsreform im Jahr 1948 zurückgehen. Sie bilden den bilanziellen Gegenposten für die damals in bar gezahlten Kopf- und Geschäftsbeträge sowie für die Erstausrüstung der Kreditinstitute und öffentlichen Körperschaften mit Zentralbankgeld. Die Ausgleichsforderungen werden mit 1 % pro Jahr verzinst. Im Zusammenhang mit Artikel 101 EG ist festgelegt worden, dass die Ausgleichsforderungen und die Schuldbuchforderung ab dem Jahr 2024 in zehn Jahresraten getilgt werden.

*Forderungen
innerhalb des
Eurosystems*

Die Forderungen der Bundesbank sowohl gegenüber der EZB als auch gegenüber den übrigen am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken sind in dieser Position zusammengefasst.

In der Unterposition 9.1 wird die Beteiligung der Bundesbank an der EZB ausgewiesen. Nach Artikel 28 der ESZB-Satzung zeichnen die nationalen Zentralbanken des ESZB das Kapital der EZB. Die letzte Anpassung des Kapitalschlüssels erfolgte zum 1. Mai 2004 im Zuge des Beitritts von zehn neuen Mitgliedstaaten zur EU. Seitdem ist die Bundesbank mit 21,1 % am gezeichneten Kapital der EZB beteiligt; die Beteiligung beläuft sich auf 1 176 Mio € zuzüglich dem zum 1. Mai 2004 bestehenden Anteil der Bundesbank am seinerzeitigen Nettovermögen der EZB in Höhe von 7 Mio €.

In der Unterposition 9.2 werden die in Euro denominierten Forderungen der Bundesbank aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB ausgewiesen. Anfang 1999 hatten die am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken gemäß Artikel 30 der ESZB-Satzung Währungsreserven an die EZB übertragen (davon 15 % in Gold und 85 % in Devisen). Die Anpassung des Schlüssels zur Zeichnung des Kapitals der EZB zum 1. Mai 2004 führte auch zu einer Anpassung der Forderungen der Bundesbank aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB. Seitdem betragen diese Forderungen 11 762 Mio €. Sie werden im Hinblick auf die Unverzinslichkeit des übertragenen Goldes mit 85 % des aktuellen Satzes des Hauptrefinanzierungsinstruments verzinst.

Die Unterposition 9.3 „Forderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ beinhaltet die Forderungen, die sich aus der

Anwendung des Schlüssels für die Verteilung der Euro-Banknoten ergeben. Zum Jahresende bestehen wie im Vorjahr keine Forderungen, sondern Verbindlichkeiten für die Bundesbank, die auf der Passivseite in der Unterposition 9.2 „Verbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ ausgewiesen werden.

Aus den TARGET-Verrechnungssalden zwischen den Zentralbanken im ESZB wird durch ein tägliches Netting-by-Novation entweder ein Nettoforderungs- oder ein Nettoverbindlichkeitssaldo gegenüber der EZB gebildet. In der Unterposition 9.4 „Sonstige Forderungen“ wird ein Nettoforderungssaldo zusammen mit den geringfügigen Verrechnungssalden aus den herkömmlichen Korrespondenzbankbeziehungen innerhalb des Eurosystems ausgewiesen. Die Salden werden zum aktuellen Hauptrefinanzierungssatz verzinst. Zum Jahresende ergibt sich aus diesen Forderungen und Verbindlichkeiten eine Nettoforderung für die Bundesbank in Höhe von 30 073 Mio € (im Vorjahr: 8 010 Mio €). Außerdem werden in diese Position die Verbindlichkeiten von 51 Mio € aus der Verteilung der monetären Einkünfte zwischen den nationalen Zentralbanken für das Jahr 2005 (vgl. GuV-Position 5 „Nettoergebnis aus Monetären Einkünften“) und die Verbindlichkeiten gegenüber der EZB von 188 Mio € aus der Rückzahlung von Vorabgewinnausschüttungen für die ersten drei Quartale des Berichtsjahres einbezogen (vgl. „Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss“), da sie erst im Januar 2006 als TARGET-Zahlungen mit der EZB verrechnet wurden.

Diese Position beinhaltet die aktivistischen Posten aus innerhalb der Bundesbank unterwegs befindlichen Zahlungsvorgängen.

*Schwebende
Verrechnungen*

In der Unterposition 11.1 „Scheidemünzen“ wird der Euro-Münzbestand der Bundesbank ausgewiesen. Neue Münzen werden von den staatlichen Münzstätten zum Nennwert für Rechnung des Bundes übernommen, dem das Münzregal zusteht.

Sonstige Aktiva

Die Unterposition 11.2 „Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte“ beläuft sich auf 1 722 Mio € gegenüber 1 837 Mio € im Vorjahr; sie umfasst Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie DV-Software.

Die Unterposition 11.3 „Finanzanlagen“ im Betrag von 2 809 Mio € enthält festverzinsliche Euro-Anlagen (2 719 Mio €) als Gegenposten zu den Pensions- und Beihilferückstellungen sowie die Beteiligungen der Bundesbank (90 Mio €). Die Beteiligungen bestehen an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Tabelle 18

Mio €

Position	Anschaffungs-/Herstellungskosten 31.12.2004	Zugang	Abgang	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31.12.2005	Buchwert 31.12.2004	Abschreibungen 2005
Grundstücke und Gebäude	3 134	30	- 134	- 1 485	1 546	1 657	- 95
Betriebs- und Geschäftsausstattung	825	66	- 104	- 619	168	169	- 51
DV-Software	99	5	- 2	- 95	8	11	- 8
Insgesamt	4 058	102	- 240	- 2 199	1 722	1 837	- 154

Deutsche Bundesbank

(BIZ), Basel, der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, und der Genossenschaft SWIFT, La Hulpe (Belgien).

Die Beteiligung an der BIZ erhöhte sich im Jahr 2005 durch den Kauf von 2 423 Aktien um 38 Mio € auf 50 Mio €. Die Bundesbank hält somit 50 100 Aktien.

Der Bilanzwert der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH beträgt wie im Vorjahr 38 Mio €. Aus der 30 %-Beteiligung besteht für die Bundesbank eine Nachschusspflicht von unverändert maximal 300 Mio €.

Die Beteiligung an der Genossenschaft SWIFT hat sich im Berichtsjahr erhöht und beläuft sich zum Jahresende auf gut 2 Mio €.

Die Unterposition 11.5 „Rechnungsabgrenzungsposten“ enthält die zum 31. Dezember 2005 ermittelten antizipativen und transitorischen Rechnungsabgrenzungsposten. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um das abgeschlossene Geschäftsjahr betreffende, im neuen Geschäftsjahr fällige Zinserträge aus Wertpapieren in US-Dollar, aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB und aus geldpolitischen Operationen.

2. Passiva

Banknoten- umlauf

Die von den Zentralbanken des Eurosystems insgesamt ausgegebenen Euro-Banknoten werden jeden Monat am letzten Geschäftstag nach dem Schlüssel für die Verteilung der Euro-Banknoten auf die einzelnen Zentralbanken des

Eurosystems aufgegliedert (vgl. „Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss“). Nach dem seit 1. Mai 2004 gültigen Schlüssel entfällt auf die Bundesbank ein Anteil von 27,2 % des Gegenwerts der insgesamt umlaufenden Euro-Banknoten. Während des Berichtsjahres ist der gesamte Banknotenumlauf des Eurosystems von 501 257 Mio € auf 565 216 Mio € gestiegen. Gemäß dem Verteilungsschlüssel weist die Bundesbank zum Jahresende umlaufende Euro-Banknoten in Höhe von 153 739 Mio € aus, gegenüber 136 342 Mio € Ende 2004. Der Wert der von der Bundesbank tatsächlich ausgegebenen Euro-Banknoten ist im Berichtsjahr von 199 734 Mio € auf 228 873 Mio € gestiegen. Da er über dem zugeteilten Wert liegt, wird die Differenz von 75 134 Mio € (im Vorjahr: 63 392 Mio €) in der Passivunterposition 9.2 „Verbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ ausgewiesen.

Die Unterposition 2.1 „Einlagen auf Girokonten“ enthält die Einlagen der Kreditinstitute in Höhe von 46 301 Mio € (31. Dezember 2004: 41 218 Mio €), die der Erfüllung der Mindestreservepflicht und der Abwicklung des Zahlungsverkehrs dienen. Für die Erfassung der Einlagen in dieser Unterposition ist maßgeblich, dass die jeweiligen Geschäftspartner im Verzeichnis der Institute, die den Mindestreservevorschriften des Eurosystems unterliegen, aufgeführt sind. Im kalendertäglichen Durchschnitt betragen die Einlagen auf Girokonten 38 524 Mio € (im Vorjahr: 37 887 Mio €).

*Verbindlichkeiten
in Euro aus
geldpolitischen
Operationen
gegenüber
Kreditinstituten
im Euro-
Währungsgebiet*

Bei der Unterposition 2.2 „Einlagefazilität“ in Höhe von 12 Mio € (31. Dezember 2004: 96 Mio €) handelt es sich um die Hereinnahme von Übernachteinlagen zu einem vorgegebenen Zinssatz (ständige Fazilität). Im kalendertäglichen Durchschnitt betrug die Einlagefazilität 53 Mio € (im Vorjahr: 119 Mio €).

In der Unterposition 4.1 „Einlagen von öffentlichen Haushalten“ werden die Guthaben des Bundes, seiner Sondervermögen, der Länder und anderer öffentlicher Einleger erfasst. Die Einlagen anderer öffentlicher Einleger betreffen Guthaben von Sozialversicherungsträgern und Gemeinden. Am 31. Dezember 2005 betragen die Einlagen von öffentlichen Haushalten insgesamt 28 Mio € (31. Dezember 2004: 36 Mio €).

*Verbindlichkeiten
in Euro gegen-
über sonstigen
Ansässigen
im Euro-
Währungsgebiet*

Die Unterposition 4.2 „Sonstige Verbindlichkeiten“ beträgt 374 Mio € gegenüber 355 Mio € zum 31. Dezember 2004. Sie enthält im Wesentlichen die Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen.

*Verbindlichkeiten
in Euro gegen-
über Ansässigen
außerhalb des
Euro-Währungs-
gebiets*

Bei dieser Bilanzposition in Höhe von 3 438 Mio € (im Vorjahr: 5 903 Mio €) handelt es sich in erster Linie um Zeitgeldanlagen von Zentralbanken und daneben um Arbeitsguthaben zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs von Währungsbehörden, Geschäftsbanken und internationalen Organisationen. Die Einlagen werden im Wesentlichen im Rahmen des Zentralbankservice entgegengenommen; die daraus resultierenden Gelder wurden teilweise in den Geldmarkt weitergeleitet (vgl. Aktivposition 6 „Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet“).

*Verbindlichkeiten
in Fremdwäh-
rung gegenüber
Ansässigen
im Euro-
Währungsgebiet*

Diese Position enthält Einlagen auf US-Dollar-Konten von im Euro-Währungsgebiet ansässigen Banken und Niederlassungen von Banken außerhalb des Euro-Währungsgebiets sowie des Bundes.

*Verbindlichkeiten
in Fremdwäh-
rung gegenüber
Ansässigen
außerhalb des
Euro-Währungs-
gebiets*

In dieser Position werden die Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Banken außerhalb des Euro-Währungsgebiets erfasst. Es handelt sich fast ausschließlich um Verbindlichkeiten in US-Dollar aus Pensionsgeschäften (Repos) in Höhe von 3 341 Mio US-\$ (2 832 Mio €) gegenüber 2 710 Mio US-\$ (1 990 Mio €) im Vorjahr.

*Ausgleichs-
posten für vom
IWF zugeweilte
Sonderziehungs-
rechte*

Der Ausgleichsposten zu den vom IWF unentgeltlich zugewiesenen und auf der Aktivseite in der Unterposition 2.1 „Forderungen an den IWF“ enthaltenen Sonderziehungsrechten entspricht den Zuteilungen an die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970 bis 1972 sowie 1979 bis 1981 über insgesamt 1 211 Mio SZR.

*Verbindlichkeiten
innerhalb des
Eurosystems*

Die Verbindlichkeiten der Bundesbank sowohl gegenüber der EZB als auch gegenüber den übrigen am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken sind in dieser Position zusammengefasst.

Die in der Unterposition 9.1 auszuweisenden „Verbindlichkeiten gegenüber der EZB aus Solawechseln“ entstehen im Zusammenhang mit der Ausgabe von Schuldverschreibungen durch die EZB. Im Berichtsjahr hat die EZB keine Schuldverschreibungen begeben.

Die Unterposition 9.2 „Verbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ beinhaltet die Verbindlichkeiten, die sich aus der Anwendung des Schlüssels für die Verteilung der Euro-Banknoten ergeben (vgl. Passivposition 1 „Banknotenumlauf“). Zum Jahresende besteht eine Verbindlichkeit von 75 134 Mio € (im Vorjahr: 63 392 Mio €).

In der Unterposition 9.3 „Sonstige Verbindlichkeiten“ wäre ein Nettoverbindlichkeitssaldo aus den sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Eurosystems auszuweisen. Zum Jahresende ergibt sich eine Nettoforderung für die Bundesbank, die auf der Aktivseite in der Unterposition 9.4 „Sonstige Forderungen“ gezeigt und erläutert wird.

Diese Position beinhaltet die passivischen Posten aus innerhalb der Bundesbank unterwegs befindlichen Zahlungsvorgängen.

*Schwebende
Verrechnungen*

Die Unterposition 11.2 „Rechnungsabgrenzungsposten“ enthält die zum 31. Dezember 2005 ermittelten antizipativen Rechnungsabgrenzungsposten. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um auf das abgeschlossene Geschäftsjahr entfallende, im neuen Geschäftsjahr fällige Zinsaufwendungen aus der Verteilung des Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems und aus Einlagen, die der Mindestreserveerfüllung dienen.

Sonstige Passiva

In der Unterposition 11.3 „Sonstiges“ wird im Wesentlichen die Verbindlichkeit aus dem DM-Banknotenumlauf ausgewiesen. Die DM-Banknoten sind keine gesetzlichen Zahlungsmittel mehr. Die Bundesbank hat jedoch öffentlich erklärt, noch umlaufende DM-Banknoten zeitlich unbefristet einzulösen. Der DM-Banknotenumlauf setzt sich zusammen aus den Serien BBk I/a und BBk III. Er beträgt zum Jahresende 3 833 Mio €; davon entfallen 1 341 Mio € auf die Serie BBk I/a (im Vorjahr: 1 364 Mio €) und 2 492 Mio € auf die Serie BBk III (im Vorjahr: 2 663 Mio €). Im Jahr 2004 wurde ein Teil der Verbindlichkeit aus dem DM-Banknotenumlauf der Serie BBk I/a in Höhe von 1 237 Mio € zu Gunsten der GuV-Position 6 „Sonstige Erträge“ ausgebucht, da für diesen Teilbestand mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist. Unter Berücksichtigung dieser Teilausbuchung wird die Verbindlichkeit aus dem DM-Banknotenumlauf zum 31. Dezember 2005 mit 2 596 Mio € ausgewiesen.

Die Rückstellung für allgemeine Wagnisse wird nach den Vorschriften über den Jahresabschluss der Bundesbank gemäß § 26 Absatz 2 BBankG für Währungsrisiken insbesondere in der US-Dollar- und in der SZR-Position der Bank gebildet. Die Verminderung der Rückstellung um 188 Mio € ist hauptsächlich auf den im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Bestand an SZR zurückzuführen (vgl. Aktivunterposition 2.1 „Forderungen an den IWF“).

Rückstellungen

Rückstellungen

Tabelle 19

Rückstellungen für	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Allgemeine Wagnisse	2 078	2 266	- 188	- 8,3
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen	1 874	1 868	6	0,3
Mittelbare Pensionsverpflichtungen (VBL-Versorgung)	327	406	- 78	- 19,3
Beihilfeverpflichtungen	342	369	- 27	- 7,2
Altersteilzeit	96	106	- 10	- 9,8
Personalanpassungsmaßnahmen	352	187	165	88,5
Anteil am EZB-Verlust	-	402	-402	-100,0
Sonstiges	289	303	- 14	- 4,5
Insgesamt	5 359	5 907	- 548	- 9,3

Deutsche Bundesbank

Die Rückstellung für unmittelbare Pensionsverpflichtungen wird um 6 Mio € erhöht und beläuft sich auf 1 874 Mio €. Mittelbare Pensionsverpflichtungen wegen der Einstandspflicht der Bundesbank für Versorgungszahlungen aus der Zusatzversorgung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes (VBL-Versorgung) bestehen zum 31. Dezember 2005 in Höhe von 327 Mio € (im Vorjahr: 406 Mio €). Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen nach Eintritt des Versorgungsfalles wird um 27 Mio € auf 342 Mio € verringert. Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wird nach Verminderung um 10 Mio € zum 31. Dezember 2005 mit 96 Mio € ausgewiesen. Die Rückstellung für zukünftige Zahlungsverpflichtungen aus zum Bilanzstichtag bereits durchgeführten Personalanpassungsmaßnahmen wird zum 31. Dezember 2005 um 165 Mio € auf 352 Mio € erhöht. Grund für diesen Zuwachs ist vor allem die zum Jahresende geänderte steuerrechtliche Behandlung von Abfindungen, die zu einem verstärkten Abschluss von Verträgen im Rahmen der Vorruhestandsregelung für den Tarifbereich führte. Die Dotierung der Pensions- und Beihilferückstellungen sowie der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgt auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten. Die Reduzierung des Rückstellungsbedarfs für VBL-, Beihilfe- und Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von insgesamt 115 Mio € fließt in die GuV-Position 6 „Sonstige Erträge“. Die Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen und für Verpflichtungen aus Personalanpassungsmaßnahmen werden zu Lasten des Personalaufwands erhöht.

Die zum 31. Dezember 2004 für den von der Bundesbank zu tragenden Anteil am EZB-Verlust für das Geschäftsjahr 2004 gebildete Rückstellung von 402 Mio € (vgl. GuV-Position 5 „Nettoergebnis aus Monetären Einkünften“) wurde verbraucht.

Ausgleichsposten aus Neubewertung

Tabelle 20

Position	Neube- wertungs- posten „alt“	Neube- wertungs- posten „neu“	Insgesamt 31.12.2005	Insgesamt 31.12.2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Gold	19 048	20 773	39 821	27 379	12 442	45,4
US-Dollar	–	3 961	3 961	–	3 961	–
SZR	–	168	168	–	168	–
Yen	–	3	3	–	3	–
Wertpapiere	–	321	321	422	– 101	– 24,0
Insgesamt	19 048	25 225	44 274	27 801	16 473	59,3

Deutsche Bundesbank

Die sonstigen Rückstellungen sind hauptsächlich für drohende Verluste aus dem Verkauf von Immobilien und daneben für nicht realisierte Urlaubsansprüche, geleistete Überstunden und Gleitzeitguthaben sowie für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet worden.

Diese Position enthält die aufgedeckten stillen Reserven aus der Anfangsbewertung beim Übergang auf die Marktpreisbewertung zum 1. Januar 1999 (Neubewertungsposten „alt“) sowie die aus der Marktpreisbewertung zum 31. Dezember 2005 resultierenden unrealisierten Gewinne (Neubewertungsposten „neu“).

*Ausgleichs-
posten aus
Neubewertung*

Ein Neubewertungsposten „alt“ besteht nur noch für die Gold-Position. Er stellt den Unterschiedsbetrag zwischen dem Wert des Goldes zu Marktpreisen zum 1. Januar 1999 und dem Wert der Gold-Position zu dem bis dahin geltenden niedrigeren Wertansatz dar. Der Wertansatz in der Bilanz zum 31. Dezember 1998 betrug 1 ozf = 143,8065 DM (73,5271 €), der Wertansatz zu Marktpreisen zum 1. Januar 1999 belief sich auf 1 ozf = 246,368 €. Bewertungsgewinne aus der Anfangsbewertung sind nicht ausschüttungsfähig, werden aber bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen aufgelöst. Neben einer Auflösung bei Bewertungsverlusten in der Gold-Position wird eine anteilige Auflösung auch bei Nettoabgängen vorgenommen, wenn der Goldbestand am Jahresende unter dem niedrigsten Jahresendbestand seit 1999 liegt.

*Neubewertungs-
posten „alt“*

Durch die Verringerung des Goldbestandes um 0,2 Mio ozf (vgl. Aktivposition 1 „Gold und Goldforderungen“) ergibt sich für das Berichtsjahr ein erfolgswirksamer Auflösungsbeitrag in Höhe von 30 Mio €. Dieser wird in der GuV-Position 2/ Unterposition „Realisierte Gewinne/Verluste aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiergeschäften“ ausgewiesen.

*Neubewertungs-
posten „neu“*

In den Neubewertungsposten „neu“ wird beim Goldbestand, bei den Nettopositionen je Fremdwährung und bei den Wertpapierbeständen jeweils der positive Unterschiedsbetrag zwischen deren Marktwert am 31. Dezember 2005 und deren Wert zu den ab dem 1. Januar 1999 fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten ausgewiesen.

Für Gold betragen die Anschaffungskosten seit dem 1. Januar 1999 unverändert 1 ozf = 246,368 €. Zum Jahresende 2005 liegt der Marktpreis pro Feinunze Gold bei 434,856 €, so dass der Marktwert der Gold-Position deren Anschaffungswert übersteigt und ein Neubewertungsposten in Höhe von 20 773 Mio € (im Vorjahr: 8 300 Mio €) entsteht. Im Gegensatz zum Vorjahr liegen bei den US-Dollar-, SZR- und Yen-Positionen die jeweiligen Marktwerte zum Jahresende über den entsprechenden Anschaffungswerten, so dass sich Neubewertungsgewinne von insgesamt 4 132 Mio € ergeben. Bei den übrigen Fremdwährungen sind nur geringfügige Bewertungsgewinne entstanden.

Bei der Bewertung der Wertpapiere resultieren 237 Mio € Bewertungsgewinne aus US-Dollar-Anlagen, 83 Mio € aus dem Euro-Portfolio und geringfügige Gewinne aus Yen-Wertpapieren.

*Grundkapital
und Rücklage*

Das Grundkapital beträgt gemäß § 2 BBankG 2,5 Mrd €. Die gesetzliche Rücklage entspricht der in § 27 Nr. 1 BBankG festgelegten Obergrenze von ebenfalls 2,5 Mrd €.

*Jahresüber-
schusse*

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2005 schließt mit einem Jahresüberschuss von 2 860 Mio € ab. Er wird gemäß § 27 BBankG in voller Höhe an den Bund abgeführt, da die gesetzliche Rücklage zum Jahresende ihrem Höchststand von 2,5 Mrd € entspricht.

VI. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Nettozinsertrag

In dieser Position werden die Zinserträge abzüglich der Zinsaufwendungen ausgewiesen. Der Nettozinsertrag in Höhe von 3 833 Mio € hat sich gegenüber dem Vorjahr um 672 Mio € erhöht. Von dem Nettoertrag entfallen 1 144 Mio € auf Fremdwährungen (im Wesentlichen aus Währungsreserven) und 2 689 Mio € auf Euro (im Wesentlichen aus dem Einsatz geldpolitischer Instrumente).

Zinsertrag

Tabelle 21

Position	2005	2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Zinserträge in Fremdwährung				
Gold	6	6	- 1	- 8,7
IWF	92	93	- 1	- 0,9
Laufende Guthaben und täglich fällige Gelder	4	1	2	150,2
Reverse Repo-Geschäfte	155	67	89	132,4
Fest- und Kündigungsgelder	147	64	83	131,0
Marktgängige Wertpapiere	815	682	133	19,5
Sonstige	4	2	2	95,0
Zusammen	1 223	915	308	33,7
Zinserträge in Euro				
Hauptrefinanzierungsgeschäfte	3 049	2 553	496	19,4
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	1 136	980	156	15,9
Sonstige Refinanzierungsgeschäfte	3	4	- 1	- 27,7
TARGET-Salden im ESZB	225	94	132	140,5
Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB	210	205	5	2,7
Finanzanlagen	100	98	3	2,7
Sonstige	54	55	- 0	- 0,8
Zusammen	4 778	3 988	790	19,8
Insgesamt	6 001	4 903	1 098	22,4

Deutsche Bundesbank

Die Zinserträge in Fremdwährung sind gegenüber dem Jahr 2004 um 308 Mio € auf 1 223 Mio € gestiegen. Ursächlich hierfür ist vor allem das im Jahresdurchschnitt höhere Zinsniveau bei den US-Dollar-Anlagen. Die Zinserträge aus der Gold-Position resultieren aus Goldleihgeschäften, deren Zinsen in US-Dollar vergütet werden.

Zinsertrag

Die Zinserträge in Euro haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 790 Mio € auf 4 778 Mio € erhöht. Die Erträge aus der Refinanzierung der Kreditinstitute sind um 651 Mio € auf 4 188 Mio € gestiegen. Maßgeblich hierfür sind neben dem im Jahresdurchschnitt leicht höheren Zinsniveau vor allem die gestiegenen durchschnittlichen Volumina der Haupt- und längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (vgl. Aktivposition 5 „Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet“).

Die Zinsaufwendungen haben gegenüber dem Vorjahr um 426 Mio € auf 2 168 Mio € zugenommen. Ursächlich hierfür sind die Aufwendungen für die Verzinsung der Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung der Euro-Banknoten, die sich auf Grund des gestiegenen Banknotenumlaufs um 446 Mio € erhöht haben (vgl. „Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss“ sowie Passivunterposition 9.2

Zinsaufwand

Position		2005	2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		Mio €	Mio €	Mio €	in %
Zinsaufwendungen in Fremdwährung					
Repo-Geschäfte		79	26	53	204,1
Sonstige		0	0	0	.
Zusammen		79	26	53	203,8
Zinsaufwendungen in Euro					
Mindestreserve		803	771	32	4,2
Termineinlagen/Einlagefazilität		2	2	- 0	- 1,1
Zeitgeldanlagen		61	107	- 46	- 42,9
TARGET-Salden im ESZB		14	73	- 60	- 81,1
Nettverbindlichkeiten wegen Banknoten- umverteilung		1 208	762	446	58,6
Sonstige		2	2	0	1,3
Zusammen		2 089	1 716	373	21,7
Insgesamt		2 168	1 742	426	24,4

Deutsche Bundesbank

„Verbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“). Die Aufwendungen aus der Verzinsung der Mindestreservereinlagen sind im Vergleich zum Vorjahr wegen der Erhöhung sowohl des durchschnittlichen Mindestreservolumens als auch des durchschnittlichen Zinssatzes um 32 Mio € gestiegen.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, Abschreibungen und Rückstellungen für allgemeine Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken

Die Nettoerträge in der Unterposition „Realisierte Gewinne/Verluste aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiergeschäften“ belaufen sich auf 335 Mio € gegenüber 191 Mio € im Jahr 2004. Bei den Fremdwährungen haben sich im Berichtsjahr realisierte Gewinne fast ausschließlich aus Bestandsabgängen von US-Dollar (136 Mio €) und SZR (118 Mio €) ergeben. Die realisierten Gewinne aus der Gold-Position beinhalten auch die aus dem Bestandsabgang von Gold resultierende erfolgswirksame Teilauflösung des zum 1. Januar 1999 gebildeten Neubewertungspostens „alt“ in Höhe von 30 Mio € (vgl. Passivposition 13 „Ausgleichsposten aus Neubewertung“).

Die in der Unterposition „Abschreibungen auf Gold, Fremdwährungen und Wertpapiere“ ausgewiesenen Bewertungsverluste von 230 Mio € sind bei Wertpapieren in US-Dollar (226 Mio €) und in Euro (4 Mio €) angefallen.

Die Unterposition „Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken“ enthält die Verminderung der Rückstel-

**Nettoergebnis aus Finanzgeschäften,
Abschreibungen und Rückstellungen für allgemeine
Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken** Tabelle 23

Position	2005	2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Realisierte Gewinne/Verluste				
Gold	47	50	- 4	- 7,2
Fremdwährungen	255	32	222	.
Wertpapiere	34	108	- 74	- 68,5
Zusammen	335	191	145	76,0
Abschreibungen				
Fremdwährungen	0	- 2 310	2 310	- 100,0
Wertpapiere	- 230	- 78	- 152	194,5
Zusammen	- 230	- 2 389	2 158	- 90,4
Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Wagnisse, Preis- und Währungsrisiken	188	224	- 36	- 16,1
Insgesamt	293	- 1 974	2 267	- 114,9

Deutsche Bundesbank

lung für allgemeine Wagnisse um 188 Mio € (vgl. Passivposition 12 „Rückstellungen“).

Der Nettoertrag aus Entgelten und Provisionen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10 Mio € auf 38 Mio € verringert. Sowohl die Erträge aus dem unbaren und baren Zahlungsverkehr als auch die Erträge aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft haben sich rückläufig entwickelt.

*Nettoertrag aus
Entgelten und
Provisionen*

Diese Position enthält die Erträge der Bundesbank aus ihren Beteiligungen an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, an der BIZ sowie an der EZB. Die Verringerung der Gesamterträge um 14 Mio € auf 21 Mio € ist auf den Rückgang der Erträge aus der Beteiligung an der EZB zurückzuführen.

*Erträge aus
Beteiligungen*

Die Verteilung der monetären Einkünfte der nationalen Zentralbanken des Eurosystems richtet sich nach einem Beschluss des EZB-Rats¹). Ab dem Jahr 2003 erfolgt die Bemessung des Betrages der monetären Einkünfte einer jeden nationalen Zentralbank auf Grundlage der tatsächlichen Einkünfte, die sich aus den gesondert erfassten Vermögenswerten ergeben, die sie als Gegenposten zu ihrer monetären Basis hält.

*Nettoergebnis
aus monetären
Einkünften*

¹ Beschluss der Europäischen Zentralbank über die Verteilung der monetären Einkünfte der nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten ab dem Geschäftsjahr 2002 (EZB/2001/16).

Nettoertrag aus Entgelten und Provisionen

Tabelle 24

Position	2005	2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio €	Mio €	Mio €	in %
Erträge				
Unbarer Zahlungsverkehr	30	33	- 3	- 8,9
Barer Zahlungsverkehr	5	9	- 4	- 48,3
Wertpapier- und Depotgeschäft	9	12	- 3	- 23,8
Sonstige	7	5	1	26,5
Zusammen	50	59	- 9	- 14,7
Aufwendungen				
Wertpapier- und Depotgeschäft	7	7	0	5,6
Sonstige	5	4	0	11,4
Zusammen	12	11	1	7,8
Insgesamt (Nettoertrag)	38	48	- 10	- 20,1

Deutsche Bundesbank

Die monetäre Basis beinhaltet folgende Positionen: Passivposition 1 „Banknoten-umlauf“, Passivposition 2 „Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet“, Passivunterposition 9.1 „Verbindlichkeiten gegenüber der EZB aus Solawechseln“, Passivunterposition 9.2 „Verbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“ und die in der Passivunterposition 9.3 „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthaltenen Nettoverbindlichkeiten aus TARGET-Konten. Alle Zinsaufwendungen, die von einer nationalen Zentralbank auf die aufgeführten Positionen der monetären Basis geleistet wurden, verringern den Betrag der abzuführenden monetären Einkünfte der jeweiligen nationalen Zentralbank.

Die gesondert erfassten Aktiva einer nationalen Zentralbank setzen sich aus den folgenden Positionen zusammen: Aktivposition 5 „Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet“, Aktivunterposition 9.2 „Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB“, Aktivunterposition 9.3 „Forderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems“, den in der Aktivunterposition 9.4 „Sonstige Forderungen“ enthaltenen Nettoforderungen aus TARGET-Konten und einem begrenzten Teil der Goldbestände der nationalen Zentralbanken entsprechend ihres Kapitalanteils, wobei davon ausgegangen wird, dass mit dem Gold keine Erträge erwirtschaftet werden.

Liegt der Wert der gesondert erfassten Vermögenswerte einer nationalen Zentralbank über oder unter dem Wert ihrer monetären Basis, wird die Differenz verrechnet, indem für den Differenzwert der Durchschnittsertrag aus den geson-

dert erfassten Vermögenswerten aller nationalen Zentralbanken zu Grunde gelegt wird. Die Summe der abgeführten monetären Einkünfte aller nationalen Zentralbanken wird am Ende jeden Geschäftsjahres unter den nationalen Zentralbanken entsprechend ihrer Anteile am eingezahlten EZB-Kapital verteilt.

Bei den monetären Einkünften für das Berichtsjahr ergibt sich für die Bundesbank per Saldo ein Aufwand von 51 Mio €. Dieser setzt sich zusammen aus einer Abführung von monetären Einkünften an den gemeinsamen Pool in Höhe von 2 949 Mio € sowie – entsprechend dem Anteil der Bundesbank am eingezahlten EZB-Kapital – einem Anspruch der Bundesbank an dem gemeinsamen Pool in Höhe von 2 898 Mio €. Im Vorjahr ergab sich aus der Verteilung der monetären Einkünfte zwischen den nationalen Zentralbanken per Saldo ein Aufwand in Höhe von 58 Mio € sowie ein zusätzlicher Aufwand von 402 Mio € wegen der Bildung einer Rückstellung für den von der Bundesbank zu tragenden Anteil am EZB-Verlust für das Geschäftsjahr 2004 (vgl. Passivposition 12 „Rückstellungen“).

Die sonstigen Erträge belaufen sich auf 187 Mio €, gegenüber 1 314 Mio € im Vorjahr. In 2004 war in dieser Position der Gegenwert aus der Teilausbuchung von DM-Banknoten der Serie BBk I/la in Höhe von 1 237 Mio € enthalten (vgl. Passivunterposition 11.3 „Sonstiges“). Im Geschäftsjahr 2005 entfallen 121 Mio € der sonstigen Erträge auf die Auflösung von Rückstellungen, davon 115 Mio € auf Rückstellungen des Personalbereichs (vgl. Passivposition 12 „Rückstellungen“).

Sonstige Erträge

Der Personalaufwand insgesamt hat im Jahr 2005 um 35 Mio € (3,7 %) auf 970 Mio € zugenommen. Ohne Berücksichtigung der Zuführung zu und der Entnahme aus Rückstellungen verringern sich die Aufwendungen durch den Abbau von Personal gegenüber dem Vorjahr um 10 Mio € (– 1,2 %).

Personalaufwand

Gemäß dem „Verhaltenskodex für die Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bundesbank“ sind die von den Vorstandsmitgliedern bezogenen Amtsbezüge zu veröffentlichen. Der Präsident hat für das Jahr 2005 ruhegehaltfähiges Gehalt in Höhe von 280 183,00 €, eine nicht ruhegehaltfähige besondere Vergütung in Höhe von 76 693,78 €, eine Sonderzahlung nach dem Bundessonderzahlungsgesetz in Höhe von 14 004,15 € sowie eine pauschale Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 5 112,96 € erhalten, insgesamt 375 993,89 €. Der Vizepräsident bezog für das Jahr 2005 ruhegehaltfähiges Gehalt in Höhe von 224 166,40 €, eine nicht ruhegehaltfähige besondere Vergütung in Höhe von

61 355,03 €, eine Sonderzahlung nach dem Bundessonderzahlungsgesetz in Höhe von 11 203,32 € und eine pauschale Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 3 067,80 €, zusammen 299 792,55 €. Die sechs weiteren Mitglieder des Vorstands erhielten für 2005 jeweils 225 125,17 €, hiervon ruhegehaltfähiges Gehalt in Höhe von 168 149,92 €, 46 016,27 € nicht ruhegehaltfähige besondere Vergütung, eine Sonderzahlung nach dem Bundessonderzahlungsgesetz in Höhe von 8 402,50 € sowie eine pauschale Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 2 556,48 €.

Die Gesamtbezüge der amtierenden und ehemaligen Mitglieder des Vorstands beziehungsweise des Direktoriums der Deutschen Bundesbank beziehungsweise des Zentralbankrats und des Direktoriums der Bank deutscher Länder und der Vorstände der Landeszentralbanken einschließlich ihrer Hinterbliebenen beliefen sich im Jahr 2005 auf 12 514 290,24 €.

Die Aufwendungen für die Altersversorgung insgesamt sind im Berichtsjahr auf 138 Mio € zurückgegangen (im Vorjahr: 183 Mio €), da anders als 2004 keine Zuweisungen zu den Rückstellungen für mittelbare Pensions- und für Beihilfeverpflichtungen nötig sind und die Rückstellung für unmittelbare Pensionsverpflichtungen nur geringfügig erhöht werden muss. Ohne Berücksichtigung der Zuführung zu Rückstellungen sind die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 3 Mio € gestiegen.

Neben den Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen bestehen im Personalbereich insbesondere Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen sowie für Verpflichtungen aus Personalanpassungsmaßnahmen (vgl. Passivposition 12 „Rückstellungen“).

Sachaufwand Der Sachaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 1 Mio € auf 223 Mio € verringert.

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte Die Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie DV-Software belaufen sich auf 154 Mio € gegenüber 178 Mio € im Vorjahr (vgl. Aktivunterposition 11.2 „Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte“). Maßgeblich für den Rückgang sind insbesondere geringere Abschreibungen bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Notendruck Die Aufwendungen für den Notendruck haben sich um 40 Mio € (74,6 %) auf 93 Mio € erhöht, da die Bundesbank im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr

Banknoten beschafft hat. Dies ist insbesondere auf den gestiegenen Banknoten-
umlauf und den verstärkten Austausch nicht mehr umlauffähiger Banknoten zu-
rückzuführen.

Die sonstigen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 35 Mio € auf
21 Mio € zurückgegangen, da im Berichtsjahr keine weiteren Rückstellungen
für drohende Verluste aus dem Verkauf von Immobilien gebildet werden mus-
ten.

*Sonstige Auf-
wendungen*



Filialen und Betriebsstellen der Deutschen Bundesbank

am 1. April 2006

Orts-Nr.	Bankplatz	Hauptverwaltung ¹⁾	Orts-Nr.	Bankplatz	Hauptverwaltung ¹⁾
390	Aachen	D	550	Mainz	MZ
720	Augsburg	M	670	Mannheim	S
	Kempten ²⁾		840	Meiningen	L
	Memmingen ²⁾		490	Minden	D
773	Bayreuth	M	310	Mönchengladbach	D
100	Berlin	B	700	München	M
480	Bielefeld	D		Rosenheim ²⁾	
430	Bochum	D	400	Münster	D
	Gelsenkirchen ²⁾				
380	Bonn	D	150	Neubrandenburg	HH
270	Braunschweig	H	760	Nürnberg	M
290	Bremen	H			
			280	Oldenburg	H
870	Chemnitz	L		Wilhelmshaven ²⁾	
180	Cottbus	B	265	Osnabrück	H
440	Dortmund	D	160	Potsdam	B
850	Dresden	L			
300	Düsseldorf	D	750	Regensburg	M
350	Duisburg	D		Passau ²⁾	
			640	Reutlingen	S
820	Erfurt	L	130	Rostock	HH
360	Essen	D			
			590	Saarbrücken	MZ
215	Flensburg	HH		Saarlouis ²⁾	
500	Frankfurt/M	F	140	Schwerin	HH
	Hanau ²⁾		600	Stuttgart	S
170	Frankfurt/O	B		Sindelfingen ²⁾	
680	Freiburg	S			
	Lörrach ²⁾		585	Trier	MZ
513	Gießen	F	630	Ulm	S
260	Göttingen	H		Aalen ²⁾	
450	Hagen	D	694	Villingen-Schwenningen	S
	Siegen ²⁾				
800	Halle	H			
200	Hamburg	HH	790	Würzburg	M
410	Hamm	D		Aschaffenburg ²⁾	
250	Hannover	H	330	Wuppertal	D
620	Heilbronn	S			
660	Karlsruhe	S			
520	Kassel	F			
210	Kiel	HH			
	Itzehoe ²⁾				
570	Koblenz	MZ			
370	Köln	D			
860	Leipzig	L			
545	Ludwigshafen	MZ			
230	Lübeck	HH			
810	Magdeburg	H			
	Halberstadt ²⁾				

1 Abkürzungen
 B = Berlin
 D = Düsseldorf
 F = Frankfurt am Main
 H = Hannover
 HH = Hamburg
 L = Leipzig
 M = München
 MZ = Mainz
 S = Stuttgart
 2 Betriebsstelle